

Schätzungen vorliegen. Es ist sicher klar, daß Österreich ein relativ sehr reiches Land sein wird, wenn wir zur EG als Mitgliedsstaat kommen werden, und daß wir die Vorstellungen oder die Visionen und manchmal die Aussagen, daß wir sehr viel herausholen werden, sehr vorsichtig in die Öffentlichkeit tragen werden, denn andere Beispiele zeigen, daß das nicht in der Form der Fall sein könnte. Vielleicht sollten wir uns dann überlegen, ob es in dem Zusammenhang nicht wichtiger wäre, statt eine steirische Botschaft in Wien – da mache ich jetzt nur eine Einsparung und verschiebe das – zu unterhalten, Kontakte mit unseren Nachbarbundesländern, zum Beispiel Kärnten oder Burgenland kann ich mir sicher vorstellen, aufnimmt, daß wir vielleicht gemeinsam, weil ein Bundesland allein wird sich das nicht leisten können, vielleicht sogar in Brüssel ein Büro installieren, um dort unsere Interessen der steirischen Regionen besser vertreten zu können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.45 Uhr.)

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz (17.45 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Kapitel 0 wird über Vertretungskörper und die allgemeine Verwaltung gesprochen. Ich glaube auch, daß es dazugehört, wie wir miteinander umgehen und wie wir als gemeinsam Verantwortliche in der Öffentlichkeit, politische Verantwortliche und Beamte die gemeinsam auftauchenden Probleme lösen. Daher zwei Vorbemerkungen, bevor ich zu den Bezirkshauptmannschaften komme. Der Kollege Flecker hat in seiner Budgetgeneralrede etwa 10 Minuten eine angebliche Diffamierungskampagne der Volkspartei angeprangert, um dann im Anschluß daran etwa 30 Minuten ausschließlich den Landeshauptmann dieses Landes und die Frau Landesrat Klasnic auf eine erstaunlich primitive Weise zu diffamieren von diesem Pult. Für mich war das nichts Neues, er macht das ja bereits etwa drei Jahre in regelmäßigen Abständen. (Abg. Dr. Flecker: „So lange bin ich noch gar nicht im Landtag! Lernen Sie erst einmal zählen!“)

Das ist für Sie gar nicht notwendig, denn ich kann Ihnen gerne aus meiner kleinen Sammlung einige solche Zitate bringen, um den Nachweis zu erbringen. Flecker, am 25. April 1990: „Die Günstlingswirtschaft von Krainers Gnaden kostet den Steuerzahlern Millionen.“ Eine diffamierende Äußerung, daher ist das heute gar nichts Neues gewesen. Oder Originalton, ein Jahr später etwa: „Die steirische ÖVP ist eine machtbessene Partei, Erfinder und Erhalter dieses Systems ist Josef Krainer.“ (Abg. Dr. Flecker: „Bravo!“) Jetzt möchten Sie das ins Lächerliche ziehen, Herr Kollege Flecker. Aber diese Art von Diffamierung war gemeint, wie Sie mit Schalmeientönen versucht haben, von diesem Pult anderes zu verlangen. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil es wirklich sehr ernst ist, kehren Sie bitte vor Ihrer eigenen Tür. Ich habe noch eine lange Liste da von Ihren Äußerungen. (Abg. Gennaro: „Bitte vorlesen!“) Aber es ist mir zu dumm, diese Primitivdiffamierungen von Ihnen weiter zu verlesen. (Abg. Gennaro: „Jetzt greifst du wie üblich in die unterste Ladel!“) Nein, es ist so! Das macht euch nervös! (Abg.

Gennaro: „Ein akademischer Grad ist nicht unbedingt ein Zeichen von Intelligenz!“)

Ich war sehr beeindruckt, wie ein junger Abgeordneter in seiner Generalrede heute hier gesagt hat, für ihn ist Ehrlichkeit ein ganz wichtiges Kriterium für die Politik. Ich frage die FPÖ: Wenn Sie heute nicht mitstimmen und in diesen drei Tagen das Budget nicht mittragen, dann sind Sie sämtliche Verantwortung für dieses Budget los, aber auch ein Jahr lang für alles die Verantwortung los, was Positives mit diesem Budget im Lande geschieht. Okay, es ist Ihre Entscheidung. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Glaubst du das?“) Ich hoffe nicht, daß Sie ein ganzes Jahr lang deshalb, ohne mitzuverantworten, auch im Lande herumgehen und sagen, wie schrecklich alles ist. Ich hoffe nicht, daß das so ist! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben es in den letzten sieben Monaten nicht getan und werden es in den nächsten zwölf Monaten auch nicht tun!“) Lieber Herr Kollege Vesko, oder wollen Sie einfach nur die Doppelrolle weiterspielen, einerseits mitregieren, mitgestalten – richtig so, das ist ja auch so vorgesehen ab einer bestimmten Größenordnung –, und andererseits Opposition zu spielen, wenn man dann draußen redet. Ich nenne das die sogenannte Rosinentheorie. Mitregieren, ein Kuchen, aus dem man sich die Rosinen herausholt – opponieren draußen, der andere Kuchen, aus dem man sich die Rosinen herausholt. Wie verantwortlich das ist, müssen Sie selbst beurteilen! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir werden auch damit leben können!“) Ja, aber das wird sehr schwer sein! Die Rosinen aus zwei Kuchen, das geht im Leben relativ selten. Aber ich wünsche euch alles Gute dazu. Wie ihr das draußen erklärt, das ist euer Problem.

Verwaltungsinnovation ist ein Thema dieser Gruppe. Gemeindeämter, Bezirkshauptmannschaften, Ämter der Landesregierung sind Dienstleistungsbetriebe besonderer Art. Sie bieten den Bürgern, also unseren Verwaltungskunden, Rechtssicherheit und den rechtmäßigen Ausgleich zwischen Einzelinteressen, Gruppeninteressen und dem sogenannten allgemeinen Interesse, dem Allgemeinwohl, also den Interessen der Gesamtheit der Landesbürger.

Das Ziel der zur Zeit laufenden, sehr zielgerichteten Verwaltungsinnovation hat der Herr Landeshauptmann Krainer im Dezember 1991 mit folgendem Zitat beschrieben: „Ziel eines zeitgemäßen Verwaltungsmanagements ist es, eine Verwaltungskultur zu erzeugen, die vom Geiste der aufgabenorientierten Kooperation getragen ist.“ Was heißt das? Zusammenarbeit der Beamten eines Amtes als Führungsaufgabe. Das klingt noch ganz einfach, wird aber dann schwieriger: Übergang vom Ressortprinzip zum Projektprinzip. Das heißt, das, was die Abgeordnete Beutl heute hier angesprochen hat, worauf auch Kollege Chibidziura hingewiesen hat, wo konkrete Umsetzungsschritte erforderlich sind. Auf Grund eines klaren Auftrages und auf Grund von sehr engagiert arbeitenden Juristen des Landes ist das an einem Beispiel leicht erklärt.

Die Verfahrens- beziehungsweise Verhandlungskonzentration. Im Jahr 1967 habe ich ein Jahr in der Bezirkshauptmannschaft Weiz gearbeitet. Schon damals war es nicht ganz verständlich, daß für ein Projekt viele verschiedene Verfahren zu verschiedenen Zeiten stattfinden. Der jetzige Rechtszustand geht zurück auf

das AVG, geht zurück auf das Behördenüberleitungsgesetz, geht zurück auf Konstruktionen, die innerhalb einer Behörde vorhanden sind. Ein Beispiel aus dem Bereich der Bezirkshauptmannschaft Weiz, die eine jener Bezirkshauptmannschaften ist, die das Verfahrenskonzentrationsmodell nunmehr tatsächlich durchführen. Ein konkretes Beispiel: Die Errichtung eines Gasthauses im Landschaftsschutzgebiet mit Abwasserbeseitigung. Bisher vier Verhandlungen an vier verschiedenen Tagen.

Erste Verhandlung: baubehördliche Widmungs- und Bauverhandlung, der Bürgermeister führt sie.

Zweite Verhandlung: naturschutzrechtliche Verhandlung, ein Referent der Bezirkshauptmannschaft ist Verhandlungsleiter.

Dritte wasserrechtliche Verhandlung: Abwasserbeseitigung, ein anderer Referent der Bezirkshauptmannschaft des Wasserrechtsreferates leitet die Verhandlung.

Vierte Verhandlung: gewerberechtliche Verhandlung, Konzession und Betriebsanlage, Verhandlungsleiter ist wiederum ein anderer Referent der Bezirkshauptmannschaft.

Was kann dabei auch herauskommen? Es ist möglich – und es ist geschehen –, daß die Naturschutzbehörde eine Raumhöhe von 2,60 vorschreibt, weil sie das Ganze niedrig halten will, und die Gewerbebehörde schreibt auf Antrag des Arbeitsinspektors für die Arbeitsräume eine Raumhöhe von drei Meter vor. Zwei widersprechende Auflagen aus zwei verschiedenen Verfahren, vier Ansprechpartner und ein großer Zeitaufwand für den Ansuchensteller, vier Verhandlungstage für alle Anrainer, die sich dafür natürlich, wenn sie ihre Bedenken einbringen wollen, Urlaub nehmen müssen, also ein großer Zeitaufwand für alle Beteiligten und für die Behörden, die viermal auftreten.

Das neue Modell der Verfahrenskonzentration ist auf eine Idee zurückzuführen, die trotz der derzeitigen rechtlichen Situation es ermöglicht, eine Verhandlung statt bisher vier durchzuführen. Die Königs-idee ist der verfahrensleitende Jurist aus der Bezirkshauptmannschaft. Also projektbezogen, ein Projekt steht zur Debatte, ein Jurist holt sich alle Vorschriften im juristischen Bereich und alle Sachverständigen zusammen und macht eine Verhandlung an einem Tag. Das Projekt wird als Einheit abgehandelt, der Ansprechpartner ist eindeutig. Alle erforderlichen Bewilligungen erreichen die Beteiligten zur selben Zeit, und die Anrainer und der Bewilligungswerber haben nur einen Tag aufgewendet. Ein ganz typisches Beispiel, wie man durch eine Idee und durch gemeinsames Nachdenken über die Ausführung und dann die tatsächliche Ausführung für die Bevölkerung, für die Wirtschaft und für die Verwaltungsbehörde selbst Zeit und Geld sparen kann.

Ich nenne Ihnen nur das zweite Beispiel noch in aller Kürze. Ein Transportunternehmen errichtet ein Betriebsgebäude mit Reparatur- und Serviceeinrichtung, Garage und Lkw-Abstellplatz, ebenso aus dem Bezirk Weiz, ganz konkret vorhanden. Drei Verhandlungen sind bisher notwendig, und die Auflagen in den Bescheiden können sich widersprechen, zum Beispiel indem die Gewerbebehörde vorschreibt, einen Restöl-

abscheider vorzusehen, und in der wasserrechtlichen Bewilligung steht so einer gar nicht drinnen. Die Parteien und die Bewilligungswerber müssen wiederum drei Tage aufwenden. Das konzentrierte Verfahren mit einem verfahrensleitenden Juristen kann an einem Tag stattfinden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz bewußt auch allen Damen und Herren, die bei diesem Innovationsschub in der Landesverwaltung mitgearbeitet haben, sehr herzlich danken, weil keine Allerweltsverwaltungsreform – ad calendae graecas würde unser Kollege Steiner gesagt haben, wenn er noch da wäre –, wie es bisher oft der Fall war, sondern ganz konkrete Anliegen der Bevölkerung gelöst werden. „Warum gibt es diese Verfahren alle extra?“ war die Fragestellung. Sie wurde gelöst und in die Tat umgesetzt. Viel, viel Fleiß und Engagement liegen da drinnen. In besonderer Weise möchte ich für diese große Arbeit, wo ich nur ein Beispiel nennen konnte, dem Vorstand der Präsidialabteilung Hofrat Dr. Gerold Ortner und seinem Team danken, die diese Arbeit auf sich genommen haben und zu einem, so bin ich sicher, mit unserer politischen Unterstützung erfolgreichen Ende führen werden. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 17.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als letztem Redner in dieser Gruppe erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba (17.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann Sie leider nur sachlich über das Personal abschließend informieren. Bei den 9661 Dienstposten, für die ich verantwortlich bin, zählen viele Bereiche dazu. Um es abzukürzen, sage ich Ihnen jedoch, welche Bereiche nicht dazuzählen, nämlich die an allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen tätigen Lehrer und die in der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft tätigen, zugewiesenen Landesbediensteten.

Die 9661 Dienstposten bedeuten gegenüber dem Jahr 1992 ein bescheidenes Minus von 7,5 Dienstposten. Auf den ersten Blick ist das trotzdem eine positive Bilanz. Sie könnte allerdings den falschen Schluß zulassen, daß die Forderungen nach zusätzlichem Personal in den vergangenen Monaten vielleicht rückläufig gewesen wären. Daß dies nicht der Fall ist, sondern dem Bund eine entscheidende, von uns überhaupt nicht beeinflussbare Mitgestaltungsrolle zukommt, möchte ich Ihnen doch etwas näher erläutern. Denn der nach wie vor steigende Bedarf an Mitarbeitern im technischen Umweltschutzbereich konnte dank der besonderen Bemühungen des Landesbaudirektors durch Personalausrichtungen aus dem Bereich des Straßenbaues im Einvernehmen mit allen Betroffenen und der Dienststellenpersonalvertretung abgefangen werden. Auf steirisch gesagt, im Straßenbau sind weniger geworden, dadurch konnte der Mehrbedarf im Umweltbereich besetzt werden. Ob sich diese lobenswerte Entwicklung fortsetzen kann, muß leider bezweifelt werden. Ich denke hierbei an die bereits in Kraft getretene Störfallverordnung des Bundes, die mangels Lesbarkeit – Sie hören richtig, sie ist

nicht lesbar, weil sie ausschließlich aus chemischen Formeln besteht – derzeit nicht vollzogen werden kann. Aber diese Verordnung trifft die Gewerbereferenten unseres Landes unvorbereitet. Zur Beurteilung dessen, was eine gefahrgeneigte Anlage ist, ich muß da wörtlich zitieren, wird eine Vielzahl von Fachtechnikern, sogenannte Störfalltechniker, erforderlich sein. Ebenso wird, um den gesetzlichen Anforderungen Genüge zu tun, aller Voraussicht nach in den für die allgemeine Katastrophenhilfe zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden ein Permanenzdienst vorgesehen sein müssen. Das kostet viel Geld und, wenn wir nicht aufpassen, auch sehr viele Dienstposten. Eigentlich wollen wir halten oder reduzieren im nächsten Jahr.

Im Dienstpostenplan 1993 ist dafür natürlich noch keine Vorsorge getroffen. Sehr wohl aber ist Vorsorge getroffen für Personalaufstockungen beim unabhängigen Verwaltungssenat, der uns ebenfalls durch bundesgesetzliche Regelungen ins Haus gestanden ist. Personalvermehrend ausgewirkt haben sich weiters die Übernahme des Schülerheimes Schloß Leopoldstein als Landessportschülerheim, Aufstockungen im Bereich der Krankenpflegeschulen und Lehranstalten, weiters in den Bezirksaltenheimen, wobei man gerechterweise sagen muß, daß das Personalbudget von den Bezirksaltenheimen nicht belastet wird, weil die Sozialhilfeverbände Landesbedienstete beschäftigen nach der derzeitigen Gesetzeslage, aber sie refundieren uns die Kosten. Sie werden sich, meine verehrten Damen und Herren, trotzdem zu Recht fragen, wie es dennoch zu einer Verringerung von sieben Dienstposten kommen konnte. Ausschlaggebend hierfür waren die von mir bereits erwähnten Umschichtungen, aber vor allem drastische und dramatische Sparmaßnahmen des Bundes unter gleichzeitiger Kündigung des Übereinkommens Bund und Land über die Aufteilung der Personalkosten im Straßenerhaltungsdienst. Die Fachabteilung II d mußte daher im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung 1 einen Mindestdienstpostenplan für das Jahr 1992 erstellen, der Einsparungen von 131 Dienstposten vorsieht. Diese Einsparungen wurden bisher ausschließlich durch den natürlichen Abgang von 80 Mitarbeitern teilsrealisiert. Die Baubezirksleiter haben in einer im Oktober erstellten Arbeitsunterlage darauf hingewiesen, daß diese Personalreduktionen nicht ohne Einschränkung von Leistungen möglich sein werden. Und Einschränkungsmöglichkeiten sind nur im Bereich von Serviceleistungen, wie beispielsweise bei der Pflege von Grünflächen, bei Landschaftspflege und leider auch bei Tätigkeiten für die Gemeinden durch unsere Landesstraßen- und Bundesstraßenverwaltung möglich. Als Maßstab für den Personalstand laut Mindestdienstpostenplan wurde insbesondere im obersteirischen Raum der Winterdienst herangezogen. Eine weitere Reduktion kann im Winter nicht mehr verkraftet werden. Und Verhältnisse wie in Vorarlberg, wo die harten Alemannen einfach gesagt haben, wenn der Bund nicht bezahlt, dann werden wir von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh keine Schneeräumung betreiben, wollen wir nicht. Eine solche Maßnahme möchten wir den steirischen Verkehrsteilnehmern so lange es uns möglich ist ersparen. Auf die Weisung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten eine 10prozentige Personaleinsparung vorzunehmen, sollte nicht nur mit einer reinen Personal-

diskussion eingegangen werden, sondern auch organisatorische Maßnahmen zur effizienteren Abwicklung des Straßenerhaltungsdienstes müssen in die Überlegungen mit einbezogen werden. Die Baubezirksleiter denken hierbei an regionale Erhaltungsdienste für Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, wie im Mur- und Mürztal bereits vorhanden. Diese könnten auch im Bereich der Süd- und Pyhrnautobahn eingeführt werden und sind, wie man hört, durchaus jedem Privatangebot gegenüber auch konkurrenzfähig. Im übrigen vertritt die Frau Landesrätin Klasnic als zuständige Referentin für den Straßenerhaltungsdienst bei allen Verhandlungen in Wien immer nachhaltig die Interessen der Steiermark. Sie hat keinen leichten Stand dabei. Ziel muß es sein, bei den Gesellschaftskonstruktionen des Bundes, wie sie am Ende auch immer aussehen werden, die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter des Autobahn- und Schnellstraßendienstes, die wir bisher haben und die bei uns unbefristete Verträge haben, zu sichern. Wie sensibel der Bereich der Arbeiter ist, zeigt die Tatsache, daß sich für diesen Verwendungsbereich überwiegend Familienväter interessieren, die überdies zusätzlich jahrelang die Last des Pendelns auf sich genommen haben. Durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wird der Druck von älteren Arbeitnehmern sogar noch weiter zunehmen, und entgegen anderslautender Meinungen gibt es beim Land Steiermark kein Alterslimit bei Einstellungen. Unter den zirka 700 Aufnahmen vom 1. November 1991 bis 31. Oktober 1992, wovon die meisten keinen Fixposten erhalten haben, sondern vertretungsweise – (Abg. Vollmann: „Vertragsbedienstete!“) ich komme gleich darauf – und somit zeitlich befristet eingestellt wurden, zum Teil auch Gruppierungen betreffend, die nicht über den Personalbeirat laufen, sonst stimmen die Zahlen nicht überein, weil es Wiedereinstellungen und befristete Aufnahmen gibt, aber unter diesen befinden sich immerhin 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme bereits das 40. Lebensjahr vollendet haben. Was der Kollege Vollmann sagt, ist richtig und muß man zur Erklärung auch anführen, daß eine Überschreitung dieses Alterslimits von 40 Jahren nur bei Pragmatisierungen Bedeutung hat. Das heißt, wer nach dem 40. Lebensjahr eintritt, kann nicht in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen werden, das heißt, nicht pragmatisiert werden. Aber er wird aufgenommen, wie wir gesehen haben. (Abg. Vollmann: „Glaubst du auch, Herr Landeshauptmann, daß einer aufgenommen werden kann, wo ein Pragmatisierter ausscheidet?“) Das passiert sogar immer wieder, führt dann nur zu einem Problem, daß er zwar zur Kenntnis nimmt zu dem Zeitpunkt, wo er aufgenommen wird, daß er nicht mehr pragmatisiert werden kann, aber dann wird er euch alle, jede Dame von diesem Hohen Haus und jeden Herrn, den er kennt, und von der Regierungsbank, die wird er alle aufsuchen und sagen, daß man diese Ungerechtigkeit beseitigen möge. Wir haben es immer durchgehalten, denn das Problem ist ja dann die Pension. (Abg. Vollmann: „Der eine bekommt 79,5 Prozent!“) Er bekommt dann eine ASVG-Pension, während er als Beamter eben eine pragmatisierte Beamtenpension bekommt und die ASVG-Pension nicht das Landespensionsbudget belastet, wohl aber

die des pragmatisierten Beamten. Aber es ist denkbar und passiert immer wieder.

Der nächste Punkt meiner Ausführungen betrifft die Auswahl der Führungskräfte. Es ist viel darüber geredet worden in den Generalreden und auch bei der Gruppe 0. Das ist auch wichtig, denn auch unsere Spitzenbeamten müssen sich den neuen Anforderungen der Verwaltung in Hinkunft stellen.

Mit der erstmaligen Bestellung von Spitzenbeamten auf Zeit im Herbst vorigen Jahres und dem verpflichteten Absolvieren einer Führungskräfteausbildung wurde im Hinblick auf die Objektivierung der Bestellung von Führungskräften ein erster wichtiger Schritt gesetzt, aber das ist schon allgemein bekannt, deshalb lese ich es auch sehr rasch. Mit der auf fünf Jahre ausgelegten Probezeit wurde eine Testphase geschaffen, in der fundierte Rückschlüsse auf die Qualifikation in der Praxis gewonnen werden sollen. Das heißt nichts anderes, in fünf Jahren werdet ihr wohl draufkommen, ob der oder die für dieses Geschäft geeignet ist oder nicht.

Grundlage für eine effiziente Auswahl bildet die exakte Festlegung des Anforderungsprofils. Dabei handelt es sich um unterschiedlichste fachliche und persönliche Anforderungen an eine Bewerberin oder einen Bewerber. Je nachdem, wie stark eine Eigenschaft ausgeprägt sein muß, wird eine entsprechende Gewichtung vorzunehmen sein. Das ist jetzt allgemein gedacht und hat mit dem Straßenerhaltungsdienst allein gar nichts zu tun.

Im Rahmen eines Auswahlverfahrens wird sodann das Anforderungsprofil dem Befähigungsprofil des Bewerbers gegenübergestellt. Um zukünftige Aussagen über die Persönlichkeit, Führungsqualität und fachliche Kompetenz der Bewerber um Führungspositionen des Landes zu erhalten, werde ich in einer der nächsten Regierungssitzungen der Landesregierung vorschlagen, eine Vorauswahl in Form eines Hearings schon bei den nächsten fälligen Besetzungen durchzuführen. Kernstück dieses Hearings sollen strukturierte Einzelgespräche mit den Kandidaten bilden.

Die Bestellung der Führungskräfte obliegt in diesem Fall allerdings nicht dem Personalbeirat, sondern der Landesregierung.

Noch ein Wort zur Verwaltungsinnovation, sie wird ja viel erwähnt und oft auch strapaziert in diesen Tagen, Stunden, Wochen und Monaten. Eine Dezentralisierung in Personalangelegenheiten und bei der Sachmittelbeschaffung sowie eine Verfahrens- und Verhandlungskonzentration sollen als Modellversuche bereits demnächst in ausgewählten Bezirkshauptmannschaften erprobt werden.

Selbstverständlich können solche Maßnahmen nur mit einer entsprechenden Koordination beziehungsweise Steuerung einhergehen. Aus der Sicht der Personalverwaltung bedeutet dies, daß die Pilotprojekte im Einklang mit dem Dienstrecht und den Richtlinien des Personaleinstellungsmodells stehen müssen.

Ansonsten wird die Umsetzung konstruktiver Vorschläge jedoch nicht von vornherein durch eine engstirnige Betrachtungsweise von mir als Personalreferent behindert werden. Ich hätte einige noch sehr interessante Vergleichszahlen mit anderen Bundes-

ländern und möchte sie, falls Sie sie hören wollen, Ihnen auch mitteilen, weil es vielleicht doch nur einmal im Jahr vorkommt, daß man diese sagen kann.

Der Herr Finanzlandesrat Ing. Ressel hat eine Studie vom Wirtschaftsforschungsinstitut präsentiert. Da geht daraus hervor, daß die Steiermark bei der Zahl der Landesbediensteten zwischen 1986 und 1990 eine rückläufige Tendenz hatte. Das ist schon bekannt, aber ich zitiere einige markante Aussagen aus dieser Studie.

Da heißt es: „Die Pro-Kopf-Gehälter der steirischen Landesbediensteten liegen ziemlich genau im Durchschnitt der österreichischen Länder.“

Und weiters: „Seit 1986 erhöhten sich die Pro-Kopf-Gehälter der steirischen Landesbediensteten etwas schwächer als die Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter in der gesamten Wirtschaft.“ Das geht über den öffentlichen Dienst hinaus.

Aus Erfahrung weiß ich, wie problematisch es ist, einen Vergleich der einzelnen Bundesländer im Hinblick auf Personalkennzahlen anzustellen. Ich habe daher das Referat für Statistik beim Amt der Landesregierung hier um einen Vergleich gebeten.

Demnach sind in der steirischen Landesverwaltung (inklusive Pflichtschullehrer und Landesbedienstete in den Krankenanstalten) nur 10,7 Prozent der Mitarbeiter in der Hoheitsverwaltung tätig, im Burgenland 16,6 Prozent, in Niederösterreich 15,2 Prozent und in Vorarlberg 9,8 Prozent. In der Verwendungsgruppe A haben wir in der Steiermark 1614 Mitarbeiter, das sind 5,8 Prozent aller Mitarbeiter. Von den Salzburger Landesbediensteten sind 7,8 Prozent Akademiker, und in Niederösterreich aber nur 3,6 Prozent.

Derzeit beträgt der durchschnittliche Aufwand pro Mitarbeiter in der Steiermark 401.000 Schilling pro Jahr. Nach einer oberösterreichischen Personalstatistik sind es dort 431.000 Schilling, in Salzburg 393.000 Schilling und in Vorarlberg 481.000 Schilling – also diese haben weniger Mitarbeiter und zahlen sie aber höher. Der österreichweite Durchschnitt liegt pro Mitarbeiter bei 425.000 Schilling.

Meine Damen und Herren, wir werden im nächsten Jahr den Versuch unternehmen, die Kollegin und die Kollegen von der Regierung zu bitten, bis 30. April ihre Einsparungsvorschläge auch auf dem Personalsektor für das darauffolgende Jahr einzubringen. Wir werden Ihnen gerne über das Ergebnis berichten.

Ich möchte mich aber bei dieser Gelegenheit, weil ich mit ihm das ausgesprochen habe vor der Budgeterstellung, bei Herrn Kollegen Ressel für das konstruktive Arbeitsklima im Zuge dieser Verhandlungen, auch das Personalbudget betreffend, bedanken.

Abschließend danke ich dem Herrn Vorstand der Rechtsabteilung 1, Herr Hofrat Dr. Greimel – das „Wirkliche“ habe ich jetzt weggelassen, lieber Hofrat –, dem Wirklichen Hofrat Dr. Greimel sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres. Zugleich fordere ich aber – das ist der letzte Satz – alle im steirischen Landesdienst Beschäftigten auf, Reformen im kommenden Jahr, auch wenn es sie selber betrifft, aufgeschlossen zu begegnen. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 18.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 0 nicht vor. Es haben 17 Debattenteilnehmer sich gemeldet mit einer durchschnittlichen Rededauer von einer knappen Viertelstunde. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Abg. Gross: Danke, ich verzichte.

Präsident Dr. Klausner: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 0 ist so mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den vier Beschlußanträgen der Gruppe 0 des Landesvoranschlages 1993, die im mündlichen Bericht Nr. 20 zusammengefaßt sind. Ich werde über jeden einzelnen Beschlußantrag gesondert abstimmen lassen. Ich ersuche nun die Frau Berichterstatterin, die Frau Abgeordnete Barbara Gross, die Beschlußanträge vorzutragen, und werde nach jedem Beschlußantrag abstimmen lassen.

Abg. Gross: Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgende Beschlußanträge beschließen:

Zur Gruppe 0:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Entwurf für ein Steiermärkisches Objektivierungsgesetz vorzulegen.

Der Landtag hat schon im April 1992 einen derartigen Auftrag erteilt und fordert daher neuerlich auf, diesem rasch zu entsprechen.

Antragsteller: Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Hirschmann, Majcen, Prutsch Günther und Kollege Schleich. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident Dr. Klausner: Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Frau Abgeordnete Gross!

Abg. Gross: Der zweite Beschlußantrag:

Die Zukunftsentwicklung der Landeshauptstadt Graz muß auch ein besonderes Anliegen der Landesregierung sein.

Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, mit den politisch Verantwortlichen der Landeshauptstadt Graz regelmäßige Regionalgespräche zu führen.

Antragsteller: Abgeordnete Dr. Ebner, Dr. Frizberg, Dr. Karisch. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident Dr. Klausner: Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Abg. Gross: Nummer drei: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Abstellen von Kraftfahrzeugen im Interesse der bauhistorischen und künstlerischen Bedeutung der Höfe des Landesmuseums Joanneum, der Landesbibliothek sowie des Palais Attems zu untersagen.

Antragsteller: Abgeordnete Dr. Flecker, Gross, Kanduth, Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident Dr. Klausner: Wer dem zustimmt, der möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Abg. Gross: Antrag 4: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Interessen des Föderalismus im Hinblick auf den EWR- beziehungsweise EG-Beitritt möglichst umfassend zu wahren, weshalb sie mit den Bundesländern Burgenland und Kärnten Kontakt aufnehmen soll, um ein gemeinsames Verbindungsbüro in Brüssel zu schaffen, damit diese Anliegen in den EWR- beziehungsweise EFTA-Gremien sowie im geplanten Ausschuß der Regionen adäquat vertreten werden können.

Antragsteller: Abgeordneter Gennaro, Dr. Flecker, Dr. Frizberg, Dr. Hirschmann, Dipl.-Ing. Vesko. Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident Dr. Klausner: Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit kommen wir zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth, dem ich hiemit das Wort erteile.

Abg. Kanduth (18.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1 umfaßt Öffentliche Ordnung und Sicherheit und hat Einnahmen in der Höhe von 3.875.000 Schilling; dem gegenüber stehen Ausgaben von 100.720.000 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieses Kapitels.

Präsident Dr. Klausner: Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald. Ich erteile es ihm.

Abg. Kowald (18.19 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Kapitel 1, Thema Sicherheit und Ordnung: Alle betrifft es uns, alle wollen wir Sicherheit und Ordnung haben. Die Beitragsleistung ist selbstverständlich unterschiedlich, und die Zuständigkeit ist auch geklärt, daß größtenteils der Bund dafür die Zuständigkeit hat. Trotzdem ist es so, daß wir in unserem Bundesland viele Freunde, Mitarbeiter und Verantwortungsträger haben, die sich bemühen, für unsere Mitbewohner und für die Bevölkerung für Sicherheit zu sorgen. Das Gefühl der Sicherheit ist groß, und so wollen wir auch hoffen, daß es auch in der nächsten Zeit dementsprechend Platz findet.

Darf ich vielleicht einmal sagen, daß gerade im Bereich Graz die Polizei zuständig ist und mit ihren 896 Mitarbeitern dafür sorgt, daß eben alles seinen rechten Weg hat. Man muß auch die Aufklärungsquote berücksichtigen, und es ist eigentlich interessant, daß bei den schweren Verbrechen größtenteils die 100 Prozent erreicht werden. Es ist auch eines

interessant und es ist eine Zahl, die mich sehr interessiert hat, daß in dem heurigen Jahr, in den ersten zehn Monaten zum Beispiel 53.600 Verwaltungsanzeigen nur im Bereich Graz festgestellt wurden. Zusätzlich kommen über 16.000 Gerichtsanzeigen. Ich sage das deshalb, weil es ein kleines Bild zum Ausdruck bringen soll über den Umfang der Tätigkeiten. Ich bin insofern froh gewesen, als wir eingeladen worden sind von der Bundespolizeidirektion Graz und uns Oberstleutnant Goldberger vorgeführt hat die Ausrüstungsmöglichkeiten genauso wie im Schulungsbereich die vorhandenen Einrichtungen gezeigt hat und wir, der Landtag, als Abgeordnete dort Einblick bekommen haben. Es ist auch wichtig, daß der direkte Kontakt und der Bezug zu diesen Personen, die für Ordnung sorgen, hergestellt ist. In den übrigen Landesteilen der gesamten Steiermark stehen uns auch über 2000 Gendarmeriebeamte zur Verfügung auf 167 Posten. Ich sage das auch, weil die dafür sorgen, daß um die 920.000 Personen, die in der Steiermark leben, dadurch auch Sicherheitsgefühl wahrnehmen können. Auch hier ist es so, daß viele Tausende Fälle immer wieder eintreffen und viele geklärt werden, viele aber auch nicht. Und das möchte ich auch hier sagen, da könnte man ein Spiel vorführen, so wie wir das heute im Laufe des Tages mehrmals mitbekommen haben, daß nämlich über die Zuständigkeitsbereiche immer dementsprechende Akzente und Angriffe auf gewisse Personen gegeben worden sind. Ich sage das deshalb, weil ich persönlich nicht viel davon halte, aber man könnte zum Beispiel auch hergehen und sagen, wenn heute einer eine schlechte Aufklärungsquote hat, zum Beispiel bei den Diebstählen, ist von mir aus der Minister überfordert, nur weil er gerade zuständig ist. Man muß eben diesen Umstand betrachten, und ich mache bei dem Spiel nicht mit. Ich erinnere nur daran, daß es auch ein leichtes Spiel wäre, um hier auch politisches Hickhack zu betreiben. Aber die Kriminalität hat in Österreich auch zugenommen, und es ist auch so, daß gerade die Steiermark bei den Zahlen ziemlich an oberer Stelle zu finden ist. Selbstverständlich hat das seine verschiedenen Ursachen und Gründe. Ob das jetzt einmal die Zuwanderer sind oder die organisierten Banden, die international unterwegs sind, ob das im Suchtgiftbereich Aktionen und Unternehmungen sind, die immer wieder dafür sorgen, daß einiges in Bewegung ist, genauso ist die organisierte Autoschlepperbande dementsprechend im Einsatz. Die Devisenschmuggler sind hinlänglich bekannt. Ich bin auch froh darüber, daß gerade hier in Österreich die Entwicklung von seiten der Exekutive auf Grund ihrer Ausbildung geht, daß sie nämlich auch schon bekannt sind, unsere Beamten, daß sie auch gute Arbeit leisten. Ich sage das bei dieser Gelegenheit auch ganz klar. Es war auch interessant, wie man feststellen hat können im Rahmen einer Schulung, die immer wieder stattfindet, wo sich Vertreter aller Kriminalabteilungen aus allen Bundesländern getroffen haben, um mit Prof. Dirnhofer in Graz zu konferieren und sich fortzubilden, der auch international anerkannt ist, und bei dieser TNA-Analyse, die in etwa den genetischen Fingerabdrücken gleichzustellen ist, einen Beitrag geleistet haben. Ich sage das deshalb, weil das sehr interessant ist und hier die internationale Zusammenarbeit auch Niederschlag findet.

Darf ich vielleicht den Punkt Verkehr ansprechen. Hier hat sich einiges verändert, nämlich die Stoßrichtung, die Einsatzorte, die Flußrichtung des Verkehrs ist nicht wie bisher in den vergangenen Jahren Richtung Süden, sondern er hat sich Richtung Ungarn verlagert. Deswegen ist es auch notwendig gewesen, daß hier unsere Verkehrsabteilung dementsprechend sich einstellt darauf und Kontrollen durchführt. Es ist auch eines zu erfahren und zu merken, daß auch der technische Prüfzug aus Wien angefordert wird, um auch die Fahrzeuge, die aus dem Osten kommen, zu prüfen über die Verkehrstauglichkeit, weil es auch hinlänglich bekannt ist, daß es auf Grund ihres Verkehrszustandes oft zu Mängeln auch gekommen ist. Der Einsatz der Laserpistolen in dem letzten Zeitraum hat auch immer wieder für Aufregung gesorgt. Es ist aber auch schon bekannt, wie sie funktionieren und wie hilfreich sie sind. Wenn in verschiedenen Kontrollbereichen auch immer wieder der eine und der andere unerfreuliche Erfahrungen gemacht hat, so ist es eben auch eine Pflicht, der unsere Beamten nachgekommen sind, und ich verwahre mich dagegen über politische Spiele, nämlich der zuständigen Referentin Frau Landesrat Klasnic immer wieder dort und da den Angriffspunkt in den Raum gestellt zu haben, weil sie vielleicht schuld ist, daß Planquadrate durchgeführt werden. Ich möchte das jenen sagen, die immer gerne auch einen Beitrag ins politische Geplänkel hineinbringen. Daß selbstverständlich auch der Wunsch von seiten der Gendarmerie und der Mitarbeiter nach mehr Personal vorhanden ist, ist hinlänglich bekannt. Ich möchte aber auch sagen, daß es notwendig ist, daß wir unsere Beiträge leisten. Ich selber habe das miterlebt und auch dazu einen Beitrag geleistet, daß gerade entlang der Grenze die Diskussion bezüglich der Grenzgendarmarie auch zum Positiven gekommen ist. Wir alle haben uns damals geäußert und gesagt, wir brauchen mehr Schutz, mehr Sicherheit, damit der Druck vom vorhergehenden Jugoslawien auf uns dementsprechend abgesichert wird. Es ist auch bekanntgeworden, daß bei der Präsenz dort und da der Grenzgendarmarie es nicht immer erfreuliche Aussagen gegeben hat von den Bewohnern. Ich selbst habe mich bemüht und habe die zuständigen Verantwortlichen der Gendarmerie mit den Bürgermeistern an einen Tisch gebracht, und wir haben versucht, diese Information in Form von aufklärenden Worten weiterzugeben. Ich bin auch froh darüber, daß sich diesbezüglich einiges geändert hat, nämlich ins Positive.

Ich darf vielleicht auch einen anderen Beitrag bringen, ich habe nächste Woche in mehreren Regionen Versammlungen mit Bauern, wo ich die zuständigen Postenkommandanten auch gebeten habe, einen Beitrag zu leisten im Rahmen eines Vortrages zum Thema „Straßenverkehr und Landwirtschaft“, weil ich einfach glaube, daß man auch hier dementsprechende Schritte unternehmen muß, um aufklärend zu wirken, daß der Straßenverkehr uns auf allen Gebieten soweit als möglich Sicherheit bietet. Im Zölbereich ist es so, daß sich auch auf Grund der Entwicklung in Jugoslawien gezeigt hat, daß es entlang der Grenze zu einer Entspannung gekommen ist, daß die Zahl der illegalen Grenzgänger auch zurückgeht und daß an und für sich in Zusammenarbeit Zoll – Gendarmerie an der Grenze doch fast lückenlose Kontrollen bestehen. Es ist selbstverständlich so, daß auch im

Zollbereich neue Aufgabenstellungen vorhanden sind. Die Bosnienflüchtlinge müssen dementsprechend kontrolliert werden, genauso die organisierten Autoschlepper. Hier hat sich herausgestellt, daß auch gerade Richtung Slowenien der Schwerpunkt weggegangen ist und in andere Grenzgebiete sich verlagert hat, aber auch werden sie dementsprechend mit Augenmerk behandelt.

Die grenzüberschreitende Kriminalität hat es immer gegeben und wird es auch geben. In diesem Bezug hat der Zoll genauso seinem Auftrag nachzukommen und Großes zu leisten, wenn ich auch an das Thema Suchtgift herangehe und meine, wieviel unser Zoll mit seinen Einrichtungen, aber auch mit seinen Hunden schon Beiträge geleistet hat, daß man diesem Mißbrauch Herr werden kann.

Einen Wunsch merkt man bei dem Zoll, daß er eigentlich immer bemüht ist, eine Entflechtung der Doppelgeleisigkeiten vornehmen zu können, um nämlich als einzige immer geforderte Grenzschutzseinheit dazustehen. Hier wird es sicherlich auch Bemühungen geben müssen, um diesen Anforderungen nachzukommen.

Ein anderes Thema, das uns auch immer wieder betrifft, das sind die Bezirksgerichte. Die Diskussionen haben wir heute schon miterleben können. Vieles ist ja geplant in Umstrukturierung, man will dort und da einige auflassen. Aber es sind unsere Beiträge, hier Beiträge zu leisten und entschieden dagegen einzutreten, daß wir dieser Struktur und dieser Veränderung im ländlichen Raum entgegentreten. Es ist auch der Vorschlag sicherlich angebracht, daß man mit dementsprechender Arbeitsverteilung auch eine Entlastung in gewissen Bezirksgerichten vornehmen kann. In diesem Sinne hoffe ich auch auf volle Unterstützung von allen Verantwortungsträgern.

Großes leisten auch im Sinne unserer Sicherheit und des Gefühles in dieser Beziehung unsere freiwilligen Freunde, die im Rahmen einer Hundestaffel arbeiten. Die Mitarbeiter haben hier Idealismus aufzubringen, müssen sehr viel Freizeit opfern. Vor allem geht es darum, daß sie auch den Umgang mit den Hunden, mit den Tieren wirklich beherrschen. Jeder, der einmal einen Hund abgerichtet hat, der weiß, welche Mühen und Aufgaben damit verbunden sind. Ich spreche aus eigener Erfahrung, weil ich habe mich auch in dieser Richtung bezüglich der Hundeabrichtung schon zum zweiten Mal mit einem solchen Tier befaßt. Deswegen glaube ich auch, daß es notwendig ist, diesen Leuten, die da arbeiten, auch dementsprechend Anerkennung zu zollen.

Wenn man so denkt, daß in der Steiermark die Hundeführer – 295 sind es – mit ihren Einsätzen, fast 30 an der Zahl, auch 17 Lebensrettungen vorgenommen haben, so müssen wir auch hier dankbar sein. Wenn man so denkt, daß eben bei verschiedenen Vorführungen und Überprüfungen beziehungsweise Überwachungen immer wieder Großes geleistet worden ist. Ich selber habe das auch miterleben können. Im Rahmen einer Feuerwehrabschlußübung hat sich die Staffel aus Voitsberg zum Besten gezeigt, als sie nämlich bei der Suche nach vermißten Personen Hervorragendes mit ihren Hunden geleistet hat. Ich glaube, die Katastrophen- und Trümmersuchhunde, genauso wie die Lawinenhunde oder die Personen-

suchhunde sind auch dementsprechend mit Wohlwollen zu behandeln, weil einfach hier der Idealismus weiterleben soll. In gewissen Bereichen, wenn sie auch angefordert werden von der Exekutive, wenn es um die Verfolgung der Rechtsbrecher geht, so sind sie genauso mit Freude dabei.

Ich darf aber auch sagen, daß insgesamt die Sicherheitsbedürfnisse der Steirer so sind, daß sie der Höhe nach groß einzustufen sind, daß alle ihre Mitarbeiter aber auch viel leisten. Daß auch wir hier in diesem Saal uns der Sicherheit erfreuen können, dafür sorgen bei jeder Sitzung die Beamten der Staatspolizei, denen ich von dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön sage. Allen Leuten, die da mit Ideen, mit Leistung, mit Einsatz dabei sind, um uns allen im Lande Schutz zu geben, ein herzlichen und ein großes Lob.

Wenn dort und da halt einmal etwas passiert, daß einer von der Karlau ausbricht oder die Aufklärungsquote – wie ich gesagt habe – nicht im vollen Umfang erreichbar ist, werden wir trotzdem nicht den zuständigen Referenten in Wien, der für die Sicherheit zuständig ist, an den Pranger stellen – so wie das andere gerne tun. Das sage ich einmal zum Thema Sicherheit und bedanke mich noch einmal auf diesem Weg bei allen zuständigen Personen, die in dieser Richtung im Einsatz sind.

Ich habe aber auch die Aufgabe und die Freude, heute zum Ausdruck zu bringen, daß die Leute in der Feuerweherschule, die in Lebring ihren Sitz hat, Großartiges leisten, weil einfach dort so viel geschieht. Es haben sich die Verantwortungsträger wirklich immer bemüht, dementsprechende Programme zu bieten. Wenn man so denkt, daß im heurigen Jahr erstmals über 11.000 Kursbesucher diese Schule besuchten, so ist das eine Zahl, die sich sehen lassen kann – wiederum eine Steigerung von 2 Prozent. Wenn auch bei 90 Führungen fast 3000 Teilnehmer zu verzeichnen waren, so ist das auch ein Zeichen der Anerkennung und des Interesses innerhalb der Bevölkerung und der Allgemeinheit. Jenen Leuten, die darin Arbeit leisten, gebührt ein Dank für den Einsatz und für das Bemühen, die Kenntnisse, die sie haben, an die Besucher, die Kursteilnehmer weiterzugeben. Weil eine so große Abordnung der Feuerwehr heute wieder hier ist, so ist es auch für uns dementsprechend eine Anerkennung und für den zuständigen Referenten der Feuerwehr auch eine Bestätigung, daß das so gesehen wird. Ich bin sehr froh darüber, daß die Verantwortungsträger im Schulbereich wie auch die politischen Verantwortungsträger hier Großes leisten. Ich glaube, unser Landeshauptmann hat sich immer diesbezüglich sehr stark eingesetzt.

Die baulichen Maßnahmen, die in der Schule gemacht werden, sind Notwendigkeiten: die Gasübungsanlage wurde im heurigen Jahr gebaut, genauso wie Möglichkeiten zum vorbeugenden Brandschutz ihre Wichtigkeit haben. Dem anzuschließen ist auch diese Übungshalle, wo es um die Bergung von Autowracks geht, die besondere Bedeutung in den Wasserschongebieten und Schutzgebieten hat, damit es hier zu keinen Einflüssen kommt. Ich glaube auch, daß diese Aktionen positiv zu bewerten sind und daß diese Schule eine Ausbildungsstätte ist für viele andere Organisationen. Neben der Feuerwehr kommt nämlich der Zivilschutz sehr stark dort in Erscheinung, ge-

nauso wie die Freunde und die guten Mitarbeiter des Roten Kreuzes sich ständig dort weiterbilden und informieren können. Auch diesen Personen gebührt ein großer Dank für ihre Bemühung um die Einsätze und Hilfeleistungen für die Bevölkerung. Der Militärkommandant der Steiermark ist ebenso erfreut darüber, daß die Mitglieder des Bundesheeres dort ihre Ausbildung und ihre Schulungen wahrnehmen können, weil in den Übungen vieles zu machen ist.

Den Verantwortungsträgern in diesem Bereich, allen voran und in Vertretung Herrn Dipl.-Ing. Studler von der Feuerweherschule, ein Dankeschön. Allen Trainern und Mitarbeitern möge man diesen Dank weitergeben, weil einfach das Programm so gut ist, weil der Besuch so hoch anzumerken ist und weil dieses Geld auch gut angelegt ist.

Wenn heute wiederum zu merken sein wird, daß die freiheitliche Abgeordnetenschar dort und da nicht mitstimmen wird, so bin ich mir sicher, daß sie im Feuerwehrbereich dem Landeshauptmann zustimmen wird zu seinen Budgetvorstellungen, weil sie genau wissen, daß es hier ein gefährliches Spiel wäre und sie auch gewisse Bereiche nicht anrühren sollen.

Aber ich sage das deshalb, weil in allen anderen Bereichen Verantwortungsbewußtsein gerade so am Platze ist, und es wäre wirklich das Schlechteste, daß man sich solcher Einrichtungen über Spiele bedient und in Frage stellt. Aber ich hoffe, daß hier wohl die Zustimmung kommt von allen Seiten, damit wir weiterhin unseren Feuerwehrleuten Möglichkeiten bieten können, die dem Schutze und dem Wohle der Bevölkerung dienen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 18.39 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Sepp Kaumann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kaufmann (18.39 Uhr): „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“ ist ein Spruch, den wir auf so manchem älteren Feuerwehrhaus heute noch lesen können. Und dieser Leitspruch, der immerhin für über 45.000 steirische Feuerwehrmänner gilt, die in 749 Wehren zusammengefaßt sind, sagt eigentlich aus, was das Leitbild eines steirischen Feuerwehrmannes ist. Dem Nächsten zu helfen, seine Persönlichkeit dafür einzusetzen, daß dem Nächsten das Leben, dem Nächsten sein Hab und Gut gerettet wird, ohne darüber nachzudenken, ob es im eigenen Vorteil ist oder ob damit vielleicht sogar ein persönliches Risiko verbunden ist, das ist Sinn unserer Feuerwehren. Und daß es im Katastrophenfall nicht immer ganz reibungslos für unsere eingesetzten Feuerwehrmänner heruntergeht, daß auch persönlicher Einsatz bedeutet, daß man persönliches großes Risiko in Kauf nehmen muß, das haben leider die 103 im Vorjahr verletzten Feuerwehrmänner gezeigt. Unsere steirischen Feuerwehren leben von der Kameradschaft, die sie auszeichnet, von der gemeinsamen Idee, dem anderen zu helfen, und von dem unabdingbaren Glauben, für den Nächsten dazusein. Da uns die Redezeit beschränkt wurde, ist es unmöglich, alle Verdienste der steirischen Feuerwehren aufzuzeigen. Aber ich glaube, es ist doch wesentlich, einige markante Zahlen zu nennen. So wurden im Jahre 1991 von den steirischen Feuerwehr-

männern 31.800 Einsätze erbracht, davon waren bereits über 28.000 technische Einsätze und nur 3500 Brandeinsätze, obwohl in den letzten Tagen die Brandkatastrophe der Wiener Hofburg die Zeitungen füllte, ist doch die Hauptarbeit der steirischen Feuerwehrmänner im technischen Einsatzbereich nahe schon 90 Prozent. Und damit hat sich auch das Bild des Feuerwehrmannes geändert. Nicht mehr Brandbekämpfung ist vorrangig, sondern die Bekämpfung der Gefahren allgemeiner Natur. Und so konnten im Einsatz auch bereits 702 Menschenleben im Vorjahr gerettet werden. Und den Wert des geretteten Vermögens, der über 1,1 Milliarden Schilling betragen hat, möchte ich nur am Rande erwähnen. Um diesen riesigen Einsatzzumfang zu bewältigen, bedarf es einer guten Ausbildung, und dafür haben wir in Lebring die Feuerweherschule, die bereits Kollege Kowald eindrucksvoll würdigte. Aber außerhalb der Feuerweherschule ist die tägliche Übung und das tägliche Probieren am Gerät, das tägliche Üben mit dem Gerät notwendig. So wurden 25.000 Mann im Vorjahr mit 247.000 Übungsstunden, die sie entweder bei Übungen im Ort oder bei Wettkämpfen – Wettkämpfe sind Übungen vor Ort praktisch unter Ernstbedingungen –, es waren also 247.000 Stunden, die hier von unseren Feuerwehrmännern abgeleistet wurden. Zusätzlich haben noch 203.000 Mann bei kleineren Rahmenübungen, die der Ausbildung, der Straffung, aber auch der Gerätewartung dienen, 983.000 Stunden geleistet. Daß natürlich diese Einsatzstunden viel Durst erzeugen, und jetzt möchte ich bitte alle Sportler bitten herzuhören, ist verständlich. Aber eines ist sicher, unsere steirischen Feuerwehrkameraden haben nicht mehr Durst als alle übrigen, die diese Leistungen erbringen. Ein weiterer Aspekt der Feuerwehr ist, daß die Feuerwehr mit ihrer Kameradschaft unsere Dorfgemeinschaften zusammenhält. In der Feuerwehr wird nicht gefragt, welches politisches Couleur hast du, wer bist du und was kannst du? In der Feuerwehr wird gefragt, bist du bereit, mitzuarbeiten, für den Nächsten dazusein? Das ist die einzige Devise.

Und das prägt. Und diese Kameradschaft zeichnet unsere steirischen Feuerwehrmänner aus, sie bindet, und sie verbindet, und sie überbrückt so manche Kluft, die sonst in unserer Gesellschaft offen ist. Ich wäre froh, wenn alle Vereine diesen Zusammenhalt hätten, wie er in der steirischen Feuerwehr ist. Es nützt die beste Ausbildung nichts, wenn die notwendige Ausrüstung fehlt. So stehen im Einsatz der steirischen Feuerwehren über 2100 Kraftfahrzeuge neben vielen anderen technischen Geräten, Atemschutzgeräten, Scheren, Hebebühnen und so weiter, die mit ihrer Wartung über 197.000 Pflegestunden bedürfen. Und wenn manchmal die Frage auftaucht, ist denn eigentlich ein Feuerwehrauto rentabel, was kostet uns ein Kilometer, gefahren von einem Feuerwehrauto, dann müssen wir eines antworten: betriebswirtschaftlich läßt sich ein Einsatzfahrzeug nicht berechnen. Und dem Frager müssen wir die Antwort zurückspielen, was würdest du sagen, wenn dein Haus brennt und die Feuerwehr ohne Auto ankommen würde und sagen würde, ich muß erst das Wasser mit dem Kübel holen. Gerade der Brand in der Hofburg hat gezeigt, daß die technische Entwicklung weitergeht. Und wenn heute in den Zeitungen die Frage aufgeworfen wird, ob Wasser das beste Brandbekämpfungsmittel ist, so wird

es auch sicher für die Feuerwehr notwendig sein, sich den technischen Neuerungen nicht zu verschließen und hier Überlegungen anzustellen, wie wir in Zukunft gerade vielleicht wie bei solchen Bränden in der Hofburg mit anderen Brandbekämpfungsmitteln als mit Wasser auch löschen können. Daß natürlich diese Ausrüstung enorme finanzielle Mittel verschlingt, ist verständlich. Das Land Steiermark beteiligt sich an den freiwilligen Feuerwehren mit rund 88 Millionen Schilling. Ich hoffe wirklich, daß alle Fraktionen dieses Hauses in dem Bewußtsein um den Wert der steirischen Feuerwehren auch diesem Posten heute ihre Zustimmung geben. Ich hoffe, lieber Chibidziura, daß auch du zustimmst. Natürlich wäre die Finanzierung aller dieser Geräte nicht möglich, wenn nicht die Feuerwehrleute selbst Hand anlegen würden, mit über 20.000 Veranstaltungen den finanziellen Background dafür schaffen würden, daß diese Geräte gekauft werden können. Denn in diesen über 20.000 Veranstaltungen waren 910.000 Arbeitsstunden notwendig, um Geld bei Bällen, Festen, Fetzenmärkten, Dorfentrümpelungen und so weiter zu beschaffen, um Geräte anzukaufen. Für diesen enormen Einsatz, der allein bei der Bezahlung der geleisteten Einsatzstunden – und wenn ich die Stunde jetzt mit 100 Schilling nur hochrechne – bereits einen Wert von 323 Millionen Schilling ausmachen würde, darf ich unserem geschätzten Herrn Landesbranddirektor Strablegg danken. (Allgemeiner Beifall.) Danken für den Einsatz, den alle steirischen Feuerwehrmänner geleistet haben, danken aber auch für die Führung, die die steirische Feuerwehr hat, denn mit den Führungskapazitäten im steirischen Feuerwehrwesen hat auch die steirische Feuerwehr ihre Qualitäten. Ich darf also Herrn Landesbranddirektor bitten, diesen Dank an alle steirischen Feuerwehrmänner weiterzugeben. Wir schätzen die Einsatzbereitschaft der steirischen Feuerwehren, wir danken noch einmal für die Bereitschaft, für den Nächsten da zu sein. Ich darf es ganz offen sagen: Ich bin stolz darauf, auch ein steirischer Feuerwehrmann sein zu dürfen. Ein weiterer Dank gilt natürlich dem Leiter der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung, Herrn Hofrat Konrad, denn er hat mit seinen Beamten den organisatorischen Background geschaffen, um diese Feuerwehren organisatorisch, administrativ abzusichern und ihren Einsatz zu koordinieren. Lieber Herr Hofrat, auch dir und deinen Beamten ein herzliches Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Wie ich schon erwähnte, ist für diesen Einsatz die Ausbildung notwendig, die die steirischen Feuerwehrleute gerne selbst durchführen. Es ist die notwendige Ausrüstung zu beschaffen, die gemeinsam mit der Unterstützung des Landes von den steirischen Feuerwehrleuten angekauft und bereitgestellt wird. Aber es ist noch etwas notwendig, das ist die soziale Sicherheit, die soziale Absicherung der im Einsatz stehenden freiwilligen Feuerwehrmänner. Gerade dieser letzte Punkt ist es, der in letzter Zeit zur Diskussion über die Anpassung des Feuerwehrgesetzes aus dem Jahr 1979 geführt hat. Es hat zwar dankenswerterweise der Landesfeuerwehrverband eine Kollektivunfallversicherung abgeschlossen. Ich hoffe, daß jedes Kommando seine Feuerwehrmänner bei dieser Kollektivunfallversicherung versichert hat. Aber wir merken, daß es im Einsatz immer wieder Fälle gibt, die durch den Rost des Sozialnetzes fallen.

Daher müssen wir bei der Frage der Anpassung des Feuerwehrgesetzes sicher in erster Linie die Frage des Einsatzbegriffes diskutieren, um hier eine größtmögliche Absicherung zu erreichen. Es sind natürlich auch Überlegungen anzustellen, ob für jene, bei denen diese Kollektivvertragsversicherung nicht ausreicht oder die auf Grund besonderer Umstände nicht in das Schema hineinpassen, nicht eine Art Landeshilfsfonds gegründet werden wird müssen, um Feuerwehrmänner, die im Einsatz Schaden an Leib und Leben erleiden, auch so abzusichern, daß sie dann nicht für ihren freiwilligen Einsatz mit dem höchsten Gut, das ihnen zur Verfügung steht, bezahlen müssen, nämlich der Gesundheit, und diese nicht durch eine finanzielle Absicherung gedeckt haben. Ich glaube also, wir müssen diesen Überlegungen nachgehen und diese in die Anpassung des Feuerwehrgesetzes einbauen.

Eng mit der Feuerwehr ist auch der Zivilschutz verbunden, denn uns drohen Gefahren. Gefahren nicht nur durch Krško in atomarer Hinsicht, sondern vor allem Gefahren durch rollende Bomben, die mit giftigen Chemikalien tagtäglich auf unseren Straßen unterwegs sind. Wir wissen zwar, daß wir über die Landeswarnzentrale einen Katastrophenplan haben, aber ich glaube, daß es wichtig ist, im Sinne des Steirischen Zivilschutzverbandes die Gefahren aufzuzeigen, vor allem schon in der Schule zu beginnen, die Schüler darauf hinzuweisen, aufzuklären über vorbeugende Maßnahmen und erst dann die Hilfe bei Katastrophenfällen zu setzen, wenn sie auch wirklich eintreten.

Ich glaube also, daß gerade in einer nicht besonders ruhigen Zeit, von der wir trotz der Vorweihnachtszeit nicht sprechen können, Zivilschutz ernst genommen werden muß. Wir müssen uns auch selbst dazu bekennen, nur dann ist er glaubwürdig.

Meine Redezeit ist überschritten, daher darf ich nochmals, Herr Landesbranddirektor Strablegg, bitten, allen steirischen Feuerwehrkameraden unseren herzlichsten Dank auszurichten. Ich grüße alle steirischen Feuerwehrmänner mit einem „Gut Heil, Kameraden!“. (Allgemeiner Beifall. – 18.54 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Hohes Haus! Ich möchte daran erinnern, daß der Herr Präsident Wegart in der Präsidialkonferenz die Bitte geäußert hat, die Damen und Herren mögen schriftliche Unterlagen nur als Hilfsmittel, nicht aber zur wörtlichen Verlesung nutzen. Ich appelliere an Sie in diesem Sinne.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (18.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir Abgeordneten in den steirischen Bezirken haben immer wieder die Gelegenheit, bei Versammlungen unserer Feuerwehren, des Roten Kreuzes, der Bergwacht und auch bei Angelobungen des Bundesheeres anwesend zu sein. Oft wird die Arbeit der Abgeordneten meistens danach beurteilt, wieviel Sitzungen, Landtagssitzungen oder Ausschusssitzungen stattfinden. Nur wenige reden darüber, daß wir eigentlich fast täglich bei wichtigen Veranstaltungen in

unseren Bezirken sind und so auch mit den Damen und Herren, die heute hier bei uns zu Gast sind, in engsten Kontakt treten und vor allem auch ihre Arbeit besonders unmittelbar schätzen lernen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte auch gerade die Anwesenheit der Damen und Herren der Freiwilligen Feuerwehr, des Rotes Kreuzes, der Bergwacht und der Exekutive dazu nützen, um einmal sehr herzlich auch hier im Hohen Haus für diese ehrenamtliche Tätigkeit zu danken.

Weil heute Wien angeschnitten wurde, die Steiermark ist doch ein wesentlicher Unterschied zu Wien, ohne die Verdienste der Kameraden in Wien zu schmälern, aber bei uns ist die Ehrenamtlichkeit ganz groß im Vordergrund. Ich glaube, hier im Hohen Haus muß man einmal betonen, daß bei uns die größte Zahl der Mitarbeiter in ihrer Freizeit gerne für ihre Mitbürger diese Tätigkeit vollziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir im Vorjahr einmal erlaubt, einen Bericht über das Bezirksfeuerwehrkommando Leoben zu geben, weil es auch wichtig ist, daß von der Landessicht auch einmal gezeigt wird, was also bezirksmäßig sich hier tut. Ich möchte sagen, daß gerade in den Bezirken bei den Wehrversammlungen die Damen und Herren Abgeordneten, die daran immer teilnehmen, spüren und sehen, was hier von unseren Feuerwehren geleistet wird. Ich möchte aber auch hier sehr herzlich danken dem Herrn Landesfeuerwehrkommandanten und seinen Stellvertretern, die auch immer bei diesen Veranstaltungen da sind. Ich habe heute dem Herrn Landesfeuerwehrkommandanten gesagt, daß sie nicht nur anwesend sind, sondern auch bis zum Schluß anwesend sind.

Es freut mich auch, daß unser Klubobmann Franz Trampusch seine Bezirksbesuche immer wieder dazu nützt, die Feuerwehren zu besuchen, und unser Landesrat Dieter Strenitz, der die Gelegenheit immer wieder wahrnimmt, auch beim Roten Kreuz seinen Besuch abzustatten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte heute ganz kurz zur Tätigkeit des Roten Kreuzes der Bezirksstelle Leoben Stellung nehmen, um auch einmal die Tätigkeit des Roten Kreuzes, diese vielfältige Tätigkeit, in den Vordergrund zu stellen. Wir haben ja hohe Repräsentanten des Roten Kreuzes auch hier zu Gast.

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der letzten Bezirksstellenversammlung des Roten Kreuzes unter dem Vorsitz des Herrn Hofrat Dr. Kaufmann hat der Herr Bezirkssekretär Alfred Leidolt einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Roten Kreuzes gegeben. Ich darf sagen, daß allein im Bezirk Leoben ein Gebiet von 846 Quadratkilometer in 16 Gemeinden mit 68.000 Einwohnern betreut wird. Wenn man sich das einmal vorstellt, welch große Leistungen also hier in einem Bezirk vollbracht werden, können das die Zahlen hier ganz deutlich sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben bei uns in sieben Bezirksrotkreuzstellen 414 – ich betone 414 – ehrenamtliche Mitarbeiter, die tätig sind, Männer und Frauen, die eben ihre Freizeit der Allgemeinheit gerne zur Verfügung stellen. Von diesen 414 sind nur zwölf hauptamtliche Mitarbeiter. Diese Darstellung zeigt Ihnen, daß gerade auch im Roten Kreuz die Ehrenamt-

lichkeit eine ganz große Rolle spielt, und gerade in unserer Zeit, wenn immer wieder gesagt wird, daß das Freizeitbewußtsein so groß ist, müssen wir sagen, daß es doch viele Männer und Frauen gibt, und gerade auch beim Roten Kreuz, die ihre Freizeit sinnvoll hier einsetzen. Ich möchte hier betonen, das, was geleistet wird an ehrenamtlicher Tätigkeit, Krankentransport, 146.509 Stunden machen die aus, und insgesamt wurden durch unsere Helfer 98.038 und durch die Helferinnen 48.471 Stunden geleistet. Es kann sich jeder von Ihnen das einmal durchrechnen. Wenn er das nur mit einem normalen Stundenlohn multipliziert, was hier für Summen herauskommen. Ich glaube, dafür gebührt unseren Mitarbeitern beim Roten Kreuz ein herzlicher, aufrichtiger Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aber auch sagen, es wird manchmal nicht davon geredet, daß auch Blut abgenommen wird. Bei uns im Bezirk sind 21 Blutabnahmen, womit 2846 Blutkonserven aufgebracht wurden. Ich darf auch noch darüber hinaus feststellen, daß die Versorgung der Krankenhäuser mit Blutkonserven allein im Bezirk Leoben bei 994 Fahrten, insgesamt wurden 26.639 Kilometer zurückgelegt. Man muß sich das einmal in Zahlen vorstellen und diese Leistungen besonders auch honorieren. Ich darf noch weiter anführen, was noch im Rahmen des Roten Kreuzes geleistet wird. Ich nehme den Gesundheits-, den Sozialdienst, ich führe noch an die Nachbarschaftshilfe, die Beschäftigungshilfe, Essen auf Rädern, die Altenbetreuung. Allein in der Altenbetreuung wurden in unserem Bezirk 4913 Stunden aufgewendet. Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir noch betrachten, daß die Ärzteanforderungen in einer Zeit, wo kein ärztlicher Dienst da ist, daß die bei uns 4500 Ärzteanforderungen allein im Bezirk Leoben betragen haben, so sehen wir, daß dadurch eine medizinische Versorgung der Bevölkerung auch außerhalb der Ordinationszeiten hier gewährleistet wurde. Ich glaube, das muß auch einmal gebührend in den Raum gestellt werden. Ich möchte auch ganz kurz schon vom Beruflichen her auch die Tätigkeit des Jugendrotkreuzes beleuchten. Sie wissen, daß auch im Rahmen des Jugendrotkreuzes von den steirischen Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen sehr viel gemacht wurde. Viele Aktionen, die immer wieder in den Zeitungen stehen oder die auch nicht veröffentlicht werden, im Dienste der Mitmenschlichkeit nach dem Grundsatz von Dunant „Ich diene mir selbst, dem Nächsten und der Völkerverständigung“. Ich glaube, daß auch einmal hier im Hohen Haus den vielen Lehrerinnen und Lehrern, die hier im Rahmen des Jugendrotkreuzgedankens wirken, ebenfalls der Dank ausgesprochen werden soll. Warum ich eigentlich hauptsächlich das sage, ist deswegen, weil ich glaube, daß die Männer und Frauen, die hier repräsentativ unser Land vertreten, auch einmal hier im Hohen Haus als Vorbild dargestellt werden sollen, als Vorbild für unsere Jugend, als Vorbild dafür, daß man ganz einfach der Gemeinschaft mehr geben muß als von ihr zu nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wünsche mir, daß viele junge Frauen und Männer ebenfalls in den Dienst dieser für uns so wichtigen Institutionen treten, damit auch in Zukunft die Sicherheit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in so vorbildlicher Weise

gewährleistet werden kann. Ein herzlicher Dank, ein herzliches Gut Heil, ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 19.02 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (19.02 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Alle Jahre, wenn zur Gruppe 1 „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ hier im Hause debattiert wird, ist in der Zuschauergalerie eigentlich das übliche gewohnte Bild, es sind Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen anwesend. Es ist auch gut so. Ich glaube, deshalb ist es gut so, daß eben diese Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen hier direkt die Standpunkte der einzelnen politischen Parteien, der einzelnen Abgeordneten übernehmen und vernehmen können.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben auch in gewohnter Manier sich bei allen Einsatzorganisationen für ihren Idealismus, für ihre Einsatzbereitschaft bedankt, und diesem Dank kann ich mich namens meiner Fraktion auch anschließen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist aber auch alljährlich wiederkehrend, daß nach Ende der Rednerliste zu dieser Gruppe „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ auch in geübter Manier der Referent – er sitzt jetzt in den Abgeordnetenbänken – sich von der Regierungsbank aus ereignen wird und selbstverständlich auch seinerseits den Dank aussprechen wird. Ich meine aber, es sollte der Stichwortzettel des Regierungsreferenten nicht nur so ausschauen, daß dreimal Dank oben steht, sondern es müßte, Herr Landeshauptmann, wenn Sie es ernst meinen mit unseren Einsatzorganisationen, eigentlich auch dabei stehen: Entschuldigung, Entschuldigung, Entschuldigung! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege, wie meinen Sie das?“) Und zwar deshalb, Herr Landeshauptmann – Entschuldigung, Entschuldigung – ich gratuliere Ihnen, Sie sind ein Meister im Ordenverleihen. Ich gratuliere unseren Einsatzorganisationen zu ihren Auszeichnungen. Aber Sie haben es leider verabsäumt oder ist Ihr Verhältnis ein getrübbtes zu einer unserer Einsatzorganisationen, zum Bundesheer. Nämlich unser Bundesheer, unsere Grenzgendarmarie, unsere Zöllner haben in letzter Zeit einen sehr gefährlichen Einsatz, Herr Landeshauptmann (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bin unendlich dankbar im Hinblick auf Dinge, die Sie gar nicht kennen! Aber das paßt ganz genau zu Ihnen!“), eine sehr gefährliche Arbeit geleistet zur Sicherheit unseres Landes. Anlässlich dieser Auseinandersetzung, dieser problematischen Entwicklung in Jugoslawien haben Einsatzorganisationen wie unser Bundesheer hervorragende Arbeit geleistet, und ich vermisste, Herr Landeshauptmann, die Auszeichnung und das Dankeschön an das Bundesheer. (Abg. Dr. Maitz: „Der Dank wurde wiederholt ausgesprochen!“) Lieber Kollege Maitz, ich vermisste das Dankeschön in Form von Auszeichnungen. Es stünde den Referenten gut an, sich auch öffentlich bei dieser Einsatzorganisation zu bedanken. (Abg. Tasch: „Der Herr Landeshauptmann war der erste!“) Die zweite Entschuldigung, Kollege

Tasch, hat unser Referent sicherlich notwendig – (Abg. Tasch: „Er war der erste – schäme dich!“) Kollege Tasch, horche mir zu, dann weißt du, um was es geht. Die zweite Entschuldigung ist sicherlich notwendig in Richtung Feuerwehr. Denn der Referent und Landeshauptmann weiß ja sehr wohl, daß wir in der Steiermark zwar ein Feuerwehrgesetz haben, es stammt aus dem Jahr 1979, und es ist mehr als antiquiert. Und zwar deshalb, da sich ja die Aufgabenstellung der Feuerwehren insgesamt geändert hat. Und alle Jahre in Pflichtbewußtsein und in Kenntnis der Situation wird von seiten des Landesfeuerwehrkommandanten in verschiedenen Berichten der einzelnen Feuerwehren immer wieder darauf hingewiesen, daß die derzeitige Gesetzesgrundlage nicht ausreichend ist, da sich 89 Prozent der Tätigkeiten auf technische Einsätze und Assistenzleistungen beziehen. Daher ist es höchst an der Zeit, und nachdem diese Situation – Kollege Grillitsch – dem Referenten, was ich annehme, bekannt ist, vermisste ich von seiten des Referenten diese Initiative. Ich bin aber froh darüber, daß seitens meiner Fraktion diese Initiative gekommen ist und daß wir als Mandatäre dieses Hauses als gesetzgebende Körperschaft in ernstlichen Verhandlungen sind im Hinblick auf eine Novelle, betreffend das Feuerwehrgesetz. Es wird anlässlich dieses Feuerwehrgesetzes darauf zu achten sein, daß dieses Gesetz den Erfordernissen gerecht wird, die Frage der Haftung, genauso die Frage der sozialrechtlichen Absicherungen. (Abg. Grillitsch: „Hauptberuflicher Feuerwehrführer!“) Die dritte Entschuldigung, Kollege Grillitsch, von seiten des Referenten müßte eigentlich vor dem Steuerzahler erfolgen, und zwar deshalb, denn alle – ich hoffe, auch du, Kollege Grillitsch – bezahlen die sogenannte Feuerschutzsteuer. (Abg. Kanduth: „Habt die auch ihr eingeführt?“) Diese Feuerschutzsteuer ist ja zweckgebunden für unsere Einsatzorganisation Feuerwehr. Ich sage; deshalb wäre es notwendig, Aufklärung oder Entschuldigung vor dem Steuerzahler zu sagen, da durch Entscheidungsschwäche von seiten des Referates beim Ausbau des Landesfeuerwehrkommandos die Kosten um 9,4 Millionen Schilling erhöht werden mußten. Ist es notwendig, über die Feuerschutzsteuer den Wasserdienst zu finanzieren, ist es notwendig, das Betätigungsfeld der Brandverhütung, die sogenannte Spielwiese des Referenten, mit 4 Millionen Schilling aus der Feuerschutzsteuer auszustatten? Ist es immer noch notwendig, Herr Landeshauptmann, daß die einzelnen Einsatzorganisationen und im speziellen die Feuerwehr zu Bittstellern degradiert sind? Zu Bittstellern deshalb, denn ich bin überzeugt, die einzelnen Feuerwehrleute wissen allemal besser wie wir, was sie an Ausrüstung brauchen. Es ist durch nichts einzusehen und zu rechtfertigen, daß die einzelnen Wehren, die einzelnen Feuerwehrkommanden draußen und vor allem die Repräsentanten dann also diesen Kanossa-gang zum Referat und zum Referenten haben, wenn Anschaffungen anstehen.

Es gibt auch Beispiele dazu. Es war in der Gemeinde Fernitz, betreffend die Feuerwehr Gnaning. Dort ist man vor Ort, die Feuerwehr, die Gemeinde, der Bürgermeister – hat ja auch eine wichtige Aufgabe auf Grund des Feuerwehrgesetzes –, ist man zur einstimmigen und einhelligen Erkenntnis gekommen, daß ein Tanklöschfahrzeug mit einem Tankvolumen von 2000 Liter erforderlich ist. Sie haben also dieses

Ansinnen vorgetragen. Dann war die Antwort von Ihrem Referat, Herr Landeshauptmann: „Es gibt ein 1000-Liter-Tankfahrzeug oder sonst gar nichts!“ Die örtliche Feuerwehr von Gnanning sowie die Gemeinde hätten selbstverständlich von sich aus die Mehrkosten getragen. Das ist bitte die Pikanterie in der Abhängigkeit.

Meine Damen und Herren, das ist also durch nichts zu rechtfertigen. Deshalb haben wir heute zu dieser Gruppe einen Resolutionsantrag gestellt, daß die Budgethoheit, die Bewirtschaftung in diese Richtung gegeben oder denen übertragen wird, die mehr verstehen als wir. Ich meine damit, wir sollten uns künftighin dazu bekennen, daß wir die zweckgebundene Feuerschutzsteuer den Feuerwehren zur Bewirtschaftung geben.

Meine Damen und Herren, weil aber, ich hoffe, wirklich ein vernünftiges, zeitgemäßes Feuerwehrgesetz in Verhandlung ist, und ich hoffe, daß das Ergebnis den Bedürfnissen entspricht, und weil dieser Resolutionsantrag zur Selbstbewirtschaftung des Budgets für die Feuerwehren steht, erkennen wir Ansätze, erkennen wir als freiheitliche Fraktion, daß der Wille vorhanden ist – ich hoffe auf Ihre Zustimmung –, deshalb werden wir auch der Gruppe 1 diesmal die Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ. – 19.11 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glössl. Ich erteile es ihm.

Abg. Glössl (19.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder des Hohen Hauses!

Wenn ich mich heute während der Budgetdebatte für das Haushaltsjahr 1993 zu Wort melde, und das gerade in der Haushaltsgruppe 1, dann tue ich dies als überzeugter steirischer Feuerwehrmann. Dann tue ich dies auch als Mitglied einer kleinen ländlichen Feuerwehr mit all seinen Vor- und Nachteilen. Ich tue es aber, weil ich stolz darauf bin, daß ich mich zu den Menschen des Landes zählen kann, die den braunen Rock – den braunen Feuerwehrrock des Landes Steiermark – tragen und Hab und Gut sowie Mensch und Tier unserer Heimat schützen.

Einsatzfreudigkeit, Freiwilligkeit und die Kameradschaft sind oberstes Gebot. Ohne diese Grundregeln würde keine freiwillige Feuerwehr funktionieren, auch dann nicht, wenn sie noch so gut mit Geräten ausgerüstet wird, auch dann nicht, wenn sie in noch so schönen Häusern untergebracht wird, auch dann nicht, wenn sie noch so stark mit Feuerwehrkameraden besetzt ist. Die Bestätigung für diese Grundregel finden Sie in den vielen kleinen ländlichen steirischen Feuerwehren, die alle Jahre und immer wieder überdurchschnittliche Leistungen erbringen, weil gerade dort diese Feuerwehrkameradschaft Menschlichkeit, Freiwilligkeit und die Einsatzfreude aller Kameraden mit sich bringt.

Die Aufgaben, die unsere steirischen Feuerwehren zu erfüllen haben, nämlich die Sicherheit für ihre Heimat, die Sicherheit für die Bevölkerung im Rahmen des Katastrophenschutzes, aber auch im Rahmen des Zivilschutzes mit unseren Feuerwehrkameraden und somit unseren Feuerwehren des Landes Steiermark größter Auftrag im Sinne des Landes übertragen. Daß

natürlich für den Katastrophenschutz, für das Eintreten einer Katastrophe genauso wie für den Zivilschutz ständig geübt werden muß, versteht sich von selbst. So kommt neben der Ausbildung und Weiterbildung von jungen und älteren Feuerwehrkameraden noch eine beachtliche Aufgabe dazu, nämlich die der Kameradschaftspflege, und mit dieser Kameradschaftspflege sogar ein Teil der Brauchtums- und Kulturpflege unserer Heimat. Viele Bräuche und Kultureinrichtungen könnten wir schon jetzt abschreiben, würden sie nicht durch unsere Feuerwehrkameraden im Zuge von Festveranstaltungen ständig jährlich an allen Orten unserer Steiermark gepflegt.

Daß sich natürlich um eine so große Organisation des Landes, um eine Organisation mit zirka 45.000 Feuerwehrkameraden, der eine oder andere Politiker intensiv interessiert und bemüht, versteht sich von selbst. Es ist auch gut, daß es so ist. Es wird auch das Interesse der Politik an der Feuerwehr von uns Feuerwehrkameraden sehr gerne gesehen, weil wir verspüren, daß wir gebraucht werden, weil wir verspüren, daß wir eine sehr wichtige Organisation sind.

Nicht gut ist es hingegen und nicht erwünscht ist es von uns Feuerwehrkameraden, wenn man – so wie in den letzten Tagen, Wochen und Monaten – versucht, aus dem gut funktionierenden steirischen Feuerwehrwesen Parteipolitik zu machen. Davor warne ich nicht nur hier in diesem Hause, davor warne ich draußen in den Feuerwehrorganisationen. Ich habe selbst als Feuerwehrmann unserer Wehr und als Bürgermeister miterlebt, was es bedeutet, wenn Parteipolitik in die Feuerwehr kommt. Daß es der Tod jeder Feuerwehrgruppe sein kann, daß dies die Leistungsfähigkeit jeder Feuerwehr stark beeinträchtigt und daß eine Feuerwehr, die sich parteipolitisch spaltet, den Sinn und den Grundgedanken des Feuerwehrwesens, nämlich einer für alle und alle für einen, verliert, gilt als selbstverständlich.

Darum meine ich, falls es notwendig sein sollte, daß wir uns in nächster Zeit mit der Novellierung des Feuerwehrgesetzes beschäftigen, dann appelliere ich heute schon als Feuerwehrmann an alle Mitglieder des Steiermärkischen Landtages, daß wir diese Novellierung rein nach fachlichen Gesichtspunkten zum Wohle aller Feuerwehrkameraden, zum Wohle eines funktionierenden Feuerwehrsystemes mit den zuständigen verantwortlichen Feuerwehrfachleuten, mit den zuständigen verantwortlichen Beamten, aber auch mit den zuständigen verantwortlichen Politikern aller Parteien vorbereiten.

Ich glaube auch, daß es notwendig sein wird, daß wir für ein gut funktionierendes steirisches Feuerwehrwesen zum Wohle aller steirischen Feuerwehren es verhindern müssen, daß Anträge einer Novellierung des Feuerwehrgesetzes nur von einer Partei eingebracht werden, so wie es in der letzten „Blaulicht“ von der politischen Organisation, nämlich von der FPÖ, schon angekündigt wurde. Es wirkt nicht brandverhütend, es wirkt auch nicht brandvorbeugend – um bei den Feuerwehrausdrücken zu bleiben –, wenn der Landtagsabgeordnete Weilharter bei all seinen Feuerwehrbesuchen und in einer Presseausendung das Feuerwehrgesetz kritisiert und eine Novellierung dieses Gesetzes verspricht. Es ist auch nicht gut, wenn Engelbert Weilharter die Finanzierung

der Feuerwehren durch die Feuerschutzsteuer mit altrömischen Zuständen vergleicht. Auch die Versicherungsschutzdebatte, die Weilharter in seiner Presseaussendung angezogen hat, vielleicht nur deshalb, weil sie sich in seiner Familie zugetragen hat, finde ich in den Folgen schlecht für das Feuerwehrwesen, für den Fall Weilharter vielleicht von Vorteil. Für das gesamte steirische Feuerwehrwesen und deren 45.000 Mitglieder ist das keine Lösung, wie es sich ein ehrlicher, aufrichtiger und treuer Feuerwehrkamerad vorstellt.

Deshalb appelliere ich nochmals an alle Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, vor allem an die Mitglieder, die es wirklich aus Überzeugung, und nicht aus politischer Verpflichtung für das Feuerwehrwesen tun, daß wir gemeinsam Ansätze suchen, in denen wir erstens den Versicherungsschutz des Feuerwehrmannes bei den Sozialversicherungsanstalten des Bundes nicht nur für den Einsatz, sondern für alle Tätigkeiten des Feuerwehrmannes fordern, zweitens daß wir gemeinsam allen steirischen Gemeinden und deren Bürgermeistern empfehlen, daß der Feuerwehrmann in der Gemeinde die beste Zusatzversicherung verdient, und wenn ich die beste sage, dann meine ich die Variante C. Und alle Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages, die sich mit dem Feuerwehrwesen ein bißchen beschäftigen, und die Kollegen der Feuerwehr wissen, um welche Variante es geht und welche Variante ich gemeint habe. Drittens, indem wir gemeinsame Einsatzpläne mit den Feuerwehrfachleuten vorbereiten, damit unsere so überdurchschnittlich gut ausgerüsteten Feuerwehren in der Steiermark auch raschest an die Einsatzstellen kommen. Es helfen nämlich die modernsten Brand- und Warnschutzeinrichtungen nichts, wenn sie nicht mit den Einsatzstellen in Verbindung stehen, und es hätte unter Umständen an der Hofburg in Wien einiges gerettet werden können, wären früh genug die Feuerwehren alarmiert worden. Viertens, indem wir gemeinsam versuchen, den Geldfluß, vor allem die Finanzierung des Feuerwehrwesens aus der Feuerschutzsteuer, aber auch aus den Landesmitteln zweckgerecht und raschest zu verwirklichen. Das wünsche ich mir als aktiver Feuerwehrkamerad, und das werde ich auch unterstützen als Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag. (Allgemeiner Beifall. – 19.20 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (19.21 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Als kleiner Feuerwehrkommandant habe ich gelernt bei Einsatzlehrgängen, daß man, wenn man später drankommt, eigentlich jene Aufgaben übernehmen sollte, die noch offen sind. Gestatten Sie daher, daß ich einiges nicht sage, was schon gesagt worden ist. Mir liegt es genauso am Herzen, allen zu danken, die in den Einsatzorganisationen täglich freiwillig unterwegs sind und ihr Leben und vieles andere einsetzen. Aber ich halte nichts davon, wenn man das wiederholt, obwohl es nicht oft genug gesagt werden kann. Darf ich nur grundsätzlich zum Thema Sicherheit etwas sagen. Wir spüren ja alle gemeinsam, daß das Sicher-

heitsbedürfnis der Menschen steigt. Das hat viele Gründe. Aber einige Gründe sind, daß wir vor unserer Haustür einen schrecklichen Krieg haben, wo wir täglich sehen, was dort passiert, wozu Menschen fähig sind. Wir erleben auch täglich über die Bildschirme Katastrophen- und Krawallberichte rund um den Erdball. Wir wissen, daß Flüchtlingsströme unterwegs sind. Der nordrhein-westfälische Minister Klement hat uns im Klub erst vor wenigen Tagen sehr augenscheinlich gesagt, und wir wissen es alle, daß weltweit etwa 560 Millionen Menschen unterwegs sind, aber daß nur 5 Prozent von diesen 560 Millionen bisher die Industriestaaten erreicht haben. Das heißt, daß hier, wenn man das weiß, natürlich die Verunsicherung noch größer wird. Oder wir wissen auch, daß wir – obwohl es heute gesagt worden ist, daß es keine so große Gefahr wäre – an unseren Grenzen Atomkraftwerke wie Bohunice oder Krško stehen haben und daß die Tschechen und auch die Slowenen jetzt andere Sorgen haben, als darüber nachzudenken, wann sie ihr Atomkraftwerk zusperrten werden. Auch das trägt zur Verunsicherung bei. Wir erleben Zeitungsmeldungen, daß Giftbomben unterwegs sind. Ich erinnere nur an den einen Zwischenfall auf der Semmeringstraße vor kurzem. Das heißt, wir sind aufgerufen, dieses Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu erfüllen. Nun ist aber Sicherheit die Leistung vieler, nicht eines einzelnen. Das ist die Leistung vieler einzelner Menschen, aber auch vieler Einsatz- und Hilfsorganisationen. Sie sind schon genannt worden bis hin zur Exekutive und zum Bundesheer selbst. Wir müssen aber auch unterscheiden, wo wir selbst Kompetenzen haben als Land, als Gemeinden. Da sind einige dieser Organisationen, da sind die Feuerwehren, das Rote Kreuz, das sind Berg- und Wasserrettung und ähnliche Organisationen. Und es ist hier schon gesagt worden, sie haben eines gemeinsam, das ist die Freiwilligkeit. Dafür wurde gedankt, und dem schließe ich mich gerne an. Aber es heißt auch, daß diese vielen Tausenden freiwilligen Helfer auch Hilfe brauchen. Ja, sie haben Anspruch darauf, nämlich einerseits auf die Bereitstellung der notwendigen Mittel und zum anderen weiters auch auf organisatorische Hilfen, möglichst ohne Bürokratismus und ohne Formalismus, und sie haben auch Anspruch auf Anerkennung, die wir ihnen schon gegeben haben. Und es ist weiters dafür zu sorgen, und das ist auch ein Thema, das heute noch nicht ausführlich behandelt wurde, daß alle diese vielen Freiwilligen, die ihre Freizeit zur Verfügung stellen, in absehbarer Zeit zumindest so etwas wie eine Ausbildungsfreistellung bekommen für ihre Kurse und für ihre Prüfungen. Es geht halt nicht an, daß jemand, der sowieso seine Freizeit zur Verfügung stellt und die Familie darunter leidet, dann auch noch den restlichen Urlaub dafür verwenden muß, daß er irgendwelche Kurse zur Fortbildung besucht.

Gestatten Sie mir, daß ich jetzt zur größten dieser Einsatzorganisationen und zu den freiwilligen Feuerwehren etwas sage. Da kenne ich mich am besten aus. Wir wissen alle, alle, die sich näher damit befassen, wie diese Leute, die dort tätig sind, oft unter Einsatz ihres Lebens unterwegs sind; nicht nur bei Unfällen und Bränden. Wir haben erlebt, daß die Feuerwehren immer mehr auch im Umweltbereich tätig sind, daß sie Nachbarschaftshilfe leisten im kriegsgeschüttelten Nachbarland Bosnien und auch Kroatien und daß sie

auch sehr viel zur Aufklärung und Schulung der Bevölkerung machen. Und ich sage gerade als ein Mitglied der Feuerwehr, die jetzt 100 Jahre alt wird, ich selbst habe das noch nicht ganz erreicht, wie sehr sich, wenn man sich die Chronik anschaut, auch im Feuerwehrwesen vieles einfach total verändert hat, von der technischen Ausrüstung her bis hin zum Einsatz. Gerade mit diesem Wissen müssen wir auch einige gemeinsame Notwendigkeiten sehen. Eine ist schon genannt worden, ein umfassender Versicherungsschutz, aber bitte nach dem ASVG, nicht nur nach freiwilligen Kollektivunfallversicherungen für alle, die hier im Einsatz stehen. Da ist ja der Landesfeuerwehrkommandant und Vizepräsident Strablegg ein Kämpfer. Aber nicht nur so, wie der Kollege Kaufmann meint, seit kurzem. Das Thema ist schon lange – glaube ich – im Mittelpunkt, nur, wir sollten alle gemeinsam dafür eintreten, daß es nicht noch einmal so lange dauert, bis es erledigt wird, wie es jetzt schon dauert. Es ist auch heute schon gesagt worden, das Landesfeuerwehrgesetz muß verändert werden. Ich bin auch dieser Meinung. Aber das Landesfeuerwehrgesetz wird die Versicherungsfrage nicht ändern können. Und wenn der Kollege Weilharter meint, daß die technischen Einsätze nicht gedeckt sind, dann glaube ich das auch nicht ganz. Denn wir müssen ja sehen, wer die Kompetenz hat. Die Gemeinde, der Bürgermeister ist ja nicht nur örtliche Feuerpolizei, er ist auch örtliche Sicherheitspolizei. Wir wissen auch, daß der Katastrophenschutz selbst von der Kompetenz her klar geregelt ist. Das Feuerwehrgesetz müßte jetzt, wenn es verändert wird, in der Feinabstimmung sozusagen die Organisation dieser Kompetenzübertragungen regeln, dann, glaube ich, haben wir auch dieses Problem in den Griff bekommen. Und wenn wir jetzt vom Kollegen Glössl hören, daß die Novellierung des Gesetzes unter Umständen parteipolitische Inhalte hat, da möchte ich mich insofern dagegen verwahren, wenn man eine Änderung verlangt, ist es noch lange keine Brandstiftung. Wir alle machen von Zeit zu Zeit eine Feuerbeschau. Die Feuerbeschau hat den Sinn, festzustellen, ob was zu verändern ist, ob man irgend etwas besser machen müßte. Ich sehe die Diskussion um die Änderung des Landesfeuerwehrgesetzes als eine Feuerbeschau, bei der wir alle mittun wollen und von der niemand ausgeschlossen sein soll, der hier mittun möchte. Machen wir doch gemeinsam diese Feuerbeschau, und erarbeiten wir dann gemeinsam ein Gesetz, das notwendige Veränderungen bringt, weil sich auch die Zeit wieder verändert hat. Ich sehe darin kein Politikum, nur sage ich noch einmal, wir werden uns auch von der Diskussion nicht aussperren lassen.

Aber das nächste, es ist sicher auch gesagt worden. Die Feuerwehren fordern mit dem gleichen Recht, daß etwa ihre Einsatzfahrzeuge nicht als Luxusfahrzeuge behandelt werden. Das geht aber an den Bund. Wir sehen nicht ein, daß die Zulassungssteuer, sprich früher Luxussteuer, für Feuerwehrfahrzeuge bezahlt werden soll. Es ist keine Liebhaberei, die da betrieben wird. Oder, das ist heute schon gesagt worden, ich sehe das vielleicht ein bißchen anders, daß die verstärkte Vergabe der tatsächlichen Mittel aus der Feuerschutzsteuer wirklich mehr in Richtung der Feuerwehren direkt geht. Es ist sicherlich nicht eine unbillige Förderung, wie das in einem gemeinsamen Resolutionsantrag jetzt Gott sei Dank zum Ausdruck

kommt, daß hier auch das Landesfeuerwehrkommando mit den Fachleuten stärker mitreden soll.

Aber ich sage noch etwas dazu: Wir sind alle stolz auf unsere Feuerwehr- und Zivilschuttschule in Lebring. Aber es ist nicht einzusehen, daß, weil vieles dort passiert, weil viele Kurse und Seminare gemacht werden auch für andere Einsatzorganisationen, die Feuerschutzsteuer so stark auch für die Finanzierung der Feuerweherschule herangezogen wird. Hier müßte man zusätzlich andere Mittel einsetzen, dann bleibt mehr übrig von der Feuerschutzsteuer für die direkte Vergabe an die Feuerwehren. Das ist unser Anliegen, und da wollen wir nicht mißverstanden werden.

Es kommt dann noch etwas dazu. Das ist immer eine gemeinsame – (Abg. Dr. Maitz: „Landesrat Ressel fragen, woher!“) Den Kopf darüber zerbrechen müssen wir uns alle gemeinsam. Es wäre sehr leicht zu sagen, der andere soll den Brand löschen, ich habe damit nichts zu tun. Wir sind alle dazu aufgerufen, alle Fraktionen. Da würde ich nicht mit dem Finger zeigen.

Es gibt weitere Forderungen. Eine, die vielleicht nicht in der Öffentlichkeit so bekannt ist, ist, daß die Feuerwehren auch direkt bei örtlichen Kommissionen als Sachverständige nicht nur im Bau-, sondern auch im Gewerbeverfahren mitwirken könnten. Man muß nicht immer irgendwo jemanden anfordern, der viel Geld kostet. Unsere Feuerwehrkommandanten und auch andere sind bestens dafür ausgebildet, wie man als Sachverständiger in diesem Bereich auftritt.

Es gibt auch noch etwas: Wir sollten unsere Einsatzorganisationen mehr in den öffentlichen Diskussionen unterstützen. Weil heute auch hier gesagt worden ist – Schlagzeile Hofburgbrand –: „Muß es immer Wasser sein?“. Es muß nicht immer Wasser sein. Aber auch hier muß man hinterfragen: „Können wir uns eine andere Form der Brandbekämpfung finanziell leisten?“ Denn wer hinterfragt, weiß sofort, daß das Wasser noch immer das wirksamste Löschmittel ist, weil es das billigste ist. Wir wissen auch, daß aus Umweltgründen manche wirksamere Löschmittel verboten worden sind. Die Feuerwehren selbst sind halt auch umweltbewußt und werden nicht von sich aus jetzt wieder Löschmittel zum Einsatz bringen, die nachweislich in der Umwelt Schäden verursachen, weniger wahrscheinlich dann an der Einrichtung.

Wir haben daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in den letzten Monaten zu diesen Themen einige Anträge in den Landtag eingebracht. Ich bitte wirklich alle um Unterstützung, damit diese Anträge auch verwirklicht werden können.

Lassen Sie mich noch eine Organisation ansprechen, weil ich selbst sehr eng damit verbunden bin, das ist der Steirische Zivilschutzverband. Dieser wird unterschätzt in seinen Aufgaben. Er hat wirklich die Aufgabe, die Menschen auf mögliche Katastrophenfälle vorzubereiten, Aufklärungsarbeit und Hilfestellungen zu leisten. Es wird so viel geredet über Schutzraumbau, über Bevorratung und anderes mehr. In Wirklichkeit wächst das Bewußtsein für diese Anliegen, es wird nur nicht in allen Bereichen so vollzogen, wie wir uns das gerne vorstellen. Wenn wir schon von Bevorratung reden: Wenn der Landtagspräsident Wegart eine Bevorratung besonderer Art in seiner Kanzlei hat, von der allerdings nur die Präsidiumsmitglieder näher Bescheid wissen, dann

wäre doch da ein Beispiel, daß jeder Landesbürger hier auch eine Bevorratung für Ernst- und Katastrophenfälle anlegt.

Ich darf aber daher zu einem anderen Thema kommen. Auch hier wurde heute schon zur Bergrettung und Wasserrettung etwas gesagt. Ich möchte nichts wiederholen, aber auch hier sind Menschen im Einsatz, die eben unter Einsatz ihres Lebens oft den anderen helfen können. Und eines bitte ich wirklich auch zum Abschluß zu bedenken: Die Menschen reden oft nur von Sicherheit, wenn sie selbst gefährdet sind. Ich erinnere mich daran, daß knapp nach den dramatischen Ereignissen an unserer Landesgrenze – wie es also in Spielfeld, in Slowenien Krieg gegeben hat – alle davon geredet haben, wie wichtig das Bundesheer ist, wie sehr die Zollwache gebraucht wird, daß man eine Grenzgendarmarie, die es Gott sei Dank gibt, installieren muß. Heute reden leider nur jene davon, die sozusagen immer damit zu tun haben.

Ich würde wirklich auch vorschlagen, wir selbst sollten auch als Beispiel hinausgehen und viel mehr auch darüber reden, welchen hohen Stellenwert neben den ehrenamtlichen Organisationen auch für uns die Exekutive, also Gendarmerie, Polizei, Zollwache und Bundesheer, hat. In diesem Sinne, weil wir diese Aufgaben kennen, werden wir dort, wo das Land zuständig ist, das in unsere Kompetenz fällt und das im Landesbudget zum Ausdruck kommt, gerne bei der Gruppe 1 unsere Zustimmung geben. Glück auf und Gut Heil! (Allgemeiner Beifall. – 19.33 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Kanduth, wenn ich mich recht erinnere zur Bergrettung.

Abg. Kanduth (19.34 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren und vor allem verehrte Einsatzorganisationen, die heute unter den Zuhörern sind!

Ich glaube, daß man mit Recht sagen kann, daß das Rote Kreuz die tragende Rettungsorganisation in der Steiermark ist mit ihren 91 Dienststellen, die sie betreuen, 372 hauptamtlichen Mitarbeitern. Sie hören richtig, wenn ich Ihnen heute sage 7567 freiwillige Helfer. Helfer im täglichen Einsatz, um für uns da zu sein zu jeder Zeit, ohne auf einen Lohn zu warten. Herr Direktor Zweidick, Sie haben mir vor einer halben Stunde gesagt, daß es Ihnen möglich gewesen ist, diese Zahl der freiwilligen Helfer zu halten. Ich möchte Ihnen, Ihren Mitarbeitern für diese Leistung ganz im besonderen meinen herzlichen Dank sagen, weil das in einer Zeit des Wohlstandes keine Selbstverständlichkeit ist, daß sich so viele Menschen für freiwillige Leistungen zur Verfügung stellen. Es stellt dem Roten Kreuz, seinem Führungsteam, aber auch dem Steirer wirklich ein erstklassiges Zeugnis aus.

Ich freue mich deshalb umso mehr, weil ich heute in einer steirischen Zeitung – in einer sehr bekannten – einen Artikel sehe. Meine Damen und Herren, da muß man sich schon etwas denken, wenn man hier liest, daß vier Mitarbeiter des Roten Kreuzes im Bezirk Mürzzuschlag, der Herr Johann Mogg mit 12.000 Ausfahrten, der Herr Rudolf Fritz mit 11.000, der Herr Rembert Prenner mit 9000 und der Josef Budl mit

8000 Einsätzen, geehrt wurden. Vier Männer 40.000 Einsätze in den vergangenen Jahren. Ich glaube, daß es daher richtig ist, daß solche Leistungen auch dementsprechend belohnt, veröffentlicht werden. Mehr ist ja nicht drinnen.

Durch eine enorme Eigenleistung des Roten Kreuzes war es möglich, 13 Notarztwagenstützpunkte einzurichten. Bis Ende 1993 werden es 16 sein. Dies ist fast flächendeckend, und dies ist auch letztlich der Wunsch unserer Bevölkerung. Diese Aufgaben kann das Rote Kreuz allein auf die Dauer natürlich nicht lösen. Das war auch der Grund, warum wir vor Jahren, es sind drei Jahre, ein steirisches Rettungswesengesetz – die Abgeordneten, die hier sind – beschlossen haben, obwohl wir auch damals wußten, daß wir damit das Land und die Gemeinden weiter belasten, obwohl wir auch wußten, daß eigentlich eine Belastung nicht mehr sein sollte.

Ich verstehe den Wunsch des Roten Kreuzes um Aufstockung des Rettungsschillings, er ist legal und verständlich. Aber eine weitere Belastung der Gemeinden ist nach meiner heutigen Sicht fast nicht zu verantworten, das heißt aber auch andererseits, daß wir das Land neuerlich belasten müssen. Aber auch hier sind uns Grenzen gesetzt, wie dieses Budget am besten zeigt. Das heißt also, daß wir uns sehr anstrengen und nachdenken müssen, wo wir im Budgetrahmen Mittel einsparen können, damit wir sie dem Roten Kreuz zur Verfügung stellen können. Ich bekenne mich zu dieser Auffassung, daß bei künftigen Anträgen auch über die Finanzierung etwas dabei sein muß. Man kann es sich nicht so leicht machen, Anträge einbringen und dann in bewährter Weise auf den Finanzlandesrat hinzeigen und sagen, der soll schauen, wo er das Geld hernimmt. Das wird nicht die Lösung sein. Wir sind alle damit aufgerufen. Ich stehe daher zu diesen Aussagen sehr deutlich. Ich kenne die Wünsche des Roten Kreuzes, und sie gehen in den nächsten Jahren in viele, viele Millionen, weil sie auch Nachholbedarf am Bausektor und überall haben. Es wird aber trotzdem Jahre dauern, bis sie ihre berechtigten Wünsche umsetzen können. Ich werde mich, solange ich diesem Hause angehöre, sehr bemühen, ihre Intentionen zu unterstützen.

Abschließend möchte ich Ihnen noch einmal meinen aufrichtigen, herzlichen Dank sagen, und hier bitte nicht nur der Landesleitung des Roten Kreuzes, sondern wohl auch im besonderen jenen Menschen, die draußen in den Ortsgruppen, in den Gemeinden ihre nicht leichte Pflicht erfüllen. Der Bergrettungsdienst – und das gehört auch zu meinem Metier, ich war lange Mitglied und aktiv tätig – hat 1419 Mitglieder, die Tag und Nacht zur Verfügung stehen und damit ihre freiwillig übernommene Pflicht erfüllen ohne zu fragen, was bekomme ich, wer ist das, wie wird es ausschauen. Jeder Einsatz im Gebirge, jeder Felseinsatz ist selbstverständlich mit erhöhter Lebensgefahr verbunden. Und es sind besondere Menschen, das glaube ich, können wir alle miteinander feststellen, die sich zu diesem Rettungsdienst, zum Bergrettungsdienst, bekennen und sich dazu gemeldet haben. Und sie haben, das ist meine ehrliche Überzeugung, eine große Vorbildwirkung draußen in den Gemeinden gerade für unsere Jugend, weil man auf sie hinzeigen und sagen kann, schaut sie an, diese

Männer und Frauen, sie sind jederzeit bereit, für den anderen da zu sein. Und zu diesen Einsatzorganisationen gehören selbstverständlich die Piloten des Hubschraubergeschwaders, die Piloten des Innenministeriums, die Windenführer, das Bodenpersonal, die Alpingendarmerie, die Lawinenhundeführer, und die Zusammenarbeit mit all diesen Organisationen ist eine optimale, wie wir es gerade in den vergangenen Jahren erleben konnten. Sonst wäre es nicht möglich, daß in so vielen Hunderten Einsätzen eigentlich nie etwas Ernstes passiert ist. Und in der Übung heuer – sehr viele Kollegen waren ja in Pürgg-Trautenfels, und auch Mitglieder der Regierung – wurde uns so richtig vorgeführt, welchen hohen Ausbildungsstand der Steirische Bergrettungsdienst hat. Viele Stunden im Jahr müssen dafür aufgewendet werden, daß sie dies, was sie dort gezeigt haben, auch können. Und es ist erfreulich, daß dem Steirischen Rettungsdienst auch 72 Ärzte angehören und damit die Ausbildung der Bergrettungsmänner und -frauen in der Ersten Hilfe einen hohen Stellenwert hat, und nicht nur kommt es den verunglückten Bergsteigern zugute, sondern selbstverständlich auch jedem Straßenbenützer, wenn ein Bergrettungsmann zu einem Unfall auf der Straße kommt. Ich habe mich heuer in einem sehr langen persönlichen Gespräch mit dem sehr geschätzten Landesleiter, seinen Stellvertretern, dem Rettungsarzt, den Funkverantwortlichen wirklich von dem überaus großen Idealismus und persönlichen Einsatz überzeugen können. Aufrichtigen Dank an alle, die im Steirischen Rettungsdienst tätig sind. Aber auch hier gilt, meine lieben Freunde, der Bergrettungsmann draußen in der Ortsgruppe ist die wichtigste Figur im Steirischen Rettungsdienst. Er hat seine freiwillig übernommene Pflicht zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht so, wie meine Vorredner meinen, diesem Kapitel werden die Freiheitlichen oder sollen sie zustimmen. Mir wäre es egal, ob sie zustimmen oder nicht. Für mich war es selbstverständlich, daß sie zustimmen. Es geht ja letztlich um etwa 60.000 Betroffene in der Steiermark. Und das würden sie sich auch nicht leisten, hier dagegegen zu sein. Daher ist das für mich keine Frage. Ich war aber sehr überrascht, Kollege Weilharter, in welcher Art und Weise du den Herrn Landeshauptmann im Zusammenhang mit dem Einsatz in Formationen, die wir in der Steiermark haben, angeschüttet hast. Ich sage das sehr trocken. Ich sage das ganz offen, er war es, der vor drei Jahren den Auftrag erteilt hat, ein Rettungswesengesetz in der Steiermark zu machen. Und ich habe den Auftrag erhalten, und ich konnte ihn durchführen mit Hilfe – das darf ich heute auch sehr trocken sagen – des heutigen Präsidenten Dr. Klausner, mit einem Kurt Hammer und selbstverständlich mit dem Herrn Landeshauptmann.

Ich sage Ihnen noch etwas. Ich bin auch sehr betroffen über die Äußerungen im Zusammenhang mit dem Bundesheer. Ich habe nicht gehört, daß man dem Bundesheer nicht so gedankt hätte und den Einsatzorganisationen im vergangenen Jahr, wie es richtig ist. Ich sage Ihnen heute, ich bin persönlich davon überzeugt, daß der Einsatz des Landeshauptmannes in dieser damaligen prekären Situation an der Grenze, aber vor allem auch, als er nach Bonn geflogen ist zum Bundeskanzler Kohl, um der EG einmal zu zeigen und

aufzuzeigen, um was es in Wirklichkeit in unserem Nachbarland geht. Ich bin davon überzeugt, daß 24 Stunden später – das ist ja alles nachweisbar – die EG das erste Mal reagiert auf diese Auseinandersetzung. Ich bin davon überzeugt, daß deshalb ein Krieg an unserer Grenze ausgeblieben ist, Gott sei Dank, ich sage Ihnen das.

Ich bin lange genug auf der Welt und kenne die Dinge. Das war ein Einsatz, wie ihn ein anderer nicht zusammengebracht hätte. Mit dieser Überzeugung hat er die da draußen überzeugen können, um was es hier überhaupt geht. Herr Landeshauptmann, ich habe es zu dir nie gesagt, aber ich bin zutiefst dankbar, weil du uns große Probleme erspart hast in unserem Land. Ich bedanke mich bei dir persönlich ganz besonders. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 19.45 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (19.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als langjähriges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Frohnleiten habe ich auch gelernt, nicht nur Befehle entgegenzunehmen, sondern sie auch auszuführen. Und unser Klubbefehl lautet, in etwa fünf bis sieben Minuten unser Anliegen vorzubringen. Ich werde mich bemühen, dieses Limit einzuhalten. Meine Vorredner haben ja bereits in beeindruckender Weise die hervorragenden Leistungen aller Einsatzorganisationen gewürdigt. Diesen dankenden und lobenden Worten kann ich mich natürlich nur vollinhaltlich anschließen. Obwohl nackte Zahlen und Statistiken zwar beeindruckend und imponierend sein mögen, die tatsächlichen Leistungen der vielen freiwillig geleisteten Stunden und Hilfen kann man damit aber bestenfalls nur erahnen, da sich die vielfältige Palette an Diensten für unsere Menschen einfach nicht in nüchternen Zahlen gießen läßt.

Gestatten Sie mir bitte, sehr geehrte Damen und Herren, noch ein paar ergänzende sachliche Bemerkungen anzubringen bezüglich der freiwilligen Feuerwehren.

Erstens: Der Herr Abgeordnete Trampusch hat es kurz angerissen: Seit fast 15 Jahren bemühen sich die Feuerwehren beziehungsweise deren Verbände um die Anwendung des Normalsteuersatzes von 20 Prozent bei der Anschaffung von Einsatzfahrzeugen – ich sage es einmal so – aller Typen beziehungsweise Einsatztauglichkeiten beziehungsweise bemüht man sich, auf bestimmte Fahrzeuge den Luxussteuersatz von 32 Prozent zu beseitigen. Auch das müssen die Feuerwehren noch bezahlen bei der Anschaffung von Personentransportfahrzeugen. Das heißt, für Fahrzeuge, die dem Kommando oder dem Mannschaftstransport dienen. Dafür sind 32 Prozent Luxussteuer zu bezahlen. Und auf solche Fahrzeuge – wie wir wissen – kann die Feuerwehr in ihrem Wagenpark nicht verzichten. Eigentlich müßten die Wehren durch das geltende Umsatzsteuerrecht ja gänzlich davon befreit werden, da nach dieser Rechtsordnung Letzt- und Endverbraucher diese Steuer zu zahlen hätten. Die Feuerwehren sind bei Gott nicht Letzt- und Endverbraucher. Eine Beseitigung dieser Abgabenlast wäre

nicht nur für die freiwilligen Feuerwehren eine große Hilfe, sondern auch für sehr viele, meist finanzschwache Gemeinden, die ja in erster Linie für die Ausstattung der Feuerwehren finanziell herangezogen werden. Da die Luxussteuer nun durch eine neue Zulassungs- und Normverbrauchsabgabe ersetzt werden sollte, fürchten die Feuerwehren berechtigterweise, daß ihre lange Zeit geführten intensiven Bemühungen in Richtung Befreiung dieser Steuerlast nun wieder ins Leere gehen. Ich glaube, wir sollten uns von dieser Stelle aus bemühen, alles zu tun, um diesen Gemeinden, den Feuerwehren und den Gemeinden dabei zu helfen, diese finanzielle Last zu beseitigen, weil es einfach, für mich zumindest, nicht einsichtig ist, daß jemand, der freiwillig einen Schutz für die Bevölkerung übernimmt, dafür Luxussteuer zu bezahlen hat. Ich sage es überspitzt.

Punkt zwei: Der Aufwand für die Einstellungsuntersuchungen beziehungsweise fortlaufenden Untersuchungen von Feuerwehrmännern hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch erhöht, eigentlich einerseits ja erfreulich, weil die Hauptursache dem Fortschritt der Technik zuzuschreiben ist. Atemschutzträger, Träger von Vollschutzanzügen, Feuerwehrleute, die an hochtechnischen Geräten arbeiten, müssen aufwendig untersucht werden, im eigenen Interesse, im Interesse der Feuerwehren und im Interesse der Menschen. Eine einfache Vorstellung beim Arzt, so eine Routineuntersuchung, genügt nicht mehr. Die Feuerwehren sind einfach nicht mehr in der Lage, die anfallenden Kosten zu tragen. Eine Reduzierung dieser Untersuchungen wäre auf der anderen Seite ja wohl nicht wünschenswert und mit akuten Gefahren für den Menschen, für den Feuerwehrmann, verbunden. Ich glaube, auch hier sollten wir uns bemühen, daß es zu einer Lösung kommt in Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien – dem Sozialministerium, dem Gesundheitsministerium – einerseits und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt auf der anderen Seite, um die Tragung dieser Kosten zu lösen.

Drittens, das ist schon angesprochen worden. Der Paragraph 176 ASVG für die Feuerwehrmänner ist einfach zu eng gefaßt. Er erfaßt die tatsächlichen Tätigkeiten der Feuerwehren nicht mehr, denn die Gleichstellung von Unfällen mit Arbeitsunfällen, wenn sie sich im Rahmen der Ausbildung, Übung und des Einsatzes ereignen, genügt nicht mehr. Die Feuerwehrmänner haben heute viel vielfältigere Aufgaben zu bewerkstellen: Teilnahme an Bauverhandlungen, Teilnahme an Überprüfungen von Gebäuden, Betrieben, Besuch von Behörden, Ämtern, die nur mit dem Fahrzeug zu erreichen sind, auch leider Besuch von Begräbnissen und dergleichen. Überall können Unfälle passieren, und der Feuerwehrmann muß für diese Tätigkeiten auch entsprechend geschützt werden. Also, hier wäre eine Novellierung des notwendigen Versicherungsschutzes von ganz eminenter Wichtigkeit.

Der Punkt vier: Anknüpfend an die Ausführungen vom Abgeordneten Glössl – die mir sehr gut gefallen haben, die mich zum Nachdenken bewogen haben –, nämlich Parteipolitik vom Feuerwehrwesen fernzuhalten, darf ich ergänzen, daß die Entpolitisierung sehr vieler gesellschaftlicher Bereiche ein zur Zeit

vielstrapaziertes Zauberwort ist. In bezug auf das Feuerwehrwesen messe ich dieser Aufforderung eine ganz besondere Bedeutung zu, denn ich meine auch, Parteipolitik hat vor den Toren des Rüsthauses zu bleiben! Innerhalb des Rüsthauses führt parteipolitisches Führen, Agieren oder Handeln einer Wehr zu Divergenzen innerhalb der Mannschaft, zu Polarisierungen, zu Gruppenbildungen, zu Spaltungen. Dies alles würde sich letztlich in Richtung Schwächung der Einsatzbereitschaft und Effizienz der Feuerwehren auswirken. Niemand von uns Politikern, auch nicht der Herr Feuerwehrreferent – er nimmt es auch sicherlich nicht in Anspruch –, aber ich sage nur, niemand von uns hat das Recht, die steirischen Feuerwehren als ihre Hausmacht zu betrachten oder sie womöglich als Spielwiese für eitle Selbstdarstellungen zu mißbrauchen. Niemand von uns hat das Recht.

Nur ein Beispiel möchte ich noch bringen, wo man die Entpolitisierung des Feuerwehrwesens in die Tat umsetzen kann. Mir fällt ein Beispiel ein als Feuerwehrmann. Sie wissen, daß Landesauszeichnungen nur von Landespolitikern, also nur vom Bezirkshauptmann, vom Abgeordneten beziehungsweise vom jeweils delegierten Abgeordneten überreicht werden dürfen. Diese Landesauszeichnungen für verdiente Feuerwehrkameraden werden halt meistens im Zuge von Wehrversammlungen überreicht. Jetzt gibt es an einem Tag sehr viele parallel stattfindende Wehrversammlungen. Wir hätten gar nicht so viele Abgeordnete, wenn sie sich bereiftänden, überhaupt daran teilzunehmen, daß diese also alle Wehrversammlungen besuchen könnten, um dort diese Landesauszeichnungen zu überreichen. Jetzt sieht der Feuerwehrmann, der Auszuzeichnende oder der, der auszuzeichnen gewesen wäre, nicht ein, daß er in der Wehrversammlung seine Auszeichnung nicht bekommt, weil halt kein Abgeordneter da ist. Der Feuerwehrmann versteht das nicht, wenn man ihm sagt, er soll in 14 Tagen dann irgendwo anders in seinem Bezirk hinfahren, denn dort findet auch eine Wehrversammlung statt, dort kommt dann ein Landtagsabgeordneter hin, und dort wird er dann seine Landesauszeichnung überreicht bekommen. Das versteht er nicht. (Abg. Weilharter: „Kann das sonst niemand überreichen?“) Warte ein bißchen. Nein, nein, das müssen Landespolitiker übergeben. Da gibt es ganz eine klare Richtlinie.

Erstens einmal stellt sich die Frage, ob er in 14 Tagen Zeit hat. Zweitens, ob er dort überhaupt hinkommt, weil er vielleicht gar keinen Pkw besitzt. Drittens, der Feuerwehrmann möchte diese Auszeichnung im Kreise seiner Kameraden bekommen, er möchte sie im Kreise seiner Kameradschaft, seiner Wehr bekommen, von seinem Kommandanten oder von seinem Bürgermeister.

Also, hier könnte man auch etwas tun, um zu entpolitisieren. Lassen wir doch in Zukunft diese Landesauszeichnungen dem jeweiligen Bürgermeister oder dem Feuerwehrkommandanten überreichen.

Letztlich, meine Damen und Herren, wenn es uns mit der Entpolitisierung der freiwilligen Feuerwehren ernst ist, dann sollten wir vielleicht auch einmal hinterfragen, ob es wirklich noch zeitgemäß ist, daß in jedem Rüsthaus das Konterfei des jeweiligen Feuerwehrreferenten hängen muß und ob es nicht im Sinne der

vom Abgeordneten Glössl angesprochenen Entpolitisierung zeitgemäßer wäre, anstelle dieses Konterfeis das Bild des heiligen Florian zu hängen. Danke. Gut Heill! (Beifall bei der SPÖ. – 19.56 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (19.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nachdem heute schon so viele Feuerwehrmänner hier geredet haben, schreitet nun ein Rotkreuzmann zum Rednerpult, um auch einige Anmerkungen zu machen, die, glaube ich, notwendig sind. Weil ich weiß, daß der Kollege Kanduth, wenn es um die Einsatzorganisationen geht, das wirklich ernst nimmt, kann ich jedes Wort, das er gesagt hat, weil er ziemlich die gleiche Gruppe angesprochen hat, unterstreichen und das, was er gesagt hat, auch noch unterstützen.

Ich möchte vieles weglassen, aber einige Punkte doch hervorstreichen. Ich möchte auch vorweg noch bitte – wir haben ja auch in den Klubs unsere Arbeitsteilung –, hier schon feststellen, daß natürlich der eine zur Feuerwehr, der andere zur Bergrettung, der andere zur Rettung spricht und daß wir als Gesamtes natürlich diese Initiativen und diese Leistungen begrüßen und uns auch dafür bedanken.

Ich möchte mich mit dem Roten Kreuz kurz auseinandersetzen: 3,3 Millionen unbezahlte Dienststunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, würden wir sie mit 100 Schilling bezahlen müssen, wären das glaube ich – wenn ich richtig rechne – 33 Millionen Schilling. 100 Schilling ist ja ein Lohn, wenn man die Lohnnebenkosten dazurechnet, der nicht allzu hoch angesetzt ist. Ich glaube, das muß festgestellt werden, daß auch die finanzielle Unterstützung, die wir gewähren, nicht in einem so hohen Ausmaß ist, daß sie nicht gerechtfertigt wäre. Wenn ich über die Investitionen, meine sehr verehrten Damen und Herren, des Roten Kreuzes rede, so werden in den nächsten zwei bis drei Jahren rund 100 Millionen Schilling notwendig sein, die das Österreichische Rote Kreuz für Investitionen von Dienststellen und insgesamt an Investitionen ausgeben wird. Daß das nicht so leicht aufzubringen ist und daß hier Unterstützungen notwendig sind, ist, glaube ich, selbstverständlich. Weiters kauft das Österreichische Rote Kreuz im Jahr zirka rund 50 Fahrzeuge, wo eines knapp eine halbe Million Schilling kostet. Wenn wir diese Summe wieder berücksichtigen, wissen wir, daß auch hier ein großer finanzieller Aufwand notwendig ist. Und für den Notarztwagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden rund 2 bis 3 Millionen Schilling pro Jahr ebenfalls ausgegeben. Das sind Summen, die für viele vielleicht nicht viel sein mögen, die mit größeren Summen jonglieren. Wir glauben, daß es Summen sind, die sehr schwer aus eigener Kraft heraus finanzierbar sind. Ich möchte daher diesen Antrag – und der Kollege Kanduth hat es angeschnitten, daß natürlich, wenn wir unser Budget anschauen und von der Spargesinnung reden, es notwendig sein wird, überhaupt viele Positionen in diesem Budget zu diskutieren, wo werden wir Mittel weggeben, aber wo werden wir in der Zu-

kunft, weil es unbedingt erforderlich ist, neue Mittel hingeben? Das nächste Jahr wird von dieser Diskussion geprägt sein, und es gibt vom Österreichischen Roten Kreuz einen Antrag, wo der Rettungsbeitrag, den wir im Vorjahr im Rettungsgesetz einstimmig beschlossen haben, erhöht werden soll. Und daß dieser Antrag nicht ganz ungerechtfertigt ist, zeigt, daß es eine Gegenüberstellung gibt, wie die Bundesländer den Rettungsschilling bezahlen. Im Burgenland werden 15 Schilling pro Einwohner bezahlt, in Niederösterreich 15 bis 30 Schilling, nur um die Richtwerte zu nennen, in Oberösterreich 35 Schilling, in Salzburg 25 Schilling, im Jahr 1993 27,50 Schilling, in Vorarlberg 30 Schilling, und wir haben 12 Schilling, wo natürlich – wie wir ja wissen – 1,80 Schilling für den Notarztwagendienst einbehalten werden. Das ist sicherlich schon ein sehr wesentlicher Betrag, aber wenn wir die Anforderungen, die in der Zukunft auf uns zukommen, hernehmen, so glaube ich doch, daß wir diesen Antrag im nächsten Jahr sehr ernsthaft prüfen werden müssen, um dann zu dementsprechenden Lösungen zu kommen.

Einen Punkt möchte ich noch anschneiden: Es sind die besonderen Rettungsdienste heute vielleicht gar nicht ausreichend genannt worden. Auch die Wasserrettung, die Flugrettung und die Rettungshundebrigade haben großartige Verdienste und Leistungen vollbracht. Ich glaube, auch sie gehören heute an dieser Stelle genannt. Die Stützpunkte des Gesundheits- und Sozialdienstes beim Roten Kreuz, meine sehr verehrten Damen und Herren, davon gibt es 32 in der Steiermark, muß man auch hier erwähnen, weil es auch hier wegen der Hauskrankenpflege große Verdienste und Leistungen gibt. Haben sie doch im Jahre 1992, meine Damen und Herren, 120.000 Hausbesuche gemacht und 3200 Patienten betreut. Ich glaube, dies ist ein wichtiger Punkt und gehört zu dieser Gruppe. Aber ein ganz wesentlicher Punkt sind die Leistungen des Roten Kreuzes – wir haben heute schon darüber geredet – bei „Nachbar in Not“. Viele haben hier große Verdienste bei der Aktion „Nachbar in Not“ erworben. Gemeinsam mit dem ORF hat das Rote Kreuz einen wesentlichen Beitrag für die Durchführung dieser Aktion geleistet, in den Kriegsgebieten von Slowenien, Kroatien, die Mitarbeit bei der Flüchtlingsbetreuung. Es ist nicht selbstverständlich, daß man sich ins Kriegsgebiet begibt, dort Erste Hilfe leistet, bei Zuständen, wie sie derzeit in Jugoslawien sind, wo man nicht weiß, wie dieser Einsatz ausgeht.

Meine Damen und Herren! Die Aktion „Nachbar in Not“ hat 500 Millionen Schilling derzeit erbracht, und das Rote Kreuz hat einen großen Anteil dabei, daß dieses Geld, das hier aufgebracht wurde, auch an die richtige Stelle gekommen ist. Für diese Dienste und viele andere möchte ich mich heute bedanken, Herr Direktor Zweidick, und ich bitte dich, auch den Herrn Präsidenten, allen Helferinnen und Helfern in den Ortsstellen, in den Bezirksstellen diesen Dank weiterzugeben. Sie haben mit großem Verzicht auf persönliche Annehmlichkeiten diesen Dienst geleistet. Dafür sei Ihnen herzlich gedankt, und ich hoffe, daß auch in der Zukunft mit diesem Einsatz, mit dieser Hingabe diese Dienste in den Einsatzorganisationen verrichtet werden. (Beifall bei der SPÖ. – 20.04 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Hohes Haus! Ich unterbreche die Sitzung zur Lüftung dieses Saales bis 20.20 Uhr. Um 20.20 Uhr ist der Herr Abgeordnete Schinnerl am Wort. Ich bitte, die Fenster zu öffnen. (Unterbrechung von 20.05 bis 20.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bitte die Damen und Herren, Platz zu nehmen. Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Nachdem nicht nur das Buffet beschlußfähig ist, sondern auch der Landtag beschlußfähig wird, erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schinnerl.

Abg. Schinnerl (20.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte mich am Anfang ganz persönlich und im Namen meiner Fraktion bei allen Einsatzorganisationen, bei der Feuerwehr, beim Zivilschutz, beim Roten Kreuz, bei der Bergrettung, bei der Rettungshundebrigade und beim Bundesheer, für ihre getätigten Einsätze im laufenden Jahr recht herzlich bedanken. Es ist mir aber auch bewußt und klar, daß man mit Worten alleine nichts ausrichten kann. Ich freue mich aber auch, daß das Feuerwehrgesetz novelliert wird und daß es hier schon Parteiengespräche gegeben hat. Es war bei diesen Gesprächen im Landesfeuerwehrkommando auch der Abgeordnete Glössl dabei, und ich hatte eigentlich nicht den Eindruck, daß er dort gemeint hat, daß das ein Parteienhickhack oder ein Parteienprivileg ist, oder besser gesagt, daß eine Partei sich da irgend etwas herausnehmen möchte. Ich habe dort vielmehr den Eindruck gehabt, daß wir alle gemeinsam für die Feuerwehr, für die Bevölkerung das bestmögliche Ergebnis mit einer Novellierung dieses Gesetzes erreichen möchten. Ich glaube, es kommt nicht darauf an, wer die Initiative von Anfang an ergreift, sondern ich glaube vielmehr, es kommt darauf an, wie wir gemeinsam das bestmögliche Feuerwehrgesetz für die Feuerwehrkameraden und für alle Betroffenen beschließen können. Wir wollen hier das gar nicht allein auf unsere Fahnen heften. Wir laden alle recht, recht herzlich ein, hier eine gute Sache im Dienste der Allgemeinheit zu machen.

Des weiteren möchte ich hier unbedingt anführen, daß die Feuerwehren nicht unbedingt allein nur zum Löschen und zum Bergen hier sind, sondern daß sie auch für den Personenschutz verantwortlich sind. Und beim Personenschutz, da meine ich, daß wir für unsere eigenen Feuerwehrkameraden eigentlich mehr tun müßten. Wenn ich hier sage, daß wir mehr tun müßten, dann kann ich hier einmal einige Punkte aufzählen und auch einmal erwähnen, daß Feuerwehrkameraden anlässlich ihrer Schulungstätigkeit dienstfrei bekommen können. Beim Bund, beim Land und bei den Gemeinden ist das ja möglich, es gibt hier bis zu fünf Tage Dienstfreistellung und bei besonderen Anlässen auch mehr. Des weiteren wäre hier zu sagen, daß auch über einen Verdienstentgang bei Schul- oder Kursbesuchen zu diskutieren wäre. Bei einigen Feuerwehren – das weiß ich, da gibt es bereits solche Beträge von einigen 100 Schilling pro Tag als Verdienstentgang. Des weiteren ist mir bekannt, daß derzeit vom Landesfeuerwehrkommando mit Landesbranddirektor Strablegg und Hofrat Konrad mit der Bundesländerversicherung Gespräche beziehungs-

weise Verhandlungen über eine Besserstellung bei der Kollektivunfallversicherung in die Wege geleitet werden. Ich will diesen Verhandlungen jetzt nicht vorgreifen, aber soweit mir bekannt ist, wird es hier wesentliche Verbesserungen zum Wohle aller Feuerwehrkameraden geben. Ich möchte nur noch appellieren, wie auch schon einer meiner Vorredner erwähnt hat, daß man hier nicht sparen soll und eine Versicherungsvariante abschließen sollte, wo der Feuerwehrmann eigentlich die beste Absicherung hat. Es wurde auch schon gesprochen über die Normverbrauchsabgabe, früher Luxussteuer.

Bei der Budgetdebatte im April des heurigen Jahres ist darüber auch schon gesprochen worden. Damals hat uns der Herr Landeshauptmann gesagt, daß er ein Schreiben zwecks Befreiung von dieser Abgabe an den Finanzminister Lacina gerichtet hat. Ich glaube, daß wir heute dann in seinem Schlußreferat darüber Bescheid erhalten werden, inwieweit hier Änderungen bereits eingetreten sind.

Des weiteren habe ich das letzte Mal auch bei der Budgetdebatte die Anregung gemacht, daß man die Hinterbliebenen von verunfallten freiwilligen Helfern mit einer Abfindung in Höhe von einer Million Schilling abfertigen soll. Das gleiche gibt es ja schon bei der Gendarmerie. Da gibt es bereits das Wachehilfeleistungsgesetz, wo die Hinterbliebenen von Verunfallten eine Million Schilling als Sonderabfertigung erhalten. Ich glaube, wir sind das den Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Feuerwehrkameraden und auch den Hinterbliebenen der übrigen freiwilligen Helfer aller Einsatzorganisationen einfach schuldig.

Jetzt könnte jemand dann die Frage stellen, ist das eine Ausgabe oder wieder ein Aufwand, der aus dem Budget zu berappen ist? Selbstverständlich ist das eine Ausgabe, aber ich glaube, diese Beträge müssen innerhalb dieses Feuerwehrbudgets von 88 Millionen Schilling ohne weiteres umzustrukturieren sein. Diese 88 Millionen Schilling kommen ja sowieso aus der sachgebundenen Feuerschutzsteuer und belasten das Budget eigentlich nicht. Ich sehe diesen Betrag nur als Durchläufer.

Weiters möchte ich noch anführen, daß der Feuerwehrverband bei der Förderungsmittelverteilung – wie es auch schon der Abgeordnete Weilharter bereits angekündigt hat – beziehungsweise die Feuerwehrfunktionäre stärker eingebunden werden sollten. Ich glaube, daß man das ohne weiteres durchführen sollte, denn wenn die Feuerwehrkameraden ihre freiwilligen Tätigkeiten Tag und Nacht gewissenhaft machen, dabei ihr Leben einsetzen, dann kann man ohne weiteres auch den Feuerwehrkameraden oder den verantwortlichen Stabsstellen in der Feuerwehr zumuten, daß sie auch eine gerechte Förderungsmittelverteilungen mitvollziehen können. Denn so könnten wir unseren Feuerwehrkameraden den Rücken stärken, denn unsere Feuerwehrkameraden haben ein Rückgrat, und keinen Feuerwehrschauch. Sie sollen auch durch diese Aktionen etwas aufgewertet werden.

Liebe Abgeordnetenkollegen, ich darf Sie nun wirklich ersuchen, daß Sie dann auch unseren Antrag unterstützen, daß wir nicht nur jetzt von dieser Abfertigung von einer Million reden, sondern daß wir hier für alle Betroffenen auch Taten setzen. Bei einer der nächsten Sitzungen wird der entsprechende Antrag

gestellt, damit wir das Angekündigte auch verwirklichen können.

Ich darf noch einmal allen hier anwesenden Organisationen meinen Dank für die geleistete Tätigkeit aussprechen. Ich möchte auf genauere Ziffern nicht eingehen, weder bei der Bergrettung noch beim Roten Kreuz oder bei meinen Feuerwehrkollegen. Das ist ja, glaube ich, schon hinreichend gemacht worden. Ich darf mich bei allen recht herzlich für ihre Tätigkeit bedanken und wünsche ein Gutheiß! (Allgemeiner Beifall. – 20.30 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Auf vielfaches Befragen habe ich den Herrn Kollegen Schinnerl gefragt, ob dieses feuerrote Jackerl irgendetwas mit der Feuerwehr zu tun hat. Das ist nicht der Fall.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (20.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst gestatten Sie mir, daß ich meiner Freude darüber Ausdruck gebe, daß unser seit gestern amtierender Militärkommandant, Oberst Arno Manner, bei uns ist, denn mit ihm wurde nicht nur ein fachlich ausgezeichnet qualifizierter und wegen seiner besonnenen Art in der Öffentlichkeit hoch anerkannter, sondern auch ein in der Mitarbeiterführung auf allen Ebenen des Militärs erfolgreicher Offizier zu höchster Verantwortung für unser Land berufen. Ich gratuliere sehr herzlich.

Meine Wortmeldung ist auf Grund eines Artikels notwendig, der mich sehr betroffen gemacht hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer war das?“) Er stammt vom Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark mit dem Titel „Bundesheer muß hinaus“ in einer Grazer Wochenzeitung. Ich möchte es mit allem Ernst sagen. Ich erkläre es ganz genau. Nachdem alle Verantwortlichen sehr froh waren, daß während der Slowenienkrise unser Bundesheer beim Sicherungseinsatz zur Stelle war und in vielen Fällen auch in Friedenszeiten immer wieder zur Stelle ist, wenn es um Hilfeleistungen, Assistenzeinsätze geht, daß man ein Jahr nach dieser Besinnung wieder versucht, im Herannahen einer Grazer Wahl am Buckel des Bundesheeres – ich sage es so deutlich – bei einfachen Leuten zu punkten oder Panik zu machen.

Der Artikel beginnt so, ich zitiere: „Alle Kasernen und Kommandozentralen in der Landeshauptstadt gehören eigentlich ausgesiedelt, an den Stadtrand verlegt, weil das die Sicherheit der Grazer Bevölkerung gefährdet.“ Abgesehen von der Sinnlosigkeit und Unsinnigkeit im wirtschaftlichen Bereich einer solchen Forderung ist auch das sogenannte Florianiprinzip hier wirklich fehl am Platz. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer hat das gesagt, sage mir das noch einmal!“) Gemeinderat Karl-Heinz Herper sagt dort: „Hinaus mit den Kasernen aus Graz.“ Er ist Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark!

Ich glaube, man sollte in allem Ernst das nicht benutzen, um im Wahlkampf Emotionen gegen unser Bundesheer zu schüren. (Landeshauptmannstellvertreter

DDr. Schachner-Blazizek: „Da bin ich voll deiner Meinung!“) Jawohl! Irgendwer soll also die Kasernen schlucken, und andere sollen sie nicht haben, das ist Florianiprinzip, das ist nicht das, was wir uns verantwortlich als Politik vorstellen.

Die Gefährdung der Bevölkerung durch die Kasernen ist nicht vorhanden, denn wenn man sich die Liste der besonders zu schützenden Objekte anschaut in einer Landeshauptstadt in einem – den wir alle nicht wollen – Krisenfall, dann müßten wir aus Graz absiedeln Objekte wie den Hauptbahnhof, das Amt der Landesregierung, die Polizeidirektion, das Landesgendarmeriekommando, das Landesfeuerwehrkommando, die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung, das Rote Kreuz, wichtige Wirtschaftsbetriebe, zum Beispiel Erdöllager und so weiter. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ein bißchen Dezentralisieren wäre ohnehin gut; in die schwächeren Regionen gehen wäre nicht schlecht!“) Eben, es wollen sie alle! (Abg. Trampusch: „Du hast den Landtag vergessen, dann hätten wir bessere Parkplätze!“) Den Landtag müßte man auch aussiedeln! Also, das kann nicht sehr ernst gemeint sein, obwohl ich sage, wenn in dem einen oder anderen Fall für das Militär durch einen Verkauf eines Areales tatsächlich eine wichtige Verbesserung und Besserstellung erreichbar wäre, dann soll man in Ruhe darüber reden. Aber nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, da ist etwas, was uns stört, was uns droht, was hinaus muß. Da dient man dem Bundesheer und unseren Sicherheitsbedürfnissen sicher in keiner Weise. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir eines Sinnes!“) Jawohl, bitte diese Meinung auch deinem Landesparteisekretär zu übermitteln!

Wir brauchen unser Bundesheer heute mehr denn je! Jeder, der einige hundert Kilometer weiter in den Südosten schaut, kriegs das Gruseln und weiß, was es heißt, ein Bundesheer zu haben, eine Bereitschaft und eine Einsatzfähigkeit zu haben, die wir uns alle wünschen.

Ich sage also noch einmal – das Beispiel Siezenheim in Salzburg ist ein positives Beispiel –, wenn durch eine Aussiedlung für das Bundesheer etwas erreicht werden kann, eine Erneuerung, eine Verbesserung, dann wird sich niemand dagegenstellen, aber allgemeine Panikmache ist unangebracht. Gefragt ist Verantwortungsbewußtsein nicht nur in schönen Worten, sondern in Taten! (Beifall bei der ÖVP. – 20.36 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Wenn wir mit dem Landtag in die Kaserne gehen, dann hätten wir einen Zapfenstreich!

Abg. Vollmann (20.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Abg. Purr: „Zapfenstreich ist um 22 Uhr, aber der Landtag wird doch länger dauern!“) Auch ich bin gerne beim Zapfenstreich dabei, wenn der Zapfenstreich normalerweise, wie beim Bundesheer, um 22 Uhr stattfindet, dann wäre ich auch gerne dabei.

Unser Zapfenstreich, Herr Oberst, wird heute sehr spät sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Tasch: „Kollege Vollmann, du darfst aber nicht glauben, daß du bis 22 Uhr reden kannst!“) Wenn du mich laufend unterbrichst, wird mir nichts anderes übrigbleiben!

Meine Damen und Herren, es mag zwar in Graz aktuell sein zu sagen, Kasernen aus der Innenstadt hinaus, Kasernen aus Graz weg, was für Graz vielleicht gilt, ich weiß es nicht, gilt sicher für die Obersteiermark nicht. Ich kenne einige Gemeinden, die in den letzten Jahren angestanden sind und sich darum beworben haben, eine Kaserne zu bekommen. Ich würde mich freuen, in meinem Heimatort oder in Mürzzuschlag eine solche Kaserne zu bekommen, glaube aber, und das haben wir immer grundsätzlich so gehalten, daß wir das Bundesheer aus den üblichen Streitigkeiten der Tagespolitik hinaushalten sollten. Meine Damen und Herren, die Aufgaben des Bundesheeres sind sehr vielfältig geworden in den letzten Jahren, das muß man grundsätzlich sagen. Und wer den Einsatz des Bundesheeres an unserer Südgrenze gesehen hat, der weiß, um was es im Endeffekt auch den Menschen dort gegangen ist. Wer die Umfragen der Steirerinnen und Steirer in ihrer Einstellung zum Bundesheer sieht und des übrigen Österreichs, der weiß auch, daß in der Steiermark das Bundesheer als einer der beliebten Faktoren gesehen worden ist, weil es Sicherheit vermittelt hat und weil es vor allem auch in der Frage der Wirtschaftlichkeit ein großer, bedeutender Faktor geworden ist. Meine Damen und Herren! Wer aber auch die Anzahl der Leistungsstunden des Bundesheeres nunmehr inzwischen an der Ostgrenze im Burgenland, es sind 12 Millionen Einsatzstunden, während dieses Sicherungsauftrages sieht, der weiß, was es heißt, sich verlassen zu können. Und das Sicherheitsbedürfnis der Österreicher und Österreicherinnen ist in den letzten Jahren natürlich bedeutend gestiegen. Es spielt sich ja nicht einmal vier Autostunden von uns ein fürchterlicher Krieg ab, der Tag für Tag uns die Metzelei ins Haus liefert, wie im Kino sitzen die Menschen davor, und manche nehmen es als Tagesgesehen schon hin, was dort passiert. Wer diese fürchterlichen Ereignisse in den letzten Wochen, Monaten, ja im letzten Jahr gesehen hat, der weiß, wie arm die Menschen sind, und ich selber hatte einmal ein Erlebnis in Israel, als in einem Autobus Granaten eingeschlagen haben, daß ich froh war, daß ich einmal beim Bundesheer war, denn dort habe ich gewußt, was eine Hechtrolle aus dem Autobus hinaus ist. Und glauben Sie, meine Damen und Herren, auch die Einstellung in Österreich ist inzwischen in vielen Bereichen eine andere geworden. Natürlich war ich noch um einige Jahre jünger, jetzt würde ich keine Hechtrolle mehr hinausschießen. Ist auch keine Frage. (Abg. Purr: „Du hast dich gut gehalten!“)

Nun, meine Damen und Herren, eine Umfrage in Österreich – um auch das zu sagen – zeigt, daß die Österreicherinnen und Österreicher zwar ein Bundesheer haben wollen, nur kosten soll es nichts. Dazu bitte auch einmal eine ganz klare und deutliche Bemerkung. Das Bundesheer braucht eine Verbesserung der Ausbildung, haben wir gemeint, eine Einstellung auf die neuen Aufgaben, die auf uns zukommen. Heute

droht kein Krieg der Supermächte mehr. Diese Auseinandersetzungen sind viel kleiner geworden. Es enthebt uns aber nicht davon, daß wir das Bundesheer zeitgemäß auszurüsten haben. Das kann für uns alle nur eine unabdingbare Forderung sein.

Meine Damen und Herren, man mag auch diskutieren über die Ableistung des Präsenzdienstes, und man mag diskutieren über ein Berufsheer. Es hat lange Jahre gegeben, wo man über ein Berufsheer in diesem Lande nicht reden konnte und nicht reden durfte, weil viele sehr sensibel waren, und manche meiner Generation oder die ein bißchen früher geboren sind, sind es heute noch immer. Auch ich bin ein Gegner, das darf ich gleich dazusagen, des Berufsheeres. Ich meine, daß das Milizheer, wie es in seiner Wirkung jetzt tätig ist, mit neuen Aufgaben und neuen Entwicklungen ausgestattet, sicherlich auch zeitgemäß ist und der Zeit entspricht. Und, meine Damen und Herren, ein Heer kostet Geld, die Ausrüstung kostet Geld, und wir müssen uns daran gewöhnen, ein bißchen mehr dafür auszugeben. In Leibnitz oder in Deutschlandsberg – das weiß ich nicht – ist die Einstellung wahrscheinlich eine andere, Kollege Purr. (Abg. Purr: „Ich bin voll deiner Meinung!“) Ich glaube, bei euch gibt es keinen Zweifel, daß das Bundesheer was Gutes ist, denn allein die Kaserne in Straß ist auch dort ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und in den anderen Bereichen auch. Die Geistige Landesverteidigung, von der wir so viele Jahre geredet haben, ist in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten. Wir müssen uns daran erinnern, daß die Geistige Landesverteidigung im Endeffekt der Wehrwillen eines Volkes ist und eines Volkes bedeutet, daß wir diesem in vielen Bereichen nachzukommen haben. Meine Damen und Herren! Ich glaube auch, daß die ganze Diskussion über die Freiwilligkeit der Präsenzdienstleistung gegeben sein muß. Ich bin froh heute, daß diese Kommission aufgelöst worden ist, die feststellt, wer zu Hause bleiben darf und wer Zivildienst machen darf und wer nicht.

Ich weiß schon, daß manche, meine Damen und Herren, meinen, das würde den Wehrwillen schädigen. Ich glaube es nicht. Im Gegenteil, es gibt viele junge Menschen, die mit dieser Ableistung ihres Dienstes vieles im Sozialbereich leisten, dort Hilfe leisten und dort ihren Mann – noch nicht ihre Frau – stellen. Meine Damen und Herren, ich glaube aber auch, daß die ganze Diskussion der Einsatzorganisationen, wie sie heute geführt worden ist, eine wichtige Angelegenheit ist. Wir haben von Feuerwehren gesprochen, vom Roten Kreuz, von der Bergrettung und von der Wasserrettung und anderen Einsatzorganisationen. Interessant ist für mich immer eines: Wenn es darum geht, alle zu loben, finden wir uns gemeinsam hier ein und die gesamte Öffentlichkeit dazu. Wenn es darum geht, jene Organisationen mit Geld zu versorgen, dann sind wir alle bis hierher zugeknöpft. Ich darf für meinen Bezirk sagen, im Falle des Roten Kreuzes, so glaube ich, haben wir eine Tat gesetzt, die sicherlich nicht überall zu finden ist, denn wir tragen als Gemeinden einen großen Teil des Neubaues des Rotkreuzgebäudes in Mürzzuschlag. Meine Damen und Herren, wer tagtäglich die Einsätze der Bergrettung zwischen Schneealpe, Rax und Veitsch sieht, der dort beheimatet ist, wie viele Menschen dort noch gerettet werden können durch den raschen Einsatz und das Zusammenwirken

der Organisationen, der weiß, was diese Menschen bedeuten. Ich darf auch an dieser Stelle – und ich bitte, es so zu sehen, wie ich es sage – unserem Gemeindeferenten, Erstem Landeshauptmannstellvertreter, DDr. Schachner, danken. Er hat uns in der Frage des Roten Kreuzes und des neuen Baues wesentliche Geldmittel gegeben, daß wir bauen können, und er hat uns ermöglicht, weil es keine anderen Möglichkeiten gibt und die Gemeinden finanziell nicht dazu in der Lage sind, inzwischen vier neue Feuerwehrrüsthäuser in unserem Bezirk zu errichten beziehungsweise Zubauten zu machen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß auch das etwas ist, was die Gemeinden vollen Ernstes tun, was sie vollen Ernstes vertreten, aber – ich sage dazu – sie sind auch die Zuständigen dafür, für Rettungswesen und Feuerwehr. Wie das neue Rettungsgesetz vor einem Jahr beschlossen worden ist, kann ich mich erinnern, daß wir alle davon geredet haben, daß das Land Steiermark dieses Rettungsgeld – diese 12 Schilling – verdoppeln wird. Ich höre inzwischen, verdoppelt wird gar nichts, es werden andere Einsatzorganisationen damit gefördert. Das Rote Kreuz nagt am Hungertuch, hat der Kollege Schrittwieser gerade vorher gesagt, und nun werden die Rotkreuzleute an die Gemeinden herantreten. Ich sage auch hier bitte klar und deutlich, die Gemeinden alleine werden nicht in der Lage sein, die doppelte Leistung, wie sie also gefordert wird, nämlich 24 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, zu bezahlen, sondern das Land muß sich hier gemeinsam mit den Gemeinden und dem Rettungswesen etwas anderes überlegen. Aber eines versichere ich den Damen und Herren aller Einsatzorganisationen, gleichgültig, wo sie hingehören und im Dienste der Öffentlichkeit unserer Steirerinnen und Steirer tätig sind, sie werden unsere Unterstützung auch in Zukunft haben. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 20.45 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Letzter Redner in dieser Gruppe ist der Herr Landeshauptmann. Bitte schön!

Landeshauptmann Dr. Krainer (20.45 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren und vor allem auch die am heutigen Abend wieder vertretenen Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen mit dem Herrn Militärkommandanten, dem Herrn Landesfeuerwehrkommandanten, dem Landessekretär des Roten Kreuzes und dem Landesleiter der Bergrettung an der Spitze, hier im Landtag versammelten Herren!

Es ist ja jedes Jahr in diesem Kapitel ähnlich. Das liegt an sich in der Natur der Sache. Ich glaube, daß das, was der Abgeordnete Vollmann zuletzt gemeint hat, nämlich, daß beim Dankeschönsagen, beim Applaus eine große Übereinstimmung besteht, richtig ist. Ich kann ihm aber nicht folgen bei der Feststellung, daß wir bei den Finanzen zugeknöpft seien. Ich sage das nicht sozusagen, um sehr bewußt hier einen Gegensatz herauszustreichen, sondern ich sage das deshalb, weil ich die Ziffern sehr genau kenne und weil ich sie vor allem im Laufe der Jahre und in ihrer Entwicklung sehr genau verfolgt habe. Ich bin schließlich in einem permanenten Gespräch mit den Einsatzorganisationen, vor allem auch der Chef

unserer Katastrophenschutzabteilung, nämlich der Hofrat Dr. Konrad.

Ich möchte das auch einleitend begründen. Wir haben, wenn wir uns die Entwicklung etwa der Feuer-schutzsteuer ansehen, eine ganz erfreuliche Tatsache zu registrieren, nämlich – so wie jedes Jahr habe ich das auf diesem Schaubild aufgetragen – wir haben eine permanent nach oben steigende Kurve gehabt und wir halten dieses hohe Niveau auch für das Jahr 1993.

Wenn wir uns die Entwicklung der Katastrophen-fondsmittel ansehen, dann ist das eine im Grunde genommen parallele Entwicklung, die deshalb überhaupt möglich ist im Zusammenhang mit den Feuer-wehren, weil 1955 – ich habe das fast jedes Mal auch hier angezogen – eine Übereinkunft zwischen dem damaligen Finanzreferenten und dem damaligen Feuerwehrreferenten getroffen wurde, die zu dieser Methode einer steigenden Feuerschutzsteuer geführt hat. Das ist eine lange Entwicklung, die wirklich eine weitschauende politische Vorsorge für unsere über-parteilichen Einsatzorganisationen bedeutet. Man muß das, glaube ich, sehr unterstreichen, weil heute da mehrmals zu diesem Thema auch gesprochen wurde. Alles ist natürlich auch ein politisches Problem. Es gäbe kein Gesetz bitte für die Feuerwehren, gäbe es diesen Landtag ist. Das ist natürlich eine politisch zustandegekommene Übereinkunft, politisch im Sinne von Gemeinwohl, von Aufgabe, die die Polis, also die Stadt im griechischen Sinn des Wortes bedeutet, im besten Sinn des Wortes Gestaltung.

Ich füge heute hinzu, weil Ihr Beitrag mich durchaus auch angesprochen hat, Herr Kollege Erlitz, daß wir wirklich auch uns selber etwas Gutes tun, wenn wir klarstellen, und zwar auf allen Seiten des Hauses, daß wir uns in einer Mehrparteiendemokratie befinden, die – wie wir alle wissen – in der großen Auseinander-setzung um die staatliche und politische Freiheit vor 1989 und in Sonderheit um 1989 und 1990 immer eines der Hauptziele der Bewegungen pro Demokratie gewesen ist. Wir sollten uns in diesen Fragen nicht selber auch als Parteien disqualifizieren. Wenn ich aber das Anliegen einiger dieser hier zu diesem Thema – auch „ausgerückten“ hätte ich beinahe gesagt – Abgeordneten, versuche, richtig zu interpretieren, dann handelte es sich dabei in der besten Absicht darum zu sagen, es gibt aber Bereiche, in denen das überhaupt keinen Platz hat. So habe ich das verstanden. So sehe ich es auch.

Gerade deshalb verstehe ich die Sensibilität unserer Einsatzorganisationen vis-à-vis den politischen Parteien, aber auch vis-à-vis den politischen Institutionen. Aus meiner Erfahrung in Kooperation mit ihnen habe ich eigentlich den Eindruck, daß sie mit der Einstellung des Großteiles der Mitglieder des Landtages, aber auch der unterschiedlichsten Parteien in dieser Frage sehr einverstanden und sehr zufrieden sind. Es ist auch für mich kein Zufall, daß bei dieser Gelegenheit – wir haben es ja heute wieder erlebt – da ein Feuerwehrmann das Wort ergreift, dort ein Rotkreuzmann das Wort ergreift, da ein, ich weiß nicht, Militär- oder Wehrsprecher das Wort ergreift, und im Grunde genommen, wenn man fragen würde, wer bei welcher Organisation tätig ist, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, vor allem die Sprecher zu diesem Gegen-

stand einer dieser Organisationen angehören, bis hin eben wiederum zum Berichterstatter, der ja selber einer der Mitbegründer also auch dieser Bergrettung in seinem Bereich gewesen ist und gerade beim Rettungsdienstgesetz – wie er selber auch gesagt hat – mit diesem und mit jenem Herrn zusammen eine vorzügliche sachliche Arbeit wirklich im Interesse dieser Einsatzorganisation leisten konnte. Daher qualifiziere ich die Äußerung eines Abgeordneten überhaupt nicht, der sich selber hier mit einer bestimmten Wortmeldung qualifiziert hat.

Ich möchte also wirklich sagen, es ist erfreulich, daß wir in dieser Frage eigentlich fast einstimmig zu Problemen auch ganz sachlich Stellung genommen haben neben dem ausgesprochenen Dank.

Ich möchte ein Zweites hinzufügen, weil gerade auch in der letzten Wortmeldung das Rote Kreuz angesprochen wurde und heute hier auch das Rote Kreuz sehr kompetent auf der Zuschauergalerie sich eingefunden hat mit einem der obersten Repräsentanten, das heißt mit zwei, noch dazu außerordentlich bewährten und erfahrenen. Wir müssen hier einen Weg finden, der nicht einfach heißen kann: „Du, du, du zahle!“ Das wird gar nicht so leicht sein, wie es sich relativ leicht sagen läßt. Ich habe mit einer sehr großen Befriedigung auch festgestellt, daß eigentlich alle, die gemeint hatten, daß es sich hier um Korrekturen in der Zukunft handeln müsse, mit großem Verantwortungsbewußtsein gesprochen haben, damit nicht Hoffnungen geweckt werden, die dann nicht erfüllt werden können und die im Grunde genommen dann den Frust nach sich ziehen. Das ist das, was wir am wenigsten zu schätzen hätten.

Gerade dieser Teil unserer steirischen Bevölkerung, da ist eine Ziffer genannt worden von 70.000, 80.000. Ich habe die genauen Ziffern heute auch da. Ich lese sie Ihnen dann auch gerne vor, weil es wirklich interessant ist. Es sind viel, viel mehr, die in einer direkten oder indirekten Weise in unseren Einsatzorganisationen tätig sind. Ich sage das also auch, ohne da billigen Applaus heischen zu wollen. Ich sage auch ganz nüchtern, wir haben als Gemeindereferenten in der Aufteilung der KRAZAF-Mittel zusammen auch mit dem Gesundheitsreferenten einen Beitrag geleistet für das Rote Kreuz im Jahr 1992, so daß das eine Aufstockung bedeutet, die – Sie werden es nicht glauben – eine Verdoppelung der Mittel bedeutet.

Eine Verdoppelung der Mittel! Man bleibe also am Boden und verliere diese Bodenhaftung nicht und rede von Realitäten, und das ist immer noch die beste Voraussetzung gewesen, in solchen Fragen auch zu einem guten Ergebnis gemeinsam zu kommen.

Und nun darf ich Ihnen diese kurze Darstellung geben. Ich habe sie mir im Detail zusammenstellen lassen. Wir haben bei den Feuerwehren in der Steiermark 46.021 Mitglieder, ganz korrekt, letzter Stand. Wir haben beim Roten Kreuz 7.526 Mitarbeiter, davon 300 Jugendliche, und wir haben – das ist eine unglaubliche Ziffer – 40.000 unterstützende Mitglieder beim Roten Kreuz und 136.503 Mitglieder des Jugendrotkreuzes. Das sind dreieinhalbmal soviel wie erwachsene unterstützende Mitglieder. Jetzt weiß man schon, daß das im einen oder anderen Fall heißt, daß er irgendeinen größeren oder kleineren Beitrag

leistet. Aber im Prinzip liegt das in einer Zeit, in der das Lamento über die Jugend von heute, das im übrigen so alt ist wie die Menschheit vermutlich, seit sie sich auch auszudrücken versteht, daß tatsächlich hier in einem bemerkenswerten Feld humanitärer Haltung, Gesinnung, was immer, über 130.000 junge Leute engagiert sind. Und wir haben in der Bergrettung 1440 aktive Mitglieder, in der Wasserrettung 1436. Wir haben beim Tauchsportklub 283, wir haben bei der Rettungshundebrigade 128, es gibt eine Selbstschutzgruppe der Handelskammer mit 84 Leuten, es gibt eine Fallschirmspringertruppe in diesem Zusammenhang mit 170, und wir haben einen technischen Hilfsdienst mit 15 und einen Versuchssenderverein mit 600, ist also insgesamt eine imponierende Zahl. Ich wollte sie einmal zur Kenntnis bringen, weil ich Ihnen ganz ehrlich sagen muß, obwohl ich dieses Referat jetzt auch schon längere Zeit inne habe, diese Details habe ich mir noch nie zusammenstellen lassen. Mir war immer bekannt, daß es sich um viele handelt, aber daß es auf den Mann und auf das Mädchen in diesem Fall genau so viele sind, war auch mir nicht bekannt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein weiteres sagen, das erscheint mir auch besonders wichtig. Die steiermärkischen Feuerwehren mit unserem Landesbranddirektor Karl Strablegg an der Spitze, es sind auch seine beiden Stellvertreter hier – Fritz Franz und Bernhard Krugfahrt –, und eine große Zahl von Bezirkskommandanten und wichtigen anderen Verantwortungsträgern, und wir haben das oben in Stainach erlebt am 26. und 27. Juni beim Landesfeuerwehrtag, haben neuerdings, und das ist eine eben neue Ziffer, die Mitgliederzahl steigern können. Und auch hier ist ein hoher Jugendanteil zu registrieren, was schlicht und einfach bedeutet, daß Institutionen, die eigentlich sehr zweckorientiert sind und daher auch über eine entsprechende Ausbildung verfügen müssen, in Wahrheit natürlich den ganzen Menschen ansprechen. Und wenn einer ein Feuerwehrmann ist, dann ist er das nicht nur, um Feuer zu löschen und technische Einsätze zu leisten, es ist auch eine Lebenshaltung. Es ist auch heute hier mehrfach indirekt und direkt angesprochen worden. Und dasselbe gilt natürlich für einen Rotkreuzmann und wie sie alle heißen, die Einsatzorganisationen bis hin natürlich zum Bergrettungsdienst, der ein ganz besonderes Engagement von den Leuten erfordert und bildet natürlich den jungen Menschen, ist in Wahrheit auch ein ganz entscheidender Schritt hin zur Selbstbildung der jungen Menschen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen, Sie wissen das wahrscheinlich, weil wir das ja oft genug hören, gerade auch bei verschiedenen Feuerwehrveranstaltungen, daß inzwischen bekanntlich die technischen Einsätze mehr als 90 Prozent ausmachen, ganz genau sind es im Jahre 1991 93 Prozent gewesen, und ist bei den Brandeinsätzen inklusive auch Betriebsfeuerwehren, also freiwillige natürlich und Betriebsfeuerwehren, ein Anteil von 7 Prozent gegeben. Das ist eine Entwicklung, die eben auch erklärt, warum zum Beispiel diese Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring erstens eine ganz wichtige Aufgabe zu erfüllen hat und zweitens auch so frequentiert ist. Auch dort ist nach der letzten Darlegung, die ich mir habe geben lassen, neuerdings eine 2prozentige Steigerung in der Gesamtzahl der Kursmanntage – heißt das – von nahezu 22.000 gelun-

gen, das heißt, daß insgesamt die Teilnehmerzahl zuletzt bei über 11.000 lag für das Jahr. Ich möchte das deshalb hervorgehoben haben, weil das manches Mal unterschätzt wird. Und wenn man nur daran denkt, daß die besonderen Schwerpunkte für die Arbeit 1993 etwa weiterer Ausbau der Bezirksflorianistationen bedeutet. Und wer einmal sich so etwas angeschaut hat, weiß, daß das wirklich am neuesten Stand ist, neueste High Technology bedeutet und weitgehend die Feuerwehren das mit ihren eigenen Leuten machen. Wenn ich denke, Weiz, Deutschlandsberg, Hartberg, Mürzschlag und Liezen sind hier abgeschlossene, eindrucksvolle Kommandozentralen, wenn man sich das anschaut. Und es kommen im kommenden Jahr dazu Radkersburg, Judenburg, Knittelfeld, dann weiß man, daß das – bitte schön, über den Notruf 122 zusammengeschaltet mit dem Gendarmerieposten und dem Roten Kreuz – exzellente Notrufstationen in jeder Hinsicht auch inzwischen geworden sind. Aber natürlich höchste Ansprüche an das Können, aber auch an die Einsatzbereitschaft stellen. Das muß ja rund um die Uhr bedient werden und geschieht. Und wenn Sie sich ansehen die Nachrüstung der Bezirksatemluftfüllstellen mit Filterüberwachungsgeräten oder das Sonderprogramm Drehleitern, ich will Sie da nicht über Gebühr strapazieren, aber das auch angeführt haben und daran denken, daß der Austausch etwa überalterter Preßluftatmer, die Fahrzeuge und Geräte für den Tunneleinsatz erstklassige, bestausgebildete Leute fordern, dann ist es in Wahrheit heute ein technischer Dienst par excellence. Und ist eigentlich auf der Basis der Zahlen der Brandeinsatz ein ganz geringer Teil, der aber natürlich auch perfekt funktionieren muß. Die Frage des Herrn Abgeordneten Kaufmann – glaube ich – war das, er hat sie geradezu im Frageton auch gestellt, frage man sozusagen dann, wenn es irgendwo brennt, die Leute, ob es ihnen lieber ist, die Feuerwehr kommt zu Fuß oder sie kommt per – ich weiß nicht – Pferd oder doch eben mit einem TLF, ist es eigentlich eine sehr akademische und theoretische Frage.

Nur, wahr ist, daß sehr häufig die große Diskussion stattfindet über die Kosten solcher Investitionen, aber natürlich im Falle des Falles diese gar nicht schnell genug da sein können und möglichst bitte auch nicht mit Wasser, sondern mit anderen Feuerlöschmitteln kommen sollten. Ich habe im übrigen jetzt gehört – die Herren wissen das alle natürlich da draußen viel besser – vom Wiener Branddirektor in einer Diskussion eben um die Frage, wie sinnvoll war es anlässlich des Hofburgbrandes, das zu tun, was geschehen ist, daß man nicht übersehen darf, daß auch dabei bitte der sogenannte Schaum ein erheblicher Teil natürlich Wasser ist und die Methode gutzuheißen wäre. Um Ihnen auch da zu sagen und das abzurunden: abgeschlossene Sonderprogramme, Gefährliche-Stoffe-Fahrzeuge und Ölschadensfahrzeuge, Ausstattung mit neuen Strahlenmeßgeräten, das Kranfahrzeug für die Berufsfeuerwehr der Stadt Graz. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen dabei war, das ist bitte ein Fahrzeug mit 45 Tonnen Hubkraft, das hat dort einen alten Lkw am Hauptplatz gehoben vor aller Augen, aber natürlich kostet dieses Gerät 6,682.000 Schilling. Da ist im Vergleich dazu das Sonderprogramm Schutzhandschuhe natürlich ein relativ billiges Unterfangen, aber auch ein notwendiges.

Ich möchte, weil das von einigen der Herren angesprochen wurde, die sich zu Wort gemeldet haben, das auch kurz beantworten. Ganz konkret hat der Abgeordnete Schinnerl, wenn ich mich recht erinnere, diese Frage gestellt. Sie ist aber auch vom Abgeordneten Ertlitz, glaube ich, gestellt worden. Wir haben, wie Sie wissen, uns bemüht, eine Befreiung der Kommando- und Mannschaftstransportfahrzeuge der Feuerwehren von der Normverbrauchsabgabe zu erreichen. Ich habe das letzte Mal – Sie haben es angesprochen – hier auch referiert. Ich muß Ihnen sagen – ich sage es ungern –, das hat überhaupt also auch keinen polemischen Unterton, weil es natürlich auch seinen Grund haben wird.

Es haben die Klubobmänner im Nationalrat eine Lösung parat gehabt, ich habe mich nämlich mit Neisser zunächst auseinandergesetzt in dieser Frage, weil das Finanzministerium sich auf gut deutsch zunächst nicht gerührt hat. Die Lösung war akkordiert, sie ist aber auf Grund der Budgetsituation nicht umsetzbar gewesen. Auch das muß man ganz ehrlich sagen.

Es gibt inzwischen die Gemeinde Poysdorf in Niederösterreich – die meisten werden immerhin ein wichtiges Produkt aus dieser Stadt übrigens kennen, das bekanntermaßen ein exzellentes Produkt ist –, die zum Verfassungsgerichtshof geht. Man wird sehen, was also bei dieser Geschichte herauskommt. Dann werden wir über die Sache weiterreden können. Aber das ist bitte eine ehrliche Antwort, die man hier nicht verschweigen darf.

Es ist in der Frage des Versicherungsschutzes, der mehrfach angesprochen wurde, auch der Kollege Trampusch hat sich dazu geäußert, folgendes zu sagen: Ich habe meinen Brief an den Sozialminister in diesem Zusammenhang geschrieben, weil ja der Landesfeuerwehrkommandant, der gleichzeitig der Vizepräsident des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes ist, mich darum gebeten hat, die Bestrebungen nach dem Versicherungsschutz gemäß Paragraph 176 ASVG für Feuerwehren zu unterstützen. Er wurde auch bisher noch nicht positiv beschieden.

Ich sage mit Genugtuung, weil ich heute auch mit dem Herrn Sozialminister telefoniert habe. Er hat zum Beispiel zu meinem Ersuchen bezüglich dieser armen Oststeirerin – die 1946 nach Rußland verschleppt wurde, in die damalige Sowjetunion, die Frau Frieda Wagner, die ja bekanntlich erst vor einigen Tagen direkt aus Jekaterinburg, dem ehemaligen Sverdlovsk, über den Landesgeschäftsführer des Schwarzen Kreuzes zurückgebracht wurde und eine berührende, erschütternde Lebensgeschichte hinter sich hat, die ihr Bruder, der ein einfacher Maurer ist, aber halt mit seiner Hände Arbeit und der Arbeit seiner Familie sich ein Haus gebaut hat, jetzt aufgenommen hat und die keinerlei Chance auf eine ASVG-Zuwendung gehabt hätte – heute mitgeteilt, daß er alles tun werde, erstens einen Weg zu finden, daß die Dame zu einer entsprechenden Rente kommen soll, notfalls auch eine Novellierung in diesem Zusammenhang zu betreiben.

Ich hoffe also, daß wir auch in dieser Frage zu einem Ergebnis kommen, weil das natürlich wirklich wichtig ist, wenngleich für die steirischen Feuerwehrleute bekanntlich der Versicherungsschutz, den das Landesfeuerwehrkommando abgeschlossen hat, ein bemer-

kenswerter ist, und wäre das selbstverständlich eine wünschenswerte nächste Stufe, die wir erklimmen sollten. Es ist auch in diesem Zusammenhang zu sagen, das wollte ich Ihnen auch nicht vorenthalten, daß gerade die Bemühungen im Zusammenhang mit allen anderen Programmen Gott sei Dank finanziert werden. Weil ich bei den Feuerwehren bin, bin ich mir nicht sicher, ob allen Mitgliedern des Hauses bewußt ist, in welcher Weise bei uns die Anschaffungen erfolgen. Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen das bitte auch kurz vortragen. Vielleicht ist es ein wichtiger Punkt einer notwendigen Information.

Die derzeitige Vorgangsweise sieht vor, daß zunächst der Feuerwehrkommandant mit dem Bürgermeister, der sein Ansuchen und seine Wünsche bestätigen muß, das eingereichte Beihilfeansuchen dem Bezirksfeuerwehrkommandanten als erstem zur Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme übersendet. Das wissen alle Feuerwehrleute, die heute hier gesprochen haben, ohnedies. Jedes Beihilfeansuchen wird von dort dem Landesfeuerwehrverband zur Abgabe einer sehr präzisen Stellungnahme vorgelegt. Jedes einzelne Ansuchen kommt bis zum Landesfeuerwehrkommandanten und ist genau durchgecheckt vom Landesfeuerwehrrinspektor, der ein Mann der technischen Wissenschaften ist, und das von hohen Graden, der auch österreichweit in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle spielt. Dann bitte schön ist nach Paragraph 31 Absatz 4 Feuerwehrgesetz die aufsichtsbehördliche Katastrophenschutz- und Landesverteidigungsabteilung im Spiel. Dann wird ein Hearing durchgeführt. Denn eines sage ich Ihnen auch bei aller Freundschaft, bei aller echten Freundschaft – die brauche ich da nicht zu unterstreichen den Herren gegenüber, die da draußen sitzen, diese wissen das –, die wissen ganz genau, daß es natürlich auch das Phänomen eines gewissen Prestigedenkens nicht nur in anderen Teilen der Gesellschaft gibt, sondern daß halt alle Menschen sind, daß natürlich auch der Nachbar das gleiche haben möchte wie der andere, daß daher selbstverständlich sehr gründlich von den Feuerwehren geprüft werden muß.

Ich glaube, irgendwann einmal hat sich das abgespielt mit dem Kaiser Heinrich IV., von dem da auch die Rede gewesen ist. Da ist, glaube ich, irgendein bloßfüßiger Marsch – ja, ja, ich weiß schon, das ist heute hier angesprochen worden – vor sich gegangen. Ich habe das noch nie erlebt, das ist uns völlig fremd bitte. Es könnte sein, daß in der krausen Phantasie bestimmter Leute selbst mittelalterliche Vorstellungen nicht ausreichen, ihre Position deutlich zu machen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem auch sagen, daß wir selbstverständlich uns ganz genau an das halten, was uns die Feuerwehren selber an Qualifikation von Wünschen und Forderungen ihrer eigenen Feuerwehren übermitteln, ganz selbstverständlich. Es kann nur jemand das Gegenteil behaupten, der die Feuerwehren nicht kennt. Ich möchte ein Weiteres in diesem Zusammenhang und abschließend gesagt haben. Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch alles tun, daß dieses gute Klima einer großen Einvernehmlichkeit, ich sage auch einer wirklichen inneren Beziehung, nicht durch unqualifizierte Bemühungen, die sich, wie gesagt,

Gott sei Dank absolut in Grenzen halten, in Zukunft gestört wird. Ich möchte, weil heute gerade auch der Herr Bundesrettungsrat und Landessekretär des Roten Kreuzes, der Direktor Zweidick, da ist, die Gelegenheit benützen, lieber Direktor Zweidick, dir auch vor diesem Forum noch einmal sehr herzlich einen Glückwunsch zu sagen. (Allgemeiner Beifall.) Wenn man deinen Geburtsjahrgang nicht wüßte, würde man ihn nicht unbedingt erraten. Ich habe mir aber gedacht, und vielleicht ist es auch von Interesse, wenn ich Ihnen in diesem Zusammenhang einen kurzen Auszug aus einem unendlich bemerkenswerten Lebenslauf gebe. Der Mann ist 45 Jahre im Dienste des Roten Kreuzes. Er hat – bitte – im Jahre 1947 als Bezirkssekretär des Roten Kreuzes in Radkersburg begonnen, war sodann Bezirkssekretär in Graz und ist seit 25 Jahren der Landessekretär des Landesverbandes Steiermark, war zugleich Landesrettungskommandant und war mit den Agenden eines Katastrophenschutzbeauftragten des steirischen Roten Kreuzes betraut. Was aber noch viel imponierender ist, ich darf es einfach vorlesen: 1956 besondere Einsätze – es ist eine ganze Liste –, führende Aufgaben bei der Betreuung der Ungarnflüchtlinge, 1963 verantwortlicher Leiter der Hilfskolonne bei der Erdbebenkatastrophe in Skopje, 1963 in Genf Mitarbeiter des Arbeitsstabes für die organisatorischen Vorbereitungen des Internationalen Roten Kreuzes, 1964 Einsatzleiter der österreichischen Hilfskolonne beim Dammbau in Zagreb, 1969 Leiter der Vorausabteilung der Hilfskolonne des Roten Kreuzes bei der Erdbebenkatastrophe in Banja Luka, 1976 Einsatz im Erdbebengebiet Friaul, 1979 Mitwirkung bei der Hilfsaktion des Österreichischen Roten Kreuzes für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Montenegro, und zu diesen angeführten Einsätzen kommen noch die verschiedenen Einsätze bei Hochwasser und sonstigen Katastrophen im Bundesland Steiermark sonder Zahl. Ich möchte dir ein sehr herzliches Wort des Respekts und des Dankes, vor allem aber auch der Anerkennung hier vor allen Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages aussprechen.

Damit da niemand glaube, es handle sich um Personenkult, und es wäre nicht so, daß das Rote Kreuz eine Unzahl von Mitarbeitern hat, die zwar nicht diese hervorragenden und besonderen Einsätze im Laufe eines langen Lebens vollbracht haben, aber 90 Ortsdienststellen, 270 Einsatzfahrzeuge, die Mitarbeiter, Mitglieder und so weiter habe ich Ihnen schon genannt, aber vielleicht eine Ziffer, die besonders interessant ist, 3,2 Millionen Einsatz- beziehungsweise Bereitschaftsstunden, 10 Millionen Kilometer Fahrleistung der Rettungsfahrzeuge. Und jedes der ehren- und hauptamtlichen Mitglieder sollte sich einem Erste-Hilfe-Kurs – 16 Stunden – unterziehen, einem Sanitätshilfekurs – 60 Stunden – und einer Praxis von 100 Stunden. Und zusätzlich für Hauptamtliche ist die Absolvierung des Staatlichen Sanitätsgehilfenkurses mit kommissioneller Staatsprüfung, abgelegt bei der Landessanitätsdirektion, mit 160 Stunden erforderlich. Wir haben das noch nie hier besprochen in diesem Detail. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß einmal auch diese Details dargestellt werden, um alles das damit auch zu unterstreichen, was in diesem Zusammenhang von Ihnen gesagt wurde.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum letzten Punkt in diesem Zusammenhang kommen,

nämlich zur Frage, die auch einige angesprochen haben und die auch zur Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung ressortiert, wo wirklich auch zum Ausdruck kommt, was allein in den letzten Jahren seit 1989 anlässlich dieser Wendejahre und der nachfolgenden – kann man ruhig sagen – Beben in vielen dieser Länder an humanitären Leistungen vollbracht wurde. Summe, große Hilfsaktionen Steiermark, Summe 595,3 Millionen seit dem Jahre 1989! Rumänien, Kurdistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina. Ganz kurz, 370 Millionen in Rumänien von privaten Organisationen, in Sonderheit auch für unsere Landsleute im bergigen Teil, in dem sich etwa Steierdorf befindet, in dem Caransebes, Reschitz und ähnliche Orte liegen. Kroatien 141 Millionen, Kurdistan 15,6 Millionen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, der Abgeordnete Schrittwieser hat darauf hingewiesen, die berühmte Sache „Nachbar in Not“, ORF, Caritas und bekanntlich Rotes Kreuz in einem Maße bei jetzt rund 500 Millionen Schilling, die bitte dazuzurechnen sind. Steirisch 595 Millionen und gesamtösterreichisch allein durch diese eine Aktion eine halbe Milliarde Schilling. Und wenn man sich das auch noch einmal kurz anschaut, Caritas, Rotes Kreuz, Volkshilfe – ich habe gestern einen Brief von der Volkshilfe bekommen, nach wie vor engagieren sie sich in Rumänien, nach wie vor engagiert sich die Volkshilfe in Rumänien. Und Sie wissen, der berühmte Prälat Unger hat bei unserer Konferenz damals in der Grazer Burg gesagt, ich kann Ihnen aus einer lebenslangen Erfahrung sagen, eine Katastrophe verdrängt die andere. Und bei Gott, es hat in den letzten Jahren viele Katastrophen gegeben von der Qualität, als daß die eine die andere verdrängt. Zum Beispiel ist sehr viel geschehen im Jahre 1989/90 in Rumänien und ist etwas weniger und noch weniger im Jahr 1991 und im Jahr 1992 geschehen.

Die Volkshilfe hat die aufgebauten Verbindungen dorthin aufrecht erhalten, nicht nur die Volkshilfe. Da habe ich also gestern einen Brief bekommen, letzte Geschichte, imponierend: ein Müllwagen, ein Container-Lkw, zwei Straßenwalzen mit je 10.000 Tonnen, ausgeschieden vom Grazer Wirtschaftshof, Beschluß des Stadtsenates, für Rumänien überlassen, wird Anfang Dezember nach Steierdorf gebracht.

Wir sind besonders bemüht, derzeit einen Sponsor zu finden, welcher uns ein geeignetes Tiefladerfahrzeug und drei bis vier Lkw-Fahrer für diesen Transport zur Verfügung stellt. Das weiß man ja im Regelfall gar nicht, weil diese auch keine sehr großen Geschichten daraus machen. Ich glaube aber, daß es wichtig und gut ist und war, das heute hier auch einmal in dieser ganzen Breite darzustellen.

Ganz zum Schluß, weil auch der neue Militärkommandant da ist, der ebenso wie die anderen, Gendarmerie selbstverständlich, Zollwache, kooperiert und vor allem bitte auch mit den anderen Einsatzorganisationen im vorigen Jahr vorbildlich kooperiert hat. Wir haben 7200 Dankurkunden an alle jene Soldaten gegeben, die im Grenzeinsatz tätig gewesen sind. Es sind Hunderte von Auszeichnungen, die Offiziere, Unteroffiziere in den letzten Jahren seitens des Landes bekommen haben. Den einen war es zuviel, einigen scheint es noch immer zuwenig zu sein oder sie haben

die Ziffern nicht gekannt. Das sei auch zu deren Entschuldigung, zumindest als eine Möglichkeit ausgesprochen.

Der Kollege Erlitz ist früher auch bei diesem Thema am Rednerpult hier kurz fündig geworden, nach seiner Erfahrung, wie er sagt. Eines sage ich Ihnen, und Sie werden es selber wissen: jeder Feuerwehrmann, der von einem Abgeordneten des Landtages oder von einem Mitglied der Regierung ausgezeichnet wird – ich habe noch keinen anderen erlebt –, empfindet das als eine besondere Auszeichnung.

Damit kehre ich an das am Anfang ausgesprochene Wort zurück. Es mag jeder seine Meinung zu diesem Thema haben, das ist Gott sei Dank in einer Demokratie möglich. Es gibt Leute, die sagen, wozu überhaupt eine Auszeichnung? Ich kenne fünf Leute bei den Tausenden, die ich in den zwölf Jahren ausgezeichnet habe, die aus Gewissensgründen oder aus anderen Gründen Auszeichnungen nicht angenommen haben. Wir haben das immer respektiert. Alle anderen haben sich darüber sehr gefreut, weil – das ist schon nicht uninteressant – diese Leute im Regelfall auch noch eine Beziehung zum Staat, eine Beziehung auch zu Verantwortung und auch eine Beziehung zu immateriellen Werten haben. Denn, gebe man sich keiner Täuschung hin, das, was diese Männer und diese Frauen leisten, das ist ohnedies in Gold undbarer Münze nicht aufzuwiegen, aber ist sehr wohl durch ein solches Ehrenzeichen in einer Weise anerkannt, wie das ganz offenkundig auch weitgehend so gesehen wird.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, so wie sich alle Abgeordneten bei allen Steuerzahlern zu bedanken haben, selbstverständlich auch der Landeshauptmann. (Allgemeiner Beifall. – 21.30 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Wünscht der Herr Bericht-erstatte das Schlußwort?

Abg. Kanduth: Ich beantrage die Annahme des Kapitels.

Präsident Mag. Rader: Dann bitte ich jene Damen und Herren, die den Posten der Gruppe 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zu den Beschlüssen der Gruppe 1 des Landesvoranschlags 1993, der im mündlichen Bericht Nr. 21, der vor Ihnen liegt, zusammengefaßt ist. Ich ersuche die Frau Bericht-erstatte, den Beschlüssen vorzutragen, und bitte um den Bericht.

Abg. Gross: Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgenden Beschlüssen beschließen:

Zu Gruppe 1: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die den Feuerwehren zukommenden Mittel aus der Feuerschutzsteuer unter verstärkter Mitwirkung des Landesfeuerwehrverbandes vergeben werden.

Dieser Antrag wird von den Landtagsabgeordneten Schinnerl, Kowald, Majcen, Trampusch und Dr. Wabl unterstützt.

Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident Mag. Rader: Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschlusantrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

Wir kommen jetzt zu den Posten der Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Bevor ich ihm das aber erteile, bedanke ich mich herzlich bei den Vertretern der Einsatzorganisationen und beim Herrn Militärkommandanten, daß Sie uns die Ehre gegeben haben. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Ussar (21.33 Uhr): Schulaufsicht, Personalvertretung der Landeslehrer, Pensionen der Landeslehrer, allgemeinbildender Unterricht, allgemeinbildende Pflichtschulen, gemeinsame Kosten, Sonderschulen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, berufsbildender Unterricht, Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, berufsbildende mittlere Schulen, land- und forstwirtschaftliche Berufsfachschulen, gemeinsamer Aufwand, berufsbildende höhere Schulen, Berufsausbildung schulentlassener Jugendlichen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Förderung des Unterrichtes, Förderung der Lehrerschaft, Schülerbetreuung, vorschulische Erziehung, Kindergärten, Förderung der Kindergärtnerinnen, Schüler-, Lehrlings-, Gesellenheime, Schülerheime Graz, Judenburg, Admont, Schladming, Leistungen an das Personal, Jugendherbergen und Jugendheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Jugendkulturarbeit und Aktivitäten des Landesjugendreferates, Jugendferienaktionen, Förderungsmaßnahmen, Filmarbeit in Schulen und Jugendgruppen, Sport und außerschulische Leibeserziehung, Landessportorganisation, Turn- und Sporthallen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Volkshochschulen, Volksbildungswerke, Volksbildungsheim, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Förderung der Wissenschaft, Förderung von Universitäten und Hochschulen, Universitäts- und Hochschuleinrichtungen, Studentenhilfen, wissenschaftliche Archive, wissenschaftliche Bibliotheken, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Summe der Einnahmen 6.000.952.539 Schilling, Summe der Ausgaben 8.000.076.138 Schilling. Ich bitte um Annahme. (21.34 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke für den Bericht!

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz wird vorgeschlagen, die Spezialdebatte der Gruppe 2 zu teilen, und zwar im ersten Teil Unterricht, Erziehung und Wissenschaft und im zweiten Teil den Sport zu behandeln, für den einstweilen noch keine Wortmeldung vorliegt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall, und daher bitte ich die Frau Abgeordnete Beutl, als erste das Wort zu nehmen.

Abg. Beutl (21.35 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

„Bildung ist die Brücke in die Zukunft“, das waren die Abschlusssätze meiner Schuldebattenrede beim letzten Budgetlandtag. Ich frage mich heute selber und uns alle, was soll Bildung für die Zukunft leisten?

Wir haben am Vormittag von den Hauptrednern sehr viel über die Umbrüche und die Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gehört und sehr eindrucksvolle Szenarien beschrieben bekommen. Ich möchte auf drei Dinge noch kurz eingehen.

Ein sehr zentrales Merkmal unserer Zeit ist die Individualisierung, aber auch die Pluralisierung, die Pluralität, die immer mehr zunimmt, und eines der einschneidendsten gesellschaftlichen Phänomene der Gegenwart ist die Geschwindigkeit, mit der die Komplexität der Lebensvollzüge zunimmt. Das sagt der spanische Philosoph und Wissenschaftler Rodrigo Aranch.

Was soll also Bildungspolitik angesichts geänderter Sozialstrukturen und angesichts dieser großen Veränderungen leisten? Eine kürzlich veröffentlichte Studie über das Image der Schule in Österreich, die vom Unterrichtsministerium in Auftrag gegeben wurde, die übrigens erstaunlicherweise sehr positiv ausgefallen ist, zeigt diese Pluralität von Werten und Erwartungen an die Schule sehr deutlich auf. Ein Drittel der Eltern spricht sich für die Leistungs- und Lernschule aus, für die Sechstageswoche. Ein Drittel für mehr Persönlichkeitsbildung und für die Fünftageswoche, und das letzte Drittel ist unterschiedlicher Ansicht. Das heißt also, daß es immer schwieriger wird, einen Grundkonsens über Bildungsziele zu finden, immer schwieriger und zu sagen, welche Qualitäten und Lernnotwendigkeiten wir künftig brauchen werden. Die steirische Volkspartei ist der Meinung, daß auf die Vielfalt der Nachfrage mit einer Vielfalt der Angebote zu reagieren sei. Und viele Gespräche in Arbeitskreisen haben als Ergebnis das Resultat gebracht, daß die Schule sehr viel stärker als bisher auf Bedürfnisse und Notwendigkeiten, auch von Familienstrukturen und gesellschaftlichen Phänomenen und Problemen eingehen muß und daß flächendeckende und ideologisch geprägte Einheitsmodelle nicht dem entsprechen, was an Erwartungen an die Schule gestellt wird.

Angebotsschulen sind die Zukunft, und tatsächlich gibt es in der Steiermark eine breite Palette von Angebotsschulen, Tagesheimschulen, Ganztagschulen, Möglichkeiten der Fünftageswoche, der Sechstageswoche. Wir haben die steirische Hauptschule, ich konnte darüber schon berichten in diesem Hause, es gibt die Integration von Behinderten. Wir haben die Realschule, die neue Mittelschule. Bei diesem Eingehen auf besondere Bedürfnisse und Erwartungen muß – und das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Forderung – die Qualität und Durchlässigkeit der Schule gewährleistet sein. Die Schulpartner entscheiden, für welches besondere Schulangebot sie sich entscheiden wollen. Eine wichtige Forderung der steirischen Volkspartei ist auch, mit verstärkter Regionalisierung auf länderspezifische Interessen und Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen. Hier hat gerade die Steiermark durch die Entwicklung der Realschule eine Vorreiterrolle eingenommen. Erst kürzlich wurden die Real-

schulstandorte in der Steiermark durchleuchtet und von einer Abordnung des Ministeriums für Unterricht und Wissenschaft ebenso wie des Wirtschaftsministeriums besucht, und es konnte festgestellt werden, daß alle Realschulstandorte starke Überbuchungen aufzuweisen haben, daß es tatsächlich eine echte Alternative zur AHS geworden ist. Große Akzeptanz bei Bürgermeisterinnen und bei der eingebundenen Wirtschaft zeigt, daß diese Schule ein guter Weg sein kann, junge Menschen für eine qualifizierte Fachausbildung vorzubereiten, wie wir wissen, eine dringende Notwendigkeit. Aber ebenso positiv angenommen werden die Verbundschule und die neue Mittelschule überall dort, wo sie angeboten werden. Dasselbe gilt auch für die Grazer Bilingual School, ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Internationalisierung.

Der von mir eingangs angesprochenen zunehmenden Komplexität kann in erster Linie mit einer Verlagerung der Entscheidung stärker an die Basis entsprochen werden. Folglich sind Dezentralisierung, Subsidiarität, Autonomie die Schlagworte, die wir in der Zwischenzeit auch immer häufiger zu hören bekommen. Das bedeutet aber auch, daß die Menschen an der Basis bereit sein müssen, aktiv auf die Gestaltung ihrer Situation Einfluß zu nehmen, das bedeutet auch Übernahme von Verantwortung. Ein weiteres Problem und eine Kritik, die immer wieder kommt, ist die Tatsache, daß die überaus zentrale und hierarchisch-bürokratische Verwaltung gerade der österreichischen Schule jetzt schon und künftig dieser Widersprüchlichkeit und Komplexität immer schwerer und immer schlechter gerecht wird. Es ist nun wirklich notwendig, für die von mir angesprochenen Fragen Lösungen zu finden.

Im Forschungsbericht des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst zum Thema Bildungsforschung ist nachzulesen, daß es in erster Linie VP-Politiker, wie etwa Petrik, aber auch Präsident Schilcher, waren, die hier eine neue Diskussion in Bewegung gebracht haben, und daß sich auch SP-Politiker, wie etwa Matzenauer in Wien, dieser Diskussion angeschlossen haben. So bestimmen Forderungen nach mehr Deregulierung, Regionalisierung, mehr Profilbildung, mehr Autonomie seit einiger Zeit die bildungspolitische Diskussion in unserem Lande. Ich hatte auch schon die Möglichkeit, zum Thema Autonomie meine Vorstellungen und Befürchtungen zu äußern, und ich möchte nur eines noch dazu sagen: Autonomie kann und wird nicht alle Probleme lösen, aber sie kann mehr Freiheit und damit mehr Freude für dynamisches und innovatives Arbeiten an den Schulen bringen und so hoffentlich auch nicht nur das Schulklima, sondern auch die Schulqualität steigern. Aber natürlich muß sie von der Basis her, von den Schulpartnern her gewünscht werden. Die interessantesten Projekte, das wird auch in diesem Forschungsbericht angeführt, gibt es in der Steiermark, denn da ist die Bereitschaft zur Innovation sehr groß. Circa 65 Prozent der Hauptschulen etwa in unserem Lande sind an solchen Aktionen und Projekten beteiligt. Ich möchte an dieser Stelle allen Lehrerinnen und Lehrern und allen Schulaufsichtsbeamten, die gerade bei diesen Projekten weit über ihre Pflicht hinaus sehr viel Zeit investieren, sehr viel Idealismus einbringen, hier danken. Die öffentliche Anerkennung von Lehrerleistungen und

Lehrerarbeit ist – wie wir wissen – sehr gering, und in der Imagerangliste, das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, stehen Lehrer knapp vor der Hausfrau im untersten Bereich. Etwas, was für mich auch sehr kennzeichnend für unsere Gesellschaft ist, daß Arbeit mit Menschen und für Menschen so weit unten rangiert. An dieser Stelle auch ein Danke an alle Beamten der Schulaufsicht, aber auch an alle Beamten in der Rechtsabteilung 13, dem Herrn Hofrat Urabic, an die Beamten im Landesschulrat. Nur dank ihrer Unterstützung und ihrer Hilfe können alle diese Projekte durchgeführt werden. Ich darf auffordern, dem Herrn Hofrat Urabic, der heute hier ist, durch einen Applaus diesen Dank auch zu bezeugen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich hoffe und spreche hiemit die Bitte an den zuständigen Schulreferenten, den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner aus, daß er im Budgetansatz für didaktische Maßnahmen auch oder ich nehme an, er tut es, diese Projekte fördert und unterstützt.

Es ist unbestritten, daß wir auch weiterhin als Grundlage und Fundament unserer Bildung die Vermittlung der Kulturtechniken im Auge haben müssen, um so auch spezialisiertes Weiterlernen für den Beruf zu ermöglichen. Neben der fachlichen wird aber immer stärker die soziale und personale Qualifikation wichtiger und notwendiger. Ich muß nicht wiederholen, was schon oft in diesem Haus gesagt wurde, es gehören natürlich verstärkt kooperative Lernformen hier dazu, handlungsbezogenes Lernen, und vor allem etwas, was tatsächlich noch als großer Mangel empfunden wird, vor allem, wenn die jungen Menschen dann hinaus in die Wirtschaft und in den Beruf gehen. Das Anwenden, die Transferfähigkeit von Gelerntem läßt zu wünschen übrig. Vernetztes Denken und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen werden dringend notwendig sein.

Ich möchte am Schluß meiner Ausführungen ein sehr persönliches Anliegen hier ansprechen, weil ich glaube, daß es überaus dringend und notwendig ist, sich dieser Problematik anzunehmen. Bei allem Offenheit der Schule, bei allem Pluralismus, bei allen Wünschen nach Selbsterfüllung und persönlicher Freiheit dürfen wir alle und auch die Schule sich einer Verpflichtung nicht entziehen – der schwierigsten Aufgabe, die es gibt –, nämlich einer Werterziehung in einer Zeit des Wertpluralismus. Wenn so treffend formuliert wird, daß auf dem Jahrmarkt der Möglichkeiten heute zwar nicht alles möglich ist wie beim Lotto, aber mehr als früher, daß die Auswahlmöglichkeiten in einem Ausmaß zunehmen, daß Menschen, vor allem junge Menschen, verunsichert werden und sie diese Verunsicherung belastet, dann liegt es an uns, daß wir ihnen Leitbild und Leitlinie sind, denn ohne diese verbindlichen Muster einer richtigen Lebensführung sind junge Menschen sich selbst überlassen, und sie sind hilflos.

Oft geschieht es – ich nehme uns als Lehrer davon nicht aus – aus Unsicherheit heraus, welche Erziehungsziele man anstreben soll, aber oft auch aus Bequemlichkeit, daß wir immer weniger bereit sind, klare und deutliche Haltungen zu vermitteln. Ich glaube aber, daß es genau das ist, was wir den jungen Menschen schuldig sind, denn die Gefahr ist groß, daß dann, wenn alles gleich gültig ist, alles gleichgültig

wird und alles egal ist, weil es problematisch ist und wir uns nicht damit auseinandersetzen wollen.

Es gibt keinen Unterricht, der wertfrei ist. Wenn wir meinen, auf Wertvermittlung verzichten zu müssen, auf deutliche Abgrenzung, so führt das in Wahrheit zu negativen Einstellungen, denn die jungen Menschen lernen damit, sich nicht festzulegen, nicht füreinander einzustehen und alles in Zweifel zu ziehen. Je weniger sie wertendes Beurteilen erleben, je weniger Position zu beziehen und Stellung zu nehmen eingefordert wird, umso eher wird jener neue Menschentyp wahr, wie ihn Norbert Hauer in seinem Buch „Die Mitläufergesellschaft“ beschreibt. Der neue Kommunikationstyp, sagt er, ist dadurch gekennzeichnet, daß er unklar und mehrdeutig antwortet, daß alles stimmt und auch nicht stimmt, daß er nichts getan, gesehen, gewußt hat – der Mitläufertyp.

Ich glaube nicht, daß es das ist, was wir als erstrebenswertes Bildungsziel ansehen dürfen. Erziehen heißt wachsen lassen, heißt aber auch Führen, Lenken und Begleiten. Es war Jeanne Hersch, die vor, glaube ich, zwei Jahren hier in Graz gesagt hat, erst Erziehung macht den Menschen zum Menschen, und Erzieher und Lehrer sein heißt Begleiter sein.

Drei Dinge brauchen unsere Kinder immer stärker: Vorbilder, Orientierung, Leitlinien, daß sie den Weg finden im Nebel des Wertpluralismus, den ich vorhin angeschnitten habe. Vor allem aber brauchen sie Zeit, sehr viel mehr Zeit, als wir bereit sind zu geben. Es können nicht materielle Güter der Ersatz dafür sein. Zeit ist das Maß der Liebe für unsere Kinder. Es braucht viel Kraft, die wir aufbringen müssen, für Gespräche mit ihnen, denn ich glaube, das Allerwichtigste, was unsere Kinder brauchen, ist, daß wir mit ihnen über all ihre Probleme reden und sie nicht damit alleine lassen. Wenn man hört, wie wenig – daheim gerade noch das Nötigste – auch Eltern mit ihren Kindern sprechen, dann ist das eine erschreckende Entwicklung. Sie brauchen drittens mehr Platz, mehr Spielplätze, Platz in den Wohnungen, Kommunikationszentren, Jugendzentren.

Die Verpflichtung auf das Richtige entwickelt sich nicht von allein, es ist unser aller Aufgabe. Heute Vormittag hat, glaube ich, der Abgeordnete Flecker gemeint, nicht Gebote und Verbote brauchen unsere Kinder und unsere Jugendlichen, sie brauchen das Vorbild. Ich möchte mich dieser Meinung anschließen. Stellen wir die Probleme der jungen Menschen in den Mittelpunkt, die sie haben, und nicht die, die sie machen. Helfen wir ihnen, ihr Leben zu bewältigen, nehmen wir sie ernst und wichtig.

Wenn der Herr Landeshauptmann in seinen Ausführungen darauf hingewiesen hat, wie großartig die Bereitschaft junger Menschen ist, sich im sozialen Bereich, in all den Einsatzorganisationen zu engagieren, dann kümmern wir uns mehr um all die Jugendlichen, die bereit sind, sich für die Umwelt einzusetzen und für viele humanitäre Anliegen! Wir haben viel Hoffnung in unserer Jugend, insbesondere dann, wenn mir ein Mädchen sagt: „Ich habe das Problem nicht, ob Inländer oder Ausländer, denn für mich gibt es nur Menschen, Menschen mit einem guten Herzen, Menschen, die Hilfe brauchen.“ Angesichts all der Vorfälle in unseren Nachbarländern, ob es in Bosnien ist, ob es in Deutschland ist, geht mir ein Satz von

Hugo von Hofmannsthal nicht aus dem Kopf. Er heißt: „Es ist ein entscheidender Unterschied, ob Menschen sich zueinander als Zuschauer verhalten oder ob sie immer auch Mitleidende, Mitfreudige, Mitschuldige sind. Diese sind die eigentlich Lebenden.“

Ich appelliere an Sie alle, denn Sie tragen Verantwortung, wo immer Sie stehen, Sie tragen sie mit. Es sind nicht die Schule und nicht das Elternhaus allein verantwortlich. Helfen Sie mit, daß wir die jungen Menschen zu jenen Menschen erziehen, daß sie Mitleidende, Mitfreudige sind, und daß wir alle nicht Mitschuldige werden! (Allgemeiner Beifall. – 21.54 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich habe allerdings nur bei Damen die Höflichkeit vor der Geschäftsordnung zugelassen. Ich bin sicher, daß du frei reden wirst.

Abg. Ussar (21.54 Uhr): Ich habe immer geglaubt, es kommt die Gleichberechtigung, aber du wirst mir zumindest die Quote von 40 Prozent erlauben!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Beutl hat einen breiten Bogen über das Schulgeschehen der Steiermark gezeichnet. Sie ist ja als langjährige Lehrerin und jetzt auch als Schulaufsichtsorgan über die Situation informiert und hat die Schwerpunkte ganz besonders hervorgehoben.

Im Zentrum, sehr geehrte Damen und Herren, der Weiterentwicklung steht neben der Gestaltung optimaler Bildungsmöglichkeiten für alle vor allem die weitere Öffnung und die Demokratisierung der Schulen. Das ist im Vordergrund der nächsten Arbeit. Im Zuge der Internationalisierung wird es vor allem darum gehen, daß die Heranwachsenden für ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet werden.

Die Leitziele der Bildungspolitik für uns in den nächsten Jahren sind Integration und Autonomie, wie sie die Kollegin Beutl ebenfalls bereits angerissen hat. Unter Autonomie verstehen wir, daß Entscheidungskompetenzen möglichst auf die Ebene der Betroffenen verlagert werden, wodurch das Verhältnis von Zentralstellen und einzelnen Schulen in Zukunft sicher ganz neu definiert werden wird. Eine Forderung nach Integration richtet sich einerseits an die Einbeziehung aber auch von beteiligten Bevölkerungsgruppen, anstatt sie zu ghettoisieren. Ich glaube, das ist gerade im Hinblick auf die derzeitige Situation in den Schulen bezüglich Kinder mit nicht deutscher Muttersprache besonders wichtig.

Darüber hinaus spielt aber in unserer Schulsituation die Integration, auch ein Leitziel für das ganze Schulwesen, eine besondere Rolle. Das besagt ganz einfach, daß flexible Übergänge zwischen den Schultypen zu gestalten sind, die Übersichtlichkeit des Systems ist zu erhöhen, und die Bildungschancen sind ganz einfach zu verbessern. Demokratisierung, sehr geehrte Damen und Herren, in der Schule bedeutet, daß allen Heranwachsenden in Österreich ein gleiches Angebot an Bildungseinrichtungen und Lernmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Was wir mit dem Begriff Chancen-

gerechtigkeit immer gesagt haben. Als besonderer Schwerpunkt ist die Schaffung einer flächendeckend eingerichteten, kostenfrei zugängigen ganztägigen Schulform, wie immer sie in Zukunft aussehen wird. Wichtig ist, daß an allen Schulstufen und an allen Schultypen die entsprechende Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen gegeben sein muß. Die Kinder und Jugendlichen mit nicht deutscher Muttersprache bedürfen besonderer Hilfe, und ich darf sagen, daß hier mit Betreuungslehrern in der Steiermark schon ein gutes System geschaffen wurde. In der Grundstufe, sehr geehrte Damen und Herren, ist es wichtig, einen Schulstart ohne Versagen und Diskriminierung unbedingt durchzuführen. Ich erinnere aber heute noch einmal daran, daß das Schulvolksbegehren zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen von 30 auf 25 Schülern pro Klasse in der Steiermark ein ganz respektables Ergebnis erzielt hat, und ich muß hier in diesem großen Forum vor allem auch den Eltern sehr herzlich danken, die engagiert mitgetan haben. Und wenn wir denken, 38.042 Steirerinnen und Steirer haben dieses Volksbegehren unterstützt, und die letzte Zahl insgesamt im Ermittlungsverfahren waren 59.190 Stimmen, das sind immerhin respektable 6,79 Prozent. Ich erinnere daran, sehr geehrte Damen und Herren, die auch in der vorigen Periode bereits in diesem Haus waren, daß wir hier den Antrag auf Herabsetzung der Schülerzahlen von 30 auf 25 im Landtag diskutiert und auch einstimmig angenommen haben. Mit diesem Beschluß hat der Steiermärkische Landtag schon vor Einleitung des Volksbegehrens ganz eindeutig zu einer Reduzierung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 pro Klasse aufmerksam gemacht.

Ich darf Ihnen nun, sehr geehrte Damen und Herren, eine Statistik zeigen, wie schaut es momentan aus mit heutigem Stand, wieviel Klassen sind in der Steiermark, wo wir noch immer Schülerzahlen über 25 in einer Klasse haben? Ich kann hier leider nicht den Anregungen einiger Kolleginnen und Kollegen folgen, daß sie sagen, es darf in Zukunft nichts mehr was kosten. Für unsere Kinder muß in Zukunft, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht, auch das nötige Geld da sein. Dies einmal eine eindeutige Feststellung. Und, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir schauen, daß wir in der Steiermark insgesamt noch 36 polytechnische Lehrgänge haben, wo Kinder sind, wo Klassen sind, 36 mit Kindern über 25 von insgesamt 134 polytechnischen Lehrgängen, wenn wir bei den Hauptschulen von insgesamt 1826 Klassen noch immer 673 über 25 Kinder haben – und nun kommt der Schwerpunkt –, wenn wir von insgesamt 3037 Volksschulklassen noch immer 349 haben mit über 25 Kinder in einer Klasse, so können wir in dieser Hinsicht in keiner Weise zufrieden sein, und wir müssen alles daransetzen, daß das, was wir im Kindergartengesetz durchgesetzt haben, daß die Kindergartenzahlen in erster Phase auf 25 und dann auf 20 gesenkt werden, daß wir das zumindest auch in unseren Schulen erreichen. Denn eines ist ganz klar: Wer mit der Schule zu tun hat und in Klassen zu tun hat, weiß, daß eine optimale Förderung von Schülern ganz einfach nur bei niederen Schülerzahlen gegeben ist. Ich darf vorerst einmal vorschlagen, daß zumindest einmal in den Volksschulen, in den ersten und zweiten Stufen, die Schülerzahlen in diese Richtung eingehalten werden

und daß dann sukzessive nach oben hin diese Schülerzahlen dann eben zum Tragen kommen.

Ich möchte auch hier dem Herrn Hofrat Urabic, der im Raum anwesend ist, danken dafür, nicht, daß er heute da ist, sondern daß er damals, wie es darum gegangen ist (Allgemeiner Beifall.), die Schülerklassenbewilligungen auch in Wien durchzukämpfen, daß er sich auch an die vordere Front gestellt hat. Ich glaube, das ist wichtig, daß hier Lehrer auch von der höheren Beamtenschaft die nötige Unterstützung zum Wohle der Kinder und Eltern bekommen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf noch in Erinnerung bringen, daß wir auch derzeit in der Leistungsbeurteilung durch starke Beachtung der Leistungen, vor allem unmittelbaren Leistungen, neue Wege beschreiten und daß vor allem wir als Sozialdemokraten noch immer der Ansicht sind, daß der Entscheid nach der vierten Volksschulstufe zu früh ist altersmäßig und daß im Rahmen der Mittelschulstufe weiterhin die Errichtung einer gemeinsamen Schule der zehn- bis fünfzehnjährigen unser Ziel sein muß. Aus diesem Grunde ist es auch wichtig, daß weiterhin wortidentische Lehrpläne sowohl der Unterstufe, der AHS als auch der Hauptschule, die derzeit in verschiedenen Formen angeboten wird, bestehen. Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Lehrerbildung sind wir auch weiterhin der Ansicht, daß eine einheitliche Ausbildung stattfinden soll, und hier wäre eine universitäre Ausbildung noch immer der beste Weg. Die Frau Kollegin Beutl hat schon darauf hingewiesen, wie wichtig das Schulklima in einer Schule ist. Ich glaube, zu einem guten Schulklima gehört auch die entsprechende Ausstattung. Wir haben gerade jetzt vorher diskutiert, wie wichtig es ist, unsere Feuerwehren richtig auszustatten. Das ist sehr wichtig, aber genauso wichtig ist es, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir unsere Schulklassen in unseren Schulen modernst ausstatten. Denn mir geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Wir haben in der letzten Landtagssitzung über die Qualität der Schule diskutiert, über Möbel und Einrichtungsgegenstände. Ich darf sagen, ich danke sehr herzlich, daß die Gemeindereferenten sich hier in dieser Richtung sehr bemühen, die Gemeinden zu fördern.

Ich darf nun auch unseren zuständigen Referenten für das Schulwesen, unseren Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, auch dafür herzlich danken, daß er nicht nur ein offenes Ohr – ich war selber bei einigen Besprechungen in unserem Bezirk dabei, wo er auch eine offene Hand gerade für die Schulen gezeigt hat. Lieber Freund, Eltern und Schüler werden es dir danken! (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren, weil ich in der ersten Reihe auch den Herrn Landesjugendreferenten Dr. Rajakovics sehe, möchte ich auch sagen, es freut mich auch sehr, daß schon im Vorjahr der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner das Budget des Landesjugendreferates so ausgeweitet hat, daß die Jugendverbände auch wirklich eine höhere Dotierung erreicht haben. Auch dafür herzlichsten Dank! (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! Ein großer Faktor, den wir nicht unbeachtet lassen sollen, und das werden Sie mir bestätigen, ist der Faktor Ge-

walt in der Schule. Die Frau Vizepräsidentin des Landesschulrates, die Frau Präsidentin Leder, hat schon einmal den Vorschlag gemacht, ein Lehrerberatungszentrum auch bei uns wie in Wien einzurichten, und ich würde noch einmal appellieren, daß wir die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, damit das, was in Wien gut angekommen ist, auch bei uns sicher für unsere Lehrer zur Verfügung steht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bund will – wir alle diskutieren momentan die 14. Schulorganisationsgesetznovelle – sich vor allem aus der Betreuung des Nachmittagsunterrichtes der ganztägigen Schulformen entziehen. Ich glaube, hier müssen wir eindeutig Stellung beziehen. Es kann nicht so sein, daß bei ganztägigen Schulformen den Eltern die gesamte Last der Finanzierung überlassen wird. Wir müssen trachten, daß ganz einfach das so ist, wenn wirklich eine andere Art der Finanzierung nicht möglich ist, daß die soziale Treffsicherheit gewahrt ist. Wir können, sehr geehrte Damen und Herren, stolz auf unser Schulwesen sein. Ich hatte die Gelegenheit als Mitglied der Lehrerinternationale, in vielen Ländern das Schulwesen zu studieren. Ich muß Ihnen sagen, wenn wir manchmal so tun, als wenn wir hier unsere Schulen unter den Scheffel stellen müssen, kann ich nur eines sagen, unser Schulwesen ist mit allen anderen Schulwesen nicht nur vergleichbar, sondern ich möchte sagen, wir sind hier an der Spitze.

Das mußte auch hier einmal in diesem Raum gesagt werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Liebe Freunde, ich muß sagen, es freut mich sehr, daß noch so viele aufmerksam sind.

Das ist ja der Vorteil, weil wir uns ja ausgemacht haben, daß wir uns in dieser Hinsicht ergänzen bei diesem Referat.

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! In der 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle sind auch die Schulversuche angerissen. Ich bin sehr froh, daß nun festgelegt wird, daß eine Begrenzung stattfindet und daß auch Schulversuche, die nicht entsprechen, auch wieder abgeschafft werden können – eine Situation, die wir auch schon im Haus öfter diskutiert haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wichtig ist aber meiner Ansicht nach auch in dieser Novelle, daß nun die Möglichkeit einer Einführung der Studienberechtigungsprüfungen für Nichtmaturanten tatsächlich aufgeführt ist. Ich weiß, daß gerade das für uns für den zweiten Bildungsweg ganz wichtig sein wird.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, noch ganz kurz zu einem wichtigen Thema: der Errichtung von Fachhochschulen auch in der Steiermark. Die dafür zuständigen Minister haben ein Fachhochschulstudiengesetz in Begutachtung gegeben. Dieser Entwurf läßt aber völlig offen, wer Träger dieser Einrichtungen sein wird. Wenn zusätzliche Informationen, die ich aus dem Ministerium habe, stimmen, beabsichtigt der Bund, sich derzeit nicht finanziell an der Einrichtung von Fachhochschulen zu beteiligen. Meiner Ansicht nach – und hier auch ein offenes Wort – kann sich der Bund auf keinen Fall seiner Verantwortung in diesem wesentlichen Bildungsbereich entziehen. Hier werden wir gemeinsam dafür sorgen, daß dies auch stattfindet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Für uns in der Steiermark wird es wichtig sein, die organisatorischen Voraussetzungen für die Schaffung von Fachhochschulen gemeinsam zu schaffen. Nach einer Umfrage der Vereinigung österreichischer Industrieller, Herr Kollege Frizberg, sind 87 Prozent der österreichischen Unternehmen für die Errichtung von Fachhochschulen, weil das Studium an den Universitäten diesem Forum zu lange erscheint. Wenn wir denken, daß in Österreich der Akademikerprozentsatz an allen Erwerbstätigen 6,1 Prozent beträgt, in der Bundesrepublik Deutschland 8 Prozent, in den USA 9 Prozent und in Schweden 11 Prozent, sehen wir, daß auch hier ein Nachholbedarf gegeben ist. Auch die Studentenquote in Prozenten eines Maturajahrganges ist in Österreich mit 19 Prozent niedriger als in der EG mit einem Schnitt von 25 Prozent.

Sehr geehrte Damen und Herren, warum sage ich das? Fachhochschulen können dieses Defizit beseitigen. Die Gründung einer Fachhochschule auch in der Obersteiermark ist eine bildungspolitische Voraussetzung für eine Strukturveränderung der Wirtschaft auch in diesem Raum. Ich bitte Sie auch in dieser Hinsicht um Ihre Unterstützung. Das gilt sowohl für bestehende Betriebe und insbesondere auch für Betriebsansiedlungen in diesem Bereich. Sehr geehrte Damen und Herren, besonders gute Voraussetzungen für Fachhochschulen sind im Bezirk Leoben gegeben, da Synergieeffekte wegen der bestehenden schulischen Berg- und Hüttenschule in Leoben und im universitären – vor allem der Montanuniversität, dadurch ist die Infrastruktur in dieser Hinsicht gegeben. Der Bedarf der Wirtschaft würde eine Ausbildung – darf ich vielleicht auch unterstreichen – vor allem in der Verfahrenstechnik und im Maschinen- und Anlagenbau brauchen.

Sehr geehrte Damen und Herren! In meiner letzten Budgetrede im Frühjahr habe ich auch immer wieder darauf hingewiesen, wie groß die Bedeutung der Montanuniversität für die Steiermark und auch für den Bezirk Leoben ist. Ein Absolvent sitzt ja zu meiner Rechten, und ich bin mir schon der Unterstützung in dieser Hinsicht sicher. Für die Stadt Leoben überhaupt und für unsere Heimat ist diese Universität sicher von unendlicher Bedeutung. Es erscheint mir ganz wichtig, daß dieser Universität gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft in diesem Raum – Forschung in unserem obersteirischen Raum von großer Bedeutung –, eben hier von Bund und Land auch in Zukunft die entsprechenden Förderungen gegeben werden. Gerade Aussagen in letzter Zeit von Studenten haben gezeigt, welche hohe Anerkennung die Universität in Leoben nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus europaweit hat.

Ich habe bei meinem letzten Besuch bei Joanneum Research gesehen, daß viele Tagungen hier in Graz stattfinden. Ich würde bitten – ich habe es auch dort geäußert in einem Gespräch mit den Herren –, daß es wichtig wäre, verstärkt auch Tagungen in den Raum Leoben zu verlegen, zur Montanuniversität. Ich glaube, daß dadurch die Bedeutung nicht nur der Universität, sondern auch der Stadt wesentlich steigen würde. Ich bitte Sie nun auch, dies zu unterstützen, nachdem nun auch in Leoben ein entsprechendes Kongreßzentrum gebaut wurde. Sehr geehrte Damen

und Herren, ich komme schon zum Schluß. Es wird aber auch notwendig sein, im Zusammenhang mit der Errichtung von Erweiterungsbauten der Universität hier auch landes- und bundesweit diese Bestrebungen zu unterstützen.

Nun, die letzte Budgetdebatte – ganz zum Schluß, sehr geehrte Damen und Herren – war stark geprägt von der 10prozentigen Kürzung der Lehrerkosten des Bundes für das Land. Ich möchte heute hier in diesem Zusammenhang wirklich dir, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, danken, daß du damals schon ganz eindeutig und klar gesagt hast, „die vom Bund verlangten Einsparungen halte ich im Hinblick auf eine moderne Bildungspolitik und fortschrittliche Pädagogik für unrealistisch und in der damals diskutierten Form für nicht verantwortlich“. Schachner sagte eindeutig, „daß Einsparungen im Schulwesen nicht auf Kosten der Qualität und Effizienz der Ausbildung von Schülern und Lehrern geschehen dürfen“. (Abg. Gennaro: „Weil er einen Weitblick hat!“) Inzwischen ist diese Forderung des Bundes vom Tisch. Ich möchte herzlich dir und vor allem auch dem Finanzreferenten danken, daß bei Verhandlungen in Wien das gelungen ist und damit dieses Thema endlich vom Tisch ist. Einen herzlichen Dank dafür! (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kollegin Beutl hat ebenfalls geschlossen mit einem Zitat. Ich darf einen Mann zitieren, mit dem ich sehr lange in der Schulpolitik tätig sein konnte, von dem ich sehr viel gelernt habe, dem ehemaligen Präsidenten des Stadtschulrates für Wien und bekannten Schulpolitiker Dr. Hermann Schnell, der in seinem Buch „Die österreichische Schule im Umbruch“ schreibt – ich zitiere –: „Die Motivation für den Bildungsprozeß erwächst in den meisten Fällen aus den Familien.“ – Ende des Zitates. Ich muß sagen, weil die Kollegin Beutl gesagt hat, daß die Lehrer beim Ansehen knapp vor den Hausfrauen sind, daß ich stolz bin, wenn ich bei den Hausfrauen gereiht bin, denn es gibt so viele Hausfrauen, von denen wir uns eine Scheibe abschneiden können. Wenn die Lehrer in der Statistik bei den Hausfrauen sind, dann kann man nur stolz sein, daß man mit diesen Damen, die also für unsere Bevölkerung unendlich viel leisten, gemeinsam genannt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, meiner Ansicht nach brauchen wir in Zukunft beides: hervorragende Institutionen für die Bildung unserer Jugend und die Aufgeschlossenheit des Elternhauses, um die soziokulturelle Umwelt des Kindes und Jugendlichen optimal zu gestalten. Wir alle, glaube ich, sind unseren Eltern sehr dankbar, daß sie uns die Möglichkeit in schweren und schwierigen Zeiten gegeben haben, daß wir uns weiterbilden konnten. Wenn es uns gelingt, sehr geehrte Damen und Herren, wird auch die Schule unserer Zeit für die Schüler wesentlich zur Bewältigung nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft beitragen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 22.14 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die Generalredner werden vor Neid erblassen vor diesem Maß an Zustimmung und Zwischenapplaus, alle fünf, wenn ich den Kolle-

gen Dr. Hirschmann unter die Generalredner mit-einbeziehe.

Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Gross.

Abg. Gross (22.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen einige Gedanken zur Erwachsenenbildung darlegen, frei nach dem Motto: „Einfach zum Nachdenken!“

Im lebenslangen Bildungsprozeß nimmt die Erwachsenenbildung gegenüber jeder anderen organisierten Bildung den weitaus größeren Zeitraum ein.

Nach zwei Lehrern möchte ich doch feststellen: Während die Schulpflicht auf neun Jahre begrenzt ist, die Schulbildung mit etwa 18 Jahren abgeschlossen ist und die Universitätsbildung noch maximal ein weiteres Jahrzehnt – zumindest im ersten Bildungsweg – umfaßt, kommt die Erwachsenenbildung nie zum Abschluß.

Wie Schul- und Universitätsbildung mehr als nur Vermittlung von Wissen und Können ist, ist auch Erwachsenenbildung mehr als Berufsw Weiterbildung oder Berufsumschulung. Erwachsenenbildung soll den allgemeinbildenden Aspekt, der ein aufgeklärtes und ein verantwortliches Bewußtsein zum Ziel hat, einschließen. Daher ist der Erwachsenenbildung zumindest der gleiche Stellenwert einzuräumen.

Erwachsenenbildung ist Hilfe zum Verstehen einer immer komplexer werdenden Welt durch die Verknüpfung wesentlicher Informationen, Hilfe zum eigenständigen Handeln in den wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, Hilfe zur Gestaltung tragfähiger zwischenmenschlicher Beziehungen. Erwachsenenbildung ist Aus- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung ist die Einladung, über den Sinn der eigenen Existenz nachzudenken, um eine adäquate Lebensform zu finden. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß ohne verstärktes Bemühen im Bildungsbereich, ohne Weiterbildung die Gesellschaft ihren Anforderungen in der Zukunft nicht entsprechen kann. Verzichtet sie auf das Prinzip des lebenslangen Lernens, auf eine Erwachsenenbildung, die nicht nur Fortschritt, Fortbildung im Beruf oder abschlus-bezogene Weiterbildung bedeutet, sondern auch kulturelle politische Bildung, Erziehung zur Menschlichkeit, zur Mitmenschlichkeit, zu sozialem Handeln, dann verzichtet sie ganz einfach auf eine gute Zukunft. Entsprechend der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Erwachsenenbildung soll dieser Bildungsbereich im Sinne einer lebensbegleitenden Bildung allen Mitbürgern zugänglich sein. Daher muß man die Forderung stellen, die Budgetmittel in diesem Bereich systematisch aufzustocken, um flächendeckend Bildungsprogramme – den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend – zu entwickeln und mit für alle Bevölkerungsschichten zumutbaren Kursgebühren durchführen zu können. Um die Forderung nach lebensbegleitender Bildung zu entsprechen, bedarf es aber auch einer Reform unseres Bildungssystems schon vom Kindergarten an und einer noch besseren Lehrerausbildung, da stimme ich mit Kollegen Ussar überein. Es muß das Lernen in Zusammenhängen entwickelt werden. Arbeitswelt, die Fragen der Umwelt, Präven-

tivfragen im Gesundheitsbereich müssen ebenso Inhalt eines flächenübergreifenden Lernens und Lehrens sein wie Kultur, Kunst oder auch soziale Anliegen. Auf diese Weise kann es gelingen, Freude am Tun, am Lernen, am Entdecken zu schenken, Freude zu wecken, Neugierde zu wecken und junge Menschen zu motivieren weiterzulernen, selbst dann, wenn bestimmte Schulbereiche abgeschlossen sind. Ich glaube daher, daß zwischen Schule und Erwachsenenbildung enge Verbindungsmöglichkeiten über das Räumliche hinaus gesucht werden müssen, wobei ich auch die Forderung stellen möchte, daß schon bei der Planung und Errichtung von Schulgebäuden die Möglichkeit der Nutzung von Schulräumen durch die Erwachsenenbildung – natürlich außerhalb der Schulzeit – zu berücksichtigen wäre.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe bis jetzt bei einigen von Ihnen ein wohlwollendes Nicken vernehmen können. Aber im Gegensatz zu der oft geäußerten Anerkennung der Bedeutung der Erwachsenenbildung sind sowohl im Bundesbudget, aber auch in manchen Länder- und Gemeindebudgets die Ansätze dafür beschämend gering. Auch muß darauf geachtet werden, daß diese Förderung die autonome Selbständigkeit nicht einschränkt. Ich weiß, daß es vor Jahren Bestrebungen gegeben hat, allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung fein säuberlich auseinanderzuhalten. Man hat einander argwöhnisch beobachtet und aufgepaßt, daß einem der andere ja nicht ins Gehege kam. Das hat sich, glaube ich, glücklicherweise gewandelt, und es ist schon so etwas wie eine partnerschaftliche Beziehung daraus geworden. Ich freue mich sehr über diese Entwicklung, denn weder die eine noch die andere Seite kann die anstehenden Probleme und Aufgaben alleine lösen. Ob das nun das katholische, das evangelische Bildungswesen, die AK, das WIFI, das BFI, das LFI oder andere Institutionen sind, gerade auf diesem Gebiet sollten wir kein Gegeneinander suchen.

Erwachsenenbildung ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden. Für mich steht desgleichen fest, auch im Jahr 2000 werden der Erfolg und die Bedeutung all dieser Volkshochschulen noch immer weitgehend vom Engagement der Mitarbeiter und Funktionäre abhängen. Die ständige Weiterbildung der Weiterbildner ist daher von eminenter Wichtigkeit, denn die Qualifizierung des Angebotes setzt auch die Qualifizierung aller Mitarbeiter voraus. Für mich war und ist Volksbildung auch immer Lebenshilfe. Gerade in einer Zeit ungeheurer Veränderungen, der zunehmenden Orientierungslosigkeit, verbunden mit dem Verlust ideeller Werte und Mangel an neuen Werten, kommt dieser Hilfestellung besondere Bedeutung zu. Menschen in die Lage zu setzen, Entwicklungen zu erkennen und zu begreifen, ihre Aufgabe in der Familie und am Arbeitsplatz, ihre Stellung in der Gesellschaft bewußt zu erleben und zu sehen, auf technologische Veränderungen vorbereitet zu sein, ökologische Aspekte ständig im Auge zu haben, die Arbeitswelt nicht nur passiv mitzumachen, sondern mitzugestalten, die Freizeit zu erleben und nicht nur zu verbringen, das alles sind Aufgaben, die die Erwachsenenbildung verstärkt vermitteln muß. Dabei ist auch den internationalen Herausforderungen, die sich für das Bildungswesen angesichts der Vereinigung zu

einem größeren Europa ergeben, Rechnung zu tragen. Deshalb bin ich auch weiterhin der Meinung, daß gerade bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen, die der gesamten Bevölkerung offenstehen, ein verstärktes finanzielles Engagement des Bundes, des Landes, aber auch der Gemeinden notwendig, aber auch gerechtfertigt ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 22.23 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Majcen. Wir haben mit ihm noch elf Redner in dieser Gruppe.

Abg. Majcen (22.23 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der neugewählte Präsident Clinton hat in seinem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den USA die Einführung des dualen Berufsausbildungssystem als einen Lösungsansatz fixiert. Er hat nach diesen Angaben, nach seinen Auskünften, die man lesen und hören kann, dieses System in der Bundesrepublik Deutschland studiert, und wir wissen alle, daß dieses System in Deutschland eigentlich deckungsgleich ist mit unserem System der dualen Ausbildung. Damit könnte man sagen, daß die EG-Reife dieses Berufsausbildungssystems auch dadurch dokumentiert wird, daß mit dem EG-Leader Deutschland und Österreich bereits für 120 Lehrberufe gegenseitige Anerkennungsübereinkommen abgeschlossen wurden. Es gibt einen interessanten internationalen Vergleich, einen europäischen Vergleich, der zeigt, daß die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern, wo es dieses duale System in der Lehre gibt, wesentlich geringer ist. Anders ausgedrückt, in Spanien hat es im vorigen Jahr 31,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit gegeben – kein duales Ausbildungssystem, in Italien 29 Prozent Jugendarbeitslosigkeit – kein duales Ausbildungssystem, in Frankreich 18,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit – kein duales Ausbildungssystem, in Belgien 16 Prozent – kein duales Ausbildungssystem, in Österreich 3,8 Prozent – duales Ausbildungssystem, und in der Bundesrepublik Deutschland 4,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit – duales Ausbildungssystem. Das bedeutet, meine Damen und Herren, für uns alle, daß wir ein System haben, das manchmal zu Unrecht heftig kritisiert wird, anderswo aber nachgeahmt wird. Auch Frankreich überlegt die Einführung dieses Systems. Bei uns ist die Attraktivität der Lehre noch voll intakt. 1970 gingen 42 Prozent der Pflichtschulabgänger in die Lehre, 1991 waren es 47,5 Prozent. Hier möchte ich einen Einschub machen. Bei der letzten Sitzung dieses Landtages sind im Zuschauerraum zwei Klassen des polytechnischen Lehrganges gesessen, und der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko hat eine grundsätzliche Erklärung zum polytechnischen Lehrgang abgegeben. Keine sehr erfreuliche für die Lehrer, die auf Grund eines bundesgesetzlichen Auftrages dort unterrichten, wenn dann jemand aufsteht und den Schülern, die dort sitzen, mitteilt, daß eigentlich das, was sie lernen, für nichts ist, daß die Lehrer für nichts sind, daß das System für nichts ist.

(Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das haben wir nicht gesagt, Herr Kollege!“) Das ist nicht der richtige Weg. Da sollte man einmal klipp und klar dann sagen, wir wollen diesen polytechnischen Lehrgang nicht. Man

sollte ganz eindeutig feststellen, was man will, auf jeden Fall nicht einen ganzen Schulzweig, wo sich die Lehrer wirklich sehr bemühen darum, verdammen. Die Facharbeiter kommen immerhin zu einem großen Teil aus dieser Schultype und sind auch nicht ganz so schlecht. (Abg. Schinnerl: „Aber ohne Stricken!“) Ohne Stricken! Schau, er weiß ja nicht einmal, was dort unterrichtet wird!

Noch einmal zu diesem dualen Bildungssystem. Was braucht dieses duale Bildungssystem, damit es in Zukunft weiter und besser funktioniert?

Es braucht erstens weiterführende Bildungslehrgänge mit einem Brückenschlag zur Universität und zur Fachhochschule. Die Wirtschaft hat mit dem Start der Fachakademie einen Weg aufgezeigt.

Die Fachakademie vermittelt den Teilnehmern, aufbauend auf die Kenntnissen, die sie in der Lehre und in der beruflichen Praxis erworben haben, jene Allgemeinbildung und jene Fachkenntnisse, die heute so entscheidend sind für eine Karriere im wirtschaftlichen Bereich.

Den Absolventen einer Lehre wird hiermit und somit ein Bildungsstand vermittelt, der auch den Weg zur Universität öffnet.

Als Abschluß derartiger weiterführender Bildungslehrgänge für Absolventen einer Lehre soll die längst überfällige Fachmatura für diese Zielgruppe eingeführt werden.

Als Abrundung zur vollen Europareife könnten und können wir uns – auch und insbesondere im Interesse der Lehrlinge – vor der Errichtung von Fachhochschulen nicht drücken. Hier schließe ich bei dem an, was der Kollege Ussar vorher gesagt hat: Die Steiermark muß unbedingt ein Standort für eine Fachhochschule werden.

Weiters ist für dieses System die Einführung des steirischen Bildungsschecks notwendig, damit die Weiterbildung auch finanziell für die Jugend erschwinglich bleibt. Dieser Bildungsscheck besteht in einer bis zu 50prozentigen Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen im Ausmaß von 2.000 Schilling je Absolvent. Leider hat im vorigen Jahr der Versuch der Frau Landesrat Klasnic, diesen Bildungsscheck einzuführen, nicht so besonders gut funktioniert. Er ist eingebracht worden, er ist zurückgestellt worden, er ist wieder eingebracht worden. Dann ist er vorbehaltlich der Zustimmung der Rechtsabteilung 10 beschlossen worden, und dann hat die Rechtsabteilung 10 mit Schreiben vom 7. Jänner 1992 eine ablehnende Haltung eingenommen. Heuer ist dieser Bildungsscheck mit 6 Millionen Schilling dotiert, worüber wir uns alle sehr freuen.

Wenn ich vorhin die Frage gestellt habe, was dieses System der dualen Bildung braucht, so möchte ich nun auch sagen, was dieses System nicht braucht: Es braucht nicht ein dauerndes Bejammern und dauerndes Beschmutzen in der Öffentlichkeit. Es braucht nicht ein Aufbauschen von Einzelfällen oder ein Verunsichern der Betroffenen. Wir sollten nicht vergessen, daß über 50 Prozent unserer Unternehmer aus diesem System der dualen Ausbildung kommen. Wir sollten nicht vergessen, daß ein Lehrling während seiner Ausbildungszeit netto zwischen 200.000 Schilling und 250.000 Schilling auf die Hand bekommt, und wir soll-

ten nicht vergessen, daß an den Universitäten die Drop-out-Rate über 50 Prozent beträgt, bei den Lehrlingen aber nur 14 Prozent bei der Abschlußprüfung durchfallen, 13 Prozent aber ihren Lehrabschluß mit Auszeichnung machen. Wir sind daher politisch alle miteinander aufgefordert, die vorhin erwähnten Innovationen – Fachakademie, Fachmatura, Fachhochschule und Bildungsscheck – fix in unserem Bildungssystem zu verankern.

Rund die Hälfte aller Jugendlichen sind Lehrlinge, die ab dem 15. Lebensjahr also eine – wie wir meinen – fachlich ausgezeichnete Ausbildung genießen. Grundvoraussetzung für diese Ausbildung sind neben funktionierenden Betrieben auch die steirischen Berufsschulen. Wenn nach – könnte man sagen – jahrelanger Blockade nun auch die Sozialistische Partei beginnt, sich um den Zustand der Berufsschulen Sorgen zu machen, so ist das zu begrüßen. Wenn allerdings der Wirtschaftssprecher, mein Freund Gennaro, den Zustand der Landesberufsschulen in einer Presseausendung als katastrophal bezeichnet, von einem schrecklichen Zustand in den Ausbildungsstätten spricht, daß dort die Schüler Stiefkinder sind, dann muß ich sagen, dann ist das natürlich eine Übertreibung (Abg. Gennaro: „Ich werde dir dann die Antwort geben!“), die auch nur der besseren Aufmerksamkeitserregung dient. Aber damit hat man ja eigentlich das schon erreicht, was man wollte.

Es ist richtig, daß es in den verschiedenen Bereichen einen großen Nachholbedarf gibt, der auf verschiedene Gründe zurückzuführen ist: einerseits sind es bundesgesetzliche Maßnahmen, wie die Berufsschulzeitausweitung, andererseits sind es Instandhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen auf dem baulichen Sektor beziehungsweise ist es der Nachholbedarf und der Ergänzungsbedarf auf dem Sektor Einrichtung, Ausstattung, technische Ausrüstung. Dringlichkeitsstufe eins ergibt sich durch die Schulzeitausweitung vor allem in Arnfels, Eibiswald, Mureck und Graz 5, bei den notwendigen Baumaßnahmen für fehlenden Unterrichtsraum bei der Landesberufsschule Graz 6 – Lackierhalle, Neubau der Schule in Bad Gleichenberg sowie Um- und Neubau der Schule in Graz-St. Peter. Wenn durch eine Sonderfinanzierung nunmehr Möglichkeiten bestehen, diesen Nachholbedarf schön langsam zu beseitigen, so ist das ein bedeutender Schritt für die Aufwertung der Lehrberufe und der Lehrlinge. Es bleibt zu hoffen, daß sich dieser Weg gemeinsam fortsetzen läßt. (Allgemeiner Beifall. – 22.32 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (22.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute schon einiges über die Schule gehört, in erster Linie von Pädagogen. Ich bin der erste Nichtpädagoge, ich bin nur ein Lehrergeschädigter. Ich habe in meiner Familie 17 Lehrer, meine Frau ist eine Lehrerin, dann können Sie sich vorstellen, was das heißt. (Abg. Gennaro: „Ich habe schon gedacht, du bist zehn Jahre in die gleiche Klasse gegangen, weil dir die Lehrerin so gefallen hat!“) Du Armer, du hast

noch Mitleid, aber das haut einen Starken nicht um! Zehn Jahre die gleiche Klasse, aber als der Lehrer erfragt hat, daß ich noch ein Jahr dableiben darf, hat er sich erschossen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt 1300 bis 1400 stellenlose Lehrer, von denen angeblich 650 Absolventen nicht bereit sind, auf das Land zu gehen. Ich gebe zu bedenken, daß es wirklich nicht einfach ist, ein Absolvent zu sein, der keine Aussicht auf einen Job als Lehrer hat und einen anderen Job annimmt. Wenn er dann die Chance und Möglichkeit hätte, so kurzfristig eine Vertretung zu nehmen, daß er dann absagt und sagt, ich habe jetzt gerade einen Job, und wenn ich da jetzt aufhöre, dann habe ich nach einem halben Jahr wieder nichts. Also es ist sehr schwer für diese Leute, ob man unter Umständen nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr Abwesenheit wieder einen Job findet.

Ich glaube, es ist notwendig, gesagt zu werden, daß gerade diese Lehrereinstellung objektiviert wird, daß hier die ganzen Probleme aufgelistet werden und daß, wenn es die Möglichkeit gibt, der Lehrer wirklich auch in den Schulbetrieb voll eingestellt werden kann.

Aber es gibt noch die Objektivierung, die gerade wir Freiheitlichen immer wieder fordern, die Leiterbesetzung. Es gibt immer wieder Probleme gerade mit der Leiterbesetzung. Die Beurteilung der Lehrer findet in Wirklichkeit nicht ordentlich statt. Einem jeden wird mehr oder minder das gute Zeugnis ausgestellt.

Die Personalvertretung verwendet sich für ihn, dann gibt es noch eine Abstimmung der Lehrer, der Eltern, des Bezirksschulrates, dann hat der Bezirksschulinspektor die Möglichkeit, den Vorschlag einzubringen, dann geht es in den Landesschulrat, und zum Schluß die tatsächliche Entscheidung fällt die Landesregierung. Hand aufs Herz, der Lehrerstand ist der verpolitisierteste Stand schlechthin. Es gibt keinen anderen Berufsstand, der so verpolitisiert ist wie die Lehrerschaft. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das wird weniger! Es geht zurück!“) Dein Wort in Gottes Ohr! Ich hoffe, daß das auch möglich ist nun in der Zukunft, daß man hier ein bißchen mehr demjenigen, der sich den Luxus leistet, kein Parteibuch zu nehmen, auch eine Chance gibt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber du bist mit mir einer Meinung: Wenn einer eines hat, ist es auch kein Nachteil!“) Deswegen darf er nicht benachteiligt werden, das muß ich dazu sagen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, genau so habe ich es gesagt!“) Aber wenn ich nur hier den Zeitungsausschnitt nehme, wo – sagen wir es ganz ehrlich – sogar dem Präsidenten des Landesschulrates und auch unserem Herrn Klubobmann der ÖVP, dem Herrn Hirschmann, einfach die Parteizugehörigkeit zuviel geworden ist, wo man in der Zeitung sagt, der Parteieinfluß auf die Schulpolitik muß endlich zurückgeschraubt werden, das Proporzsystem aus der Zeit der großen Koalition ist abzulehnen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dieser Meinung bin ich auch!“) Es ist wirklich schön, und die Bestellung der Direktoren, das muß wirklich mehr auf Qualität gehen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist in der letzten Zeit besser geworden durch die wechselnden Mehrheiten!“) Ja, ist gut, bin ich auch sehr froh,

wenn das möglich ist. Außerdem, möchte ich auch noch anführen, ist es richtig, daß ein Schuldirektor nicht auch Bürgermeister sein soll. Es ist auch schon gesagt worden, und ich hoffe, daß dem auch etwas mehr Augenmerk geschenkt wird. Es gibt aber noch etwas, es gibt die Aufteilung der Schulen, in der Vergangenheit in rote Schulen und in schwarze Schulen. Ich glaube, daß auch das nicht die Grundlage der künftigen Leiterbestellungen sein soll, sondern daß diese Entscheidungen eben nach mehr Qualität gehen sollen. Die Beurteilung der Leiter muß nach tatsächlich fachlichen Voraussetzungen sein, nach dem Dienstalter, natürlich auch nach sozialen Faktoren. Es sollte nicht vorkommen, daß, wenn man nachfragt und sagt, warum hat jene Dame keine Chance erhalten, man eigentlich keine Argumente hat, daß es dann heißt, sie hat ihre Kinder nicht an die Hauptschule geschickt. Das ist nach meinem Ermessen ein ganz billiges Argument. Dabei sollte die Gemeinde froh sein. Denn wenn die Kinder in die Mittelschule gehen, zahlt die Gemeinde keine Schulkosten. Es ist festzustellen, daß natürlich die Bezirksinspektoren alle Tricks anwenden, um ihre Kandidaten auf die Liste zu bringen. Hier hat man festgestellt, daß es in der Vergangenheit je nach Vorzeichen, das heißt je nach Mehrheiten im Bezirk, unterschiedlich und doch gleich gehandhabt wurde. Aber ich glaube auch, daß die Objektivierung der Leiterbestellungen über die Eltern nicht das Gelbe vom Ei ist. Wer solche Abstimmungen miterlebt hat, weiß, welche Auseinandersetzungen geschehen, welche Erpressungsversuche hier laufen und wie argumentiert wird. Und wenn auch die Lehrer aufgerufen werden zum Abstimmen, dann werden die Junglehrer unter dem Druck gefügig gemacht, daß man sagt: „Wenn du nicht so abstimmt, dann hast du ab Sommer des nächsten Jahres keine Anstellung.“ Alles geschehen, alles belegbar.

Meine Damen und Herren! Eines wurde ja schon gesagt, die Frauen sind als Direktoren einfach benachteiligt. Es gibt 80 Prozent an Frauen als Lehrer und ein ganz geringer Prozentsatz, ich glaube, er liegt bei 11 Prozent, als Direktoren. (Abg. Minder: „Bei der Bewerbung sind sie benachteiligt!“) Nein, nein, in der tatsächlichen Bestellung. Es gibt, glaube ich, 11 Prozent an Lehrerinnen, die Direktoren sind. Aber sind wir ehrlich, die Frauen, die eine Familie haben, haben praktisch keine Zeit, sind ausgeschlossen, sich um Direktorenposten zu bewerben, weil sie keine Zeit haben, in die Bevölkerung zu gehen. (Abg. Minder: „Herr Kollege, das ist eine richtig konservative Ansicht! Wenn eine Lehrerin Direktorin werden will und sie wird es nicht, dann nicht, weil sie keine Zeit hat!“)

Nein, dann darf sie keine Kinder haben, dann darf sie keine Familie haben? Das glaube ich nicht! Es gibt genug Singles, das ist keine Frage. Aber sind wir uns doch ganz ehrlich, wenn sie ihre Aufgaben als Frau und Mutter ernst nimmt, dann hat sie wenig Zeit, daß sie groß für sich werben gehen kann. Ich glaube, daß das doch auch zu berücksichtigen sein wird in der Zukunft. Wenn in Hinkunft es nur so sein soll, daß die Eltern entscheiden, dann besteht die Gefahr, daß nur der klasseste Bursch es wird. Sind wir uns ehrlich, die Qualität der Schule soll ja auch nicht darunter leiden, eher sollte die Qualität einer Schule durch die Bestellung eines neuen Leiters besser werden. In Wirk-

lichkeit ist es heute nicht leicht, in einer Hauptschule zu unterrichten. Wir wissen, daß die Lehrer wirklich sehr, sehr belastet sind, und man muß sagen, es ist heute nicht leicht, die Schüler in der Hauptschule zu bändigen. Auch – muß man sagen – ist es nicht leicht für die Lehrer, was ihnen die rot-schwarze Bildungspolitik eingebracht hat. Wenn ich nur hernehme, daß es heute einen Wettkampf um die Kinder unter den Hauptschulen gibt, dann muß man sagen, die Hauptschulen sind heute ein Sorgenkind. Und überhaupt in Graz, wenn man den Schulverbund West hernimmt, vier Hauptschulen, ein BG, ein BRG, ein Schulversuch, ein Projekt der Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Versprochen hat man den Eltern ein Gymnasium für den Westen von Graz, und jetzt im Schulversuch gibt es wieder kein Gymnasium. Das BG Klusemann ist ja keine AHS, keine Mittelschule im herkömmlichen Sinne, sondern eine Gesamtschule. (Abg. Minder: „Eine moderne Schule, wie wir sie uns wünschen!“) Ja, die moderne Schule! Es ist in Wirklichkeit diese Gesamtschule. Interessant ist ja nur, daß sich keine Grazer Mittelschule bereiterklärt hat, diesen Schulversuch durchzuführen (Abg. Minder: „Aber daß wir eine fünfte Klasse gebraucht haben, weil so ein Andrang ist, wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen!“), weil keine der Mittelschulen eine neue Mittelschule sein wollte. Den Eltern der Hauptschulen in Puntigam, Algersdorf, Webling, Mureck wird eingeredet, der Schulversuch ist eine Hauptschule mit der neuen Mittelschule seit 1991. Das Ergebnis, es glaubt niemand daran in den Hauptschulen, daß das wirklich eine neue Mittelschule werden soll. Daher ist die Klusemanngasse derartig überlaufen, daß kein Platz für die in der Nähe wohnenden Schüler ist. Weil diese neue Mittelschule als Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen als Bundesschule den Gemeinden kein Geld kostet und sie kein Schulgeld bezahlen müssen, legen die Gemeinden den Eltern ans Herz, schickt eure Kinder doch in die Klusemanngasse, und damit wird natürlich das Schulgeld für die Hauptschule gespart.

Die Klusemann – wie gesagt – ist hoffnungslos überfordert. (Abg. Minder: „Überfordert ist sie nicht, sondern ausgelastet, Herr Kollege!“) Nach den Teilungszahlen sollten es eigentlich 20 Schüler sein, in Wirklichkeit sind 30 in einer Klasse. An diesem BG Klusemanngasse lehren Hauptschullehrer, und an den Hauptschulen unterrichten Mittelschüler, das ist ja nicht ganz schlecht, aber die Hauptschule Straßgang leidet an Schülermangel, Schülerschwund. Bei den Sprengelregelungen geht es in erster Linie um die Kosten. Jetzt geht natürlich denen der Schüler ab und damit natürlich die Beiträge der Gemeinde.

Ich kann hier nur eines feststellen: Die Schulbehörde hat geschlafen und über Konsequenzen nicht nachgedacht. Ich bin überzeugt, daß das Land und auch die Gemeinden die Kosten nicht übernehmen können, daher wird für Straßgang auch keine Hilfestellung möglich sein. Nebenbei gesagt ist ja in Graz die Schulsituation wirklich nicht gerade rosig. Wie es dort aussieht, wissen ja alle. Ich stelle fest, in dem Sinne hat die ÖVP Beihilfe geleistet zur Einführung der sozialistischen Gesamtschule. Hier ist der Prof. Schilcher der willfährige Gehilfe des Herrn Scholten gewesen.

Meine Damen und Herren, die Schule wird laufend reformiert, und sie ist heute so weit reformiert, daß die gute alte österreichische Schule schon zu Tode reformiert worden ist. Es ist heute soweit, daß die Schule am Boden ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir sind auch schon bald so weit!“) Wenn heute der Kollege Ussar gesagt hat, daß die Schüler Teilungszahlen nicht eingehalten werden, dann muß man sich wirklich fragen, warum ist dann nicht der Bund bereit, mehr Geld auf den Tisch zu legen? Er will nach wie vor 10 Prozent einsparen. Wenn man natürlich zuerst beschließt, die Teilungszahlen herabzusetzen – natürlich aus pädagogischen Gründen –, dann ist das ja noch verständlich, weil das ja wirklich gut ist für unsere Kinder. Es ist auch leicht anzunehmen, daß halt ein Lehrer mehr Zeit für zehn Kinder hat als für 20 oder noch schlechter, wenn es 30 sind.

Jetzt kommt die Einführung der autonomen Schule. Sie ist sicherlich begrüßenswert, was die Freiheiten betrifft, aber es ist natürlich dann ein Problem, wenn es nur mehr eine Verwaltung des Mangels wird. Das ist der Grund, und das ist das Problem, das heute die Schulen drückt. Es ist soweit, daß es eine derartige Verunsicherung der Lehrer gibt, daß sie natürlich schon Petitionen ausgeben. Hier kann ich Ihnen Petitionen zeigen, wo die Lehrer effektiv Befürchtungen haben, daß erstens eine Einschränkung stattfindet, und zweitens, daß natürlich ihr Arbeitsplatz wegrationalisiert werden soll. Es wird natürlich auch klar sein, daß uns das am Herzen liegt, daß unsere Kinder gut ausgebildet sind. Die Frage ist ja nur, wer wird das bezahlen? Die Autonomie der Schule bringt: die Zusammenlegung ist zwar notwendig, die pädagogische Verschlechterung findet statt, und die Verantwortung wird auf den letzten, auf den Schulleiter, abgeschoben. (Abg. Dr. Lopatka: „Diese Seite hast du schon einmal gehabt! Jetzt fahre ich nach Hause!“) Es ist wirklich so, es ist Zeit, daß du heimgehst, denn die Schule ist nicht nur im Umbruch, sondern sie ist auch im Zusammenbruch!

Eines kann ich dazu sagen, wenn man die Schulpolitik und die verpolitisierten Lehrer betrachtet: Man macht in Graz eine große Pädagogik. Vier Tage vor der Eröffnung kann oder will man sich anmelden. Dann wird festgestellt, es ist zu spät, eine Anmeldung wird nicht mehr angenommen – so passiert unserem Vizebürgermeister Weinmeister aus Graz. Die Frau Nationalrat Praxmarer, die ja Schulsprecherin im Nationalrat ist, hat sich rechtzeitig angemeldet, war da und was war: jeder kleine Bürgermeister ist begrüßt worden, nur die Schulsprecherin der Freiheitlichen nicht. Das ist nur ein Bild.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur eines sagen: Nicht nur die Zahlen des Budgets sind abzulehnen, wir lehnen auch die Politik ab, die dahintersteckt! (Beifall bei der FPÖ. – 22.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann.

Abg. Ing. Kaufmann (22.51 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Nachdem ich nicht zu den Lehrgeschädigten gehöre, versuche ich in der Kürze das einzubringen, was der Kollege Chibidziura an Zeit verkonsumiert hat.

Ich habe also heute das Thema landwirtschaftliche Schulbildung und möchte dort anschließen, wo Kollegin Beutl aufgehört hat. Bildung ist Investition für die Zukunft, das gilt für alle Berufsgruppen, auch für die Bauern. Auch wenn wir von 1951 330.000 in der Landwirtschaft Beschäftigten zum Stande 1989/90 90.000 in der Landwirtschaft Beschäftigten abgenommen haben, so haben diese nur mehr 6 Prozent Bauern trotzdem noch 12 Prozent schulpflichtige Kinder, da unsere Bauern im Schnitt 3,3 Kinder je Familie haben und damit weit über dem österreichischen Durchschnitt liegen. Diese Kinderfreundlichkeit in unseren bäuerlichen Familien, die in den übrigen Berufsgruppen vermißt wird, führt dazu, daß ein Abfluß an Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in andere Berufsgruppen stattfindet und daß wir diesem Abfluß von Arbeitskräften durch vermehrte zweiberufliche Ausbildung begegnen wollen, damit jene Arbeitskräfte, die die Landwirtschaft verlassen, nicht in den anderen Berufsständen als Hilfsarbeiter arbeiten müssen.

Betrachten wir die Statistik der Steiermark ein bißchen, dann sehen wir, daß auf 59.000 steirischen Bauernhöfen rund 44.000 Betriebsführer mit rund 60.000 mitarbeitenden Personen arbeiten. Ich habe die Summe gleich immer auf 10.000 gerundet, weil sowieso keiner zuhört – stimmt es, Gennaro? Also rund 108.000 Tätige in der Landwirtschaft. Sieht man den Ausbildungsstand an, dann sind davon 2250 Meister, das sind 3,8 Prozent, 5250 Facharbeiter, das sind 8,8 Prozent, und 13.250 Fachschüler. Insgesamt verfügt die steirische Landwirtschaft über rund 4500 ausgebildete Meister, die teilweise in anderen Berufsgruppen auch arbeiten, aber teilweise auch Doppelmeister sind, zum Beispiel Landwirtschafts- und Obstbaumeister.

Interessant ist, daß Betriebe über 20 Hektar in der schulischen Ausbildung eine 120- bis 130prozentige Bedarfsdeckung haben, daß heißt also, daß pro Betrieb mindestens ein Fachschüler oder Facharbeiter vorhanden ist, meist sind es zwei. Bei jenen Betrieben von 0 bis 5 Hektar sind nur geringe prozentmäßige Sätze an Fachschülern vorhanden, da diese Betriebe meist dem Nebenerwerb nachgehen und damit einen anderen Beruf als Haupterwerb tätigen.

Vergleichen wir das steirische Schulsystem mit dem von Bayern, dann müssen wir zur Freude feststellen, daß bei uns die Schülerzahl in den Landwirtschaftsschulen fast konstant ist, während in Bayern von 320.000 Bauern, das ist genau soviel wie in ganz Österreich, nur rund 600 Fachschüler sind.

Wie schaut es nun bei uns in der Steiermark aus? Wir haben im Jahre 1971 12,22 Prozent aller Pflichtschüler als Hauptschüler gehabt, davon sind 9,5 Prozent in die Fachschule weitergegangen. 1991 waren 15,6 Prozent Hauptschüler, davon sind fast 12 Prozent in die Fachschule weitergegangen. Die Schülerzahlentwicklung war im Anteil an den Hauptschülern also sehr positiv.

Das hat sich auch in den Schülerdirektzahlen ausgewirkt, so daß im Jahre 1992/93 in 98 Klassen 2714 Schüler unterrichtet wurden, das sind fast 28 Schüler im Schnitt pro Klasse, davon waren 766 Haushaltungsschüler, 789 Hauswirtschaftsschüler und 1159 Fach-

schüler. Unsere Schulen sind nicht nur Ausbildungsstätten für Schüler, sie sind auch Kommunikationszentren für die Bevölkerung. Sie sind Weiterbildungsstätten. Und so konnten in 20.000 Kurstagen 15.000 Kursteilnehmer an den landwirtschaftlichen Fachschulen weitergebildet werden, und an übrigen Bildungsveranstaltungen eintägiger Natur nahmen in 41 Schulen über 100.000 Teilnehmer teil.

Nun ein Punkt, der mir ein bißchen aufklärungswürdig erscheint, ist der Dienstpostenplan mit der Besoldung. Es wird allgemein gesagt, daß das landwirtschaftliche Schulwesen nicht das billigste wäre. Ich habe mir also den Dienstpostenplan und den Nachweis angesehen und habe in der Gegenüberstellung gesehen, daß die Sachausgaben an den Landwirtschaftsschulen um 2,4 Prozent gesunken sind, während die Ausgaben für das Personal um 6,1 Prozent gestiegen sind, die Ausgaben für Lehrer im Klartext um 5 Millionen. Die außerordentlichen Aufwendungen waren plus-minus Null in beiden Fällen um 2000 Schilling Differenz. Interessant ist, daß diese 2700 Schüler von 300,5 Dienstposten plus 60 Erzieherdienstposten, die zu 50 Prozent vom Bund besoldet werden, beaufsichtigt werden, und hier wiederum ist ein Novum, daß für 54 Beamte 16,3 Millionen Schilling aufgewendet wurden, das ist im Schnitt 300.000 Schilling je Beamten, der im landwirtschaftlichen Schuldienst tätig ist. Ich habe die Landesschülerheime hergenommen als Vergleich und habe festgestellt, daß 835 Schüler von 155 Dienstposten unterrichtet und erzogen werden, aber daß es in den Landesschülerheimen sehr unterschiedliche Besoldungsschemata geben muß. Denn im Landesschülerheim Graz IV sind 7,5 Posten mit 4,3 Millionen Schilling, das entspricht im Schnitt 600.000 Schilling je Dienstposten zum Beispiel gegenüber Judenburg, das Landesschülerheim V, mit fünf Dienstposten 1,9 Millionen Schilling, da sind im Schnitt 380.000 Schilling je Dienstposten angegeben. Ich frage mich, welche besondere Qualifikation Erzieher an Landesschülerheimen haben, daß sie im Schnitt um mindestens 100.000, im Falle des Landesschülerheimes Graz IV genau das Doppelte pro Beamten kosten gegenüber einem Akademiker, der bei uns an den landwirtschaftlichen Fachschulen als Lehrer unterrichtet. Das wäre nur meine Frage, die ich in den Raum stellen will. Im allgemeinen müssen wir aber feststellen, daß die landwirtschaftliche Schulausbildung Hervorragendes geleistet hat, und ich als Oststeirer darf mit Stolz feststellen, daß es uns auf Grund dieser guten Ausbildung gelungen ist, einen Einkommenszuwachs zu erzielen, der höher war als in anderen Regionen, vielleicht darauf zurückzuführen, daß durch die gute Ausbildung die natürlichen Ressourcen unserer Heimat besser genützt werden konnten. Ich glaube also, und damit möchte ich schon zum Schluß kommen, die beste landwirtschaftliche Ausbildung ist notwendig, wenn wir eine flächendeckende Landwirtschaft erhalten wollen, denn nur mit einer guten Ausbildung können wir unsere Bauern, unsere Betriebsübernehmer eurofit machen und ihnen eine Chance für die Zukunft geben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 23.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz.

Abg. Mag. Erlitz (23.00 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es gibt in Österreich zur Zeit leider keine breit angelegte schulreformatorische Diskussion, so wie sie in den siebziger Jahren oder besser gesagt bis zur Mitte der siebziger Jahre geführt wurde, als das Schulunterrichtsgesetz den innerschulischen Betrieb demokratisierte und die Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten aller am Schulgeschehen beteiligten Gruppen festhielt. Bald danach, Mitte der siebziger Jahre, versiegte dieser Reformeifer, diese Reformeuphorie, als die wirtschaftliche Rezession und gesellschaftspolitische Überlegungen Bildungsanliegen eher in den Hintergrund drängten. Die Öffnung der östlichen Nachbarstaaten, die Internationalisierung vieler Lebensbereiche und vor allem aber die Dynamik der europäischen Integration, mit der eine notwendige Anpassung des berufsbildenden Ausbildungswesens an den europäischen Standard verbunden sein muß, verlangen eine neue Bildungsoffensive, um die steckengebliebene Reform wieder flott zu machen. Länger als die übrigen OECD-Länder hat Österreich an der Struktur festgehalten, die sich einerseits durch einen homogenen, wenig differenzierten postsekundären Bereich auszeichnet, das heißt, wenig differenzierten universitären Bereich auszeichnet, und andererseits, daß die gehobene Berufsausbildung im Sekundarbereich angesiedelt ist und verbleibt. Und der Entschluß, sich von diesem Muster: wenig differenzierter postsekundärer Bereich und Berufsausbildung im Sekundarbereich zu trennen, zu verabschieden, das für zirka zwei Jahrzehnte eine exklusive Besonderheit Österreichs in der entwickelten Welt darstellte, bedeutet für uns eben die Einrichtung von Fachhochschulen. Kollege Ussar hat darauf ja schon verwiesen. Diese Fachhochschulen könnten tatsächlich einen neuen und interessanten Baustein in unserem österreichischen Bildungsgefüge darstellen. Allerdings, das erarbeitete Bundesgesetz, das kein Bundesgesetz über Fachhochschulen ist, sondern über Fachhochschulstudiengänge, und das in der Begutachtungsphase bereits auf heftige Kritik stieß, würde meiner Ansicht nach wahrscheinlich nicht zur Einrichtung von Fachhochschulen führen, die in ihrem Status einem internationalen Vergleich standhalten könnten. Dieses Gesetz, dieses Fachhochschulstudiengangsgesetz, würde wahrscheinlich eher der Entstehung von Mini- und Schmalpurlösungen Vorschub leisten. Durch dieses Gesetz werden weder Ziele noch Aufgaben, noch Rechte der Fachhochschule bestimmt. Weder werden Organisation, innerliche Organisation, Personalqualifikation und Studienstruktur hinreichend beschrieben. Dem Anerkennungsverfahren von Fachhochschulstudiengängen, also genau das hält das Gesetz fest, welche Studiengänge als Fachhochschulen anerkannt werden, verschiedenster privater oder öffentlicher Anbieter, nachdem wir gehört haben, daß sich der Staat als Zahler eher im Hintergrund halten wird, fehlt daher jegliches Bezugs- und Vergleichssystem. Aus der Sicht einer sozialdemokratischen Bildungspolitik ist darüber hinaus zu kritisieren, daß sich durch den eingeschlagenen Weg eines bloßen Fachhochschulanerkennungssystems leider der Staat aus der Verantwortung für eine bundesweit koordinierte Planung und Einrichtung von Fachhochschulen zurückzieht. Und dadurch könnten hochschulpoli-

tische Grundsätze, wie der offene Zugang zu den Studien, die Gebührenfreiheit des Studiums und die Mitbestimmung der Studierenden, in Frage gestellt werden. Das sind Prämissen, glaube ich, auf die wir im Hinblick auf unseren hohen bildungspolitischen Standard wohl nicht verzichten dürfen. Wie hinlänglich bekannt ist, soll sich das Studium der Fachhochschulen auch an der Berufswelt orientieren, das heißt, durchgängig praxisorientiert sein. Und auch da muß man achtgeben, daß das nicht in die falsche Richtung geht. Denn eine zu große Anpassung an die Wirtschaft, an die Wünsche der Wirtschaft, an die kurzlebigen punktuellen Erfordernisse der Wirtschaft könnte zu Problemen hinsichtlich der steigenden Anforderung an die Fähigkeit zur Umstellung auf neue Methoden und Verfahren führen.

Das heißt, aus einem kurzfristigen Vorteil könnten sich mittelfristig Nachteile durch mangelnde Mobilität der Studierenden oder besser gesagt der Absolventen ergeben.

Zugangsvoraussetzung zur Fachhochschule wird in erster Linie sicherlich die Matura sein, aber durch eine längst fällige Reform – es ist auch das schon angeschnitten worden – der Lehrlingsausbildung, des dualen Systems und durch geeignete Vorbereitungsmaßnahmen, also der Fachhochschule vorgelagerte Bildungseinrichtungen, sollte auch dem Facharbeiter der Zugang zur Fachhochschule ermöglicht werden. Dieser mögliche und hoffentlich dann auch realisierte Zugang für Berufstätige wirft sicher auch die Frage auf, ob im Rahmen der Fachhochschule nicht auch Fernlehrphasen oder geblockte Seminare an Abenden, im Sommer oder Ferienzeiten angeboten werden sollten.

Sie sehen, zahlreiche Fragen von hoher Relevanz sind also bisher noch ungelöst geblieben. Ich glaube, man sollte mit den weiteren Verhandlungen über dieses Bundesgesetz zu Fachhochschulstudiengängen so lange abwarten bis der OECD-Bericht letztlich vorliegt – der ja im Frühjahr uns vorgelegt werden sollte – sowie Abwarten bis zur Vorlage eines Fachhochschulgesetzes und eines Fachhochschulentwicklungsplanes.

In der Steiermark sollten wir aber endlich dort anknüpfen, wo im September dieses Jahres wegen politischer Klimaverschlechterungen die Konstituierung eines überparteilichen Vereines zur Gründung einer Fachhochschule in der Steiermark unterbrochen wurde. Ich meine, es wäre im Sinne vieler junger bildungswilliger Menschen, würden einige Herren – der ÖVP muß ich dies sagen – wieder aus dem Schmolliwinkel heraus an den Verhandlungstisch zurückkehren. Denn es zeigt sich halt immer wieder, wie wichtig es ist, geschlossen in Wien aufzutreten, um unsere Vorstellungen durchzubringen, um im Sinne einer ausgewogenen Verteilung postsekundärer Bildungsangebote für die zur Zeit in der Steiermark übereinstimmend festgelegten Standorte – Leoben, Graz-Umgebung mit Frohnleiten – die notwendige Zustimmung des Bundes zu erhalten. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 23.08 Uhr.)

Präsident: Ich habe noch acht Redner. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Frieß.

Abg. Frieß (23.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich spreche jetzt über die, die jetzt zu Hause hoffentlich ihre Nachtruhe halten. Nein, es sind nicht die fehlenden Abgeordneten, es sind unsere Kinder, die ich damit meine.

In dieser Gruppe geht es auch um die vorschulische Erziehung und um die Kinderbetreuungseinrichtungen des Landes Steiermark. Im vorliegenden Budget sind 40 Millionen Schilling mehr vorgesehen für den Personalaufwand der Gemeinden und der Privatkindergärten. Ich hoffe, daß diese zusätzlichen Mittel auch unseren Kindern in diesem Ausmaße zusätzlich zugute kommen. Es geht nämlich um eine qualitätsbezogene, ganzheitliche Umsorgung unserer Kinder.

Wenn wir in der Steiermark es so im Pflichtschulbereich haben, daß auf einen Lehrer elf Kinder kommen, so ist es im Kindergartenbereich noch nicht soweit. Da haben wir noch immer die Zahl 21 Kinder auf eine Kindergärtnerin im Durchschnitt. Erst durch den Einsatz von Helferinnen ist dies überhaupt erst verantwortbar. Die durchschnittliche Gruppengröße beträgt im heurigen Schuljahr 23,2 Kinder. Es gibt aber noch 328 Gruppen, die eine Gruppengröße von 25 bis 31 Kinder aufweisen. An dieser Stelle möchte ich auf die Situation der Kinder insgesamt aufmerksam machen und stelle deutlich fest, einen Freiraum gibt es fast nicht mehr.

Die Überlebensbedingungen haben sich zwar wesentlich verbessert, aber nicht die Lebensqualität für unser Kinder. Viele Lebensbereiche sind nach wie vor sehr kinderfern und sehr kinderfeindlich. Da möchte ich auch ein Bild vor Augen führen: Vom ersten Lebenstag bis zum dritten Lebensjahr verbringen unsere Kinder vorwiegend in einer Wohnung. Wenn wir sagen etwa 70 Quadratmeter, so kann ich sie auf andere Bereiche auch anwenden. Gemeinsam mit der Familie verbringen die Kinder diese Zeit da. Vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr ist es so, daß zumindest sechs Stunden am Tag unsere Kinder mit 23 anderen Kindern im Kindergartengruppenraum verbringen, auch etwa 70 Quadratmeter. In der Schule, vom 6. bis zum 18. Lebensjahr, ist es so, daß unsere Kinder auch zumindest sechs, sieben bis acht Stunden am Tag im Klassenzimmer verbringen, auch etwa 70 Quadratmeter, zusammen mit 25 anderen. Das heißt, das wir dieses Bild sehr deutlich sehen müssen: ein eingeschränkter Lebensraum, außerdem unzureichende Spielplätze, öde Schulhöfe und größte Risiken im Bereich von Straßen und öffentlichen Plätzen.

Der Freiraum ist deutlich kleiner geworden. Möglichkeiten zum freien Spiel gibt es beinahe nicht. Daher darf es uns auch nicht verwundern, daß es einen deutlichen Anstieg von Haltungsschäden, von Aggressionen, von Verhaltensauffälligkeiten gibt. Unsere Gesellschaft, wir müssen das sehr deutlich feststellen, muß eindeutig kinderfreundlicher werden! An dieser Stelle möchte ich die größte steirische kinderfreundliche Initiative des Jahres loben: Es ist Tempo 30 in Graz. Ich glaube, daß es unser Erich Edegger auch so gemeint hat. Nur wissen wir, daß wir mit dem Thema Kind und mit diesem Bereich, mit diesem Argument kinderfreundlich vielleicht nicht so weit gekommen wären. Für viele Personen gilt dieses Argument am wenigsten, aber ich bin überzeugt, daß es für die

Kinder am meisten bringt. Auch andere Initiativen von unserer Landesrätin Klasnic, von unserem Abgeordnetenkollegen Lopatka und vielen anderen Kollegen zeigen sehr deutlich, daß sie dem Wunsch vieler Mütter und Verantwortlicher im Lande entsprechen und unsere Gesellschaft, unsere Umwelt kinderfreundlicher gestalten.

Eine Wertediskussion ist an der Zeit, und nicht nur eine Kostendiskussion. Es geht um die Lebensverhältnisse der Kinder insgesamt. Da schlage ich eine Kinderbefindlichkeitsprüfung für viele Bereiche des Lebens vor, ob es um die Straße geht oder um andere Bereiche. Ich glaube, wir haben in vielen Bereichen gezeigt, daß wir die Ökologie beachten, die Kosten, die ökonomische Seite beachten, aber es ist auch an der Zeit, daß wir die Kinder sehr deutlich beachten und immer bitte fragen, inwieweit denken wir bei verschiedenen Bauvorhaben an unsere Kinder? Ich glaube, in vielen Bereichen wäre das ohne größere Schwierigkeiten auch möglich.

Eine zweite Planungsebene betrifft die direkte Umwelt der Kinder: das alltägliche Leben, die Wohnumwelt, die Familie, die Kultur insgesamt. Eine kinder- und kulturlose Erziehung driftet sehr deutlich ab. Die Kultur – das haben wir heute schon gehört – beginnt in der Familie, aber Tausende Kinder sind von Scheidungen betroffen, sind vom Fehlverhalten von Erwachsenen betroffen. Das muß man auch sehr, sehr deutlich sagen.

Drittens geht es aber um diese speziellen Einrichtungen für Kinder: um Kindergärten, Horte und vieles andere mehr.

Und ich möchte dazu einen alten Grundsatz, den wir in der Schule immer wieder gehört haben, anwenden. Da sagt man: „Kinder sollen in der Schule für das Leben lernen.“ Ich möchte aber feststellen und fordern und bitte Sie auch, das sehr deutlich zu hören, dieses Leben muß für unsere Kinder in der Schule schon möglich sein. Ich fordere auch sehr deutlich, daß dieses Leben in der Schule nicht künstlich sein soll, sondern ein natürliches, kindergerechtes Leben entsprechend auch ermöglicht sein muß. (Abg. Gennaro: „Was sagt der Lehrer dazu?“) Das gilt in allen Bereichen der vorschulischen Erziehung, wie es auch in der Schule gilt. Um 40 Milliarden mehr, und ich glaube, da läßt sich eine wesentlich Qualitätsverbesserung wirklich auch machen. 40 Millionen!

Zur Kindergartenbeihilfe: Wir haben 29 Millionen im Jahre 1991 ausbezahlt. 33 Millionen sind im Budget. Also haben wir noch 4 Millionen für eine möglichst gerechte Verteilung an bedürftige Familien. Ich hoffe, daß wir das auch so durchführen werden mit diesen 4 Millionen Schilling, die nächstes Jahr auch sicherlich noch überbleiben werden. Denn die Hälfte der steirischen Kinder von drei bis sechs Jahren hat oder braucht keinen Kindergartenplatz. Und das teilweise auch aus Kostengründen. Das Recht auf einen Kindergartenplatz, haben wir feststellen müssen, kennt unsere Gesetzgebung nicht. Wir müssen eine große Verfassungsänderung machen. Zum Abschluß, meine Damen und Herren, habe ich eigentlich nur einen Wunsch: Unsere Kinder sollen sich am kommenden Samstag, dem 5. Dezember, weder vor dem Krampus, noch vorm Herrn Gennaro, noch vor einer kinder-

feindlichen Budgetpolitik erschrecken müssen! (Beifall bei der ÖVP. – 23.17 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bleckmann.

Abg. Bleckmann (23.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Wenn ich noch einmal beginnen könnte, ich würde bei der Bildung anfangen“, das sagte einer der Gründer der Montanunion. Schon er hat erkannt, daß die Beziehung zwischen Bildung und Wirtschaft äußerst wichtig ist. Die Bildung ist nämlich der Grundbaustein für eine erfolgreiche Wirtschaft. Aber das gilt genauso andersherum; es ist genauso: ohne gutgehende Wirtschaft ist die Bildung auch nicht möglich, denn dann gibt es kein Geld mehr für die Bildung. Österreich ist endlich aus dem Dornröschenschlaf aufgerissen worden, und es wurde dem Wunsch der Wirtschaft entsprochen, endlich ein Fachhochschulgesetz vorgelegt. Und wenn wir schon beim Dornröschenschlaf sind, ich hoffe, ich muß Sie nicht alle wachküssen, daß Sie mir auch zuhören werden. (Abg. Trampusch: „Bitte bei mir anzufangen!“) Aber unter dem Prinzenegewand der Herren Minister Scholten und Busek verbirgt sich auch sehr oft ein Wolfskostüm, denn Busek sagte am 25. September, und ich zitiere: „Keine Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen an den Universitäten.“ Am 24. November, also zwei Monate später, sagte er: „Studiengebühren sind nicht zu umgehen.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich die Bildungspolitik innerhalb von zwei Monaten so ändert, wie sich die Meinung des Herrn Busek ändert, dann wundert mich nicht mehr, daß die Bildungspolitik bei uns im argen liegt und daß wir im EG-Vergleich langsam an die hinterste Stelle zurückreichen, und nicht – wie der Kollege Ussar gesagt hat –, daß wir so wunderbar und so weit vorne liegen, sondern bei den Universitäten liegen wir wirklich schon im hintersten Bereich! (Abg. Gennaro: „Sie tun sich leichter beim Studieren! Warum studieren Sie in Österreich?“) Wieso? (Abg. Dr. Löpatka: „Sie ist keine Ausländerin!“) Weil ich österreichische Staatsbürgerin bin und ich gerne in Österreich bin. Deshalb freue ich mich auch, daß ich in Österreich studieren kann. (Abg. Gennaro: „Jetzt verstehe ich das!“) Das beruhigt mich, daß Sie mich verstehen, Kollege Gennaro. In Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Skandinavien wurde die Fachhochschule schon seit Jahren erfolgreich eingeführt. Bei uns gibt es schon seit Jahren eine fruchtbare Diskussion, die in diesem Gesetzesentwurf den Höhepunkt erreichte. Ich kann nur hoffen, daß die Diskussion nicht genau so lange und genau so weitergeht wie die Diskussion um die Universitätsreform, wo wir ja schon längere Zeit Entwürfe mit den unterschiedlichsten Farben diskutieren, und ich hoffe nur, daß wir nicht die ganze Farbskala durchmachen müssen in dieser Diskussion.

Doch zurück zu den Fachhochschulen: Wie der Kollege Erlitz schon gesagt hat, dieses Gesetz gibt keinerlei Auskunft über Organisation, über Unterricht, Finanzierung, Personal und Durchlässigkeit zu anderen Systemen. Das führt zu einer großen Verunsicherung unter Studenten und auch unter den Absolventen, die später vielleicht einmal eine Fachhochschule

besuchen wollen. Es soll ja schon spätestens 1993/94 eingerichtet werden. Das einzige, was geregelt wird in der finanziellen Situation, die Fachhochschule soll privatwirtschaftlich organisiert werden. Doch bitte, wer kann es sich leisten, eine solche Fachhochschule einzurichten und zu tragen? Wer zahlt das am Ende? Es werden wieder der Bund, das Land und die Gemeinden sein müssen. Des weiteren gibt es kein Grundkonzept für Lehrpläne oder für Lehrpersonal. Auch hier stellt sich wieder die Frage, wer soll denn unterrichten? Die Lehrer, Dozenten, Assistenten oder Professoren? Es ist völlig leer, und keiner weiß, wie es sich entwickeln soll. Es gibt hier noch weitere Beispiele, der Kollege Erlitz hat auch schon einige aufgezählt, was eben nicht geregelt ist. Doch zwei Dinge sind geregelt, die ich herausgreifen möchte:

Erstens: Laut Paragraph 5 Absatz 2 dieses Entwurfes sollen die Absolventen mit dem akademischen Grad der Fachhochschule, die sie erreichen, direkt in ein Doktoratsstudium auf den Universitäten übergehen. Das ist ja eine völlige Gleichstellung der Fachhochschule und der Universitäten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es das ist, was wir wollen, wenn wir Fachhochschulen einführen, sondern hier soll ein Mittelweg gefunden werden oder eine Zusatzausbildung.

Sicher eine Durchlässigkeit, aber nicht gleich auf die gleiche Höhe ins Doktoratsstudium, sondern von mir aus in den ersten Abschnitt, daß man in den zweiten Abschnitt eines Studiums einsteigen kann. Aber nicht gleich zum Doktoratsstudium. Das geht ja nicht.

Zweitens: Es ist geregelt der Fachhochschulrat. Dieser soll 16 Mitglieder haben mindestens für Frauen, und die Personen sollen pädagogische Fähigkeiten besitzen. Und hier sehen wir wieder die typische Macht- und Vorsorgepolitik der Altparteien. Anstatt klare Richtlinien zu setzen für die Organisation, für die Lehrpläne und für die Erhaltung der Fachhochschulen wird nur geschaut, wieder Posten zu finden, wo man Leute wieder hinsetzen kann, damit sie irgendwo mitreden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, was passiert in der Steiermark? Wie wir schon gehört haben, sollte es zur Gründung des Vereins zur Errichtung von Fachhochschulen kommen. Doch dieser Versuch ist gescheitert. Was in Oberösterreich bereits geschehen ist, daß Expertisen errichtet wurden, daß dieser Verein errichtet wurde, ist nicht geschehen. Nein, der Verein hat sich nur insoweit konstituiert, daß es Mitglieder gibt, aber einen Vorstand konnte man leider noch nicht wählen, weil sich nämlich Rot und Schwarz nicht einig waren, wer denn den Vorsitz übernehmen soll. Und das ist genau das, was wir ankreiden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Aber die Magda macht das!“) Gerne, aber ich glaube nicht, daß mich die Kollegen dann wählen werden. Aber ich würde mich sehr freuen, das übernehmen zu können. Anstatt schnellstens in Wien vorzusprechen, daß wir auch für die Steiermark einen Standort herausverhandeln, ist hier auch vielen das Hemd näher als der Rock, der eigene Vorteil, die eigene Macht wichtiger als das Wohlergehen der Steiermark. Und auch hier, ein Kollege der SPÖ hat vorher gesagt, redet bitte ja nicht über die Standorte, sonst muß jeder von uns wieder herauskommen und für seine eigene Region wieder einen Standort herausfordern. Das ist ja bereits schon von

einem Kollegen passiert. Und das ist genau wieder das. Jeder fordert für seine Region einen Standort, anstatt daß wir klare Richtlinien schaffen für Standorte, klare, objektive Kriterien, dann uns die Standorte anschauen und dann auch den besten Standort suchen. Nein, es fordert jeder Abgeordnete für seine Region einen Standplatz. So wird es leider nicht gehen. Für uns ist die Entpolitisierung der Bildung unabdingbar, denn nur so können wir auch wirklich weiterkommen. Und wir sind nicht gegen die Bildung, sondern wir sind gegen die Parteipolitik, die hier dahinter steht, und deshalb lehnen wir diesen Punkt ab! (Beifall bei der FPÖ. – 23.26 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (23.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Obwohl 50 Prozent aller Schulabgänger im dualen Ausbildungssystem ausgebildet wurden und jeder vierte Abgänger der Berufsschule Unternehmer wurde und wird, ist es erforderlich, die Ausbildungsinhalte in den Berufsschulen zu ändern – „Karriere mit Lehre“. Wenn die Lehre attraktiv sein soll, dann muß auch die Ausbildung in den Berufen attraktiv gestaltet werden.

Wenn wir einen Blick auf die Berufe werfen, die so an oberster Stelle stehen, so finden wir an Stelle eins den Arzt und dann den Richter, danach kommt der Universitätsprofessor, der Architekt, der EDV-Fachmann, der Lehrer und der Industrielle stehen an sechster Stelle gemeinsam, dann kommt der Journalist. Von Praktikern ist überhaupt keine Rede, diese rangieren wahrscheinlich an der untersten Stelle. Dabei ist aber in diesem Zusammenhang eines ganz wichtig hervorzuheben: Bei den Fremdsprachen hapert es in Österreich noch ganz gewaltig, verglichen mit den sonstigen Europäern – ein Drittel dieser beherrschen zumindest eine Fremdsprache. Österreich hat aufgeholt, liegt aber weit hinter Skandinavien und auch den Beneluxländern.

Erfreulicherweise wurde von meinen Vorrednern, Kolleginnen und Kollegen, auf die Fachakademien hingewiesen. Es war ein Anliegen der Wirtschaft, hochqualifizierte Facharbeiter auszubilden, einerseits gut vorbereitete und ausgebildete Unternehmer zu haben, und vor allem auch den Zugang zum Hochschulstudium zu ermöglichen. Die Fachakademie ist eine Hilfe, ist ein Bildungsprojekt als Angebot für Lehrabsolventen. In Österreich sind es bereits rund 1000 Personen, die die Fachakademie besuchen, in der Steiermark derzeit 200. Wir hoffen sehr wohl, daß wir im Interesse der Wirtschaft in der Steiermark etwa an der Fachakademie 500 Studenten in der nächsten Zeit haben werden.

Die Fachhochschulen – hervorgehoben und erwähnt auch in diesem Zusammenhang – gibt es aber derzeit nur in einigen wenigen EG-Ländern, nämlich in der Bundesrepublik, in Frankreich, in England und in den Niederlanden. In der Steiermark wurde ja für diese Fachhochschule sehr viel an Vorarbeit geleistet. Ziel muß natürlich sein, daß die Steiermark als Standort für die Fachhochschulen gilt. Es wurden von der Steiermark neben Vorarbeiten auch viele Kontakte zu Fachhochschulen in Deutschland aufgenommen.

Überraschend ist, daß bei dem Feilen an den Details auf politischer Ebene plötzlich die SP-Schulsprecherin und Vizepräsidentin des Landesschulrates Politiker proporzmäßig in den Gremien verankert wissen will. (Abg. Mag. Erlitz: „Das stimmt nicht!“) Das überrascht mich sehr, weil ja der Erste Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek einmal gemeint hat: „Schulen müßten entpolitisiert werden.“ Meinem Informationsstand zufolge ist es so, daß kurz vor dem Ziel hier eine Handbremse gezogen wurde, die Anstrengungen der Wirtschaft derzeit blockiert erscheinen, und der Karren scheint im Moment zu stecken.

Das Problem scheint aber bei den Fachhochschulen auf einer völlig – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist nicht der Grund! Der Grund ist ganz ein anderer! Es geht aus unserer Sicht darum, daß es eine bestimmte Einflußnahme des öffentlichen Sektors geben soll. Ich habe überhaupt nichts dagegen, daß sich Interessenten beteiligen, aber daß letztendlich eine Fachhochschule, und gerade eine Fachhochschule ähnlich einer Universität, konstruiert sein soll, glaube ich, ist zweckmäßig, weil sonst kriegen wir ja auch keine Leute von den Universitäten weg! Er geht ja nicht, wo er umsonst hinget, wo er mitbestimmt hat und so weiter, von dort weg in die Fachhochschule. Daher glaube ich, daß wir einen bestimmten Einfluß des öffentlichen Sektors auf die Fachhochschule haben müssen. Das ist der ganze Grund. Da geht es um keine politischen Machenschaften!“)

Ich glaube aber, es soll auch nicht daran gedacht sein, daß man von der Universität zur Fachschule wechselt. Dieselbe soll ja auch kein Konkurrenzinstitut zur Universität sein, sondern eine praktische Ausbildung ermöglichen.

(Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es wäre zweckmäßig, wenn die, die wirklich eine reine Berufsausbildung haben wollen und eigentlich den wissenschaftlichen Teil nicht haben wollen, daß die natürlich nicht mehr auf die Universität gehen und sich dort durchmartern, sondern in die Fachhochschulen!“)

Das ist absolut auch die Absicht. Nur bezüglich der Gremien, die politisch zu besetzen sind, scheint ja doch die Vizepräsidentin sich so geäußert zu haben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Kollege Schilcher und ich sind uns über die Frage, wie wir dort weitergehen, längst einig!“) Ich freue mich, das zu hören, daß es diese Einigung gibt! (Abg. Bleckmann: „Aber es geht nichts weiter!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Am 16. Dezember soll es weitergehen! Das habe ich gehört!“) Ohne dem vorgehen zu wollen, was sich jetzt am 16. Dezember ereignet, liegt das Problem der Fachhochschulen sicherlich auch darin, daß wir nicht abschätzen können, welchen Platz der Absolvent einnehmen wird, wie weit er in der Wirtschaft gefragt sein wird. Jedenfalls muß verhindert werden, daß es eine Konkurrenz zwischen den Fachhochschulen und den Universitäten gibt. Es darf auch kein Ersatz für die bewährte Ausbildung an den HTLs sein. Vielleicht ist es aber möglich, einen Weg zu finden durch einen dreijährigen Studienversuch, der aber keinesfalls an den Universitäten stattfinden soll.

Wichtig ist aber, daß die jungen Menschen bereit sind, diese Ausbildungsmöglichkeit zum einen anzunehmen, zum anderen auch, daß die Industrie bereit ist, diese Absolventen von Fachhochschulen auch entsprechend aufzunehmen. Es ist erfreulich, daß es diese Einrichtungen gibt, daß wir uns in Gemeinsamkeit darum bemühen, zumal ja jetzt Universitäten sehr häufig auch Warteräume für Unentschlossene gewesen sind, für die Leute, die die AHS besucht haben, dann nicht wußten, was sie tun sollen, für alle Fälle an die Universität gingen und sagten, vielleicht fällt mir etwas ein, vielleicht kann ich mich entschließen. Wichtig erscheint mir aber in diesem Zusammenhang für diese Einrichtung, daß es Praxiszeiten gibt und daß selbstverständlich Gymnasiasten anders als BHS-Absolventen ihre Praxis absolvieren müssen.

Die Errichtung von Fachhochschulen erscheint uns notwendig, um die internationale Konkurrenzfähigkeit Österreichs auch zu erhalten. Derzeit fehlen in Österreich 23.000 Fachkräfte. Bis zum Jahr 2000 wird es einen Fehlbestand zwischen 4000 bis 5000 an akademisch gebildeten Technikern geben. Die Attraktivität des Hochschultyps Fachhochschule wird immer stärker bekannt. Eine Reihe europäischer Länder beabsichtigen, analoge Hochschulinstitutionen zu gründen.

Die Europäische Integration mobilisiert dieses Bildungssystem. Österreich braucht andere Lehrinhalte an den Berufsschulen – das ist zu unterstreichen –, wir brauchen die Fachakademien, wir brauchen aber auch die Fachhochschulen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 23.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Jeglitsch.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (23.35 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Wir stehen kurz vor der Geisterstunde, und ich habe über das Kapitel Wissenschaft zu reden. Ich hoffe, es sind zufällige Assoziationen.

Ein Blick in das Kapitel Wissenschaft und in die Ansätze zeigt, daß bei der Budgeterstellung Wissenschaft kein Schwerpunkt war. Die 6prozentige Gesamtsteigerung des Budgets kommt in den Ansätzen des Wissenschaftsbudgets nicht zum Tragen, mit zwei kleinen Ausnahmen. Ich möchte sie auch nennen.

Einerseits die Erhöhung bei Joanneum Research, die Basisfinanzierung wurde um 3,3 Prozent angehoben, das ist knapp die Abgeltung der Inflation. Und es gibt auch eine leichte Erhöhung bei den Kosten für das Personal durch die Personalkostensteigerungen. Aber alle anderen wesentlichen Ansätze im Wissenschaftsbudget sind nominell gleichgeblieben, also real leicht gesunken. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Es stimmt, aber nur bedingt! Auch im heurigen Jahr haben wir die Verstärkungsmittel fast ausschließlich in das Wissenschaftsressort gegeben! Es gab eine stärkere Dotierung des Fonds, das wird auch im nächsten Jahr so sein!“) Wenn es die Verstärkung einer Position ist, die ich später noch kommentieren werde, dann bedanke ich mich jetzt schon herzlich, denn Sie wollen an-

klingen lassen, daß diese Position, die noch einmal weiter abgesunken ist, in Form einer Art Nachbedeckung angehoben werden soll. Warum es dann nicht gleich im Budget steht, ist mir nicht ganz einsehlich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Noch einmal: In letzter Konsequenz werden dem Fonds bereits heuer Mittel zugeführt und auch nächstes Jahr über die Budgetierung hinaus!“) Ich habe von der Wissenschaft als Schwerpunkt gesprochen, und ich komme nochmals darauf zurück. Wenn Sie jetzt die Liebenswürdigkeit haben wollten, zuerst das Erfreuliche zu hören. Das Erfreuliche ist zweifelsohne Joanneum Research und dort die knappe Valorisierung der Basisfinanzierung. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, jene Gebiete auszubauen, die bereits sehr erfolgreich angelaufen sind, wie die Umweltverfahrenstechnik, die industrielle Bildverarbeitung, Sensorik und Elektronik; vor allem könnte sich aber damit die Möglichkeit eröffnen, zwei Gebiete neu aufzubauen, nämlich Kunststofftechnik und Medizintechnik. Die beiden Ausschüsse für Wissenschaft und neue Technologien einerseits und Wirtschaft und Arbeitsplatz andererseits haben Anfang Oktober Joanneum Research besucht und mit den Verantwortlichen eine lange Diskussion geführt. Ich glaube, es war beeindruckend, die Anstrengungen zu sehen, die seit dem Jahre 1987 in der Reorganisation durchgeführt worden sind. Von ursprünglich 26 Forschungsbereichen wurden 13 aufgelöst, 9 neu geschaffen, so daß Joanneum Research derzeit über 22 Arbeitsbereiche verfügt. Es ist – glaube ich – auch herauszustellen, daß der Übergang von der Forschungsgesellschaft zur Technologietransferstelle gut gelungen ist, eine ausgezeichnete Orientierung am Markt, erfolgreicher Wissenstransfer von den Universitäten und das ehrliche und erfolgreiche Bemühen einer technologischen Unterstützung der steirischen Wirtschaft im Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Es wurde glaubhaft vermittelt und auch mit Zahlen belegt, daß jeder Schilling der Basisfinanzierung durch Joanneum Research verdreifacht wird.

Nun zu den Ansätzen, die ich erwähnt habe, und ich bitte, Herr Landeshauptmannstellvertreter, nochmals um Ihre Aufmerksamkeit. Es sind die Ansätze für Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung, die nominell gleichgeblieben sind, der Ansatz für Hochtechnologie, der gleichgeblieben ist, der Ansatz für Beiträge zu europäischen Forschungsprogrammen und zur internationalen Wissenschaftskooperation, der ebenfalls gleichgeblieben ist. Ich glaube, ich erzähle Ihnen nichts Neues. Nominell gleichbleiben heißt real leicht sinken. Dabei ist zum Beispiel die Teilnahme an EG-Programmen – es gibt auch Zeitungsmeldungen, wo sich Regierungsmitglieder dazu positiv geäußert haben – nicht nur für die Wissenschaft von hoher Bedeutung, sondern auch für die Industrie, weil sie der Industrie jenen Zugang zu internationalem Wissen schafft, der sonst nicht möglich ist. Und große Forschungs- und Technologieprogramme sind nur mehr arbeitsteilig zu bewältigen, das heißt, in der Kooperation mit solchen Programmen.

Nun jene Position, die Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, angesprochen haben – ich bereite mich normalerweise gut vor –, es ist die Position 289004. Ich habe sie auch beim letzten Mal im April dieses Jahres

kommentiert. Diese Position betrug im Jahr 1990 8,5 Millionen Schilling und ist über 1991 im Voranschlag 10,2, 1992 im Voranschlag 7,5, 1993 im Voranschlag auf 7,28 Millionen zurückgefallen. Ich habe in meinen Redeunterlagen das Stichwort, daß ich annehme und hoffe, daß es eine Nachbedeckung geben wird. Ich bedanke mich, daß Sie schon vorher auf dieses mein Stichwort reagiert haben.

Und nun zur Frage Wissenschaft als Schwerpunkt: Ich habe die Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten sehr genau verfolgt. Und in dieser Budgetrede waren unter anderem drei Punkte, denen ich voll beipflichte. Das Budget wird nur zu bewältigen sein mit gezielten Schwerpunkten. Es wurde gesprochen vom notwendigen Strukturwandel der steirischen Wirtschaft, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, es wurde gesprochen von der Notwendigkeit einer ständigen Kooperation von hoch entwickelter industrieller Erfahrung mit dem neuen Wissen der Universitäten. Ich kann dem nur zustimmen, aber das findet sich nicht in den Ansätzen des Wissenschaftsbudgets, das ist nicht sichtbar geworden. Ich weiß schon, daß jeder seine Bereiche für besonders wichtig hält, das gilt auch für mich. Aber erlauben Sie mir doch den Hinweis, daß jedes Budget gleichsam passive und aktive Bereiche hat. Passive Schwerpunkte, sie liegen meistens im Sozialen, in der Krankenpflege, in der Altersvorsorge und haben unbestritten einen hohen moralischen Stellenwert. Ich pflichte Ihnen auch bei, wenn Sie gesagt haben: „Das sind wir den kranken Menschen schuldig, das sind wir den alten Menschen schuldig.“ Aber das Land Steiermark wird in Zukunft von aktiven Schwerpunkten leben, von Bildung, Ausbildung, von der Wettbewerbsfähigkeit, von Industrie und Wirtschaft und von Forschung und Entwicklung. Das ist meine feste Überzeugung.

Erlauben Sie mir, auch wenn die Zeit fortgeschritten ist, ein paar Sätze zu den Universitäten und zu den Fachhochschulen. Zuerst zu den Universitäten. Ich glaube, man macht einen Fehler, wenn man die Universitäten krankjammert oder schlecht macht. Es gibt eine verlässliche Studie, die OECD-Studie aus dem Jahre 1989 über Wissenschaft und Forschung in Österreich. Die zehn zusammenfassenden Punkte, die dort zu finden sind, sind sehr kritikbelastet. Aber es gibt zwei Punkte, wo Lob ausgesprochen wird. Der eine Punkt ist die objektive Vergabe des Wissenschaftsfonds bei den Forschungsmitteln, der zweite Punkt ist das Niveau der Absolventen der Technischen Universitäten in Österreich.

Nun zu den Fachhochschulen, auch hier einige Anmerkungen. Ich glaube, es ist klarzustellen, daß im Vordergrund für die Fachhochschulen die Nutzung der vielfältigen Begabung des Menschen einerseits steht, und die Bedürfnisse von Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft andererseits. Die Fachhochschulen werden getragen von einer Aufwertung des Erfahrungswissens gegenüber dem theoretischen Wissen, das die Universitäten vermitteln, eine Aufwertung praktischer Fähigkeiten gegenüber rational-kognitiver Dimensionen. Dazu kommt noch, daß der tertiäre Bildungssektor in Österreich nicht sehr stark ausdifferenziert ist. Das hat zur Folge, daß etwa im Jahr 1990 bei den AHS-Maturanten eine Übertrittsquote von 82 Prozent an die Universitäten gegeben

war, für das Jahr 2000 schätzt man 88 Prozent, bei den berufsbildenden Schulen 1990 43 Prozent, für 2000 werden 51 Prozent geschätzt. Und eine Umfrage bei den Maturanten hat ergeben, daß etwa 40 Prozent nicht die Universität besuchen würden, wenn es attraktive andere gleichwertige Bildungsmöglichkeiten gäbe. Die Fachhochschulen sind deswegen zu errichten, und nicht wegen einer Entlastung der Universitäten. Sie werden schon auch zu einer Entlastung der Universitäten führen, aber primär wird damit das Erfahrungswissen aufgewertet und praktische Fähigkeiten. (Abg. Mag. Erlitz: „Schon auch, um das Dropout zu reduzieren!“) Schieben Sie nicht die Fachhochschulen auf ein zweitrangiges Gleis zu den Universitäten, sonst werden Sie die Gleichwertigkeit der Fachhochschule gegenüber den Universitäten schwer erreichen. Und eine Gleichwertigkeit ist notwendig, sie ist nur im Gesetzesentwurf über die Fachhochschulstudiengänge falsch interpretiert, wenn man von gleichwertigen Studiengängen zu Universitäten ausgeht. Die Gleichwertigkeit ist wohl im Sinne der OECD-Studie oder des OECD-Erlasses vom 21. Dezember 1988 zu interpretieren, daß unter universitätsähnlich oder Gleichwertigkeit zu verstehen ist, daß dieses Studium an einer Fachhochschule Merkmale einer Universität zu tragen hat.

Das ist Maturaabschluß, oder maturaähnlicher Abschluß, oder gleichwertiger Abschluß, das ist Freiheit der Lehre, das ist eine gewisse Autonomie, das ist ein gewisses Selbstergänzungsrecht im personellen Bereich und ein akademischer Grad – das ist unter Gleichwertigkeit zu verstehen, und nicht falsch verstandene dekretierte im Gesetzesentwurf.

Auch ich möchte damit diesen Gesetzesentwurf etwas kritisieren, aber in einer differenzierten Form. Der Bund sieht sich finanziell nicht in der Lage, österreichweit – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist das Problem!“) richtig, das ist das Problem – Fachhochschulen zu errichten. Zu den beiden Ministern Scholten und Busek möchte ich in diesem Zusammenhang doch etwas Positives sagen. Bevor es noch fünf oder zehn Jahre dauert, bis die finanzielle Möglichkeit besteht, Fachhochschulen zu errichten, wurde ein Weg gegangen, der auch andere Rechtsträger zuläßt und einem Fachhochschulrat die Überprüfung von Niveau, Evaluierung und finanzieller Bedeckbarkeit überantwortet. Es sind zwar Schwächen im Entwurf, aber ich halte den Weg in der derzeitigen Budgetsituation für nicht falsch. Ich bin zwar bei Ihnen, wenn Sie sagen, Bildung ist eine Staatsaufgabe, aber wenn der Staat bildungspolitische Ziele vorgibt und die Einhaltung und Überprüfbarkeit dieser Ziele entsprechend garantieren kann, dann kann auch ein anderer Rechtsträger ins Auge gefaßt werden. Andere Rechtsträger sind in diesem Fall das Land, die Stadt oder auch Industrie, Wirtschaft, Kammern. Der Bund läßt deutlich erkennen, daß er keine Fachhochschule errichten wird, denn sonst käme er in die unangenehme Situation, ein Fachhochschulorganisationsgesetz mitverabschieden zu müssen. Das ist eine Sache, die er so schnell nicht hebt. Schauen Sie sich das Universitätsorganisationsgesetz an, wie schwer dieses zu reformieren ist.

Für die Steiermark ist wohl folgendes festzustellen: Die Fachhochschuldebatte in der Steiermark und auch

in Österreich kommt mir ein wenig wie die Diagnose vor, daß Österreich noch zu jeder Verspätung zurecht gekommen ist. Das gilt wohl derzeit etwas für die Fachhochschuldebatte. Was gefordert ist, und das in aller Nüchternheit, ist eine Bedarfsanalyse mit der Definition der Ausbildungsgebiete. Es ist ein Trägerverein gefordert, der die finanzielle Bedeckung sichert. Man findet dazu im Budget im außerordentlichen Haushalt unter der Position 220233 eine Erinnerungspost von 1000 Schilling. Na, immerhin etwas! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Gleich wie der Bund!“) Ich weiß schon! Die Erinnerungspost kann sich ja entwickeln, wenn der Wille zur Gemeinsamkeit besteht. Es ist gefordert eine Einbindung der Industrie und Wirtschaft. Wenn Sie die Industrie nicht dafür gewinnen, daß sie praxisorientierte Plätze garantiert und zur Verfügung stellt, daß die Diplomarbeiten in der Industrie durchgeführt werden können, fehlt ein wesentlicher Faktor. Es sind Gründungsprofessoren zu rekrutieren. Wer soll denn einen Studien- und Stundenplan erstellen?

Es sind sicher wesentliche Vorarbeiten durchgeführt worden, auch in der letzten Anfragebeantwortung hat die Frau Landesrätin Klasnic am 13. Oktober dazu Stellung genommen. Aber bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem auf der Regierungsbank, wenn nicht gemeinsame Anstrengungen gesetzt werden, dann können Sie den Herbst 1993 abschreiben. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 23.50 Uhr.)

Präsident: Als letzter Redner der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (23.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon sehr viel gesagt worden. Ich glaube grundsätzlich festhalten zu können, ich freue mich, daß wir ein Bekenntnis abgelegt haben, daß wir stolz sein können auf unser Bildungssystem. Es wurde bereits bekundet, daß es das beste in Europa ist. Aber ich glaube, trotzdem kann man nicht so tun, als wenn es keine Verbesserungen im Bildungswesen geben könnte. Im Gegenteil, wir müssen uns auf die künftigen Anforderungen vorbereiten, dazu zähle ich den gesamten Pflichtschulbereich. Wenn wir wissen, daß man eigentlich die Entscheidungen des späteren Berufsweges in Österreich und generell in sehr frühen Jahren herbeiführen muß, so ist, glaube ich, zu unterstreichen, daß die Einführung der gemeinsamen Schule für zehn- und vierzehnjährige unbedingt erforderlich sein wird. Aber auch im Bereich der Lehrlingsausbildung glaube ich, Kollege Majcen, muß es trotzdem noch einige Verbesserungen und Anstrengungen geben, wenn schon so viel von der dualen Ausbildung gesprochen wurde.

Ich glaube, gerade unser Erstausbildungssystem, wenn man schon an Zukunft und an europäische Richtlinien denkt und sich orientiert, wird ja, wenn wir für unsere Arbeitnehmer die entscheidenden Vorteile der Gemeinschaft, wie Freizügigkeit, freie Wahl des Ausbildungsortes, sicherstellen wollen, auch dahin gehend Aktivitäten verlangen. Den Vergleich des österreichischen Berufsausbildungssystems mit dem System in den zwölf EG-Ländern kann man in der

Form nicht machen, er ist auch nur sehr bedingt möglich. Aber wir wissen, daß verstärkter Einsatz von Computern, Veränderungen von Betriebsstrukturen, Internationalisierung des Handels und die damit erhöhten Anforderungen für Arbeitnehmer alle westlichen Industriestaaten treffen und betroffen sind. Wir verlangen die Beherrschung von Computern, wir verlangen Fremdsprachen, gute Allgemeinbildung sowie Kooperationsfähigkeit von jedem einzelnen Arbeitnehmer, und sie sind auch, glaube ich, in der Zukunft für viele Berufsbereiche nicht verzichtbar. Wenn man die Definition von der Europäischen Gemeinschaft bezüglich Berufsbilder hernimmt, die Konzentration für Berufsfelder, Vereinheitlichung von Prüfungen, Diplomen und vieles andere mehr, so glaube ich, daß wir in Österreich hier der international eingeleiteten Entwicklung ein bißchen nachhinken.

Ich sage das konkret mit einem Beispiel der Metall- und Elektroberufe, wo sich das sehr gut demonstrieren läßt. Da kenne ich mich am besten aus, da spreche ich auch am leichtesten darüber. Wenn wir in Österreich schauen, haben wir noch rund 60 einzelne Berufe in diesem Berufsfeld existieren. In der deutschen Metall- und Elektroindustrie hat man nur mehr 13 Berufe mit 23 verschiedenen Fachrichtungen. Ich glaube, daß dieses Ausbildungsmodell und die Grundausbildung mit Spezialisierungen in bestimmten Fachrichtungen im zweiten beziehungsweise dritten und vierten Ausbildungsjahr neben der qualitativ hochwertigen Erstausbildung auch dann in der weiteren Folge eine größere Mobilität am Arbeitsmarkt mit sich bringt.

Der Kollege Majcen und Kollege Erlitz und viele haben schon über die Fachhochschulen gesprochen. Ich möchte nur einen Satz dazu sagen: Natürlich brauchen wir das! Wir müssen auch dann schauen, daß der Zugang zu den Fachhochschulen ohne bürokratische Hemmnisse möglich sein muß, denn meistens scheitern ja die Dinge an der Bürokratie. Es wird auch selbstverständlich die Frage der Ausweitung des Berufsschulunterrichtes, die Frage der zwischen- und überbetrieblichen Ausbildung sowie die Hineinnahme allgemeinbildender Fächer und die Aufnahme des Fremdsprachenunterrichtes in den Lehrplänen eine entscheidende Rolle spielen. Der hochqualifizierte Facharbeiter wird jedenfalls nur dann nach einer Verbesserung der beruflichen Erstausbildung zur Verfügung stehen. Gleichzeitig – so verlangen wir auch und ist sinnvoll – die Einführung der bezahlten Bildungsfreistellung für die Weiterbildung. Ich glaube, das zu erreichen muß unsere Aufgabe sein.

Konkret, weil es geheißen hat, daß unser Ausbildungssystem so gut ist, ein paar Sätze. Steiermarkbezogen 1991 24.682 Lehrlinge ausgebildet, davon entfielen über 14.000 auf eine Konzentration in nur zehn Lehrberufen, obwohl unsere Lehrberufsliste insgesamt derzeit leider noch 223 – ich habe es selbst nicht geglaubt, aber nachgeschaut – Lehrberufe beinhaltet. Das ist in Widerspruch zum Kollegen Majcen. Ich kann dir nachweisen, daß nach wie vor ein qualitativ starker Unterschied zwischen der industriellen und der gewerblichen beruflichen Ausbildung besteht. Dazu parallel verlaufen, das zeigen ja die Lehrabschlußergebnisse, wenn man das Gewerbe hernimmt, die Durchfallsquoten bis über 46 Prozent, in der Industrie liegen wir unter 10 Prozent.

Ich glaube auch, daß auch die Finanzierung der Lehrlingsausbildung in den Betrieben reformbedürftig ist und daß man das saloppe Argument vom Facharbeitermangel in der Form nicht aufrechterhalten kann, wie es manchmal von der Wirtschaft dargestellt wird. Ich glaube, daß viel mehr die mangelhaften Ausbildungsqualitäten, aber auch teilweise fehlgeleitete Berufswahlen, das muß man auch sagen, dazu führen, daß eben die Nachfrage von Facharbeitern mit dem Angebot von Lehrabsolventen nicht übereinstimmt.

Und zu den Berufsschulen in aller Kürze: Wenn die Frau Landesrat die Forderung von 1,1 Milliarden Schilling für die Landesberufsschulen aufgestellt hat, so sage ich, ist das grundsätzlich zu begrüßen, und wir haben auch im Berufsschulbeirat seit Jahren darauf hingewiesen. Ich möchte es der Fairneß halber sagen, auch sie hat ein Erbe angetreten, und diese Zahlen spiegeln ja eigentlich die Vergangenheit mit sich, daß die Aktivitäten bisher in dem Bereich nicht gesetzt wurden. Ich habe sehr viel Zustimmung, weil tatsächlich die Zustände in den steirischen Berufsschulen katastrophal sind. Dazu stehe ich. Und wir werden uns gemeinsam bemühen müssen, diese Situation zu verbessern. Vielleicht wäre es auch angebracht gewesen, einen runden Tisch für die notwendigen finanziellen Mittel für die Berufsschulinvestitionen zusammenzurufen, als nur über andere Dinge zu reden.

Denn ich glaube, nur gut ausgebildete Facharbeiter sind auch Garanten für die Wirtschaft, daß die Wirtschaft im harten Konkurrenzkampf bestehen kann, und es ist daher auf das positivste zu begrüßen. Ich möchte auch einmal in die Dankeshymne mit einstimmen, wenn der Herr Finanzlandesreferent Ing. Ressel auch diese Altlasten auf sich nimmt und dem Budget mit einer Erhöhung der Mittel heuer für 1993 wieder über 83 Millionen, 1992 waren es 2,8 Millionen Schilling, im 91er Jahr haben wir noch 26 gehabt und ein Jahr vorher magere 10 Millionen Schilling, daß er sie bereitgestellt hat, damit wir hier einen Schritt weiterkommen. Es fehlt sicherlich noch einiges.

Und abschließend, damit ich die Geisterstunde nicht überziehe und damit sich niemand von mir fürchten braucht, Frau Kollegin – ich hoffe ja nicht, daß Sie der Krampus holt –, etwas muß man noch erklären, und das ist für mich unverständlich. Vielleicht werden Sie, Frau Landesrat, hier Aufklärung geben können. (Landesrat Klasnic: „Heute nicht mehr, aber morgen!“) Ja, es wird noch morgen werden, richtig, aber in einer Minute werde ich fertig sein!

Der Kollege Kaufmann hat sich die Zahlen sehr genau angeschaut, und ich habe sie mir auch zu Gemüte geführt. Und jetzt möchte ich nur einmal eine Klarheit haben, wie es möglich ist, daß man für 26.800 Lehrlinge in den gewerblichen Berufsschulen weniger Mittel zur Verfügung hat in der Regel als im landwirtschaftlichen Bereich. Ich will hier niemand ausspielen. Aber wenn ich mir nur alleine den Personalaufwand hernehme, dann frage ich, für die gewerblichen Berufsschulen 35,7 Millionen, jetzt sind es 37,2, für die landwirtschaftlichen Berufsschulen waren es 98,9, und jetzt sind es 103,7. Jetzt kann man sagen, Internat wird dazugerechnet, ein Argument. Bei den Sachausgaben für 26.800 Lehrlinge 61,1 Millionen Schilling und für die landwirtschaftlichen für 2.700 75,9 Millionen. Die Liste läßt sich noch fortsetzen. Ich möchte endlich ein-

mal eine Aufklärung haben, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß man für 2700 Lehrlinge mehr Personal und mehr Kosten hat als für 26.800 gewerbliche. Punkt Zwölf noch nicht, aber ich wünsche gleich einen schönen guten Morgen! (Beifall bei der SPÖ. – 24.00 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zum ersten Teil der Gruppe 2 liegt nicht mehr vor.

Hohes Haus! Unbestätigten Meldungen zufolge sollen die Herren Klubobmänner die Redner zur Gruppe 2 zum Sport, zum zweiten Teil, zurückgezogen haben. Ich habe keine Wortmeldung, und ich sage unbestätigten Meldungen zufolge, zumal weil wir in der letzten Sitzung des Landtages ausführlichst den Sport wie schon lange nicht mehr behandelt haben. Können die Klubobmänner mir das bestätigen?

Abg. Trampusch: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück.

Präsident: Okay!

Abg. Dipl.-Ing. Vesko: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück.

Präsident: Okay! Der Herr Abgeordnete Dr. Maitz bestätigt das nicht. Er ist zum Wort gemeldet.

Abg. Dr. Maitz (0.01 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Es ist eine ganz kurze, klare und einfache Wortmeldung.

Der Präsident der Union Steiermark hat gestern, nachdem es ihm seit dem Sommer nicht gelungen ist, Klarheit zu erzeugen, im Bereich der Landeshauptstadt Graz einen Hilferuf gestartet, den ich zum Anlaß nehme, diesen Hilferuf auch klar und deutlich hief zu deponieren. Vor 32 Jahren haben die Stadtväter der Landeshauptstadt Graz mit den beiden großen Sportverbänden UNION und ASKÖ einen Vertrag geschlossen. Der sah so aus: ASKÖ und UNION errichten auf Grundstücken der Landeshauptstadt Graz große Sportzentren für die Grazer Jugend und Sportler allen Alters. Beide erhalten jeweils die gleichen Beträge, um diese Aufgabe für die Landeshauptstadt Graz in der Zukunft zu führen. Diese Vereinbarungen und dieses Fairplay wurden stets eingehalten, so daß beide Verbände ihre Sportstätten für die Grazer entsprechend erhalten konnten. Nun ist eine zusätzliche Förderung für die Sanierung der einen Sportstätte des ASKÖ in Eggenberg vom für Graz zuständigen Regierungsmitglied, Landeshauptmannstellvertreter Schachner, ermöglicht worden mit dem Bemerkten, daß auch Graz denselben Betrag dazugeben solle. Das ist positiv und in Ordnung. Nicht in Ordnung ist, daß bisher zumindest der UNION, die die gleichen Probleme hat, die die gleichen Aufgaben hat, die den gleichen Anspruch gestellt hat – Ersuchen um Sanierungsgeld –, diese Zusage noch nicht gegeben wurde. Ich bin sicher, daß das noch folgen kann, und ich ersuche im Sinne einer kurzen, klaren und deutlichen Wortmeldung den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter, gemeinsam mit Graz dafür zu sorgen, daß dieses Fairplay auch weiterhin aufrecht bleibt, damit den sportbegei-

sterten Grazern – ob jung oder älter – in beiden Sportstätten künftig ebenso die Anlagen zur Verfügung stehen. Denn – das ist die Wahrheit – es ist nicht möglich, daß die eine Gruppe in zwei Jahren 8 Millionen Schilling bekommt, um ihre Sportstätte zu sanieren, und die andere Gruppe nur eine Million. Wie immer das finanztechnisch läuft, es ist zu ersuchen, daß das wieder in Ordnung kommt. Ich bin sicher, daß das auch gelingen kann, wenn der gute Wille von beiden Seiten da ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 0.04 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 2 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat mir mitgeteilt, daß er auf das Schlußwort verzichtet. Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zum Beschlußantrag der Gruppe 2 des Landesvoranschlags. Ich ersuche die Frau Berichterstatterin, diesen vorzutragen.

Abg. Gross (0.05 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 461/1, folgenden Beschlußantrag beschließen:

Zu Gruppe 2: Bereits im Rahmen der Beratungen über den Landesvoranschlag 1992 hat der Landtag die Steiermärkische Landesregierung einstimmig aufgefordert, daß im Zuge der Erarbeitung des Steiermärkischen Objektivierungsgesetzes die Objektivierung der Aufnahme von Pflichtschullehrerinnen, Pflichtschullehrern und die Objektivierung bei der Bestellung von Direktoren an Pflichtschulen berücksichtigt wird. Da dieser Aufforderung bisher nicht Folge geleistet wurde, wird sie wiederholt.

Antragsteller: Abg. Bleckmann, Kowald, Pußwald, Tilzer, Dr. Wabl.

Ich ersuche um Abstimmung.

Präsident: Die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung erteilen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen, 8.30 Uhr, mit dem Beginn der Gruppe 3. (Unterbrechung der Sitzung um 0.06 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung am 3. Dezember 1992 um 8.36 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (8.36 Uhr): Schönen guten Morgen!

Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, setzt sich aus folgenden Punkten zusammen:

Musik und darstellende Kunst, Einrichtungen der Musikpflege, Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maß-

nahmen zur Förderung der darstellenden Kunst, Schrifttum und Sprache, Förderung von Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Einrichtungen, Museen, sonstige Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Einrichtungen zur Kunstpflege, Maßnahmen zur Kunstpflege, Heimatpflege, Heimatmuseen, Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Rundfunk, Presse und Film, Förderung von Presse und Film, sonstige Kulturpflege, Einrichtungen der Kulturpflege, Maßnahmen der Kulturpflege, Vorbereitung der Landesausstellung 1994 in Pölla „Wallfahrt“, Vorbereitung der Landesausstellung 1995 in Murau „Holzzeit“, Landesausstellung 1993 „Peter Rosegger und seine Zeit“ in Birkfeld, St. Kathrein und Krieglach, kulturelle Projekte und Veranstaltungen, Kultus, kirchliche Angelegenheiten.

Summe der Einnahmen: 22,383.000 Schilling, Summe der Ausgaben: 582,899.900 Schilling. Ich bitte um Annahme der Gruppe 3.

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (8.38 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nach einer kurzen Nacht begeben wir uns in den kulturellen Bereich hinein. Kunst und Kultur gewinnen vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden technischen und sozialen Wandels mit dem Trend zur weiteren Arbeitszeitverkürzung ja zunehmende Bedeutung für unsere Lebensgestaltung und Sinnfindung vieler Menschen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist Kultur kein Luxus, sondern ein notwendiger Lebensbestandteil, ja geradezu Existenzbedingung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. In der Arbeitswelt sind Kreativität, Phantasie, Kommunikationsfähigkeit neben Spezialkenntnissen immer gefragtere Eigenschaften.

Der Kulturarbeit haftet leider immer noch der Ruf des Luxus, des Schönen, aber im Grunde Überflüssigen an, und nicht der praktischen Notwendigkeit. Deshalb entdecken Politiker auch gerne bei Sparüberlegungen als erstes die Kulturausgaben als willkommene Kürzungsmasse. Dem ist wohl entgegenzuhalten, daß Kulturausgaben nach wie vor den Gesamthaushalt nur in geringer Weise belasten. Bitte schön, für 1993 ist für Kultur etwa 1,6 bis 1,7 Prozent des Budgets reserviert. Die Kulturausgaben eignen sich schon aus diesem Grund heraus nicht, sie als Speckpolster für die mageren Jahre heranzuziehen.

Die Dispositionsmasse für die Kulturpolitik des Landes ist äußerst gering. Den Löwenanteil der Kulturausgaben beanspruchen zwangsläufig die großen Institutionen und Veranstaltungen, wie Vereinigte Bühnen, Musikschulen, Museen, „steirischer herbst“, „Styriarte“, Landesausstellungen und so weiter, da sie zum Teil sehr personalintensive Einrichtungen sind. Vor allem die hohen Zuschüsse für die Vereinigten Bühnen, für Theater und Opernhaus wecken immer wieder berechnete oder nicht berechnete Wünsche bei den freien Künstlern und regionalen Kulturinitiativen.

Eine falsch verstandene Trennung in traditionelle und alternative Kulturarbeit führt indes sicherlich nicht weiter. Auch bei knappen Kassen dürfen traditionelle Kultureinrichtungen und freie Gruppen beziehungsweise Initiativen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die steirische Kulturpolitik sollte vielmehr geprägt sein vom Grundsatz der Vielfalt, der Vielgestaltigkeit, aber auch vom Aspekt der Ausgewogenheit zwischen den geförderten Kulturveranstaltungen einerseits in der Stadt Graz, und jenen in den Regionen.

Zur Zeit besteht ein unübersehbares Stadt-Land-Gefälle. Die Budgetzahlen unterstreichen ja dies mit einer wohl schwer zu widerlegenden Deutlichkeit: Zwischen 65 und 70 Prozent des Geldes fließen nach Graz, ohne Altstadterhaltung, ohne Ortsbildpflege.

Dieses Mißverhältnis wird wohl in einem aliquoten Ausmaß, aber auch mit Augenmaß natürlich abgebaut werden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich meine, die Kulturpolitik des Landes sollte von zwei Säulen getragen werden. Mit der einen Säule verbinde ich alle vom Land geförderten, subventionierten, initiierten Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen in der Stadt Graz einschließlich der Vereinigten Bühnen und der Museen. Die andere Säule symbolisiert für mich die notwendige Kunst- und Kulturförderung in der Fläche, in den Regionen.

Keine der beiden Säulen, um auch das klarzustellen, sollte auf Kosten der anderen mächtiger ausgeformt, reichhaltiger verziert werden. Wenn auch die eine vielleicht mehr Last zu tragen hat und aus dieser Notwendigkeit heraus mehr finanzielle Mittel erfordert, darf die andere nicht aus Einsparungsgründen zu einer schmalen, gebrechlichen Stange deformiert werden.

Ich wende mich zuerst der ersten Säule zu, das heißt den eher etablierten, vom Land Steiermark beziehungsweise vom jeweiligen politischen Referenten beeinflussten und vorwiegend in Graz stattfindenden Veranstaltungen, die man unter dem Begriff der „Hohen Kunst“ subsumieren kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, Art und Verfahren der Kulturorganisationen sollten sich vorrangig an den Zielen orientieren, an den Chancen, diese auch zu erreichen. Aus diesem Grunde benötigt meines Erachtens das Land für alle in diese Kategorie einzu-reihenden Veranstaltungen, wie eben „steirischer herbst“, Trigon-Ausstellungen, Steirische Akademie, Akademie Graz, Landesausstellungen, Künstlerhaus und Haus der Architektur, ein modernes, ziel- und ergebnisbetontes Veranstaltungsmanagement, das keine hypertrophe Kulturholding – zu dem Namen habe ich mich einmal hinreißen lassen –, sondern, in Form einer Ges. m. b. H., die es ja bereits gibt, ein Instrument der kreativen Animation, das allerdings mit den nötigen Befugnissen und Finanzmitteln ausgestattet sein sollte.

Nach dem Motto „ein vernünftiges Management braucht Unruhe in den Gedanken und Ruhe in der Umsetzung“ sollte jede dieser aufgezählten Institutionen und Bereiche innerhalb der Ges. m. b. H. eine eigene künstlerische Leitung erhalten beziehungsweise beibehalten. Das Intendantenprinzip und somit

das der künstlerischen Freiheiten – das ist für mich die Unruhe in den Gedanken – ist damit sichergestellt. Ein wesentlicher Grund neben effizientem wirtschaftlichem Management für die Errichtung dieser Ges. m. b. H. liegt in der Zusicherung einer konstanten, langfristigen Finanzierung der einzelnen aufgezählten Bereiche, die wiederum eine effizientere Planung ermöglicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, der ordnungsgemäßen Aufbewahrung und somit Erhaltung und Sicherung kostbarster musealer Kunstschatze und Objekte, die eminente wissenschaftliche und historische Werte repräsentieren, ist wohl ein Vorrang einzuräumen und der Sanierung des Joanneums somit Priorität vor anderen musealen Vorhaben zu geben. Allzu lange Zeit hat man das Landesmuseum Joanneum und alle seine Kunstschatze mit einer derartigen Nachlässigkeit behandelt, daß heute undichte Dächer, herabbröckelnder Putz und feuchte Depots den weiteren Bestand der unschätzbaren Werte aufs ärgste bedrohen. Vier Jahre hat man gebraucht, um einen im Jahre 1988 vom damaligen Landesrat Dr. Christoph Klausner eingebrachten Vorschlag zu beschließen, nämlich den Rundfunk-Fernseh-Schilling für eine bauliche und organisatorische Generalsanierung des Joanneums zu verwenden. Und die jetzt vorgelegten Investitionsbeträge sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen baulichen, organisatorischen und kulturellen Geringschätzung der Erzherzog-Johann-Gründung seitens der Kulturverantwortlichen des Landes Steiermark. Man braucht die Budgets der letzten Jahre nur durchzusehen und sieht, was für dieses Museum bereitgestellt wurde. Und um dem Museum wieder jene Position zuzuteilen, die ihm zusteht, meinen wir auch, ist eine Ausgliederung des Landesmuseums und Eingliederung in eine GesmbH und eine Neustrukturierung der derzeit bestehenden 16 Abteilungen in drei Hauptgruppen – Natur, Kunst und Geschichte – wohl eine unabdingbare Forderung. Das Joanneum benötigt unseres Erachtens mehr Autonomie in personeller und budgetärer Hinsicht, und dies ist nach unserer Auffassung nur durch eine solche Ausgliederung erzielbar.

Meine Damen und Herren! Ein Thema beherrscht seit Jahren und auch in den letzten Tagen die kulturpolitische Debatte in Graz. Die geplante Errichtung eines Trigon-Hauses. Graz hat unter dem Begriff Trigon große Tradition der Präsentation moderner Kunst. Aber es ist der Stadt nie gelungen, ein adäquates Ausstellungsgelände zu schaffen beziehungsweise ein entsprechendes Gebäude hierfür zu errichten. Und Graz hätte dazu gut und gerne 30 Jahre Zeit gehabt!

Die Gesamtkosten des nunmehr geplanten Trigon-Hauses im Pfauengarten werden heute inklusive Tiefgarage und Absiedelung des Gartenbauamtes auf rund 300 Millionen Schilling geschätzt. Und unter diesem Aspekt des nicht gerade große Spielräume aufweisenden Budgets und im Hinblick auf den von allen Abgeordneten, nicht nur gestern, sondern auch am vergangenen Freitag, bei der Finanz-Ausschußsitzung von allen Abgeordneten bekundeten Sparwillens, wie auch die ÖVP: „Bei neuen Forderungen innehalten“, „ÖVP sagt ja zum Sparkurs“ und so weiter, „Es müsse in allen Bereichen gespart werden“, „Man müsse sofort beginnen“, „Unter dem Diktat des Budgets“.

Unter diesem Aspekt des allgemeinen Sparwillens möge die Errichtung des Trigon-Museums zur ausschließlichen Präsentation zeitgenössischer bildender Kunst und auch von Ausstellungen nicht gerade den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Man muß ja auch an die Folgekosten denken, die sich so bei 30 Millionen Schilling belaufen, wie ich höre. Ich sehe auch nicht ein, unter diesen finanziellen Voraussetzungen für jede einzelne Kunst- und Kulturdisziplin ein eigenes Haus in Graz zu errichten. Denn nach dem Trigon-Haus kommt dann ein Haus für die Musik, für die moderne Musik, für die klassische Musik. Und das – bitte – ist nicht bezahlbar, auch die Folgekosten nicht. Aber ich meine, Graz braucht eine Kunst- und Kulturhalle. Man sollte das Trigon-Haus nicht ersatzlos streichen. Aber eine Kunst- und Kulturhalle oder eine Kreativhalle oder wie sie auch immer heißen mag, mit einer vielfachen oder mehrfachen kulturellen Nutzung, um nicht gänzlich den Anschluß an Europa zu verlieren. Und dafür ist aber eine Neukonzeption bezüglich Standort und Funktion von dringender Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren! Als ich im Sommer dieses Jahres in einer Pressekonferenz bemerkte, daß es durchaus legitim sei, die Bedeutung der „Styriarte“ für die steirische Kulturszene zu hinterfragen – ich bin noch immer der Meinung, daß diese Veranstaltung zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht eine verunglückte Imitation der Salzburger Festspiele ist –, erntete ich von einigen Kulturpolitikern und solchen, die meinen, solche zu sein, heftige Kritik. Verbale Rügen – (Abg. Dr. Cortolezis: „Stingl hat gesagt, daß das, was du sagst, ein Blödsinn ist!“) du hast nur den Kopf geschüttelt, nicht einmal kritisiert, dir ist nicht einmal etwas eingefallen dazu. Du hast nur den Kopf geschüttelt. Dir ist gar kein Argument dazu eingefallen. Aber das ist auch ein Defizit der Steiermark. Es gibt nämlich keine kulturpolitische Diskussion in diesem Lande.

Es gibt keine Diskussion, es gibt eigentlich nur rüde, verbale Äußerungen. (Abg. Dr. Maitz: „Vom Abgeordneten Mag. Erlitz!“) Oh nein, vom Herrn Stadtrat Strobl, da gibt es verbale Ohrfeigen oder wie das heißt und dergleichen mehr. Aber es gibt keine gepflegte, durchaus kontroverielle kulturpolitische Diskussion in diesem Lande. Daran leidet das Land. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, Karl, eine andere Meinung ist noch nichts Rüdes!“ – Abg. Dr. Maitz: „Er hat das gesagt!“) Ich habe sie bekommen, die rüden verbalen Antworten. Ich habe sie eingesteckt. Wie auch immer! (Abg. Trampusch: „In der Politik und in der Kunst bedeutet Vielfalt etwas! Das bitte ich hier zu berücksichtigen! Man darf eine andere Meinung haben – das ist Kultur!“) Wie auch immer, das Land leidet an diesem Defizit einer gepflegten kulturellen Diskussion. Jedenfalls ich erntete Kritik. (Abg. Dr. Lopatka: „Für die Vielfalt sind wir schon, aber gegen die Einfalt!“) Ich erntete Kritik mit dem Hinweis, daß es nicht die Aufgabe der Politiker sei, darüber nachzudenken, wie man etwas abschafft. Concedo, ich stimme dem zu. Ich stimme dem zu, es ist nicht Aufgabe des Politikers nachzudenken, wie man etwas abschafft. Aber gleichzeitig, meine Damen und Herren, fordere ich diese Herren auf, nicht nur große Worte gelassen auszuspre-

chen, sondern auch selbst nach diesen Aufforderungen zu handeln, nämlich wenn es darum geht, das Grazer Symphonische Orchester mit dem genialen künstlerischen Leiter Fabio Luisi hier im Lande und in Graz zu behalten. Fabio Luisi hat bis jetzt keinen einzigen Schilling für seine Tätigkeit als künstlerischer Leiter und Dirigent dieses Orchesters ausbezahlt bekommen. (Abg. Dörflinger: „Wurde abgeworben!“) Die haben wir abgeworben, wir sind eingesprungen, die Frohnleitner. Die Musiker haben keine Monatsverträge, sondern pro Dienst sind sie mehr unter- als bezahlt. Wenn nichts geschieht, meine Damen und Herren, demissioniert Fabio Luisi 1993! Und gestern, steht auch hier in der „Kleinen Zeitung“, beim Prof. Walter Neumann, daß es die einmalige Chance sei, verhältnismäßig billig ein so dringend benötigtes zweites professionelles Orchester hier in Graz und in der Steiermark zu installieren. Es besteht Handlungsbedarf.

Luisi hat diesen Klangkörper von amateurhaften Tiefen in professionelle Höhen geführt. Ich konnte mich vor kurzem selbst überzeugen, und mit dieser Konstellation, die ich als historische Chance für Graz und für das Orchester empfinde, könnte das Symphonische Orchester zu einer Grazer beziehungsweise steirischen Institution werden und den kulturellen Ruf unseres Landes festigen. Wir müssen alles tun, um das Symphonische Orchester am Leben zu erhalten. Wir dürfen Fabio Luisi nicht ziehen lassen.

Meine Damen und Herren, die Kulturpolitik der 70er und der frühen 80er Jahre in Österreich war von einem Richtungsstreit geprägt, der in den Medien, der öffentlichen Meinung, bei Künstlern, aber auch in parlamentarischen Ausschüssen sowie in Kunstveranstaltungen starken Widerhall fand.

Im sogenannten kulturpolitischen Maßnahmenkatalog wurde ausdrücklich auf die besondere Bedeutung experimenteller avantgardistischer Kunst, aber auch auf die Notwendigkeit regionaler Kulturförderung hingewiesen. Darin wurde auch explizit dargelegt, daß Kunstförderung auch eine didaktisch-pädagogische Komponente enthalte, um Menschen – vor allem im ländlichen Raum – auf Kunst und Kultur vorzubereiten und sie dorthinzuführen.

Die freien Kulturinitiativen sind österreichweit gesehen zu einem bedeutenden kulturellen Faktor geworden. Sie beleben die kulturelle Szene nicht nur in den Städten, sondern auch am Land, und sie sind ein Garant für die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft, in der gerade jetzt die Arbeit an sinn- und identitätsstiftender Kraft immer mehr verliert. Eine starke Einbeziehung oder eine stärkere Einbeziehung regionaler Kulturinitiativen in die Förderungsmaßnahmen durch das Land ist notwendig geworden.

Für den kulturellen Jahresbetrieb müssen schwerpunktmäßig autonome Kulturzentren eine längerfristig gewährte finanzielle Basisförderung zugesichert bekommen, um ihr Wirken vor Ort und ihre Ausstrahlung über die Regionen hinaus sicherzustellen. Eine von der SPÖ diesbezüglich eingebrachte Resolution wurde leider von den beiden anderen Parteien abgelehnt. Ich bedaure dies.

Regionale Kultur ist zu wichtig, um sie ausschließlich Tourismusmanagern und Brauchtumswaltern zu überlassen.

Die finanziellen Voraussetzungen könnten dazu ab 1995 durch eine zwei- oder dreijährige Frequenz der Landesausstellungen geschaffen werden, zumal die Ausstellungsorganisatoren dieser Landesausstellungen ja ohnehin unter Zeitdruck und damit verbundener Arbeitsüberlastung leiden. Das heißt, eine Qualitätsverbesserung wäre durch eine nicht jedes Jahr gebotene Landesausstellung ein durchaus möglicher Begleiteffekt.

Meine Damen und Herren, parallel zu den Aktivitäten in Graz muß Kulturpolitik auch die Vernetzung der Veranstaltungen im Rahmen des „steirischen herbstes“ mit den regionalen Partnern verstärkt fördern. Dies soll keine bedingungslose Multiplizierung von Aktivitäten bedeuten, wohl aber eine bekennende Akzentuierung von Qualität darstellen.

Der 25. „steirische herbst“ mit dem Thema „Amerika“ hat sicher damit eine neue Facette bekommen, hat auch wieder inhaltliche Signale gesetzt, die auf eine neue Dynamik dieses Festivals der Moderne hoffen läßt.

Ich meine aber auch, daß sie die jeweils vorgegebene Thematik des „herbstes“ nicht beliebig auf Weltthemen oder Allerweltsthemen erweitern läßt. Die von Prof. Koren 1968 festgeschriebene Intention des „steirischen herbstes“ – ich zitiere –, „eine repräsentative Zusammenfassung der künstlerischen und wissenschaftlichen Kräfte des Landes Steiermark zu sein, und dessen internationale Komponente aus der organischen Nachbarschaft erwachse, für die der Name des alten Innerösterreich das Zeichen ist“, sollte doch dem jeweiligen „herbst“-Intendanten verbindlich sein und inhaltliche Richtungen vorgeben.

Meine Damen und Herren, Kultur war in der Vergangenheit ein Vorrecht für einige wenige. Ein sogenanntes Privileg für jene, die über eine entsprechende Vorbildung, über genügend Muße und Geld verfügten, um ihren Geschmack mit Kunst zu verfeinern. Die große Mehrheit stand über Jahrhunderte abseits, war viel zu sehr im Kampf ums tägliche Fortkommen beschäftigt, um produktiv oder gar kritisch an Kultur teilzuhaben. „Kultur für alle“ hieß in den 70er Jahren die Bedingung des deutschen Kulturpolitikers Hilmar Hoffmann für eine demokratische Kultur.

Nur in einer demokratischen Kultur sieht Hoffmann eine Chance, den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern, vor allem angesichts der Entwicklungen, die in immer stärkerem Maße von Technologie, Effizienzdenken, Wirtschaftswachstum und Rationalisierungen geprägt sind.

Kultur soll nicht nur ein Beitrag für die Persönlichkeitsbildung, sondern ein lebensnotwendiges Mittel gegen abstumpfende, geist, und gefühlsfeindliche, menschenverachtende Tendenzen unserer modernen Industriegesellschaft sein. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 9.00 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Hohes Haus! Ich bin sicher, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich dem Kollegen Dr. Maitz zu seinem heutigen 53. Geburtstag alles Gute wünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Bleckmann (9.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Guten Morgen lieber Richard! – Du hast gewünscht, daß ich dich speziell erwähne.

Da Kunst nicht Luxus ist, glaube ich, daß wir uns noch zwei zusätzliche Fragen stellen sollten.

Erstens: Wie bewerten wir Kultur? Bewerten wir Kultur nach den Förderungen, nach den Zahlen, die im Budget stehen, oder bewerten wir Kultur nach den Besucherzahlen in den Ausstellungen, in den Landesausstellungen, in den Museen, oder bewerten wir Kultur nach der Anzahl der Ausstellungen, Galerien und Museen, die ein Land hat?

Die zweite Frage: Was wollen wir überhaupt mit Kultur erreichen? Wollen wir eine große Zahl der Bevölkerung ansprechen oder nur für einen kleinen elitären Kennerkreis Aufführungen und Ausstellungen inszenieren? Oder wollen wir unser eigenes Image verbessern, einerseits das Image der Steiermark oder das Image der Abgeordneten, die für ihre eigene Region etwas unternehmen wollen?

Wie sieht jetzt die Kultur in Graz aus? Wir haben ein etwas altersschwaches Schauspielhaus, wir haben einen kleinen Konzertsaal, die Stefaniensäle, wir haben ein desolates Joanneum, ein sanierungsbedürftiges Schloß Eggenberg, den Reinerhof, das Bad zur Sonne, das verfällt und deshalb geschlossen wird, und eine Radetzkybrücke, die vor dem Zusammenbruch steht. (Abg. Dr. Cortolezis: „Im Bad zur Sonne gibt es nur Freikörperkultur!“ – Abg. Trampusch: „Keine Details!“) Richtig, genau, also auch Kultur!

Was tun wir in Graz? Wir bauen einen Mursteg für die Wanderer, die vom Schloß Eggenberg bis in die Innenstadt wandern wollen. Damit sie über die Brücke vielleicht nicht in das Wasser fallen, wird die Brücke dann im Winter auch noch beheizt. Wir bauen einen Tummelplatz, der nicht einmal mehr Platz für Bäume läßt, und die Stadt Graz fordert ein Trigon für 300 Millionen. Wir haben ja jetzt schon zweijährig die Trigon-Ausstellungen. Jetzt wird noch ein Trigon-Museum gefordert.

Was wollen wir hier eigentlich? Unter einem Museum verstehe ich einen Ort, der auch ständige Ausstellungen und Sammlungen beinhaltet, doch was wird gefordert? Es wird ein Ort gefordert, wo verschiedenste unterschiedliche Ausstellungen hinkommen sollen, die ja immer wieder mehr Geld kosten werden.

Was sagt die Stadt Graz? Großzügigerweise will die Stadt Graz die Kanalanschlußkosten bezahlen. Wie üblich, die Stadt Graz zahlt nur einen kleinen Teil, und den Rest sollen wieder Land und Bund zahlen. Was sagen Sie? Wir wollen eben ein Prestigeprojekt für wirklich nur einige wenige Leute, nur für Ausstellungen.

Ich kann mir nicht vorstellen, wenn wir wirklich für moderne Kunst etwas machen, daß diese moderne Kunst ohne dieses Haus nicht existieren würde. Weil das wären dann wirklich schlechte Künstler, die dann keine Kunst machen könnten und nicht kreativ wären, wenn sie dieses Haus nicht hätten. Wir haben ja schon relativ viele Häuser.

Bezahlt werden soll das ganze aus dem Rundfunk-schilling, aus dem ja auch das Joanneum restauriert

werden soll. Da frage ich Sie, was ist denn wichtiger: diese alten Bauten, die wir schon haben, zu renovieren und wiederherzustellen, oder wollen wir immer wieder etwas Neues herstellen und die alten Dinge verfallen lassen? Es wird immer gesagt, diese 134 Millionen sind ja bereits angespart. Da möchte ich einmal den Herrn Finanzlandesrat fragen, ob er das Geld wirklich angespart hat oder ob es nur fiktiv vorhanden ist, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Finanzlandesrat dieses Geld, diese 134 Millionen, nicht irgendwo anders hineingibt, wo er wirklich das Geld braucht, anstatt irgendwo hohe Zinsen zahlen zu müssen.

Mich würde interessieren, ob das Geld wirklich da ist oder ob er es woanders schon hineingestopft hat, und wenn es dann kommt, dieses Trigon, daß wir dieses Geld dann wieder neu wo herausnehmen müssen. (Landesrat Ing. Ressel: „Wie heißt es so schön: Nie sollst du mich befragen!“) Ich glaube wirklich, daß wir in Zeiten der Budgetkonsolidierung die Prioritäten anders setzen müssen. Kollege Erlitz ist ja auch dieser Meinung. Wir müssen altes Kulturgut zuerst einmal erhalten und renovieren und dann erst etwas Neues planen. Und dieses Neue soll dann auch der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen und auch dieser gesamten Bevölkerung gefallen. Wie sieht es jetzt mit der Kultur im Lande aus? Wir haben seit 1986 jedes Jahr eine Landesausstellung. Exlandesrat Jungwirth und jetziger Verwalter des Kulturreferates hat ja bis 1996 bereits alle Landesausstellungen versprochen, so daß wir überhaupt keine Handlungsmöglichkeit mehr haben. Es gab Landesausstellungen mit sehr klingendem Namen, wie „Brücke und Bollwerk“, „Hexen und Zauberer“, „Lust und Leid“. Damals waren es noch große Erfolge. Aber an Hand der Ausstellung „Sport – Sinn und Wahn“ können wir die Entwicklung ganz deutlich sehen. Es war damals und ist es nach wie vor noch Sport, Orte zu suchen, die einen wirtschaftlichen und touristischen Aufschwung und Anstoß brauchen. Dann wurde nach dem kulturellen Sinn gesucht, und den Wahn sehen wir jetzt bei der Kostenentwicklung. 1993 soll die Ausstellung „Peter Rosegger“ stattfinden. Hier soll diese Ausstellung an vier Orten stattfinden. Vier Orte, die runterneuert werden, und das soll dann 41,3 Millionen nach leichten, leisen Schätzungen kosten. Wenn wir aber die Besucherzahlen betrachten, wurde aus einer Lust an der Ausstellung „Hexen und Zauberer“, wie Sie ja schon vorher gesagt haben, mit 351.800 Besuchern die leidige Zahl von 119.000 im Schloß Trautenfels. Und wie kommt es jetzt, wenn wir schon sehen, daß die Menschen gesättigt sind an diesen Landesausstellungen, sie nicht mehr jedes Jahr haben wollen, weil schon ein zu großes Angebot vorhanden ist, wie kommt es, daß die erste Pause erst 1996 vorgesehen ist? Und wenn wir die alten Budgetreden vom letzten Jahr nur betrachten, sehen wir schon, woher das kommt, denn wir können die wildesten Forderungen lesen von einigen Abgeordneten hier im Haus. Der Abgeordnete Prutsch verlangt die Landesausstellung in Radkersburg, der Abgeordnete Ussar die Landesausstellung in Leoben und die Abgeordnete Frieß dankt für die Ausstellung von „Peter Rosegger“. Hier sehen wir schon, jeder Abgeordnete wieder fordert für seine Region eine Landesausstellung. Wenn wir wirklich für jede Region eine Landesausstellung hätten,

dann kommen wir bis zum Jahre 2050, dann wären wir wunderbar beschäftigt.

Und hier kann man wieder sehen, daß jeder Abgeordnete probiert, nur sein eigenes Image für seine Region zu verbessern. 1996 soll angeblich eine erste Pause stattfinden. Wir werden dann 1996 weiter sprechen, ob es diese Pause wirklich geben wird. Aber anstatt dieses Geld einzusparen, fordern die Kollegen der SPÖ neue Ideen für die Kulturförderung, das heißt, neue Regionalförderung, anstatt das Geld einzusparen. Ich glaube, daß Sie so Ihrem Finanzlandesrat Ressel überhaupt helfen werden, im Budget irgend etwas zu erreichen.

Noch ein paar Worte zu dieser Kulturholding. Man liest es immer aus den Zeitungen, was Sie fordern, aber mit uns hat noch niemand darüber geredet, vielleicht sollten wir einmal darüber reden. Nur, ich frage mich, warum Sie bei einer Wirtschaftsholding, einer Wirtschaftsförderungsholding, wie wir sie uns vorstellen, nicht zustimmen, das aber bei einer Kulturholding sehr wohl fordern. Ist es vielleicht, weil Sie bis jetzt dort noch keinen Einfluß hatten und noch nicht mitreden konnten? Wollen Sie sich jetzt da Ihre eigenen Machtpositionen auch noch sichern?

Ich habe Angst, daß hier wieder nur probiert wird, einen politischen Einfluß in die Kultur hineinzulegen und hineinzubringen. Es gibt zwar schon den politischen Einfluß nur von einer Seite, aber ich glaube, es ist schlecht, wenn man dann probiert, ihn von zwei oder drei Seiten hineinzustopfen. Wir müssen uns gemeinsam überlegen, was wir tun können, damit die Kulturförderung auch in ein ordentliches Konzept gebracht wird. Aber ich verstehe nicht, daß Sie immer erst fordern und fordern, anstatt mit uns vorher zu reden, und vielleicht daß wir gemeinsam etwas ausmachen könnten.

Wir dagegen haben versucht, im Kulturbudget zu sparen und zur Budgetklarheit und Budgetwahrheit beizutragen. Denn wenn wir bei Landesausstellungen einen touristischen oder wirtschaftlichen Aufschwung für eine Region erreichen wollen, müssen wir dieses auch der Wirtschaftsförderung zurechnen und dorthin verlagern, und nicht das Kulturbudget damit belasten. Wenn wir ein Schloß wiederherstellen wollen, müssen wir das auch sagen, und nicht hinter einer Landesausstellung verstecken. Deshalb haben wir unseren Resolutionsantrag eingebracht, den leider alle anderen abgelehnt haben. Und nachdem dieser Versuch von uns aber auf überhaupt keine Resonanz von Ihnen gestoßen ist und auch bei den Landesausstellungen nicht versucht wird, irgendwie einzusparen, müssen wir diese Gruppe ablehnen. (Beifall bei der FPÖ. – 9.09 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (9.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Auch ich sage einen herzlichen guten Morgen und hoffe, daß alle so frisch und munter sind, wie ich es bin. Wir sind es ja gewöhnt, daß wir in der Früh aufstehen. (Abg. Trampusch: „Das ist Morgenkultur!“) Ja! Guten Morgen!

Ich möchte zu Beginn meines Beitrages in der Gruppe 3 trotz der Vorrede meiner Kollegin unserem Landeshauptmann und der gesamten Landesregierung danke sagen. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Gennaro: „Soviel Honig in der Früh!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist wie die Zustimmung zum Budget!“) Danke sagen, daß wir die Landesausstellung 1994 in Pöllau durchführen können und durchführen dürfen. Wir freuen uns, weil wir stolz sind auf Pöllau und weil wir stolz sind auf unser Hartberger Land. Und wir werden die ganze Region in die Werbung für die Landesausstellung miteinbeziehen, wenn mein Antrag angenommen wird, da wir überzeugt sind, daß dieses Geld, das hier ausgegeben wird, auch der gesamten Region und indirekt aber auch der ganzen Steiermark zugute kommen soll. Und ich sage bewußt jetzt noch ein zweites Mal danke schön, wenn es auch so manchem nicht gefällt. Ein Dankeschön dem Herrn Landeshauptmann namens vieler steirischer Dirndl und Buben – wie wir sagen – und namens sehr vieler steirischer Gemeinden, Bürgermeister und Gemeinderäte für den Beitrag des Landes zu unseren Musikschulen. Es ist dies sehr wichtig. (Allgemeiner Beifall.) Ihr könnt ruhig applaudieren, wenn ihr euch traut! (Abg. Gennaro: „Nach soviel Honig wird der Herr Landeshauptmann Sodbrennen bekommen in der Früh!“) Nach dem gestrigen Tag wird er es leicht vertragen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Der Gennaro kennt mich gut!“) Großartige Konzerte von Jugend- und Blaskapellen sowie von den einzelnen Musikgruppen sind der sicherste Beweis dafür, daß diese Steuergelder, die wir in unsere Musikschulen investieren, sicherlich bestens angelegt sind. Durch diese finanzielle Unterstützung des Landes Steiermark und damit eigentlich durch uns alle wird die musikalische Kultur im ländlichen Raum entscheidend gefördert und vor allem, was mir ganz wichtig erscheint, auch für die Zukunft erhalten. Und der dritte Grund meiner Wortmeldung ist, daß ich hinweisen und aufzeigen möchte die großartigen Leistungen der ländlichen Bevölkerung für die Erhaltung der Volkskultur im ländlichen Raum. Was verstehe ich unter Volkskultur, unter Kultur des Volkes? Was ist für mich persönlich Kultur? Für mich persönlich ist Kultur die Summe bewußt gelebter persönlicher Lebensformen und Werte der Menschen in den ländlichen Regionen.

Kultur ist daher auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie man denkt, Kultur ist wie man spricht und Kultur ist wie man miteinander umgeht, Herr Kollege Flecker! (Abg. Dr. Flecker: „Richtig!“) Kultur ist wie man sich anzieht, Kultur ist wie man isst, Kultur ist wie man wohnt, Kultur ist auch wie man die Freizeit – früher haben wir gesagt Feierabend – gestaltet. Kultur ist eben wie man den Lebensraum um sich erhält und pflegt. Kultur ist für mich die Vielfalt der Landschaft genauso wie ein gepflegtes Wegenetz und ein gut gestalteter Färbelungsplan. Kultur ist Lebenshaltung, Kultur ist Menschen und vor allem ist auch Kultur die Orientierung der Werte für das Leben. Kultur ist für mich auch wie man mit den älteren Menschen umgeht, und Kultur ist für mich, wenn der alte Mensch seinen Lebensabend dort verbringen kann, wo er gelebt hat und wo er gearbeitet hat. (Abg. Bleckmann: „Kultur ist die ÖVP!“) Gerade diese Werte sind Gott sei Dank auf dem Lande und im ländlichen Raum

noch erhalten und sind Wertorientierung für die meisten unserer Menschen.

Was meine ich damit, und was will ich sagen? Ich möchte aufzeigen die vielen positiven Leistungen unserer Volksmusikgruppen, der Volksmusikveranstaltungen, die echte, die gelebte Volksmusik, Harmonika, Zither, Hackbrett, und nicht Playback in manchen anderen Veranstaltungen, das ist der Tod der Volksmusik. Ich meine mit Volkskultur die vielen Theateraufführungen von Laienspielgruppen. (Abg. Gennaro: „Den Karl Moik!“) Habe ich nicht erwähnt, aber man kann es sich ja denken! (Abg. Trampusch: „Er wird aber beleidigt sein!“) Das ist sein Problem!

Die vielen Laienspielgruppen, ob von Erwachsenen oder Jugendlichen aufgeführt, ihre Theater sind großartig. Ich denke aber auch in der Volkskultur an die positiven Aufführungen, an die Leistungen der vielen Gesangsvereine, Liederchöre, Singgruppen und so weiter. (Allgemeiner Beifall.)

Besonders positiv im Rahmen dieser Volkskultur im ländlichen Raum möchte ich die Arbeit unserer Jugendgruppen erwähnen, denn die Pflege des Volkstanzes ist eigentlich sehr, sehr wichtig und für die Zukunft notwendig.

Was verstehe ich persönlich als Bauer noch unter gesunder Volkskultur? Die Erhaltung und die Pflege von Wegkreuzen, von Marterln, von kleinen Dorfkapellen, die Erhaltung von alten Bauernhöfen genauso wie von architektonisch wertvollen Geschäftshäusern in Dörfern, Märkten und Städten. Ich verstehe unter Volkskultur die Wiederbelebung der alten Baustile genauso wie die Erhaltung von alten Streuobstanlagen. Gelebtes Brauchtum und mit Blumen geschmückte Häuser und Objekte geben der ländlichen Volkskultur eigentlich erst den Tupfen auf dem I. (Beifall bei der SPÖ.)

Es freut mich, daß ihr so aufmerksam zuhört.

Viele Eigenschaften dieser positiven Volkskultur sind selbstverständlich und passieren nicht auf Grund von Förderungen – auf das möchte ich besonders hinweisen –, sondern passieren auf Grund von Idealismus. Wir werden auch in Zukunft nicht alles dieser Volkskultur fördern können. Wir werden nicht alles bezahlen können, weil das gar nicht immer das Richtige ist. Es muß auch in Zukunft aus Idealismus etwas geschehen. Das möchte ich besonders erwähnen. (Allgemeiner Beifall.)

Warum sage ich das eigentlich? Weil uns die Erhaltung dieser Volkskultur ein gemeinsames Anliegen sein muß. Auf Grund des Applauses glaube ich, daß es wirklich eines ist, weil wir die Leistungen der Menschen in dem ländlichen Raum, insbesondere aber aus der Bauernschaft, offen aufzeigen müssen und nicht hintanstellen dürfen. Es muß eine lebendige Gemeinschaft geben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ein Miteinander von Handel und Bauern, ein Miteinander von Gewerbe und Arbeitnehmern, ein Miteinander aller auf dem Lande lebenden Menschen.

Wenn die bäuerliche Kultur – und unsere Kultur-landwirtschaft ist zum Großteil eine Leistung unserer Bauern – verschwindet, verschwinden auch die Gäste. Unsere ländliche Region kann ohne die gepflegte Landschaft, ohne lebende Volkskultur, ohne gepflegtes Brauchtum nicht existieren. Förderungen für

Freilichtmuseen sind wichtig, mir persönlich ist ein lebendes, ein gut gestaltetes Dorf, in dem noch Menschen wohnen, wesentlich lieber. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Stadt und Land gehören zusammen, sind voneinander abhängig und brauchen einander. Wir haben das gerade in der Rednerfolge eigentlich erlebt.

Ich möchte abschließend Sixtus Lanner zitieren, der sagt: „Wenn das Land nicht mehr atmet, erstickt auch die Stadt.“

Meine geschätzten Damen und Herren, wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für dieses Land. Wir tragen gemeinsam Verantwortung, daß diese ländliche Volkskultur erhalten bleibt und daß das Miteinander von Stadt und Land erhalten bleibt. Ich fordere Sie alle auf, alles dazu beizutragen, daß diese Volkskultur in den ländlichen Regionen auch für die Zukunft und damit für unsere Kinder erhalten bleibt. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.21 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (9.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren der Steiermärkischen Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Kulturpolitik, wie wir sie verstehen, soll die Menschen sowohl zur aktiven Gestaltung ihres eigenen Lebens als auch zur Gestaltung ihrer sozialen Umwelt anregen und befähigen. Das ist ein Grundsatz unserer Kulturpolitik. Ich glaube, daß die Voraussetzung für die Einbeziehung möglichst vieler Menschen in das Kulturleben unbedingt ausgebaut und von uns auch aktiviert werden muß.

Es sind nicht nur die überkommenen und von der öffentlichen Hand organisierten und verwalteten Kulturangebote zu fördern, sondern meiner Ansicht nach auch ganz besonders die unterschiedlichsten Richtungen, und zwar Versuche von Menschen und Gruppen, wie wir sie bei uns immer mehr erleben, ihr kulturelles Betätigungsfeld und ihre künstlerischen Ausdrucksformen durch persönliche Initiativen auch zu erweitern.

Wenn man so wie ich 14 Jahre als Kulturstadtrat einer Stadt tätig war, dann weiß man, welche große Bedeutung die Kulturarbeit für eine Gemeinde, für einen Ort und für eine Stadt hat. Ich glaube, daß Kulturpolitik in unseren Gemeinden im wesentlichen darauf abzielt – und hier bin ich mit dem Kollegen Riebenbauer einer Meinung –, daß sie den Lebensraum der Menschen, in dem sie ganz einfach leben, zu einer Heimstätte machen, in der man sich ganz einfach ausdrückt, wohl fühlt; wohl fühlt in einer Umgebung, in einem Ort, in einer Stadt oder in einer Gemeinde.

Nun ganz kurz zum kulturellen Angebot unserer Stadt, um Ihnen zu zeigen, daß die Bandbreite sich nicht nur auf Großveranstaltungen bezieht, sondern daß hier vielfältigst für die Bevölkerung angeboten wird: das Angebot des Stadttheaters, Sonderausstellungen, Vortrags- und Führungsreihen, Abendführungen im Museum, Literatur im Museum, Vortragsreihe „Eisenstraße“, Autorenlesungen auch junger Autoren, Aufführungen der Musikschulen – ich

kann nur unterstreichen, welche große Bedeutung die Musikschulen in unserem Land haben – und selbstverständlich auch Jugendtheateraufführungen, Kabaretts, Vortragsreihen und vor allem auch Jugendkonzerte.

Wir merken immer mehr, daß sich unter der Jugend ganz einfach Gruppen, Musikgruppen bilden. Hier ist es ganz wichtig, daß wir, wo wir dringend gebraucht werden, unbürokratisch fördern. Diese kommen ganz einfach zu uns und sagen: „Bitte wir brauchen ein Lokal zum Proben, bitte wir brauchen eine Unterstützung“. Hier ist es wichtig, daß wir spontan helfen und sie nicht auf einen großen Ansuchenweg verweisen.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, auch etwas ganz Wichtiges meiner Ansicht nach ist in letzter Zeit auch die Entwicklung auf dem Theatersektor, vor allem die Jugendtheater, Privattheater treten immer mehr in Erscheinung. Und, Herr Landeshauptmann, ich bin froh, daß hier im Budget eine fünffache Erhöhung stattgefunden hat, weil wir immer wieder als örtliche Abgeordnete konfrontiert werden, daß wir gerade diese Initiativen besonders fördern. Ich glaube, daß es einmal auch angebracht ist hier im Hohen Haus, und das haben meine Vorredner bereits auch angedeutet, allen Kulturschaffenden, wo immer sie sind, und das sind nicht die, die die großen Reden halten, die die großen Programme verkünden, das sind diejenigen, die in den Orten, in den Städten unserer Gemeinden, in den Gesangsvereinen, in den Musikkapellen, bei den Kulturinitiativen, in den Vorständen tätig sind und dafür sorgen, daß das Probeklokal geheizt ist, daß ganz einfach ein Lokal zum Proben für Chöre und Musikkapellen da ist. Das sind die Dinge, die also auch draußen in der Kultur eine große Rolle spielen. Ich glaube, wir müssen auch einmal diesen Funktionären hier im Hohen Haus einen herzlichen, aufrichtigen Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Aber selbstverständlich kostet auch Kultur Geld, und ich glaube schon, wenn wir die einzelnen Ansatzpunkte, die die Gemeinden betreffen, ansehen, daß hier ein großer Handlungsbedarf vorhanden ist. Ich habe nur einen Budgetposten gefunden, der wenig erhöht wurde. Im großen und ganzen sind die Budgetposten gleichgeblieben. Und gleichbleibende Budgetposten bedeuten, daß für heuer eine Verminderung für die Gemeindezuschüsse da sein wird.

Und nun, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin auch der Ansicht des Herrn Kollegen Riebenbauer, in den Orten, Gemeinden spielen die Chöre, die Musikkapellen eine ganz große Rolle. In manchen Orten sind sie die einzigen Kulturträger. Aber was in letzter Zeit ganz besonders auch in den Vordergrund tritt und wo wir immer wieder als Abgeordnete angesprochen werden zu fördern, auch die jungen Künstler und die jungen Menschen, die in der Literatur tätig sind. Wenn ich nur allein von denen rede, mit denen ich in letzter Zeit in Kontakt getreten bin, Künstler wie Thanton, wie Tortschak, wie Brandner, wie Egger und andere, die also zu mir kommen und sagen, bitte helfen Sie mir, ich möchte einen Katalog herausgeben, ich möchte eine Ausstellung durchführen. Ich glaube, da

ist es wichtig, daß Mittel unbürokratisch rasch zur Verfügung gestellt werden.

Und auch zum Kollegen Erlitz: Er hat bereits angedeutet, die Verteilung der Mittel in bezug Landeshauptstadt und die übrige Steiermark, der Prozentsatz – glaube ich – muß in nächster Zeit sicher eine Verschiebung erfahren, denn wir haben als Steiermärkischer Landtag die Aufgabe, das kulturelle Leben in der ganzen Steiermark zu fördern. Ich glaube, wir handeln auch hier im Sinne des Erfinders des „steirischen Herbstes“. Wir selber haben noch Hanns Koren erlebt. Wir haben ihn erlebt, seine Initiative war sicher nicht eine zentrale Förderung, sondern er wollte aus diesem „steirischen Herbst“ wirklich einen „Herbst“ machen, der die ganze Steiermark betrifft. Ich glaube, in dieser Hinsicht ist einiges noch offen.

Und nun noch ganz kurz: Ich freue mich selbstverständlich, daß im Budget das Opernhaus, das Schauspielhaus, der Musikverein wieder die entsprechende Dotierung erfahren haben. Ich würde mich aber auch freuen, wenn annähernd auch das Stadttheater Leoben, der Musikverein Leoben und auch selbstverständlich die Kulturinitiativen in dieser Hinsicht gefördert würden. Wenn ich Ihnen sagen darf, daß allein das Stadttheater Leoben, der Herr Landeshauptmann war selber bei der 200-Jahr-Feier da, der Herr Landeshauptmannstellvertreter war mit seiner Gattin im Stadttheater Leoben, sie haben gesehen, welche qualitätsvollen Aufführungen dort stattfinden, daß das nicht nur für die Stadt Leoben, sondern für den obersteirischen Raum eine wichtige Bedeutung hat. Und, sehr geehrte Damen und Herren, 25.000 Schilling sind hier echt zu wenig. Ich bitte hier, im nächsten Jahr einen fixen Budgetansatz für dieses Stadttheater Leoben zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, das ist unbedingt eine Forderung, die anzubringen ist. Das gleiche erbitte ich auch für den Musikverein in Leoben, auch 25.000 Schilling, eine Institution, die junge Künstler fördert. Und mein Kollege Jeglitsch weiß, die Hochschule unter seiner Rektorenschaft hat sich sehr bemüht, das Haus zu öffnen und die Veranstaltungen, die vom Musikverein in der Montanuniversität mit jungen Künstlern stattfinden, bedürfen sicher einer höheren Förderung.

Nun komme ich zum Schluß, die Kollegin Bleckmann hat zu den Landesausstellungen gesprochen. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Stadtgemeinde Leoben hat auch das Ansuchen an die Steiermärkische Landesregierung gerichtet, im Jahre 1997 in Leoben, wo sich zum 200. Mal das historisch bedeutsame Ereignis des Friedensschlusses zwischen Frankreich und Österreich, der als Präliminarfriede von Leoben bekannt geworden ist und die Landkarte Europas wesentlich verändert hat. Das ist ein historisches Datum. Unter anderem bedeutet dieser Vertrag auch das Ende der freien Seerepublik Venedig. Darüber hinaus beginnt 1797 mit dem Eindringen der französischen Armee in die österreichischen Erbländer die eigentliche Epoche der Franzosenzeit, die außer den kriegerischen Ereignissen vor allem wirtschaftliche, politische und kulturelle Folgen haben sollte. Die Stadtgemeinde Leoben beabsichtigt also, zu diesem Zeitpunkt eine Landesausstellung in Leoben durchzuführen. Zuletzt wurde gerade von der Gemeinde im

Jahre 1990 der Ort der Friedensverhandlungen, das Eggenwaldsche Gartenhaus, besonders ausgebaut. Ich darf Ihnen sagen, daß die Räume des Leobner Stadtmuseums unmittelbar neben dem Ausstellungszentrum im Rathaus hier auch die nötige Infrastruktur bieten würden.

Zur Kollegin Bleckmann: Ich habe den Antrag auch genau durchgesehen. Sie meint, daß also Landesausstellungen ausschließlich den kulturellen Aspekt im Auge haben sollen. Ich glaube, es ist kein Fehler, wenn der kulturelle und wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund ist. Ich glaube, hier kann man sich unbedingt auch dazu äußern. Eines möchte ich auch sagen, es ist leichter, als Abgeordneter zu reden, wenn in seinem Ort schon eine Landesausstellung war, als wenn er noch keine gehabt hat. Ich glaube, daß wir hier auch wissenschaftlich das genau fundiert haben, daß Leoben hier entsprechend ein Ort dafür wäre.

Nur ganz kurz noch: Ein Mann aus der Industrie, der bei uns eine Anstellung gefunden hat, hat gesagt: „Ich sage Ihnen etwas, wissen Sie, warum ich in diese Stadt gegangen bin? Nicht nur, weil ich eine gut dotierte Position habe, sondern weil auch ein großes kulturelles Angebot vorhanden ist.“ Und Kultur und Wirtschaft sind ganz einfach nicht zu trennen, das werden mir alle bestätigen, die in unseren Gemeinden tätig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, schon zum Schluß: Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, und die Steiermärkische Landesregierung, wirklich die einzelnen Budgetposten, die die Gemeinden betreffen, noch einmal anzuschauen, dort, wo es notwendig ist, Fixdotierungen durchzuführen und vor allem im nächsten Jahr die Kulturarbeit in der gesamten Steiermark durch eine bessere Dotierung der Gemeinden besonders zu fördern. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 9.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Glössl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Glössl (9.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen!

Gestern habe ich mich zu Wort gemeldet unter der Haushaltsstelle Feuerwehren als Feuerwehrmann. Und wenn ich mich heute zu Wort melde (Abg. Genaro: „Als Schauspieler!“), dann tue ich das nicht nur als begeisterter Sänger und Mitglied einer Sängerrunde, sondern auch als Mitglied der Musikkapelle Röthelstein, sondern auch als Förderer und Gönner des alpenländischen Volks- und Brauchtumes. In einer Zeit, in der sich das ganze Europa in Aufruhr befindet, in einer Zeit, in der sich wahrscheinlich die größte Völkerwanderung seit Menschengedenken abspielt, in einer Zeit, wo massive Grenzmauern entfernt werden und Stacheldrahtzäune verrosten, fällt dem Brauchtum und der Kultur eines Volkes größte Bedeutung zu. Keine Berliner Mauer und kein Grenzbaum in Europa konnten die Völker trennen. Einzig und allein die Sprache, die Kultur, die Tracht, das Lied und die Musik. Es ist, so glaube ich, gerade in der heutigen Zeit von größter Bedeutung und Wichtigkeit, daß ein Staatsbürger seine Heimatsprache, seine Muttersprache, seinen Dialekt nicht verlernt, und genauso wichtig ist es, daß man aus Liebe und Stolz die Tracht seiner Heimatgemeinde, seines Heimat-

landes trägt. Dies gilt genau für den Volksgesang, für die Blasmusik, aber auch für alle Volkstanzgruppen und kulturellen Einrichtungen. Man kann nämlich, wenn ein Volk bei seiner Kultur und seinem Brauchtum bleibt, an der Sprache, an der Tracht, an der Musik erkennen, aus welchem Land, aus welcher Nationalität, ja sogar aus welchen Tälern einzelne Musikgruppen und aus welchen Tälern diese Menschen in ihrer Tracht kommen. Wir brauchen keine Grenzmauern, wir brauchen keinen Stacheldraht im vereinten Europa, um unser Österreich zu markieren. Wir brauchen nur Menschen mit einer stark ausgeprägten Kultur. Wir brauchen nur Menschen mit einer positiven Einstellung zu unserem Brauchtum. Die Mitglieder des Steirischen Blasmusikverbandes, die Mitglieder aller steirischen Musikkapellen zählen zu diesen Menschen genauso wie alle Frauen und Männer des Steirischen Sängerbundes sowie des Arbeitersängerbundes, die Woche für Woche zusammenkommen und in wirklich mühevoller Arbeit und mit sehr primitiven Hilfsmitteln sich Lieder einstudieren, damit sie sie dann irgendwo bei Festen, bei Veranstaltungen vortragen können zum Wohle der Bevölkerung, aber oft zum eigenen Wohle auch, weil man sich als Sänger selbst freut, wenn es harmoniert, wenn es klingt und wenn man verspürt, daß sich Menschen über den Gesang freuen.

Ich könnte mir in meiner kleinen Gemeinde die kirchlichen Festtage überhaupt nicht mehr vorstellen, ohne unseren Chor, ohne unsere Musikkapelle wäre es sicher nicht denkbar.

Daß diese Musikkapellen neben ihren kulturellen und kameradschaftlichen Aufgaben auch eine sehr bedeutende wirtschaftliche Aufgabe erfüllen, wird sehr oft vergessen.

Ich verweise dabei auf die hohen Ausgaben der steirischen Blasmusikkapellen bei der Anschaffung von neuen Instrumenten oder bei den Reparaturen von den alten Instrumenten, bei der Anschaffung von Notenmaterial, vor allem aber bei der Einkleidung ihrer Mitglieder.

Wenn der Haushaltsvoranschlag 1993 für die Förderung der steirischen Blasmusik einen Budgetansatz von 2 Millionen Schilling vorsieht und für die Förderung für den Steirischen Sängerbund 500.000 Schilling sowie für den Arbeitersängerbund 270.000 Schilling, dann sind diese Beträge wohl eine beachtliche Summe, bezogen auf die defizitäre Situation unseres Budgets, jedoch für die Wichtigkeit und für die Bedeutung der steirischen Blasmusik, des Steirischen Sängerbundes, des Steirischen Arbeitersängerbundes ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mir ist schon klar und auch bewußt, daß man in der derzeitigen Situation, bei einem so ausgereizten Budgetentwurf, keine zusätzlichen Forderungen an das Land Steiermark stellen kann.

Ich bin aber überzeugt davon, daß wir uns alle gemeinsam in Zukunft darüber Gedanken machen müssen, wie man die Haushaltsgruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, in Zukunft gerecht verteilt, so daß die Brauchtumspflege speziell im ländlichen Raum, die Beiträge für die Blasmusikkapellen, die Beiträge an den Steirischen Sängerbund, die Beiträge an den Arbeitersängerbund und an die vielen, vielen kleinen Gesangs- und Musikgruppen quer durch die Steier-

mark erhöht werden können. Bei einem Gesamtbudgetansatz in der Gruppe 3 für Kunst, Kultur und Kultus in der Höhe von 582 Millionen Schilling erscheint mir der Förderungsbetrag für Blasmusikkapellen und für die Gesangsvereine von 2,8 Millionen Schilling viel zu niedrig.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Brauchtums- und der Kulturpflege gerade in dieser Zeit, in der wir jetzt leben, ersuche ich alle Mitglieder des Steiermärkischen Landtages, die wichtigen Gedankengänge zu unterstützen, denn ein Volk, das sein Brauchtum und seine Kultur verlernt, verlernt auch den Ablauf in der Natur.

Erlauben Sie mir abschließend, einen so wunderbaren Spruch unseres Heimatdichters Peter Rosegger vorzutragen, der gerade in das Thema so gut hineinpaßt wie kein anderer: „Besseres kann kein Volk verbinden, als ererbten Väterbrauch. Wo des Landes Bräuche sterben, stirbt des Landes Blüte auch!“ Dankel! (Allgemeiner Beifall. – 9.39 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächste ist zum Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Frieß. Ich erteile es ihr. Nach ihr der Kollege Chibidziura.

Abg. Frieß (9.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Argumentation, warum Landesausstellungen und Kulturausstellungen vor Ort in den Regionen, habe ich im vorigen Jahr geführt. Ich wiederhole sie heute für die Frau Abgeordnete Bleckmann nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Warum nicht?“) Im übrigen ist es so, daß wir uns im oberen Feistritztal – von Birkfeld bis nach Krieglach – nicht mehr aus dem Geleis bringen lassen. Da fährt bekanntlich sogar die Feistritzalbahn darüber.

Die Landesausstellung 1993 widmet das Land Steiermark dem Dichter Peter Rosegger. Peter Rosegger wurde in eine Zeit voll Spannungen und revolutionärer Entwicklungen hineingeboren. Sie wurde noch nie in einer Landesausstellung behandelt und ist von größter Bedeutung, weil sie am Beginn unserer Jetztzeit steht.

Als Rosegger geboren wurde, brannte ein Kienspanlicht, an seinem Totenbett leuchtete bereits die Glühbirne. Als Bub ging er zu Fuß nach Birkfeld und nach Krieglach. Als 70jähriger trug er sich schon mit dem Gedanken, seinen Heimatort zu überfliegen. Er erlebte die Grundherrschaft, die Bauernbefreiung, den Niedergang des Bergbauern genauso, die Abschaffung der Zunft und das Entstehen des freien Gewerbes, die Umwandlung der Pfarrschulen in Landesvolksschulen und die Entstehung der breiten Arbeiterschicht, die um soziale und gesellschaftliche Anerkennung kämpfte. Peter Rosegger – wie wir ihn kennen.

Sein Nachlaß ist eine Dampflokomotive, ein Regenschirm, eine TV-Serie und 18.500 Seiten, die uns noch viel mehr zu sagen haben. Er war ein romantischer Schriftsteller und zynischer Journalist. Er war Umweltschützer, aber er mochte auch das Autofahren, wie wir wissen. Er dankte dem Herrn und tadelte die Herren. Er litt an Heimweh und wurde trotzdem in 28 Sprachen übersetzt. Er hatte so viele Seiten, meine Damen und Herren, daß das alles nicht nur für einen

Ausstellungsort reicht. Da brauchen wir mehrere dazu. Viele könnten, das können Sie mir glauben, von ihm lernen. Ich möchte das auch allen Kritikern sehr ans Herz legen.

In Krieglach – da lade ich Sie sehr herzlich ein – wird die Zeit Roseggers ausgestellt, in Birkfeld sein Werk, dazwischen in St. Kathrein am Hauenstein der Glaube insgesamt, in Alpl seine Heimat, wie Sie wissen. Ich glaube, daß viele von uns schon dort waren, aber wir haben den Peter Rosegger vielleicht in eine einseitige Richtung gesehen. Er hat noch sehr, sehr viele interessante Seiten.

Daß sich Peter Rosegger mit Umweltverschmutzung, Verstädterung, sozialen Problemen und Religion befaßt hat, ist vielen auch heute noch unbekannt. Er war ein Vorkämpfer für die Aussöhnung zwischen den Kirchen. Sein Buch „Jakob der Letzte“, in dem er das Bauernsterben beschreibt, wird in der Zukunft auch große Bedeutung haben und eine brennende Aktualität aufweisen.

Generell ist das Bestreben der Ausstellung, den großen steirischen Dichter nicht nur vorzustellen, sondern wirklich wieder in das Gedächtnis zu rufen und in das Gespräch zu bringen. Sein Bild wird von nostalgischen Überlagerungen gesäubert werden müssen, weil wirklich viel mehr dahintersteckt. Die unterschiedlichsten Interessengruppen haben sich eigentlich seiner Werke schon jahrzehntelang bedient, sich sein Gedankengut angeeignet, für ihre Zwecke benützt und teilweise sogar verfremdet.

1993 soll aber der kritische, der offene, der andere Peter Rosegger gezeigt werden, der an allen Problemen seiner Zeit, so wie es auch heute notwendig wäre – das sage ich auch sehr deutlich –, und das hat er nicht nur zuletzt als Journalist im „Heimgarten“ getan, Anteil genommen, und eines muß man auch sehr deutlich sagen, viele Fragen vor seiner Zeit schon beantwortet. Und da würden wir durchaus auch heute solche Propheten brauchen. Die Landesausstellung wird von Univ.-Prof. Dr. Gerold Schöpfer und Dipl.-Ing. Wolfgang Kapfhammer gestaltet in einer vorbildlichen Art und Weise der Zusammenarbeit mit der ansässigen Bevölkerung. Und das möchte ich wirklich sehr hervorstreifen. Es läuft alles im großen und ganzen planmäßig. Ich darf Ihnen heute sogar schon die Prospekte austeilen. Und die 41,3 Millionen, die angesprochen wurden, kommen dem oberen Feistritztal von Anger über Birkfeld, St. Kathrein am Hauenstein bis nach Krieglach zugute. Ich stehe dazu, Kultur und Wirtschaft gehören in die Regionen. Ich möchte auch einige andere Dinge sehr deutlich aufzählen. Die gesamte Bevölkerung steht dahinter. In der Gemeinde Weißenegg zum Beispiel wurde der Drehort, das Schirnerhaus, für die TV-Serie renoviert. In Miesenbach, da lade ich gleichzeitig sehr herzlich auch ein, alle diese Orte zu besuchen, ist eine 37 Meter hohe Aussichtswarte, wo man sehr, sehr weit auch in den osteuropäischen Raum hinein sieht, errichtet worden. In Gasen gibt es eine Fotoausstellung, in Anger, und die würde ich auch sehr vielen ans Herz legen, gibt es eine interessante 14-Nothelfer-Ausstellung. Insgesamt muß man auch sagen, die Tracht wurde ebenfalls erneuert. Auf die Nachhaltigkeit im Bereich Fremdenverkehr wird ein Schwerpunkt gesetzt, weil gerade das obere Feistritztal ein wirklich wunderschöner Ort

ist, wo ich weiß, daß nicht nur die Landesausstellung interessant ist, sondern auch nachher. Die Vorbereitung für die Werbung läuft auf vollen Touren in ganz Europa. Ortsprospekte, Wanderwegführer, Feistritztaführer, kulinarisch und literarisch muß man dazu sagen, liegen bereits auf. Der Veranstaltungskalender ist fast fertig, und sogar die Schüler von Birkfeld gestalten eine Sondermarke. Und da möchte ich den Dank an den Landeshauptmann der Steiermark aussprechen, der diese Landesausstellung wirklich wesentlich gefördert und unterstützt hat, und auch dem Hofrat Dr. Cwienk und seinem Team einen großen Dank sagen, das obere Feistritztal wird sie nicht vergessen. Und zum Schluß, auch lieber Herr Gennaro und Herr Vollmann, lade ich auch Sie sehr herzlich ein, am 7. Mai 1993 ist die Eröffnung. Bitte einschreiben! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.47 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort, nach ihm der Kollege Trampusch.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (9.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mit großer Freude die Ausführungen des Heinz Glössl verfolgt und muß ihm wirklich sagen, die Selbstdarstellung eines Volkes hat er gut getroffen, und die Selbstdarstellung der Steirer sollte auch wirklich dahin gehen, daß jeder sich daran erinnert und auch bemüht ist, seine Tracht und seine Eigenheit zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Das gilt auch für den Dialekt. Der Dialekt ist heute gefährdet. Es gibt schon praktisch keine Menschen mehr in diesem Land, die den Dialekt sprechen. Einige verstehen ihn noch. (Abg. Vollmann: „Dann rede, wie dir der Schnabel gewachsen ist!“) „Lauser du“, das kennen wir schon noch, aber die Jungen, frage einmal die Jungen, wie das ist. In wenigen Jahren wird es vorbei sein. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist ja völlig absurd!“) Euer Wort in Gottes Ohr! Ich mache mir hier etwas Sorgen, und ich hoffe, daß der Dialekt überlebt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Lopatka: „Chibi, du kannst bei Landesrat Pörtl einen Kurs belegen!“) Der Pörtl kann bei mir noch etwas lernen, wenn er will! Das weiß ich nicht, ob du das beurteilen kannst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Mensch lebt nicht nur von Brot allein, die Kultur ist mit ein Ausdruck dessen, was man unter anderem Lebensqualität nennt. Und es gibt natürlich eine ganze Bandbreite der kulturellen Möglichkeiten und Bedürfnisse der Menschen. Wir haben ja schon weite Bereiche davon gehört. Ich möchte mich vielleicht dahin gehend etwas ausdrücken, es gibt natürlich die Musik für das breite Volk, und nicht nur für die Elite. (Abg. Gennaro: „Deshalb heißt sie auch Volksmusik!“) Es gibt auf der einen Seite den Spitzensport, und was man den Breitensport in der Musik nennt, das ist die Blasmusik. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Blasmusik sichert uns einen Großteil der Volkskunst. Und wenn wir heute schon einiges über die Blasmusik gehört haben, so wissen wir, daß es 396 Blasmusikkapellen in diesem Land gibt und einige Spielmanns-

züge dazu. Es gibt 15.233 aktive Blasmusiker, davon sind 12.849 männlich und 2384 weiblich. Unter 24 Jahren sind 6633, davon sind 4615 männlich und 2018 weiblich. Die Mädchen haben Einzug in die Blasmusik gefunden, und es wurde durch Jahre hindurch immer wieder als ungewünscht in den Blasmusikkapellen befunden, daß Mädchen drinnen sind. Heute – Gott sei Dank – sind sie Bestandteil unserer Blasmusik. Wenn wir die Subventionen betrachten – (Abg. Schützenhöfer: „Chibi, weil der Herr Landesrat Schmid neben uns sitzt und so viele Zahlen genannt werden, möchte ich dich fragen: Weißt du, wie viele Kapellen- und Stabsführer es gibt, die selber nicht spielen können?“) du sollst mich nicht immer aufhalten, weil dann muß ich womöglich bezahlen, weil ich zu lange brauche, verstehst du? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und weißt du, Schützenhöfer, wie schwer ein Feuerwehrauto ist?“) So, die Quergespräche möchte ich abstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Finanzierung unserer Blasmusikkapellen ist vielschichtig, die Gemeinden haben im Jahr 1991 13.546.564 Schilling den Blasmusikkapellen zukommen lassen, wobei nicht eingerechnet ist jene Musikerheime, die den Blasmusikkapellen zur Verfügung gestellt werden, und oft zu einem Nennwert von einem Schilling. Das Land Steiermark hat im Jahr 1991 2.168.000 Schilling zur Verfügung gestellt, die Bevölkerung und sonstige haben gespendet 14.390.000 Schilling, und Konzerte und Aufführungen brachten für die Musikkapellen 22 Millionen Schilling, in Summe rund 53 Millionen. Ausgaben – und das ist, glaube ich, sehr interessant und wurde auch schon zum Teil angezogen – für Neuanschaffungen von Instrumenten 11.292.000 Schilling, Reparaturen 6.400.000 Schilling, Noten 2.600.000 Schilling, Trachten – wohlgemerkt – 11.400.000 Schilling, Musikerheime 4.800.000 Schilling, Erhaltungsausgaben für Musikerheime 4 Millionen, für Feste immer wieder Steuern, 1.108.000 Schilling, und AKM, also der Beitrag für Autoren, Musikverleger und Komponisten, 685.000 Schilling.

Eine Summe von 60,8 Millionen Schilling! Ich glaube, hier doch sagen zu dürfen, daß es ein enormer Wirtschaftsfaktor ist, wenn man heute die Blasmusikkapellen hernimmt und sie fast 61 Millionen Schilling als Impulse in die Wirtschaft pumpen. Hier gilt Dank zu sagen den Gemeinden. Hier muß ich auch sagen, daß die Bürgermeister gelernt haben, daß die Blasmusik im Ort wichtig ist. Sie ist der Kulturträger neben den Gesangsvereinen. Aber wie würde die Kultur in einem Markt, in einem Dorf aussehen ohne Blasmusik? Wir wissen, von der Wiege bis zur Bahre wird der Bürger in ländlichen Bereichen von der Blasmusik begleitet. Die kirchlichen Feste werden rund um das Jahr gefeiert. Hier ist allen Obmännern und Funktionären herzlichst Dank zu sagen. Ich danke für den tosenden Applaus! Auf gut steirisch heißt das, jetzt wäre es zu klatschen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß ehrlich sagen, ich könnte mich jetzt auch hinstellen und sagen, ich danke, und ich danke, und ich danke, aber ich weiß genau, daß mein Landesrat das nicht mag, daher habe ich jetzt nicht gesagt: ich danke. (Abg. Dr. Wabl: „Chibi, du bist ja auch schon ein Kulturdenkmal!“) Aber ich muß sagen, was er zusätz-

lich getan hat. Er hat zu seinem Voranschlag im Jahr 1992 3.290.000 Schilling aus seinen Verfügungsmitteln den Blaskapellen zukommen lassen. Das ist ein großer Betrag! (Abg. Schuster: „Das sind alles Steuergelder!“) Richtig! Dafür ist dem Steuerzahler zu danken, daß er bereit ist, das aufzubringen. Das ist gut, und dafür ist auch ein Applaus notwendig. Das ist richtig! (Abg. Schützenhöfer: „Chibi, und aus all diesen Gründen stimmt ihr dagegen!“) Ja, das ist schon richtig! Genau, weil ich das weiß, verstehst du!

Aber ich glaube, einem Mann ist noch Dank zu sagen, dem Oberst Bodingbauer, unserem Landeskapellmeister, der es in den letzten Jahren geschafft hat, die steirische Blasmusik von einer Biermusik in eine Blasmusik mit sinfonischen Ansätzen zu bringen. Die Blasmusik heute spielt ein Walzerl genauso schön und geschmeidig wie modernste Musik mit sinfonischem Anstrich. Ich muß ehrlich noch dazusagen, es ist Gott sei Dank so, daß im ORF auch das wieder erkannt worden ist, daß die Blasmusik gerne gehört wird und daß die Sendungen unter Dr. Ziesel wieder Eingang gefunden haben.

Wir sind froh, daß die Jugend zur Blasmusik steht und immer wieder kommt. Es ist nicht leicht, sie zu motivieren, schließlich und endlich findet der Wettkampf zwischen Fußballverein, Feuerwehr und Blasmusik statt. Eine Beschäftigung in der Blasmusik ist eine Freizeitbeschäftigung mit ausgesprochen gutem Erziehungsfaktor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können auch dankbar sein, daß der Nachwuchs in den Musikschulen ausgebildet wird. Wir haben ja einen Antrag eingebracht, daß die Musik und der Gesangsunterricht der Blasmusikkapellen in den Musikschulen als Ausbildungsstätte gegeben ist und daß es halt steiermarkweit einen Elternbeitrag geben soll, der gleich hoch und zumutbar soll.

Wir wissen noch immer, daß es unterschiedlichste Elternbeiträge gibt. Wir hoffen doch, daß es steiermarkweit möglich sein kann, daß hier diese Elternbeiträge gleichgezogen werden. Es gibt große Leistungen der Musikschulen. Viele, viele junge Leute sind bereit, sich dort zu plagen, um hier etwas für die Musik zu tun.

Über die Sänger wurde schon gesprochen. Museen, jawohl, große Anstrengungen, Joanneum. Gestatten Sie, daß ich ein bißchen überblättere, was nicht unbedingt zweimal gesagt werden muß.

Ja, da gibt es schon noch ein paar Dinge, die zu sagen sind. Unter anderem, daß es eine Pilotschau-sammlung „Natur“ geben soll, eine Besichtigung von Museen durch Europa. Es ist, glaube ich, nicht unbedingt notwendig, daß zehn Beamte aus dem Joanneum hier Untersuchungen in Europa machen müssen. Wenn das schon sein muß, dann soll das einer machen. Hier sollte man das ein bißchen überdenken. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Kollege Chibidziura, Sie sind scheinbar nicht am letzten Stand! Die Herren haben ja bekanntlich dieses Ansuchen selber zurückgezogen. Es ist da eine Falschmeldung in einem Blatt zu lesen gewesen, offenkundig durch eine Indiskretion aus der Regierung. Das ist von den Beamten selber zurückgezogen worden. Es war in Diskussion. Es hat durchaus die Meinung von exzellenten Fachleuten gegeben, die gemeint haben, es wäre sehr sinnvoll, wenn diese sich

miteinander diese Sache anschauen würden. Wir haben das diskutiert. Der Herr Kollege Schachner-Blazizek hat da seine Einwände in der Regierung gehabt. Ich habe mit dem Direktor des Joanneums auch darüber gesprochen, und die Herren haben das von sich aus zurückgezogen. Also das ist nicht der Fall gewesen. Damit da keine Falschmeldungen auch vom Landtag ausgehen!") Ich habe gesagt, daß man das überdenken soll. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist überdacht worden! Man braucht das nicht zur Kenntnis zu nehmen, es wurde zurückgezogen!") Die Frage Trigon ist ja auch behandelt worden. Daß hier eine Nachdenkphase ist, das ist gut.

Eines möchte ich noch sagen. Es gibt im Privatbesitz auch Landeseigentum, nämlich im Schloß Plankenthurm sind Kachelöfen aufgestellt. Es ist halt ein bißchen auch die Frage, ob nicht die Gefahr besteht, wie es bei der Burg Strehau war, daß es, nachdem es gekauft worden ist, abgenommen worden ist vom Denkmalamt, das Okay für einen Umbau gegeben wurde. Dann hat dieser Herr einfach die Türen herausgerissen und neue eingebaut. Wahrscheinlich hat man sie irgendwo anders zu guten Preisen gebraucht.

Ich meine, es ist schon eine Gefahr, daß hier dem Land Schaden entsteht. Es müßte hier wirklich auch die Sicherung dieser Bestände des Landes gegeben sein. Wenn das halt ein bißchen in diese Linie geht, glaube ich, müßte man wirklich einmal das vielleicht sogar vom Rechnungshof überprüfen. Ich glaube summa summarum, daß hier in diesem Land auch von vielen Privaten große Anstrengungen für die Kultur gemacht werden. Wenn man den Katalog der besonderen kulturellen Sehenswürdigkeiten kennt, dann weiß man, daß hier die Privatinitiative sehr groß ist. Dafür ist den Privaten zu danken. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 10.04 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Trampusch, nach ihm der Herr Abgeordnete Tasch.

Abg. Trampusch (10.04 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

In dieses Kapitel fällt auch der Bereich Museen. Und wenn wir heute schon quer durch die Kultur diskutieren, dann darf ich doch auch verlangen, daß wir uns gerade im Zusammenhang mit der eigenen Vergangenheit dessen stärker bewußt werden, daß wir uns an unsere eigene Geschichte erinnern. Ich habe hier dieses Anliegen, das ja nicht das erste Mal vorgebracht wird, daß wir uns auch daran erinnern, daß die steirische Römerstadt Flavia Solva noch immer einer stärkeren Ausgrabung und Betreuung bedarf. Es hat erfreulicherweise gerade in jüngster Zeit hier eine Förderung gegeben, mit der einiges weitergeht, Herr Landeshauptmann. Aber das große Anliegen ist sicher sehr wohl dieser archäologische Verein, in dem also sehr viele sitzen, die Vertreter aller Parteien, aber auch die regionalen Interessierten aus Wirtschaft, Fremdenverkehr und andere, daß es doch in absehbarer Zeit im Zusammenhang mit dem regionalen Museumskonzept Joanneum dazu kommt, daß dort wirklich ein echtes Museum entsteht. Es gibt ja ein Provisorium, und

allein dieses Provisorium zeigt heuer mehr als 2000 Besucher, obwohl gar nicht viel geworben werden konnte. Es ist nicht nur aus historischer Sicht sehr interessant, sondern es würde auch aus der Sicht des Fremdenverkehrs einiges bringen, wenn man sich der Sache annimmt. Ich würde hier wirklich bitten, das gemeinsam zu verfolgen und dort, wo wir Einfluß haben, im Landesmuseum Joanneum selbst dafür einzutreten.

Erlauben Sie mir auch die Bemerkung, ich gebe heute noch immer den Markomannen die Schuld, daß sie so 402 nach Christi diese seinerzeitige Hauptstadt der römischen Provinz Noricum, heute Steiermark und etwas drüber hinaus, zerstört haben. Denn wenn das nicht der Fall gewesen wäre, würden wir unsere Budgetberatungen in der Südsteiermark durchführen, und wir hätten wahrscheinlich auch viel mehr Parkplätze für Abgeordnete. Das möchte ich auch noch dazusagen.

Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, nachdem der Kollege Chibidziura so einen Streifzug – ich würde fast sagen multikulturell – quer durch vieles gemacht hat, erlauben Sie mir doch auch eine Bemerkung dazu. Die Blasmusik ist sehr, sehr wichtig, und wir bekennen uns dazu. Aber sie ist natürlich nicht die Kunst schlechthin allein, das ist sehr viel mehr. Erlauben Sie auch eine sehr persönliche Bemerkung. Kunst soll etwas vermitteln, soll Empfindungen wachrufen zwischen dem, der sozusagen produziert, und dem, der Kunst konsumiert, hätte ich fast gesagt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Franzi, Kunst ist etwas Sinnliches!") Ja, aber darf ich wirklich meine Bemerkung machen. Ich behaupte: „Du sollst nur schreiben, wenn du das so kannst, daß die Menschen dich verstehen. Du sollst nur malen, wenn es dir gelingt, deine Botschaft sichtbar zu machen. Und du sollst auch nur reden, wenn die Menschen dich verstehen.“ Das gilt aber nicht nur für Künstler, sondern auch für Politiker. „Und kannst du dies alles nicht, dann bist du ein Scharlatan. Ein Scharlatan deshalb, weil du mit der Eitelkeit anderer rechnest, nämlich die nicht zugeben wollen, daß sie dich nicht verstehen und begreifen und so tun, als ob und wie und außerdem.“ Und ich sage, es geht um Inhalte, und nicht um Aktionismus. Das ist die Frage – die Antwort muß jeder für sich selbst suchen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster Redner der Herr Kollege Tasch. Nach ihm der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Tasch (10.08 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zuerst muß ich einmal ein bißchen etwas sagen zum Kollegen Chibi, und zwar zum Dialekt. Wenn der Herr Klubobmann Vesko ganz nach dem Dialekt reden würde, würde ihn der Schmid noch weniger verstehen als sonst. Das wäre sicherlich schwer. Darum warst auch längere Zeit im Ausland, und durch das kannst das Hochdeutsch auch. (Beifall bei der ÖVP.)

Das wollte ich dir nur sagen, Chibi, weil du dich aufgeregt hast wegen dem Vesko, oder hast alle anderen auch gemeint? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du sollst ein bißchen mehr nach der Mundart reden!") Ach so, mich auch! Du, die Ennstaler haben eine eigene

Sprache immer gehabt, gerade heraus, offen und ehrlich, das versteht ihr oft schlecht! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind die Landesausstellungen angeschnitten worden, und zwar haben die Freiheitlichen, meine Freunde, einen Antrag eingebracht, einen Resolutionsantrag, „Kultur darf nichts mit Wirtschaft und Tourismus zu tun haben“. (Abg. Bleckmann: „Du hast mich falsch verstanden!“) Ich habe dich schon verstanden! Es soll aus anderen Gruppen finanziert werden, ich habe dich schon verstanden. Nur, ich habe euch voriges Jahr bereits gesagt, ich würde euch auf dem Sektor gerne Nachhilfestunden erteilen, aber ihr braucht hier so lange, bis ihr es versteht, und so lange habe ich nicht Zeit. Das ist meine große Schwierigkeit! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du mußt einem jeden sagen, daß du der Gescheiteste bist!“) Lieber Chibi, ich habe vorher gerade mit deinem Landesrat geredet. Er hat gesagt, es ist ein Krampf, eigentlich ist es in der eigenen Fraktion auch so, daß sie dich nicht gerne reden hören, aber du willst halt alleweil! Aber es gibt solche und solche.

Ich möchte zur Landesausstellung eines sagen, Herr Landeshauptmann: Ich darf einen herzlichen Dank unseren Kulturleuten in der Steiermark sagen – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ich kann nicht mehr länger zuhören!“) Ich bin eigentlich wirklich froh, daß der Vesko aufsteht. (Abg. Trampusch: „Kulturerhebung!“)

Der Landesrat Erich Tschernitz ist ja auch einer gewesen, der sich sehr bemüht hat mit den Abgeordneten Kanduth, Kröll, daß die Landesausstellung in Trautenfels stattgefunden hat. Ich muß sagen, wir sind alle, die ganze Region, ausgesprochen stolz darauf. Nicht Quantität, sondern Qualität ist sicher das, auf das wir mehr Wert legen müssen. Und Qualität hat die Landesausstellung in Trautenfels besonders ausgestrahlt. Auf dem Sektor möchte ich auch dem Hofrat Cwienk mit seinen Mitarbeitern danken, weil alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, „Lust und Leid, barocke Kunst und Alltag“, waren hellauf begeistert von dieser Landesausstellung. Natürlich, Kollegin Bleckmann, wenn man sich mit dem Thema nicht beschäftigt, dann versteht man es nicht. (Abg. Bleckmann: „Warum sind so wenige Leute gekommen?“) Es ist ja klar, man muß sich da schon ein bißchen hineinlesen, daß man ein bißchen eine Ahnung davon bekommt.

Ich habe es schon gesagt, Qualität ist für mich immer entscheidend, und nicht Quantität. Und ich muß euch sagen, solche Landesausstellungen sind nicht nur für eine Gemeinde oder für ein Schloß ganz entscheidend. Ich muß auch eines sagen, dieses Schloß Trautenfels war eine Wehrburg, ein Talschloß, und wir haben dieses Schloß geöffnet für die ganze Region. Und es ist uns gelungen, seit dem Jahr 1983, aus Eigeninitiative für dieses Schloß 13 Millionen aufzubringen und dieses Schloß vor dem Verfall zu retten. Die endgültige Sanierung ist durch die Landesausstellung passiert. Meine Damen und Herren, durch diese Landesausstellung hat nicht nur das Schloß einen Aufputz erreicht, es ist zu einem echten Juwel des Ennstales geworden, sondern die ganze Region hat sich mitgeföhrt. Es sind also Fremdenverkehrsobmänner, Tourismusfachleute, Leute aus den Gemeinden zu mir gekommen, von Schladming bis nach

Bad Aussee, und haben sich mitgeföhrt über diesen Aufwind, über dieses schöne Schloß und über diese schöne Ausstellung. Und, meine Damen und Herren, 200 Nebenveranstaltungen zu dieser Landesausstellung waren bestens besucht. Eine Ausstellung „Glaube und Macht“ in der Burg Strehau mit 30.000 Besuchern hat ebenfalls einen großen Stellenwert gehabt. Und so, glaube ich, müssen wir die Landesausstellungen sehen. Ich glaube, daß auch Landesausstellungen nur in jene Gegenden kommen sollen, wo man die Infrastruktur verbessern und stärken kann. In unserem Gebiet, in der Dachstein-Tauern-Region, im Bezirk Liezen, im steirischen Salzkammergut, finden immerhin 52 Prozent des Tourismus der Steiermark statt. Wir haben durch diese Landesausstellung viele Gäste aus dem In- und Ausland bekommen, die noch nie in unserem Gebiet waren. Und darauf sind wir besonders stolz. Ich glaube, und ich habe es vorher erwähnt, nicht die Anzahl der Menschen ist entscheidend, sondern jene Menschen, die große Kaufkraft haben. Da diese Landesausstellung von hohem Kulturwert war, sind auch Leute, die sehr kulturinteressiert waren, in unsere Gegend gekommen und haben sich diese Ausstellung angesehen. Und ich möchte sagen, wenn ihr Trautenfels und die Umgebung ein Jahr vor der Ausstellung gesehen hätten und jetzt bei der Ausstellung, da kann man sich nur riesig freuen über den Aufputz und auch, wie die Menschen in diesem Gebiet mitgemacht haben, um die Ortschaft, das Ortsbild zu verschönern.

Ich möchte all jenen, die Verantwortung für diese Landesausstellungen getragen haben, ein herzliches Danke sagen. Auch ein herzliches Danke dem ehemaligen Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth, der mit dem Hinausgehen dieser Landesausstellung viel dazu beigetragen hat, daß man die Steiermark kennengelernt hat.

Ich glaube, viele Gruppen, die gekommen sind, um sich diese Landesausstellung anzuschauen, waren in diesem Gebiet zum ersten Mal. So ist es in Judenburg gewesen, so ist es in Mürrzuschlag gewesen. Wenn wir den Bürgermeister bei der Abschlußveranstaltung in Mürrzuschlag gehört haben, wo er gesagt hat: „Ich kann unserem Landeshauptmann und dem Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth nicht genug danken, denn was diese für dieses Tal, für dieses Gebiet getan haben, das ist ein bleibender Wert.“ Und was Sie, Herr Landeshauptmann, für unser Gebiet getan haben, das ist ebenfalls ein bleibender Wert. Dafür sagen wir dir alle ein herzliches Dankeschön.

Ganz besonders möchte ich in diesem Sinne die Blasmusik herausstreichen. Öd und leer wäre es in unseren Gemeinden, gäbe es diese Blasmusiker nicht, die Idealismus und Einsatzfreude bei jeder Gelegenheit zeigen. Ich glaube, diese Idealisten muß man einfach unterstützen und muß man einfach fördern.

Kollege Chibidziura hat also zur Burg Strehau Stellung genommen, weil da anscheinend die Türen herausgekommen sind. Lieber Chibi, schau dir die Burg heute einmal an. Dann wirst du sehen, was dieser Pösch für diese Burg geleistet hat, das ist Unwahrscheinliches. Ich glaube, es war die beste Idee überhaupt, diese Burg zu privatisieren. Dieser Mensch hat sich bereit erklärt, diese Burg zu sanieren, zu reparieren und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Ich

glaube, es wäre dem Land Steiermark in keiner gleichen Weise gelungen wie diesem Pösch, diese Burg aus verhältnismäßig billigen Mitteln so herzurichten. Da gehört Idealismus, da gehört Einsatzkraft dazu. (Abg. Dörflinger: „Kurt, meinst du die Grazer Burg?“) Aber es gibt wenige Leute, die in einen Kulturbereich ihr ganzes Geld hineinstecken. Diese findest du auf der ganzen Welt nur dünn gesät. Das muß ich dir sagen. Wenn du zuerst gesagt hast, du kannst also deinem eigenen Landesrat nicht danken, weil er das nicht gerne will, dann hast du das Danken wahrscheinlich verlernt, seitdem du wieder im Landtag bist. Da hat dir der Haider hereingeholfen, ist wirklich eine klasse Geschichte.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren – ich habe auf die Uhr geschaut –, ich möchte mich nach dem Motto halten „Tritt frisch auf, machs Maul auf und hör bald auf!“. Alles Gute weiterhin für die Landesausstellungen in Zukunft. (Allgemeiner Beifall. – 10.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Es waren immerhin zehn Minuten.

Ich begrüße auf der Zuschauergalerie die Schüler der HTL Ortweingasse unter der Leitung von Prof. Dr. Walter Großhaupt und die Schüler der Handelsschule Deutschlandsberg unter der Leitung von Frau Prof. Dietlinde Marinschek. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Bacher. Ich erteile ihm das Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Bacher (10.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem der Herr Kollege Tasch länger geredet hat, werde ich versuchen, das einzuholen.

Eingehend auf die Ausführungen der Frau Kollegin Bleckmann, möchte ich ein paar Worte dazu sagen. Auf Antrag des Landeshauptmannes hat die Landesregierung einstimmig für 1995 Murau als Landesausstellungsort zugestimmt und erkoren, und zwar zu einem sehr spannenden Thema, nämlich dem Thema „Holz – leben mit Holz, bauen mit Holz“. Es hat ja längere Diskussion darüber gegeben, ob das Thema überhaupt Besucher bringen wird, ob damit überhaupt ein kulturelles Thema aufgearbeitet werden kann.

Ich bin zutiefst überzeugt, daß dieses Zusammengehen zwischen Kultur, Brauchtum, aber auch der Wirtschaft und dem Tourismus eine wesentliche Voraussetzung ist, zukünftig Landesausstellungen dieser Art und Weise durchzuführen.

Es gibt eine Reihe von Initiativen in der Region und im Bezirk Murau. Ich denke hier vor allem an das Holzmuseum, das innerhalb der letzten Jahre über 100.000 Besucher verzeichnen konnte. Ein Museum, das aus kleinen Ansätzen gewachsen ist und wesentlich dazu beigetragen hat, daß heute diese Landesausstellung durchgeführt werden kann. Ich denke an die Initiativen der Holzstraße, aber auch den kulturellen Bereich in St. Lambrecht mit der Künstlerbegegnung. Es gibt eine Reihe von Initiativen. Aber es gibt daneben auch eine Reihe von Initiativen mit der Wirtschaft,

mit unseren Tischlereibetrieben, mit unseren Künstlern.

Ich danke vor allem der Kulturabteilung sehr, daß es mit der Steirischen Akademie möglich war, im Zusammenschluß zwischen Künstlern und den Betrieben in der Region auch neue Innovationen zu schaffen. Ich glaube auch, daß vor allem Landesausstellungen in dieser Richtung weiterarbeiten sollten.

Es hat auch einen Holzkongreß in Murau gegeben, wo viele ausländische Gäste im Rahmen der Alpen-Adria anwesend waren. Es ist wirklich interessant und wichtig, daß vor allem auf dem Gebiet „Holz – leben mit Holz, bauen mit Holz“ vieles möglich ist. Ich erwarte mir für die Region Murau nicht nur kulturell einen Aufschwung und einen weiteren Ausbau, vor allem wirtschaftlich und in der Infrastruktur. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg.

Wenn immer diese Diskussionen über Landesausstellungen sind und sie ausschließlich nur daran gemessen werden, wie viele Besucher diese Ausstellung besuchen, dann glaube ich nicht nur, daß das ein Indikator ist, sondern es kommt auf die Qualität an und vor allem auch darauf an, was nachher als Nachnutzung hinten bleibt. Wir sind guten Mutes.

Wir haben ja auch eine gute Brauerei in Murau. Sie feiert im Jahr 1995 500 Jahre. Wir möchten fast sagen: „Holz ist unser Bier.“ In diesem Sinne bedanke ich mich für die Zustimmung. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 10.22 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Der Kollege Bacher verdient unseren Dank für einen vierminütigen Beitrag. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis, nach ihm der Herr Kollege Dörflinger.

Abg. Dr. Cortolezis (10.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Am vergangenen Montag, hat der Herr Landeshauptmann zu einem runden Tisch über das Trigon-Haus eingeladen. Es hat dort der Kulturstadtrat der Stadt Graz, Helmut Strobl, einen eindringlichen Appell formuliert, indem er darauf hingewiesen hat, daß eine Verlängerung der Debatte über das Trigon-Haus dem kulturellen Image der Landeshauptstadt, aber auch der Steiermark einen großen Schaden zufügen würde.

Meine Damen und Herren, tatsächlich haben wir etwas zu verlieren. Das hat zuletzt das Jahr 1992 gezeigt. Wenn wir dieses Dreivierteljahr, das zwischen der letzten Budgetdebatte und heute verstrichen ist, ganz kurz Revue passieren lassen – nur einige Stichworte, weil das kulturelle Leben viel zu vielfältig ist, als daß wir da alles aufzählen könnten –, dann sind es tatsächlich beachtliche Ereignisse gewesen.

Eine international beachtete „Styriarte“. Neben Nikolaus Harnoncourt war auch diesmal deutlich die Handschrift des Intendanten Mathis Huber zu erkennen. Es ist nicht alltäglich, daß nicht nur die heimischen Medien, sondern daß weltweit darüber berichtet wird. Ich habe mir das angeschaut: halbseitige Zeitungsberichte in der „New York Times“, „Los Angeles Times“, „Harold Tribune“ und einigen Zeitschriften und Zeitungen. (Abg. Dr. Maitz: „Die Besucher aus diesen Räumen fehlen! Die Zeitungs-

meldungen sind zuwenig!“) Das ist eben nicht zuwenig! Es sind erstens auch die Besucher und, was es vor allem ist, es ist das kulturelle Image, das wir uns mit so einer Veranstaltung weltweit erwerben, aufrechterhalten. Darum geht es auch. Das ist nicht ohne, wenn in solchen Zeitschriften halbseitige Artikel darüber erscheinen und die Steiermark und Graz auch in diese spannende kulturelle Situation einbetten, in der wir uns befinden.

Der „steirische herbst“ ist seinem Ruf, wenn wir es zeitlich in der Chronologie Revue passieren lassen, durchaus gerecht geworden, ein überregionales etabliertes Avantgardefestival zu sein.

Werner Schwabs „Mesalliance“ und Haubenstock-Ramatis „Amerika“ haben das meiste Echo erfahren. Und auch hier, Kollege Erlitz, „Süddeutsche Zeitung“, „FAZ“, „Spiegel“, „Welt am Sonntag“, „Neue Zürcher“, „Die Zeit“, um nur einige Zeitungen der benachbarten Länder zu nennen, die darüber ausführlich berichtet haben und Graz und die Steiermark mit kulturellem Wagnis und Mut bei den Lesern oder aber auch Fernsehzuschauern in Verbindung gebracht haben. Darum geht es mir sehr wohl auch. Aber auch Survival Research Theatre, Lichtschwert Hartmut Skerbisch oder John Cage und nicht zu vergessen die Trigon-Retrospektive bestätigen die bemerkenswerten Dichte und Wichtigkeit dieses Avantgardefestivals. Dynamische regionale Kulturzentren, immer stärker werdende regionale Biotope, die erstmals auch gemeinsam im Steirischen Kultursommer vermarktet worden sind, sind der beste Beweis dafür, daß das kulturelle Leben die gesamte Steiermark umfaßt, und nicht nur die Landeshauptstadt. Die Landesausstellung, der Kollege Tasch hat es vorhin gerade gesagt, witterungsgeschädigt wie die Landwirtschaft, die Zeughausausstellung in den USA, das erste Festival der Architektur im Haus der Architektur, die mehrfachen Höhepunkte der Akademie Graz sind nur einige weitere Blitzlichter aus dem vergangenen Dreivierteljahr. Das heißt, meine Damen und Herren, wir haben wirklich einen Ruf zu verlieren durch diese neuen Töne, die in der Kulturdebatte aufgetaucht sind und die hier eingebracht werden. Und es ist nicht nur die Trigon-Haus-Debatte, auf die ich später noch zurückkommen werde, sondern es ist auch das ständige Vernadern der kulturellen Aktivitäten. Es ist aber auch die Wortwahl, die zur Klimaverschärfung beiträgt. Einige Beispiele: Wir waren und sind stolz auf die Grazer Schule der Architektur, auf das, was in den heimischen Medien, auf das, was in den internationalen Medien, Fachzeitschriften über diese Grazer Schule der Architektur berichtet wird. Und es ist einem Architekten vorbehalten gewesen, mit seinen Architektenkollegen dieses hervorragende Klima in einen Streit münden zu lassen. Ein Streit, der sofort einen österreichweiten Beitrag in ORF 2 zur Folge gehabt hat. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und wer hat den provoziert? Ich werde auf das noch kommen!“) Ich bitte darum! Ich bitte darum, weil es unserem kulturellen Klima, unserem Verständnis, unserer Liberalität keineswegs gutgetan hat, daß nicht über die positiven Akzente der Architektur in diesem Beitrag eingegangen worden ist, sondern nur um den Streit zwischen Landesrat Schmid auf der einen Seite und der Grazer Schule der Architektur auf der anderen Seite. (Landes-

rat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe keinen Streit mit der Grazer Schule, außer mit ein paar Typen!“) Es bleibt dem gleichen vorbehalten, seine Kritiker – jetzt zitiere ich wörtlich, ich hoffe, das stimmt nicht, muß ich nur sagen, „als speichelleckende Sekte rund um Dieter Dreibholz, zumindest selbstherrlich“ zu bezeichnen, nachzulesen im November in der Zeitschrift „A3/Bau“. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Lesen Sie den Artikel vorher auch vor!“) Ja, aber ich lese das, was ich zitiert habe, auch, und es ist wahrscheinlich nicht unbedingt der Stil, in dem ein Mitglied der Landesregierung sich äußern sollte oder wie es halt jeder damit hält. Ein Landesrat im Kampf gegen die Grazer Schule! Es ist derselbe Landesrat, der in seiner Funktion als Parteibobmann unter dem Gejohle der Parteitagsdelegierten sich als „dümmlicher Äpler“ selbst bezeichnet – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nicht ich mich, sondern Ihre Kulturkollegen!“) Sie haben sich selbst so bezeichnet. „Auf dem Klavier der Hochkultur versus Volkskultur“, es ist eine APA-Meldung, „spielt Schmid in einem eininhalbstündigen Referat wiederholt. Er sehe nicht ein, warum allein die Vorplanung für das Trigon-Museum, von dem niemand weiß, was hineinkommen soll“, – wenn man an der Diskussion nicht teilnimmt – „20 Millionen Schilling gekostet hätte“ – (Abg. Genaro: „Und wieviel brauchen wir für die Berufsschulen?“) ja, ja, jetzt kommt's – „bei den Budgetverhandlungen im Land werde er gerne den ‚dümmlichen Äpler‘ abgeben, wenn es darum gehe, die Volkskultur“ und so weiter. Das heißt, Sie haben sich selbst durchaus so bezeichnet und haben damit versucht, diese Polarisierung zwischen Volks- und Hochkultur vorzunehmen. Und vor diesem Hintergrund ist es denn auch kein Wunder, wenn ein Abgeordneter der Freiheitlichen Partei, diejenigen, die sich mit der zeitgenössischen Kunst und Kultur beschäftigen und auseinandersetzen, als Negeranten bezeichnet. So eine Sprache hat es schon lange nicht mehr gegeben, wahrscheinlich jahrzehntelang nicht mehr.

Und noch eines, wenn das Café Rosenhain und das Bad zur Sonne als Kulturersatz dienen sollen, dann hat offensichtlich Ihr Kollege Vizebürgermeister Weinmeister von dieser neuen Parteilinie noch nichts erfahren, weil bis zu ihm hat es sich nicht durchgesprochen. In dieser letzten Ausgabe „derzeit“, das ist die Kultur- und Veranstaltungszeitschrift, die von der Kulturveranstaltungs-gesellschaft herausgegeben wird, inseriert er noch mit „Mehr Kultur an der Mur – Peter Weinmeister“. Wenn es so weitergeht mit der freiheitlichen Linie, dann droht das nächste Inserat zu lauten „Die Kultur in die Mur“. Meine Damen und Herren, das ist genau entgegengesetzt der bisherigen steirischen Kulturpolitik, die versucht hat, nicht auszugrenzen, nicht gegenseitig die Unterschiede hervorzuheben, auseinanderzudividieren, zu polarisieren, sondern die versucht hat, das scheinbar Gegensätzliche, das heute so überzeugend von Franz Riebbauer auf der einen Seite, aber auch, wie ich es versucht habe, für das Zeitgenössische, dargestellt wurde, zu verbinden; des etwas Gemeinsames. Daß es eben ein Miteinander gibt. Das eine und das andere, daß es kein entweder – oder, sondern ein sowohl – als auch sein muß, und dieses Bemühen um die Gemeinsamkeit und dieses Offenhalten der steirischen Kulturpolitik als eine liberale Kulturpolitik, dafür ist ein Garant unser Landeshauptmann als Kulturreferent. Und da ist

er zum Unterschied, weil du nickst, Kollege Flecker, da ist er zum Unterschied auch nicht bereit, sich hinzumischen, um den Zensor zu spielen. Aber andere haben das sehr wohl vor. Da glaube ich nicht diesen Sirenengesängen, die heute der Kollege Erlitz ausgestreut hat, indem er von der Kulturholding nur ganz schamhaft mehr gesprochen hat, sie solle nur mehr Kleinigkeiten miteinander verbinden. Was hat er denn gemeint, der Erste Landeshauptmannstellvertreter? Er hat gemeint, dies ist deswegen notwendig, damit im Opernhaus nicht mehr „Gräfin Mariza“ als Konkurrenz zum „steirischen Herbst“ gespielt wird. Also er will sehr wohl in die Programmierung eingreifen, wozu würde er sonst diese Kulturholding brauchen? Wobei das überhaupt ein Phänomen ist. Mir kommt vor, diese Holding ist fast so etwas wie Loch Ness. Immer, wenn die Sauregurkenzeit da ist, dann zieht man das aus dem Hut und versucht hier, seinen alten Kalauer neu geschmückt zu präsentieren. Was ist es in Wahrheit? Es ist der Versuch, die Eigenständigkeit und Selbstständigkeit der sehr unterschiedlichen Kulturveranstalter und Kulturträger zu unterminieren. Es fällt mir ein Vergleich aus der Landwirtschaft ein. Es hat auch in der ehemaligen Sowjetunion den Versuch gegeben, diese einzelnen Bauern zu Kolchosen zusammenzupferchen. Was herausgekommen ist, weiß man. Mir kommt vor, der Versuch des Zusammenpferchens der einzelnen Kulturträger ist nichts anderes als eine Kolchisierung. Meine Damen und Herren, hier sicherlich nicht mit uns.

Nun zum Trigon-Haus. Kollege Erlitz hat es schon angesprochen. Mir kommt es so vor, als ob von gewisser Seite der Eindruck erweckt werden soll, daß dieses Projekt gerade vor zwei Wochen auf den Tisch gekommen ist, als ob man völlig uninformiert sich jetzt das erste Mal mit diesem Thema auseinandersetzen müßte. Tatsache ist, daß es sich um eine von Künstlern erhobene Forderung gehandelt hat – ich sage nur Stichwort Günther Waldorf und seine Kollegen, die sich daran rasch angeschlossen haben –, die jetzt auch in dieser Blockadesituation wiederum in einer einmaligen solidarischen Aktion sich gemeinsam hinstellen und sagen, wir wollen dieses Haus. Man könnte fast von einem Basisprojekt sprechen, Kollege Gennaro. (Abg. Gennaro: „Jetzt redest du schon 15 Minuten und hast noch immer nichts gesagt!“) Zwischen der seinerzeitigen Idee und dem nunmehrigen Projekt fand eine eingehende Diskussion um den Inhalt statt, an der interessante Persönlichkeiten aus dem Kultur- und Museumswesen teilgenommen haben: Dieter Ronte, Peter Weyermeier, Raimund Abraham, um nur einige zu nennen, und die hiesigen heimischen Größen dazu. Wer heute nicht informiert ist, der hat entweder die Diskussion nicht mitverfolgt oder er hat bewußt weggehört.

Insofern verstehe ich den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek nicht, wenn er meint, er weiß überhaupt nicht, was für ein Konzept dahintersteckt. (Abg. Dörflinger: „Bist du so optimistisch, daß du nur den Ersten Landeshauptmannstellvertreter apostrophierst?“) Wenn man sich an der Diskussion nicht beteiligt und diese nicht verfolgt, dann darf man sich nachher nicht beklagen, daß man nicht weiß, worum es geht.

Es ist ein Projekt, wo es bereits 13 einstimmige Regierungsbeschlüsse gegeben hat, insbesondere

auch den Regierungsbeschluß, den Fernsehschilling für die Modernisierung des Joanneums und für den Trigon-Haus-Neubau zu verwenden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Trigon-Museum steht im Beschluß!“) Du mußt aufpassen, das ist für dich sicher sehr interessant.

Die gelungene Opernrenovierung war Modell für diese Organisationsform auch für diesen Bereich. Es ist versucht worden, eine ähnliche Konstruktion zu wählen. (Abg. Gennaro: „20 Minuten geredet und noch immer nichts gesagt!“) Ich weiß, wie sehr dir die Kultur am Herzen liegt, das drückst du jetzt auch wieder aus, aber ein paar Sätze sind mir noch gestattet. (Abg. Gennaro: „So schauen die Kulturmenschen aus – wie du!“) Es ist versucht worden, dieselbe gute Konstruktion, die die Opernrenovierung organisatorisch begleitet und durchgeführt hat, auch für diesen Trigon-Haus-Neubau und die Joanneum-Modernisierung zu installieren. Es ist auch im ersten Jahr dieser Installierung gelungen. Nur, was nicht vorherzusehen war, ist, daß derjenige, der bisher immer konstruktiv hier zusammengearbeitet hat, nämlich der seinerzeitige Landesrat Klauser, aus der Regierung ausscheiden wird und somit die Verbindung dieses organisatorischen Kleinarbeitsgremiums auf der einen Seite und der Regierung, insbesondere sozialdemokratische Fraktion, auf der anderen Seite nicht mehr hergestellt war.

Es wäre also an der Zeit, meine Damen und Herren und Kollege Vollmann, hier auch wieder diejenige Konstruktivität aufzubringen, die seinerzeit Landesrat Klauser ausgezeichnet hat.

Es ist ein Projekt, das sich hervorragend in die gegenwärtigen Kulturbauten einfügt, weil es auf der einen Seite die Antwort auf die Platznot etwa der Neuen Galerie ist, aber gleichzeitig eine so offene Architektur, eine spannende Architektur, eine herausfordernde Architektur ist, daß auch das zeitgenössische Kulturschaffen der Zukunft präsentiert werden kann, wobei wir noch nicht wissen, wohin sich die Kunst entwickelt. Da müssen wir offen sein. Zeitgenössische Kultur heißt eben auch Fragen an die Zukunft, hineinhören, provozieren lassen. Das ist manchmal unangenehm, aber das ist eben auch die Aufgabe, die zeitgenössische Kunst zu erfüllen hat. (Abg. Gennaro: „Das Hineinhören fehlt dir, denn sonst würdest du keinen solchen Blödsinn sagen!“) Also, bis auf Beschimpfungen fällt dir nichts Gescheites ein. Wenn du ein bißchen zuhören würdest, dann könntest du in dieser Diskussion sehr viel profitieren. (Abg. Gennaro: „Aber nicht von deinen Beiträgen!“) Vor allem einen Beitrag. (Abg. Dörflinger: „Wenn das unser Dr. Flecker gesagt hätte, hätte Karl Maitz geschrien: Eine unerhörte Arroganz!“) Siehst du, das ist der Unterschied: Er ist arrogant, ich nicht.

Meine Damen und Herren, um es auf den Punkt zu bringen und zum Schluß zu kommen: Unter den täglichen Milliardenforderungen des Ersten Landeshauptmannstellvertreters war auch die Milliarde für das Guggenheim – Sonderfinanzierung hat es geheißen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da hätten wir gewußt, wo es hinkommt!“) Ja, genau: Wieso haben Sie dann immer zugestimmt, daß die Planung weitergeht? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Daß die Planung weitergeht schon, nur ist nichts herausge-

kommen. Wissen Sie, was jetzt der letzte Stand ist? Jetzt schreiben wir dann den Intendanten aus, nachdem das gebaut ist, damit der sagt, was hineinkommt. Das ist die Auskunft der Kulturabteilung!") Wissen Sie, wie das in anderen europäischen Ländern passiert, und daß hervorragende Kulturhäuser, Kunsthallen, Museen genau dasselbe Prinzip haben? (Abg. Mag. Erlitz: „Und müssen wir den gleichen Blödsinn nachmachen?“) Na, selbstverständlich, weil der Intendant dann für das Feinkonzept verantwortlich ist. Die grobe Linie, das grobe Konzept liegt vor. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Vielleicht kommt der Direktor von Steyr-Daimler-Puch!“) Es wäre schön gewesen, wenn Sie einmal an einer Diskussion teilgenommen hätten. Der Peter Weyermeier hätte Ihnen sicher etwas sagen können, der Dieter Ronte sicher auch! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Und das Landesarchiv fällt zusammen! Die Unikate werden kaputt! Das ist ja unglaublich!“) Es war jetzt vor 14 Tagen im ORF eine ganz hervorragende informative Veranstaltung. Ich bin dort gesessen und habe sie mir auch angehört. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Dr. Cortolozis, Sie meinen, mich wieder in diese Richtung zu drängen, ich habe also etwas übrig für Systeme, die Genossenschaften und Politisierungen haben. Es gibt etwas ganz Einfaches: die Notwendigkeit, bestimmte Koordinierungen vorzunehmen. Denn so, wie es derzeit ist, daß jeder dann spielt, wenn es ihm paßt, und dann nicht einmal in der Lage ist, die Räumlichkeiten aufeinander abzustimmen, geschweige denn die Finanzen, dann hat das überhaupt nichts damit zu tun, daß man irgend jemand in seinem Programm beeinträchtigt, nur wegen der Zeitabfolge und in der finanziellen Gebarung. Nur um das geht es!) Also in Österreich gibt es nur zwei Leute, die sich gegen moderne Kulturbauten wehren, das ist der Bernhard Görg in Wien und das ist der Schachner-Blazizek in der Steiermark. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich lasse mir von Ihnen diese Dinge nicht unterstellen!“) Ich habe gehört, daß der Bernhard Görg von seiner ablehnenden Haltung in Wien gegen das Museumsprojekt abrücken sollte. Wenn das zutrifft, wäre ein Gespräch mit ihm sinnvoll, weil dann würde man erfahren, wie man aus einer Blockadesituation wieder herauskommt. Ich würde gerne so eine Vermittlung vornehmen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie weichen aus, es muß eine Antwort auf unsere Frage geben!“) Haben Sie nicht gesagt, Sie würden verhindern wollen, daß „Gräfin Mariza“ gleichzeitig – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, ich habe gesagt, es soll die ‚Gräfin Mariza‘ nicht an dem Tag gespielt werden, wo das Haus für den ‚steirischen Herbst‘ benötigt wird!“) Dann hat Sie der Walter Titz in der „Kleinen Zeitung“ falsch zitiert. Das ist ein wörtliches Zitat von ihm. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe es so gesagt, wie ich es hier gesagt habe!“) Na, na, der Walter Titz hat das geschrieben. Ich habe es da. Ich kann es Ihnen geben, weil ich behaupte nicht irgend etwas, was ich nicht sicher weiß.

Genau das ist es. Zuerst eine Holding einführen und dann durch die Hintertür natürlich auch Einfluß nehmen wollen. Dagegen wehren wir uns. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek:

„Ich habe gesagt, wir sollten den ‚herbst‘ verstärken!“) Dann nehme ich das gerne zur Kenntnis, daß Sie sich von Ihrer seinerzeitigen Äußerung heute distanzieren. Danke, halte ich wichtig für die liberale Kulturpolitik in der Steiermark. (Abg. Dr. Flecker: „Er steht ja dazu!“) Schön, ein Fortschritt, daß Sie in dieser Sache sich selbst korrigieren.

Na, es ist interessant. Ich finde das gut. (Abg. Dr. Flecker: „Wir reden von verstärken, oder habt ihr etwas dagegen?“ – Abg. Schützenhöfer: „Welchen Grund gibt es, daß Sie sich so aufplustern?“) Das ist ja auch ein pädagogischer Versuch. (Präsident Wegart: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolozis. Ich darf dringend bitten, daß die Zwischenrufe nur von dort erfolgen, wo der Sitz ist. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben keinen Abgeordnetensitz. Ich darf Sie bitten, sich auf die Regierungsbank zu begeben. Von dort aus können Sie Zwischenrufe machen!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jawohl, Herr Präsident!“ – Präsident: „Ein Regierungsmitglied, das keinen Abgeordnetensitz hat, kann von dort keine Zwischenrufe machen!“ – Abg. Gennaro: „Wo steht das?“) Nur, das ist trotzdem wesentlich, weil ich bin ja froh, jeder Dialog ist notwendig, um aus dieser Blockadehaltung den Ersten Herrn Landeshauptmannstellvertreter herauszubekommen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie diskutieren ja nicht, Sie unterstellen ja!“) Sie blockieren das Trigon-Haus. Das ist Faktum. So wie es der Bernhard Görg in Wien mit dem Museumspalast macht. Diese beiden Blockierer Österreichs, die muß man halt – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dieses Museum, das keines ist, aber doch eines ist! Ihr wißt ja nicht, was das werden soll, ihr habt keine Ahnung davon!“) Nein, das ist dieselbe Situation.

Meine Damen und Herren, Blockade ist kein geeignetes Instrument für verantwortliche Politik, verletzte Eitelkeit auch nicht, noch weniger aber darf eine parteiinterne Animosität dazu führen, daß wesentliche Impulse für unser Kulturleben verhindert oder abgeschafft werden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber nichts wissen ist noch schlechter!“) Warum immer entweder – oder. Alle sagen, daß beides geht. Es geht sowohl die Joanneum-Modernisierung, und es geht auch der Bau des Trigon-Hauses. Beides geht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schauen wir lieber, daß nicht Tausende Unikate vernichtet werden, gehen Sie damit ins Joanneum!“) Aber ich unterstelle Ihnen, daß Sie mit dem Bürgermeister ständige Animositäten haben, daher die „Styriarte“ abschaffen.

Stimmt es, daß Sie die „Styriarte“ jetzt als nächstes abschaffen wollen? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die ‚Styriarte‘ ist in der Form eine unglückliche Geschichte!“) Abschaffen, ja? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie ist eine sehr teure, schlechte Kopie von Salzburg!“) Genau da ist es auf den Punkt gebracht. Das ist diese Animosität, die zwischen Land und Stadt herrscht. Bürgermeister Stingl, ein vehementer Kämpfer auch dafür, daß diese „Styriarte“ weiter besteht, so wie wir auch. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir können wohl anderer Meinung sein!“) Darf ich nur zitieren die